DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 9 September 1988 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Richard von Weizsäcker:
Bundespräsident als permanenter Umerzieher

Europas Bürger bluten für geheime Pläne der Weltregierung

Bonn:
Datensammlung des Bundesamtes für Finanzen

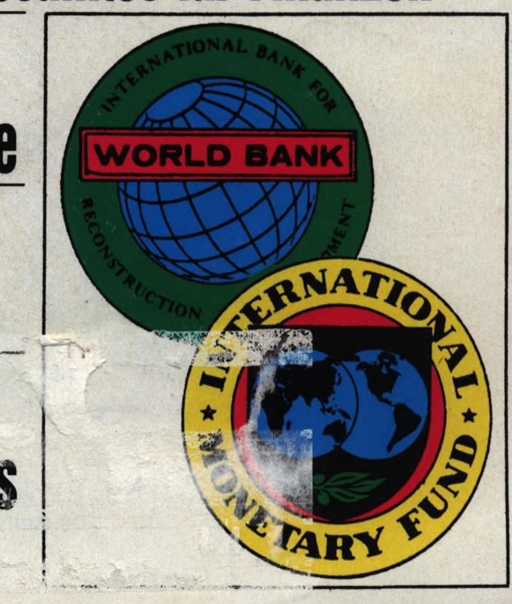
Zionismus:
Israels Lobby hat Probleme

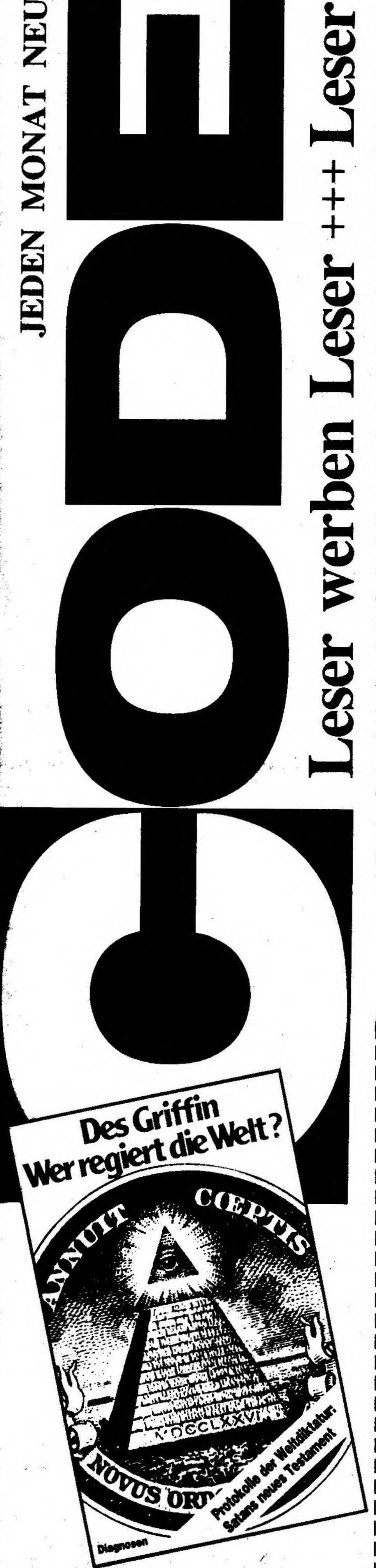
USA:
Bush oder Dukakis

Sowjetunion:
Mit Gorbatschow geht es weiter wie bisher



Parteien:
Freys Geschäfte mit der NPD und dem nationalen Lager





Lieber CODE-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

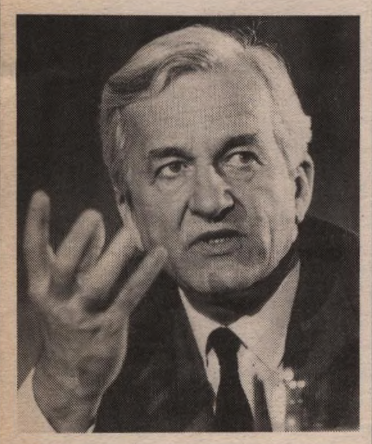
Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



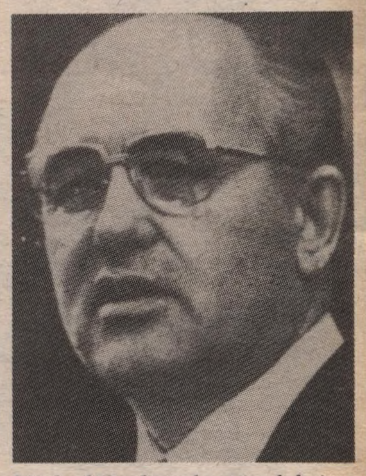
Alle Bonner Parteien wünschen, daß Richard von Weizsäcker weitere fünf Jahre als Bundespräsident bleibt.

Finanzen



David Rockefeller hat dafür gesorgt, daß beim diesjährigen Bilderberger-Treffen in Österreich die Öffentlichkeit wirklich ausgeschlossen war.

Internationales



Michail Gorbatschow ist dabei sich die Kontrolle über die Welt mit den Bankern zu teilen.

Nr. 9 September 1988



Mao Tse-tung war über die Pläne der Amerikaner in Korea durch britische Geheimdienstler eingehend informiert.

Naher Osten

Wissenschaft

Medizin

Ständige Rubriken

Richard von Weizsäcker

Lobbyist der Umerzieher

Alfred König

Nach den Erklärungen von CDU/CSU als letzten der fünf im Bundestag vertretenen Parteien ist es nun klar: Richard von Weizsäcker bleibt weitere fünf Jahre bis 1994 Bundespräsident. Und es soll bereits Pläne gewisser Kreise in den Parteien geben, die Verfassung eventuell ändern zu wollen, um von Weizsäcker, sofern er es wünschen sollte, eine längere Amtszeit als die bislang von der Verfassung erlaubten zehn Jahre zu ermöglichen.

Aufgabe dieses Artikels wird es sein, dem Leser die Gründe dafür zu vermitteln, warum von Weizsäcker von linken deutschen Kreisen und besonders auch vom Ausland als »Musterpräsident des deutschen Volkes« gefeiert wird. Aus diesem Grund wird auch keine Aufzählung seiner »Taten« erfolgen, also beispielsweise eine Analyse seiner »Befreiungsrede« vom 8. Mai 1985 – in der er die Vertreibung als »erzwungene Wanderschaft« bagatellisierte –, seines jüngsten Afrika-Besuches – als er Hand in Hand mit Mugabe, dem Diktator eines sozialistischen Terror-Regimes, die Südafrika-Gegner in Verzückung brachte – oder weiterer seiner »Fettnäpfchen« erfolgen. Dem aufmerksamen Leser wird dies sowieso alles bekannt sein.

Das deutsche Volk weiterhin im Büßerhemd

Die Frage »Was bezweckt von Weizsäcker damit?« steht in einem äußerst engen Zusammenhang mit den Beifallskundgebungen von SPD, Grünen und anderen Linken für ihn. Durch alle seine in der Vergangenheit gehaltenen Reden und den uns wohl noch bevorstehenden zieht sich nämlich ein roter Faden: nämlich der, daß das deutsche Volk auch heute noch, 43 Jahre nach Kriegsende und Hitlers Tod, das Büßerhemd angezogen bekommt. Es vergeht praktisch keine Rede, in der von Weizsäkker zwar eine Kollektivschuld verneint, eine Kollektivverantwortung aber strikt bejaht.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker soll weitere fünf Jahre im Amt bleiben, weil er ein Musterbeispiel für den »deutschen Verständigungswillen« ist und der »ideale« Umerzieher.

Unter Kollektivverantwortung versteht der jetzige Bundespräsident, daß sich Deutschland der »in seinem Namen« begangenen Taten während der NS-Zeit in jeder Sekunde erinnern muß. Dabei wird Hitler in die Rolle des Bösewichtes gestellt, der von der ersten Sekunde seines politischen Lebens an nichts anderes als einen Weltkrieg und Judenvergasung wollte und Deutschland – entgegen der sich immer mehr herauskristallisierenden geschichtlichen Wirklichkeit – von daher ganz alleine schuldig am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ist.

Ein Eintreten des Bundespräsidenten für die wirkliche geschichtliche Wahrheit, klare Worte an die damaligen Alliierten bezüglich ihrer seinerzeitigen kriegstreiberischen Politik und der von ihnen gegen Deutschland begangenen Kriegsverbrechen und bestialischen Untaten unterbleiben jedoch. Und genau dieses ist es, was das Ausland an von Weizsäcker so schätzt.

Mit seinen Reden, Interviews und Reisen – auch speziell mit seinem Auftreten während des Besuchs des israelischen Präsidenten Herzog in Deutschland und während seines Besuchs in Israel – bestätigt er dem Ausland die Alleinschuld Deutschlands und gewährt ihnen Absolution für das von ihnen begangene Unrecht.

Was Weizsäcker bewußt verdrängt

Deutschland trage ganz allein hierfür die Verantwortung und habe sich Verbrechen schuldig gemacht, die einzigartig in der bisherigen Geschichte sind – wenngleich Stalin selbst dann, wenn alles stimmen würde, was man den Nationalsozialisten vorwirft, noch immer ungleich mehr Opfer auf seinem Gewissen hat als Hitler –. Die wahre Rolle aller jetzt auf Deutschland nach wie vor herumhackenden Staaten wird dabei durch von Weizsäcker ganz bewußt verdrängt und heruntergespielt.

Auf alle seinen vielen Auslandsreisen hat er nicht einmal andere als die seit vier Jahrzehnten von Umerziehern und ihren Vasallen über das Verhalten der Alliierten vorgetragenen »Tatsachen« verwendet und ihnen den Spiegel der Wahrheit vorgehalten. Nicht einmal hat er verlangt, daß Deutschland heute als ein Staat wie jeder andere behandelt wird; immer hat von Weizsäcker auf die »besondere Verantwortung« des deutschen Volkes, speziell für Israel, hingewiesen.

Und so ein Bundespräsident ist dem Ausland natürlich ungleich lieber als einer, der entschieden deutsche Interessen vertritt, der Welt die geschichtliche Wahrheit vorhält und für unser Land den internationalen Einfluß und die Machtposition anmahnt, die Deutschland aufgrund seiner wirtschaftlichen Kraft auch gebührt.

Denn bei so einem Mann könnten die ausländischen Staaten bei den schon wenig genug vorhandenen Forderungen auf mehr deutschen Einfluß nicht darauf verweisen »Was wollt ihr denn, eurer Bundespräsident sagt dies doch alles selber und vertritt damit den offiziellen Standpunkt Deutschlands!«, sondern müßten sich ihnen unangenehme Fragen gefallen lassen, die dazu führen könnten,

daß sich die geschichtliche Wahrheit früher als sonst durchsetzt und die deutsche Jugend wieder das Nationalbewußtsein und den Nationalstolz bekommt, den jeder Franzose, Brite und Amerikaner voller Recht für sein Land hegt.

Das deutsche Volk fällt wieder einmal herein

Also wird von Weizsäcker – zwangsläufig – von ihnen als »Musterbeispiel für den deutschen Verständigungswillen«, als »Garant für die weiter fortschreitende Integration Deutschlands in die internationale Staatengemeinschaft« dargestellt; und sie werden wahrscheinlich hinter verschlossenen Türen darüber lachen, wie von Weizsäcker in Wirklichkeit die Interessen Deutschlands und das Selbstbestimmungsrecht unseres Landes hinten anstellt.

Und das deutsche Volk fällt größtenteils auch auf die Sirenengesänge herein und fühlt sich gebauchpinselt über das Lob des Auslands für unseren Bundespräsidenten und sein vermeintliches Eintreten für die deutschen Belange. Den deutschen Bürgern ist jahrelang durch gezielte massive Umerziehungspropaganda, die frappierend an George Orwells Buch »1984« erinnert, dargestellt worden, wie sehr das arme unschuldige Ausland unter dem Bösen Hitler und den fanatisch hinter ihm herlaufenden Deutschen litt und allen Grund hat, auch heute noch nicht alles vergessen zu haben, so daß sie besonders empfänglich für alles vermeintliche Lob sind – ohne dabei zu bemerken, daß dieses Lob nur dazu gedacht ist, eigene Fehler und Untaten zu kaschieren.

Und in diese Kerbe schlagen auch und besonders die Grünen und Sozialdemokraten. Sind für sie deutsche Interessen sowieso ein Fremdwort, sondern verlangen sie, alles in einem internationalen Kontext zu sehen (Stichwort Weltbürger), so paßt dieser Bundespräsident genau in das von ihnen vertretene Schema. Und da er noch von einer anderen Partei kommt, können sie so wunderbar darstellen, was für gute Demokraten sie doch sind, unterstützen sie doch einen Mann aus der »falschen«, da nicht eigenen Partei.

Mit dem Stichwort »Umerziehung« läßt sich auch der größte Teil der CDU/CSU-Unterstützung für von Weizsäcker beschreiben. Auch spielt bei ihnen der Stolz mit, daß der im Ausland so geliebte Bundespräsident, der es sogar schaffte, das Verhältnis zu Israel spürbar zu entlasten – jedenfalls ihrer Meinung nach und unter Aufgabe deutscher Selbstbestimmung –, einer der »ihren« ist.

Zweifellos gibt es in den Reihen der Union, speziell in der CSU, viele, die dies alles erkennen und gegen eine weitere Präsidentschaft von Weizsäcker sind. Wenn sie sich wenigstens dafür einsetzen würden, daß von Weizsäcker nicht für eine neuerliche Kandidatur vorgeschlagen wird, und dann verlören, so könnte man ihnen aber zugute halten, es probiert zu haben. Doch sie schweigen – und dies allein aus wahl-opportunistischen Gründen!

Sie dienen letztendlich den Feinden der Deutschen

Angesichts der immensen Popularität von Weizsäckers sehen sie keine Möglichkeit, sich durchzusetzen. Da sie aber oftmals fürchten müssen, bei einem massiven Eintreten gegen eine neuerliche Kandidatur des jetzigen Bundespräsidenten aufgrund des durch die Umerziehungslügen getrübten Sachverstandes vieler Wähler ihren Wahlkreis oder ihren Listenplatz zu verlieren, stellen sie den reinen Eigennutz über das Wohl Deutschlands, halten folglich den Mund und dienen damit letztendlich den Feinden unseres Volkes.

Das sind die Gründe, warum das Ausland und linke deutsche Kreise sich so stark für eine Wiederwahl Richard von Weizsäkkers in das höchste bundesdeutsche Amt einsetzen. Denn er vertritt in erster Linie ihre im Rahmen der Umerziehung immer wieder behaupteten »Wahrheiten« und weigert sich, sich mit den von nationaler Seite vorgetragenen Entlastungsbeweisen für unser Volk auseinanderzusetzen – verwirft sie im Gegenteil als rechtsextrem und nazistisch –. Von Weizsäcker beweist sich damit als ein Interessenvertreter oder eben als »Lobbyist der Umerzieher«. □

Bonn

Vernichtung durch Selbstaufgabe

Gisela Sedelmaier

Weder in wirtschaftlich guten noch in den ärgsten Notzeiten wurde der Lebenswille der Deutschen so gebrochen wie in den letzten 25 Jahren. Was dem Hauptkriegsverbrecher Winston Churchill, der später in der Bundesrepublik mit dem Karlspreis der Stadt Aachen geehrt wurde, was den Alliierten aus Ost und West im Vernichtungskrieg gegen Deutschland nicht gelang, das geschieht heute »friedlich«, ohne eine Auflehnung der Deutschen gegen ihr Aussterben, ohne Widerstand einer verantwortungsbewußten Volksvertretung.

In Bonn redet man nach den immer häufigeren und größeren Umweltkatastrophen vom nun notwendigen »Schutz der Lebensgrundlagen«. Diese Katastrophen wurden von um unser Volk besorgten Deutschen schon vor vielen Jahren warnend vorhergesehen, lange vor dem Antritt der sogenannten »Grünen«. Doch ohne einen grundsätzlichen politischen Umbruch werden gegen die allgemeine Lebenszerstörung auch keine Gesetze helfen, die nur an den Folgen einer lebensfeindlichen Gesamtpolitik herumlaborieren.

Nach jüngsten Pressemeldungen möchte Bundesjustizminister Engelhard (FDP) in das Grundgesetz einen neuen Artikel eingefügt haben mit dem Wortlaut: »Die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen stehen unter dem Schutz des Staates. Das Nähere regeln die Gesetze.«

Der Schutz der Lebensgrundlagen ist schon lange ein Gebot des Grundgesetzes, aber die wechselnden Regierungsparteien unterliefen und unterlaufen es jeweils dort, wo es ihnen nützt oder Wählerstimmen kosten würde.

So gehört zu diesen »Lebensgrundlagen« doch wohl in erster Linie der Schutz des Lebens des Volkes, das mit und in verantwortungsvoller Weise von den gemeinten »Lebensgrundlagen« leben soll. Zu diesen Lebensgrundlagen gehört außerdem das Recht der Lebenden, in ihrem eigenen und in einem Volk zu leben, das einen natürlichen Altersaufbau aus eigenem Nachwuchs hervorbringt.

Ein schrumpfendes, aussterbendes Volk und seine Führung, die die Generationen der Kinder, Enkel und Urenkel dazu verdammen, als Minderheit von »Eingeborenen« im Land ihrer Väter unter Fremden zu leben, haben vorrangig nur eine Aufgabe: das biologische Überleben dieses Volkes zu sichern. Doch davon sprechen die Regierenden in Bonn nicht. Sie stieren auf das »Wachstum des Bruttosozialproduktes«, kümmern sich um die »Lebensgrundlagen« irgendwelcher Selbstverwirklicher beider Geschlechter, um »menschenwürdige Lebensgrundlagen« für Asylanten und tausend ähnliche Dinge mehr.

Während das Grundgesetz ansonsten vom »deutschen Volk« spricht, heißt es im Engelhard-Entwurf, die Lebensgrundlagen »des Menschen« seien zu schützen. Hat diese Wortwahl schon einen tieferen Hintersinn?

Die »Welt am Sonntag« schreibt zu der geplanten Grundgesetzänderung: »Zu den natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen gehört primär auch das Recht auf Fortpflanzung, ohne im Fortpflanzungsakt dem steigenden Risiko einer absolut tödlichen Krankheit ausgesetzt zu sein.

Statt alles zu tun, was andere Länder, sogar das überprogressive Schweden, an selbstverständlichen Maßnahmen zur Risikoeindämmung längst begonnen haben, buhlt das Bonn der Mehrheitsfähigen in seiner Aids-Politik weiterhin vorrangig um den Beifall jener, die sich aus dem Fortpflanzungsbereich selbst ausgegrenzt haben.

In einer bloßen Kondomgesellschaft, die dem Aids-Virus unter Mißachtung aller Intentionen des Bundesseuchengesetzes ein ›informationelles Selbstbestimmungsrecht‹ zubilligt, kann von einer Sorge des Staates für die ›natürliche Lebensgrundlagen‹ nicht mehr die Rede sein. Denn diese dürfen nicht nur als das definiert werden, was die Grünen und Ökosozialisten sich darunter vorstellen.« □

Bonn

Warum eigentlich Kinder?

Gisela Sedelmaier

»Ein Volk besteht nicht nur aus Einzelnen, sondern aus Familien. Wer dem Volke helfen will, von der Wurzel aus helfen will, muß die Familie pflegen. Nur einem Volk, das Vater und Mutter ehrt, die Ehe heilig hält und seine Kinder als Gottes größte Gabe ansieht und hütet, gilt die Verheißung: Daß es lange lebe auf Erde!« Diese Worte sagte Elly Heuss-Knapp, die Frau des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

»In keinem anderen Land Europas ist die Diskrepanz zwischen dem Kinderwunsch der Frauen und den tatsächlich geborenen Kindern wegen kinderfeindlicher Umständen so kraß wie in der Bundesrepublik«, äußerte Rita Süssmuth, Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit. Die verantwortliche Ministerin weiß es, aber sie tut nichts, um diese »kinderfeindlichen Umstände« in unserem westdeutschen Teilstaatprovisorium – dem geburtenärmsten Land Europas – zu beseitigen.

Es geht um grundsätzliche Dinge

Im Gegenteil: Die Christlich-Demokratische Union (CDU) will das Schwangerschaftsberatungsgesetz, in dessen Entwurf der Schwerpunkt darauf lag, den Willen zum Kind zu stärken und das werdende Leben zu schützen, weiter »liberalisieren«, damit die FDP zufriedengestellt wird.

Und der Volksvertreter Peter Glotz, führender Bundestagsabgeordneter der SPD, erklärte derweil zum Thema Zukunft: »Ein Vielvölkerstaat mit garantiertem Volksgruppen- und Minderheitsrecht – das ist die Zukunft Europas.«

Vor gut einem Jahr sendete der Bayerische Rundfunk eine Hörfunkdiskussion zur Frage: »Sterben die Deutschen aus?«.

Dabei äußerte sich die SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Renate Schmidt wörtlich wie folgt: »... und ich sage Ihnen, dieses Wort da: Sterben die Deutschen aus? das ist für mich nicht das Problem... Die Frage, die Sie hier stellen, ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir, also so, wie sie hier gestellt wird, verhältnismäßig wurscht.«



Das »Schwangerschafts-Abbruchgesetz« nennen die Bonner Parteien »Politik zum Wohle des Volkes«.

Mir ist es nicht »wurscht«, wenn das deutsche Volk ausstirbt. Warum das? Ist es nur die Sorge, im Alter keine ausreichende Rente mehr zu erhalten? Nein, darum geht es mir nicht so sehr. Denn wenn in 40 Jahren zum Beispiel eine genügend große Anzahl von Türken, Tamilen oder Afghanen hier in Deutschland lebt und arbeitet und damit die Rentenbeträge aufbringt, ist meine Rente gesichert.

Es geht mir also um grundsätzliche Dinge. Welche sind dies?

Das Erbgut prägt den Menschen

Erfahrung und Gefühl sagen mir folgendes: Ich bin Angehöriger des deutschen Volkes. Ich bin ihm nicht freiwillig beigetreten, sondern durch meine Geburt sein Mitglied geworden. Ich kann auch nicht aus diesem Volk austreten, sondern werde mich doch immer in meinen Eigenschaften, meiner Sprache oder Aussprache und meinen Empfindungen von Angehörigen anderer Völker unterscheiden und als Deutscher zu erkennen sein. Denn meine Eigenschaften kann ich nur wenig ändern, ich habe sie von meinen Vorfahren geerbt.

Ich bin ihnen ähnlich, und sie alle waren Deutsche und lebten in dem Land, in dem auch ich lebe. Ich wünsche mir, daß auch meine Nachkommen mir ähneln sollen, daß sie ebenfalls in unserem Land leben können und daß dies in geordneten Verhältnissen geschieht. Die Erfahrung sagt mir nun, daß dies sicher nicht der Fall sein wird, wenn unser Volk ausstirbt. Denn dann werden angesichts der Überbevölkerung der Erde Angehörige fremder Völker hier einwandern.

Stoßen aber Völker gänzlich verschiedener Kulturkreise aufeinander, bilden sich Ghettos oder eine Mischbevölkerung, und es kommt wegen der unterschiedlichen Eigenarten, der unterschiedlichen Kulturen und der unterschiedlichen Religionen zu Auseinandersetzungen und Kämpfen. Parallel dazu werden die Wertvorstellungen, die gewachsenen Kulturen und Lebensgesetze aller Beteiligten zerstört, so daß eine wurzellose, beliebig manipulierbare »Masse Mensch« entsteht.

Dies zeigen zum Beispiel die teilweise chaotischen Verhältnisse in Großstädten der Vereinigten Staaten mit ihrem Völkergemisch. Solche Zustände wünsche ich meinen Nachkommen nicht.

Für meine Lebensauffassung ist also das Volk einer der wichtigsten Begriffe meines politischen und kulturellen Denkens und Handelns. Völker, nicht etwa Einzelmenschen oder die Menschheit, gestalten die Geschichte.

Welche Begründungen liefern hierfür die modernen Naturwissenschaften? Die moderne Biologie, insbesondere die Molekularbiologie, weist folgendes nach: Der Mensch – wie alle anderen Lebewesen auch – erwirbt seine körperlichen, geistigen und seelischen Eigenschaften nicht so sehr aus der Umwelt und Erziehung, sondern er ist überwiegend abhängig von der Vererbung beziehungsweise seinen jeweiligen Erbanlagen (Genen). Beispielsweise ergibt sich die Intelligenz eines Menschen zu 80 Prozent aus seinen entsprechenden Erbanlagen und nur zu 20 Prozent aus Umwelteinflüssen.

Völker sind die Träger der Evolution

Die Biologie und Anthropologie, insbesondere aber die Verhaltensforschung weisen folgendes nach: Der Mensch – wie alle anderen Lebewesen auch – ist Ergebnis und Glied der Entwicklung des Lebens (Evolution). Diese erfolgt vor allem durch plötzlich auftretende Veränderungen des Erbgutes (Mutationen), die veränderte Eigenschaften bei den Nachkommen zur Folge haben.

Die Mutationen beziehungsweise neuen Eigenschaften gehen aber nur dann nicht wieder verloren, wenn nicht nur ein einziger Mensch diese veränderten Eigenschaften besitzt, sondern wenn mehrere Einzelmenschen die Mutationen aufweisen und sie an ihre Nachkommen bei der Fortpflanzung weitergeben können. Die neue Eigenschaft geht aber auch nur dann bei den Nachkommen nicht wieder verloren, wenn nur jeweils Menschen mit der neuen Eigenschaft gemeinsame Nachkommen haben, sich also von den Angehörigen mit den ursprünglichen Eigenschaften auch räumlich absondern und sich untereinander fortpflanzen.

Träger der Evolution ist also nicht der einzelne Mensch, das einzelne Lebewesen, sondern eine Anzahl von Menschen gleicher Eigenschaften, die Gruppe.

Bei Menschen waren viele Jahrzehntausende hindurch die Horden oder Kleingruppen Träger der Evolution, weil sich die Menschen nur innerhalb der Horde fortpflanzten und weil sich die Angehörigen der Horden somit von denen anderer Horden wesentlich unterschieden.

Seit mehreren tausend Jahren aber sind in Europa und Asien die Völker zu den Trägern der Evolution geworden, weil die Fortpflanzung innerhalb der Völker stattfindet und so die Angehörigen der Völker sich wesentlich von denen anderer Völker unterscheiden und damit auch ein »genetisches Sammelbecken« bilden.

Völker sind mehr als eine Summe von Menschen

Die Systemtheorie oder Kybernetik weist folgendes nach: Menschliche Gruppen – wie die Gruppen aller Lebewesen –, also auch das Volk, stellen sogenannte »offene Systeme« dar. Ihre Besonderheit besteht darin, daß sich die Eigenschaften und Leistungen des Systems nicht nur aus der Summe der Eigenschaften und Leistungen der Einzelteile des Systems zusammensetzen, sondern noch mehr Eigenschaften und Leistungen ausweisen. Das Ganze ist also mehr als die Summe seiner Einzelglieder.

Dieses »Mehr« entsteht aus den Kräften und Beziehungen der Teile untereinander, aber auch aus den Beziehungen der Teile zum System und sogar aus den Beziehungen der Systeme zu den Einzelteilen. Es besteht also eine Wechselwirkung zwischen den Einzelteilen des Systems und dem System selbst.

Systemeigenschaften des Volkes, also das »Mehr« gegenüber den Eigenschaften und Leistungen der Summe der Volksangehörigen, sind Sprache, Kultur und besondere Volkskräfte, zum Beispiel ein gemeinsamer Wille.

Es kommt noch folgendes hinzu: Die Entwicklung erfolgt von kleinen und einfachen Systemen zu größeren und komplizierteren. Ein solches entsteht aber nicht, indem die kleineren Systeme zerschlagen werden, sondern indem die einfacheren Systeme zumindest für eine Übergangszeit als Bausteine beibehalten werden.

In der Geschichte haben sich so aus Familien Sippen, aus diesen Stämmen und daraus Völker gebildet. Die Systeme Familien, Sippen und Stämme aber sind immer noch lebendig innerhalb des Systems Volk und erfüllen ihre Aufgabe. Selbst wenn man also annimmt, wir befänden uns in einer Umbruchszeit und der Zeit der Entstehung neuer Systeme wie »Europa« oder »Menschheit«, dann gilt doch: Die »Menschheit« kann nicht durch Zerschlagung oder unter Umgehung der Völker entstehen, sondern nur unter Beibehaltung der Völker sowie bei Bildung neuer Beziehungen der Völker untereinander zu einem System »Menschheit«.

Die Bedeutung der Völker schwindet also nicht, sondern ist im Gegenteil Voraussetzung für das Entstehen eines möglichen Systems »Menschheit«, sofern dieses überhaupt denkbar ist.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden: Völker bestehen aus Menschen gleicher oder ähnlicher Herkunft oder Abstammung. Sie leben in der Regel auf einem geschlossenen Siedlungsgebiet, der Heimat. Das nach außen erkennbare Zeichen für die Gemeinsamkeit bildet die Sprache. Völker haben weiter eine gemeinsame Geschichte und Kultur, und nur sie sind fähig, ein Einheitsbewußtsein und einen einheitlichen politischen Willen zu bilden. Völker sind damit die Träger der menschlichen Entwicklung und des Lebens überhaupt und gestalten die Geschichte.

Das deutsche Volk erfüllt ebenfalls seine Aufgabe an der Entwicklung des Lebens, und man kann sagen, daß es diese Aufgabe in hervorragender Weise meistert: Man denke nur an die großen Leistungen in Wissenschaft und Kultur, in der Philosophie, in der Mathematik, in der Astronomie, in der Biologie und Technik, in der Dichtkunst, Musik und Malerei.

Aus diesen Gründen ist es mir nicht »wurscht«, wenn das deutsche Volk ausstirbt. □

Parteien

Freys Geschäfte mit dem Nationalen

Alfred König

Als zumindest auf den ersten Blick recht erfolgreiche Alternative für nationaldenkende Deutsche präsentiert sich die am 5. März des vergangenen Jahres von dem Herausgeber der »Deutschen National-Zeitung«, Dr. Gerhard Frey, unter tatkräftiger Mithilfe führender NPD-Mitglieder gegründete Partei »Deutsche Volksunion – Liste D« (DVU). Verschiedene, aus unterschiedlichen und überwiegend recht zuverlässigen Quellen stammende Gerüchte und Indizien lassen jedoch eher den Schluß zu, daß Frey und seine DVU das Fenster sind, durch das die etablierten Parteien und auch die Alliierten ins nationale Lager schauen und er durch die Bindung nationaler Kräfte an ihn die bislang stärkste nationale Kraft, die NPD, auslöschen und gleichzeitig damit verbunden jede eventuelle Neugründung einer nationalen Partei im Keim ersticken will.

Aus vielen Quellen kommt das Gerücht, daß die DVU in Wirklichkeit mittels Strohmännern in der Schweiz und in Österreich von der CSU finanziert oder zumindest finanziell stark unterstützt wird. Indiz hierfür könnte bei Bestätigung sein, daß der jetzige Landtagsabgeordnete der CSU, Walter Stein, früher Prokurist in Freys Medienimperium gewesen sein soll. Die verschiedenen Informationen bezüglich einer Zusammenarbeit von Frey und der CSU stammen von so vielen Personen, daß es, trotz einiger Dementis von in der Regel ebenfalls recht gut informierten Leute, eher wahrscheinlich ist, daß an diesen Gerüchten etwas »dran« ist, als umgekehrt.

Frey informiert CSU-Strauß

Hierfür spricht auch ein Briefwechsel aus dem Jahr 1980. Mit Schreiben vom 5. November 1980 hatte der damalige Kreisvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten in Dierburg Frey zu mehreren Punkten kritisiert und ihm die Absicht unterstellt, »die letzten nationalen Kräfte der CDU/CSU mit ihrem Oberstrolch Strauß zuzuführen«. Sicherlich ist dieser Ausdruck in einer sachlichen Auseinandersetzung abzulehnen, doch ist es äußerst befremdlich, was Frey am 11. November desselben Jahres antwortet: »Ich werde deshalb Ihren Brief dem Büro von Ministerpräsident Strauß zuleiten und es in dessen Ermessen stellen, strafrechtliche Schritte gegen Sie einzuleiten, falls Sie sich nicht bis spätestens 20. 11. für Ihre Entgleisungen entschuldigt haben.«

Frey fordert also eine Entschuldigung an, obwohl gar nicht er, sondern ein ganz anderer Ziel dieser Angriffe war.

Und eine genaue Analyse der Publikationen Freys erhärtet den Verdacht einer – zumindest stillschweigenden – Kooperation zwischen Frey und Unions-Rechten eher noch. Der Verfassungsschutzbericht dieses Jahres nennt als Zielsetzungen der »National-Freiheitlichen«, zu denen Frey gerechnet wird, den Widerstand gegen steigende Asylbewerber- und Asylanten-Zahlen, das Bestreiten der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg sowie ein sogenanntes Umerziehungs-Syndrom. Punkte, die sicherlich wichtig und richtig sind,

Parteien

Freys Geschäfte mit den Nationalen

aber doch nicht, wie bei Frey, abgesehen von einigen Ausnahmen, die einzigen zu behandelnden Punkte sein dürfen.

Lobhudelei und Bettelei

Diese Punkte, die Frey vorgehalten werden, sind aber genau die Punkte, die auch rechte Kreise in der CDU und besonders in der CSU unterstützen. Das gleiche gilt für die in der »Deutschen National-Zeitung«, dem »Deutschen Anzeiger« und der »Deutschen Wochenzeitung« aufgeführte Argumente, die nahezu deckungsgleich mit denen rechter Unionskreise sind.

Der Leser braucht nur über mehrere Wochen Freys drei Wochenzeitungen zu analysieren, dann erkennt er die Richtigkeit des hier aufgeführten. Neben den drei obigen Punkten – denen aber andererseits gemessen an der Gesamtseitenzahl relativ wenig Platz zugestanden wird – bilden den Schwerpunkt seiner Zeitungen teilweise über mehrere Seiten reichende historische Richtigstellungen, in praktisch jeder Ausgabe mindestens eine Seite »Lobhudelei« über seine DVU sowie Leserbriefe. Daneben gibt es noch eine Menge meist konservativer Anzeigen sowie Werbung und Spendenaufrufe für die DVU und andere von Frey geführte Organisationen sowie mindestens eine, meistens aber zwei Seiten Werbung für die im FZ-Verlag lieferbaren Bücher. Dieser Verlag gehört im übrigen der Ehefrau Freys, Regine.

Um hier keinen falschen Eindruck erwecken zu wollen: historische Richtigstellungen sind wichtig, besonders, wenn man bedenkt, mit welchen Lügen und Unwahrheiten das deutsche Volk seit dem verlorenen Zweiten Weltkrieg überschüttet wurde. Doch darf dies doch nicht dazu führen, daß zwischen zehn und 20 Prozent einer Zeitung oder einer Zeitschrift durch diese Themen gebunden sind.

Dies gilt um so mehr, wenn noch 20 bis 40 Prozent durch Werbung, zehn bis 20 Prozent durch Leserbriefe und den »Fragebogen« und weitere fünf bis zehn Prozent durch Werbung für die DVU besetzt sind. Selbst im günstigsten Fall ist damit rund die Hälfte der Seitenzahl durch oft durchaus nicht unwichtige, angesichts der aktuellen politischen Lage aber überwiegend unwesentliche Dinge belegt.

Deutsche
National✶Zeitung
freiheitlich, unabhängig, überparteilich
Deutscher Anzeiger
unwiderlegbar, wahrheitsliebend
Deutsche Wochen-Zeitung
für nationale Politik, Kultur und Wirtschaft

Dienen die Zeitschriften des Verlegers Gerhard Frey wirklich nur nationalen Interessen oder sind sie das Fenster durch das andere in das nationale Lager schauen können.

Aufgrund der dann noch relativ großen Bilder bleiben von zwölf Seiten rund drei bis maximal fünf Seiten effektiver aktueller Text übrig, der dazu dann noch oftmals oberflächlich bleibt, die »Argumente« von Unions-Rechten wiederholt und nur selten bis ins kleinste Detail geht. Hintergrundinformationen sind so gut wie nie zu finden. Von den Bilderbergern oder der Trilateralen Kommission, beide gehören zu den wichtigsten Absprachegremien im Hintergrund, die die Welt lenken, hört man praktisch nichts, außer wenn diese angesichts eines Treffens ein nichtssagendes Statement abgeben.

Zweifel haben ihre Berechtigung

Auffallend ist auch, daß Frey in seinen Publikationen das derzeitige völkerrechtswidrige Vorgehen der Israelis gegen die Palästinenser zwar negativ beurteilt und auch die Aktionen von Judenführern in der Bundesrepublik kritisch beleuchtet, aber auch dort wieder nur an der Oberfläche bleibt und beispielsweise die Rolle, die sehr große und wichtige jüdische Organisationen heute in der Weltpolitik spielen, fast ganz außer acht läßt.

Dazu paßt unter anderem auch, daß Frey dem Steinkirchener Lühe-Verlag keine Werbung in seinen Zeitschriften gestattet, einem Verlag, der besonders diese Themen behandelt. Auf der anderen Seite werden aber Anzeigen der »Privatdepesche« gestattet, ein sicherlich guter Bonner Hintergrund-Informationsdienst, der aber der CDU sehr nahe steht und Informationen zufolge von Unions-Rechten benutzt wird, um bestimmte Dinge an die Öffentlichkeit zu lancieren. Es erscheint undenkbar, daß die »Privatdepesche« ohne zumindest duldende Zustimmung dieser Unions-Rechten in Freys Publikationen wirbt.

Die Note »gut« verdienen sicherlich die von dem FZ-Verlag herausgegebenen Bücher, wie beispielsweise die beiden Bände »Prominente ohne Maske«, das »Lexikon der Geschichtslügen« oder »Verheimlichte Dokumente«, die ein sehr gutes Kompendium zu den jeweiligen Themenbereichen darstellen. Doch auch hier bleibt festzuhalten, daß sie im wesentlichen nichts Neues veröffentlichen, sondern nur viele Jahre lang von Umerziehern falsch Dargestelltes korrigieren und/oder zusammenfassen, aber nichts Neues »bringen« – was aber für ein Buch sicherlich eher vertretbar ist als für eine Wochenzeitung.



Die DVU soll die »führende überparteiliche Bewegung der verfassungstreuen Rechten und freiheitlichen Mitte« sein und hat nach Angaben des Verfassungsschutzes 12 500 Mitglieder.

Als einen seiner größten Erfolge rühmt Frey jedoch, daß es nun – nicht zuletzt durch ihn – gelungen sei, mit der NPD ein Bündnis mit dem Ziel gegenseitiger Unterstützung zu schließen, nachdem beide Gruppierungen in den Vorjahren eine ziemlich große Distanz voneinander gehalten hatten. Damit sei nun, so Frey, die politische Durchschlagskraft der nationalen Deutschen deutlich stärker geworden.

Obwohl der Erfolg der DVU in Bremerhaven – in Bremen hatte sie nun auch nicht gerade berauschend abgeschnitten – ihm Recht zu geben scheint, ist doch in Wirklichkeit genau das Gegenteil der Fall: Frey versucht damit, das bislang größte Sprachrohr der Nationalen, selbst wenn auch an der NPD in vielen Punkten Kritik zu üben ist, mehr oder weniger untrennbar an sich zu binden.

Zweifel an der nationalen Gesinnung

Falls Frey wirklich, wie es von ihm immer behauptet wird, eine dauerhafte Kooperation mit der NPD will, dann stellt sich die Frage, warum er dann seine DVU als »Alternative, auf die Deutschland wartet« bezeichnet und nicht direkt die NPD ohne Neugründung einer anderen Partei unterstützt. Oder da er von der NPD schon nichts hält, dann hätte er einen separaten Weg gehen müssen, aber nicht den derzeit eingeschlagenen.

Interessant ist, was dazu im jüngsten Bundesverfassungsschutzbericht steht: »NPD und

DVU, die bis 1986 gegeneinander in Konkurrenz standen, wollen künftig unter gegenseitigen Unterstützungen je nach Bedarf als NPD oder als DVU-Liste D in die Wahlkämpfe gehen, obwohl viele Nationaldemokraten, insbesondere innerhalb der JN (Junge Nationaldemokraten, der Verfasser), die Annäherung an Dr. Frey vehement ablehnen.«

Und bei genauer Betrachtungsweise haben die Zweifel an Freys nationaler Gesinnung ihre Berechtigung: Während Frey in dem Bündnis nur gewinnen kann, da ihm damit ein gewisse Wählerklientel sicher ist, muß die NPD einen Teil ihrer Eigenständigkeit aufgeben, Kompromisse schließen und macht sich damit abhängig von Frey und seiner publizistischen Unterstützung, die sicherlich einen großen Teil zu den – insgesamt doch recht dünnen – Erfolgen beiträgt.

Scherte die NPD jetzt nämlich aus dem Bündnis mit der DVU aus, könnte Frey sie als »Verräterpartei« oder als »Partei, die soweit rechts ist, daß wir als DVU mit ihnen nichts zu tun haben wollen« hinstellen. Dies könnte zu neuerlichen Schwierigkeiten für die NPD und gegebenenfalls auch zu einer Spaltung dieser Partei führen, da ihr derzeitiger Vorsitzender, der Rechtsanwalt Martin Mußgnug, bereits seit Jahrzehnten zu den Gefolgsleuten Freys gehört.

So unterstützte denn auch Frey Mußgnug bereits 1968 bei der baden-württembergischen Landtagswahl. Prompt gelang dem NPDler dann auch dank der massiven Unterstützung des Münchener Verlegers der Sprung in den Landtag. Andererseits scheint eine Trennung der NPD von der DVU die einzige Chance für die nun bereits seit 24 Jahren existierenden Nationaldemokraten.

Gelänge Frey allerdings wie auch immer die politische Vernichtung der NPD – speziell dann, wenn die NPD sich von der DVU trennt und Frey es schaffen sollte, die Nationaldemokraten dann ganz zu spalten –, hätte er sich damit aber für den rechten Flügel der Union wählbar gemacht. Böse Zungen behaupten, dies wäre auch Freys Taktik.

Und, was mindestens genauso schlimm, wenn nicht gar noch schlimmer ist: durch die DVU neutralisiert Frey auch die »unabhängigen« nationalen Kräfte und verhindert dadurch die notwendige Einigung aller Nationalen, da die konservativ-nationale Wählerschaft durch ihn gebunden wird und es sehr schwer ist und als »Meuterei und Schwächung des nationalen Lagers« angesehen werden könnte, wenn sich jetzt eine weitere, wahrhaft rechte Partei bilden würde.

Wischi-Waschi-Parolen als Parteiprogramm

Zwar klingt das Parteiprogramm der DVU-Liste D auf den ersten Blick nicht schlecht, bei genauer Betrachtung erweist es sich doch als »Wischi-Waschi-Parole« und läßt für den wahrlich national – nicht nationalistisch – eingestellten Deutschen mehr als nur einen Wunsch offen.

Dies gilt um so mehr, wenn man sich Freys seltsames Gebaren bei den jüngsten Landtagswahlen ansieht. Im Norden hatte seine DVU-Liste D durch den Einzug von Abgeordneten dieser Partei in die Bremer und Bremerhavener Bürgerschaft für Furore gesorgt und auch einen recht großen Bekanntheitsgrad erreicht. Was wäre also logischer gewesen, falls Frey wahrlich nationale Interessen vertreten würde, als direkt nach Bekanntwerden des Pfeiffer-Skandals in Schleswig-Holstein für die daraufhin neu stattfindende Landtagswahl eine Kandidatur der DVU-Liste D anzukündigen und zu versuchen, aus der Affäre Gewinn, sprich Prozente, zu erzielen?

Doch was geschah: Erst nach vielen Wochen gab dann die NPD ihre Kandidatur bekannt. Das Ergebnis dieses unverständlichen Agierens spricht für sich. Sicherlich muß bei einem Bündnis zweier eigenständiger Gruppierungen Rücksicht auf den anderen Partner genommen werden, doch sollte der Sinn dieser Zusammenarbeit eine Stärkung sein und nicht eine von vornherein aussichtslose Kandidatur.

Daß Frey wirklich nationale Interessen vertritt, muß auch angesichts des Abstimmungsverhaltens des DVU-Abgeordneten Hans Altermann in der Bremer Bürgerschaft angezweifelt werden. Am 14. November des vergangenen Jahres enthielt Altermann sich seiner Stimme bei einem Antrag der Grünen »Politik gegen Rechtsextremismus« (Drucksache 12/22), in dem es unter anderem hieß: »Die Wahlpropaganda und das Programm der DVU-Liste D sind geeignet, alte rassistische und ausländerfeindliche Ressentiments wieder zu beleben . . . Das gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten ist zu fördern. Dazu gehört auch ein Wahlrecht für Ausländer/innen.«

Ein Antrag der FDP (Drucksache 12/26), in dem es unter anderem hieß, »die Bürgerschaft bedauert, daß es der DVU gelungen ist, in die Bremische Bürgerschaft und Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung einzuziehen«, wurde sogar einstimmig angenommen. So wunderte es dann auch nicht, daß sich Altermann weigerte, vom Bremer Senat Gelder für die Renovierung von Kriegerdenkmälern zu verlangen. Er begründete es mit den Worten: »Die hätten mich ausgelacht in der Bürgerschaft.« Kommentar überflüssig.

Auf Kosten des nationalen Lagers

In Nordrhein-Westfalen hat die DVU-Liste D bis heute keinen Landesverband. Statt permanent angesichts der vielen Krisen im Ruhrgebiet in diese Bresche zu schlagen, trotz der sicherlich zu erwartenden Proteste und vielleicht auch der Gefahr von Handgreiflichkeiten dort eigene Versammlungen abzuhalten und zu versuchen, die Stahlarbeiter beziehungsweise die Leute im Revier insgesamt für die DVU-Politik zu gewinnen, geschieht rein gar nichts. Die DVU ist und bleibt abwesend. Und das, obwohl Frey sich in seinen Wahlanalysen rühmt, daß die DVU besondes aus Arbeiterkreisen viele Stimmen erhalten habe. Logisch ist dies alles nicht!

Es stellt sich auch die Frage, aus welchem Grund Frey neben seiner DVU und DVU-Liste D noch so viel »Unterorganisationen«, wie beispielsweise »Ehrenbund Rudel«, »Aktion deutsches Radio und Fernsehen« hat? Warum werden diese Aufgaben nicht von der DVU wahrgenommen, wie es richtig wäre?

Ein Argument könnte sein: »Schließlich stärken die neben dem DVU-Mitgliedsbeitrag hereinkommenden Beiträge die Finanz- und damit die Durchschlagskraft des nationalen Lagers.«

Nur zieht dieses Argument angesichts der recht geringen Mitgliederschaft dieser Organisationen und des geringen Monatsbeitrages zwischen DM 1,50 und DM 3,00 nicht recht.

Dazu folgendes, was der Nationaldemokratische Hochschulbund schreibt: Nach der Ermordnung des ehemaligen Obersts der Waffen-SS, Joachim Peiper, 1976 in Frankreich, habe Frey viel Geld für die Andenken der deutschen Soldaten gesammelt. Dafür sei dann eine nicht allzu teure Gedenkplatte mit der Aufschrift »Unsere Helden leben in unserem Herzen« angefertigt worden. Nach der »Weihe« in einem Bierkeller sei diese Gedenktafel dann weggeschafft worden – direkt in den Keller von Freys Verlag.

Erstaunlich ist auch, wie sehr die von Frey genannten Mitgliederzahlen für die DVU und seine anderen Organisationen von den Zahlen des auf diesem Sektor sehr gut informierten Verfassungsschutzes abweichen. Während die Verfassungsschützer für die DVU-Liste D von »über 2500 Mitgliedern« wissen wollen, spricht Frey von mehr als 6000.

Die DVU selber, die keine Partei, sondern »die führende überparteiliche Bewegung der verfassungstreuen Rechten und freiheitlichen Mitte«, so Frey, ist, zählt nach Angaben des Verfassungsschutzes »über 12 500 Mitglieder« und Frey zufolge »mehr als 16 000«.

Angesichts der in der Regel guten Informationen des Verfassungsschutzes müssen Zweifel an der Richtigkeit der von Frey genannten Zahlen aufkommen, zumal wenn man bedenkt, daß es im Interesse jeder Gruppierung ist, so hohe Mitgliederzahlen wie möglich aufzuweisen. □

Parteien

Frey will das Ende der NPD

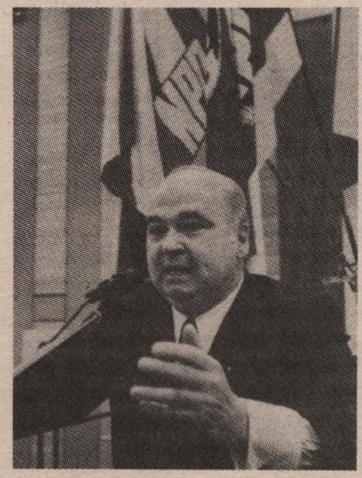
Ernst Krüger

Alarmiert durch einen zwar noch relativ geringen, doch kontinuierlich wachsenden Stimmenzuwachs der nationalen Kräfte bei verschiedenen bundesdeutschen Wahlen, versuchen nun daran nicht interessierte Kreise die stärkste und einflußreichste deutsche nationale Partei, die NPD, sowie die gesamte nationale Bewegung zu vernichten. Speerspitze dieser Bewegung ist der Münchener Verleger Dr. Gerhard Frey, in dessen Verlagshaus die »Deutsche National-Zeitung«, der »Deutsche Anzeiger« und die »Deutsche Wochen-Zeitung« erscheinen. Gelingen soll ihm dies durch die im März des vergangenen Jahres paradoxerweise unter tatkräftiger Mithilfe führender NPDler gegründete Partei »Deutsche Volksunion (DVU)-Liste D«.

Eingeleitet wurde die Vernichtungsstrategie der NPD bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen und Bremerhaven. Mit einem Wahlkampf, in dem Frey eigenen Angaben zufolge rund zwei Millionen Mark investierte, schaffte die dort kandidierende DVU-Liste D mit wenigen tausend in Bremerhaven errungenen Stimmen aufgrund der besonderen dort herrschenden Wahlbestimmungen den Sprung mit einem Abgeordneten in die Bremer Bürgerschaft, was ein bundesweites großes Echo auslöste.

Geld in die leeren Kassen

Statt nun, wie es richtig gewesen wäre, »diese Schiene weiter zu fahren« und angesichts der Politverdrossenheit in Schleswig-Holstein aufgrund des Barschel-Pfeiffer-Skandals direkt bei Bekanntgabe der Neuwahlen dort ebenfalls eine eigene Kandidatur der DVU-Liste D anzumelden und zu versuchen, aufbauend auf dem Wahlerfolg in Bremen auch ins Parlament des nördlichsten deutschen Bundeslandes zu kommen, wurde dort die NPD vorgeschickt, die trotz einer sowohl personell als auch organisatorisch dünnen Personaldecke ihren Stimmenanteil von 0,5 auf 1,2 Prozent erhöhte.



Dr. Gerhard Frey hat durch seine Manipulation der NPD eine große Unruhe im nationalen Lager hervorgerufen.

Vorher hatte die NPD bereits bei der baden-württembergischen Landtagswahl ihren Wähleranteil von ein auf 2,1 Prozent ausbauen können – und das alles ohne Millionenaufwand, wie Frey ihn betrieb. Ganz im Gegenteil, durch die der NPD nun zufließende Wahlkampfkostenerstattung konnten die Nationaldemokraten ihre leeren Kassen zumindest wieder etwas auffüllen.

Zwar hatte Frey die NPD bei diesen Wahlen in seinen Blättern unterstützt und zur Wahl dieser Partei aufgerufen, doch hatte die nunmehr 24 Jahre alte Partei ihren Stimmenzuwachs hauptsächlich eigenem Einsatz zu verdanken. Dies alles machte die NPD nun auch optimistisch, bei der im Juni des kommenden Jahres stattfindenden Europawahl einen bedeutsamen Erfolg erringen zu können.

Die Europawahl als Wendepunkt

Angesichts der immer größer werdenden Unzufriedenheit vieler Unionswähler mit der CDU/CSU und der Tatsache, daß die Europawahl von den Wählern nach wie vor als Stiefkind behandelt wird, das sich anbietet, den etablierten Parteien einen Denkzettel zu verpassen, sind Schätzungen für einen Stimmenanteil der NPD zwischen zwei und drei Prozent durchaus nicht zu hoch angesetzt. Dies würde aber bereits eine Wahlkampfkostenerstattung zwischen fünf und sieben Millionen Mark für die Nationalsdemokraten und damit ein sofortiges Ende aller finanziellen Nöte und die Möglichkeit, in der Zukunft ohne Geldsorgen die nationalen Gedanken offensiv zu vertreten, bedeuten.

Die Europawahl hätte somit für die NPD und damit verbunden auch für die wahrlich nationalen Kräfte Deutschlands – trotz einiger nicht zu verleugnender Kritikpunkte an der NPD – ein Fanal und den Wendepunkt hin zu Erfolgen, ähnlichen denen LePens in Frankreich, darstellen können. Hätte – wenn Frey nicht wäre!

Die von führenden NPD-Leuten, besonders vom Parteivorsitzenden Martin Mußgnug und dem Generalsekretär der Partei, Walter Seetzen, forcierte Zusammenarbeit zwischen der NPD und der DVU waren von vornherein dadurch geprägt, daß beide Parteien sich zwecks Teilnahme bevorstehender Wahlen früh genug abstimmen, wer denn nun kandidiert. Der NPD-Bundesparteitag beschloß 1987, daß über die Kandidatur bei der Europawahl nach der baden-württembergischen Landtagswahl im Frühjahr 1988 beschlossen werden soll.

Um so überraschter waren dann die NPD-Mitglieder, als bekannt wurde, daß Frey und Mußgnug bereits am 14. Januar dieses Jahres mehrere Vereinbarungen darüber abschlossen, daß die DVU-Liste D bei der Europawahl kandidiert und diese Kandidatur von der NPD unterstützt wird. Bei der Bundestagswahl 1990 soll dann die NPD kandidieren – diese Vereinbarungen liegen CODE in Kopie vor.

Dies traf den Großteil der NPD-Basis wie einen Schock. Denn sollte dies wirklich passieren, würde das mit ziemlich großer Sicherheit den politischen Tod der NPD bedeuten oder sie zumindest um viele Jahre zurückwerfen und als bedeutungs- und einflußlos verdammen. Auf dem am 24. Juni stattgefundenen Sonderparteitag der NPD wollten viele Landesverbände diese Vereinbarungen wieder kippen, scheiterten aber, nicht zuletzt, weil das Parteipräsidium im Falle eines Votums gegen die DVU seinen Rücktritt ankündigte.

Ein absolutes Verlustgeschäft

Bei der bislang letzten Europawahl am 17. Juni 1984 hatte die NPD beachtliche rund 0,8 Prozent der Stimmen und damit eine Wahlkampfkostenerstattung von etwas über einer Million DM bekommen. Angesichts der damaligen Überwindung der für eine Wahlkampfkostenerstattung benötigten 0,5 Prozent hatte die NPD für die kommende Europawahl bereits einen Vorschuß von 840 000,– DM aus der Staatskasse erhalten, weitere 200 000,– DM sollten im Juli dieses Jahres ausgezahlt werden.

Nach dem Beschluß des Sonderparteitages wurde dieser Betrag storniert und die 840 000,– DM sofort von der NPD zurückgefordert. Als Ausgleich hierfür hat sich die DVU in einer der bereits erwähnten Vereinbarungen bereit erklärt, »sechs Monate nach Feststellung des endgültigen amtlichen Wahlergebnisses im Anschluß an die erfolgreiche Wahlteilnahme der DVU an der Europawahl 1989 der NPD eine Million DM Kostenersatz für deren Wahlkampfhilfe (zu) erstatten«. Ein absolutes Verlustgeschäft für die NPD.

Erstens gibt es gewichtige Stimmen, die anzweifeln, ob diese Vereinbarung überhaupt rechtsverbindlich ist, da laut Parteiengesetz Parteien einer anderen

Partei keine finanziellen Zuwendungen zukommen lassen dürfen. Doch selbst, wenn dies rechtsverbindlich ist, da es sich nur um einen Kostenersatz handelt, bleibt die Bilanz für die NPD schlecht.

Denn, wie erwähnt, die NPD muß der Staatskasse die schon gezahlte Wahlkampfkosten-Vorauserstattung von 840 000,– DM wieder zurückzahlen und erhält den eigentlich im Juli fällig gewesenen weiteren Betrag von 200 000,– DM nicht. Die eine Million von Frey – die praktisch nichts anderes als den zurückgezahlten Betrag darstellt – wird dagegen frühestens erst Anfang 1990 an die Nationaldemokraten gezahlt.

Und die fünf bis sieben Millionen DM, die die NPD wahrscheinlich aufgrund des zu erwartenden Stimmenanteils an Wahlkampfkostenerstattung bekommen hätte, steckt sich nun Frey in die Tasche, da zu erwarten ist, daß er ein ähnliches Ergebnis wie die NPD erzielen wird. Auch bei einem Werbeaufwand von zwei bis drei Millionen DM bleibt noch genügend Gewinn bei der DVU und damit in Freys Taschen. Denn aufgrund einiger geschickter Formulierungen im Programm der DVU ist Frey alleiniger Herrscher in der DVU.

Das mindeste eines Verzichts der NPD wäre aber die Teilung der nach der Europawahl an die DVU gezahlte Wahlkampfkostenerstattung gewesen, denn es darf nicht vergessen werden, die DVU verfügt über praktisch keine Organisation – auch gehört der Großteil der Mitglieder der ältere Generation an und entfällt alleine damit zum Großteil als »Klebekolonnen« für die Wahlkampf-Plakate.

Es wäre der endgültige Tod der NPD

Dies soll nun die NPD für Frey umsonst machen, zahlt sogar noch drauf. Denn nach der Rückzahlung der 840 000,– DM ist die NPD-Kasse praktisch leer; dadurch, daß die NPD die eine Million von Frey frühestens Anfang 1990 bekommt, lähmt sie sich für anderthalb Jahre und vielleicht sogar für immer.

Dies führt auch dazu – den psychologischen Effekt, den ein Erfolg bei der Europawahl bedeutet und den Sogeffekt, zu dem dieser führen würde, jetzt einmal außer acht lassend –, falls das ganze abgekartete Spiel nicht doch noch in letzter Sekunde verhindert wird, daß die NPD in den bis zur Bundestagswahl anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen aufgrund ihrer Finanznöte keine anständigen Wahlkämpfe mehr führen könnte, was sich natürlich auch auf die Wahlergebnisse niederschlüge.

Außerdem wäre es nahezu jedem Bürger unverständlich, wenn nach einem Erfolg der DVU bei der Europawahl diese dann auf eine Kandidatur bei der Bundestagswahl zugunsten der NPD verzichten würde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Frey genau diesen Aspekt im Auge hat und dann eine DVU-Kandidatur bei der Bundestagswahl durchsetzen will – was den endgültigen Tod der NPD bedeuten würde.

Würde dagegen die NPD bei der Europawahl kandidieren und aufgrund der erwarteten zwei bei drei Prozent Stimmen fünf bis sieben Millionen DM ausgezahlt bekommen, sind ihre Chancen gut, bei den bevorstehenden Landtagswahlen, besonders der bayerischen und der nordrhein-westfälischen, eindrucksvolle Ergebnisse zu erzielen. Denn durch die gute Liquiditätslage könnte die NPD dann ganz anders, viel offensiver als bislang auftreten und ihre Argumente wirkungsvoll an den Mann bringen und bräuchte sich nicht, wie in der Vergangenheit, aufgrund der Finanznöte mit Billiglösungen begnügen.

Auch darf doch nicht vergessen werden, daß Erfolge bei den Kommunal- und Landtagswahlen weitere Wahlkampfkostenerstattungen nach sich ziehen. Zwar könnte auch dann nicht ein Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 1990 garantiert werden, doch zumindest ein stattlicher Erfolg von einigen Prozent.

Auf diesem könnte wiederum aufgebaut werden und der Einzug in den Bundestag dann bei einer durchaus schon 1992 stattfindenden Bundestagswahl, denn ein Austritt der FDP aus der Koaliton mit der Union wird in der nächsten Legislaturperiode immer wahrscheinlicher, geschafft werden. Und dann wäre die erste Hürde genommen, eine wahrhaft nationale Politik in Deutschland zu verwirklichen.

Noch hat Frey den Kampf nicht gewonnen

Genau diese Gefahr sehen auch die Unionsrechten. Und von daher wird Frey mit seinem pseudo-nationalen Getue mit dem einzigen Sinn vorgeschoben, die nationalen Kräfte an ihn zu binden und nach Möglichkeit die NPD zu vernichten. Denn dies würde dazu führen, daß selbst dann, wenn die DVU die Fünf-Prozent-Hürde überwindet – was irgendwann aus Sicht der Union sogar wünschenswert sein könnte –, der CDU/CSU die Macht garantiert und damit eine wahrhaft an den Interessen des deutschen Volkes ausgerichtete Politik weiter verhindert wird.

Doch noch hat Frey den Kampf nicht gewonnen. Einige führende Leute der NPD, die sich als »Unabhängige Nationaldemokraten« bezeichnen, sind zum Kampf gegen Frey und die eigene Führungsclique, die die nationalen Interessen verraten, angetreten. Besonders interessant ist dabei die Rolle des NPD-Vorsitzenden, des Rechtsanwalts Martin Mußgnug, der die Partei seit nunmehr 17 Jahren führt.

Bereits 1968 schaffte Mußgnug, vor allem dank der massiven Medien-Unterstützung Freys, den Sprung in den baden-württembergischen Landtag. Kurz vor dem Landesparteitag der NPD im gleichen Jahr, bei dem Mußgnug für das Amt des Landesvorsitzenden kandidierte, startete Frey in seinen Blättern eine Enthüllungskampagne gegen Mußgnug-Widersacher, beispielsweise gegen Kuhnt und Gutmann. Und der Erfolg gab Frey recht: Mußgnug wurde 1968 baden-württembergischer Landesvorsitzender und 1971 Vorsitzender der Bundespartei.

1975 wollte er sich dann bei Frey revanchieren. In der »Bonner Erklärung« versprach Mußgnug dem Münchener Verleger vor dem Bundesparteitag 1975 im Alleingang und ohne Absprache, ihn als stellvertretenden Parteivorsitzenden vorzuschlagen und ihm die Herausgabe der Parteipresse zu überlassen. Zu diesem Zweck entschloß sich Frey, in Bremen unter der Bezeichnung »NPD – Vereinigte Rechte« einen Wahlkampf zu führen – woraufhin die NPD auf 1,1 Prozent der Stimmen zurückfiel.

Die Delegierten auf dem Parteitag in Ketch stellten sich dann auch gegen Mußgnug und wählten Frey lediglich als Beisitzer in den Bundesvorstand. Was machte Frey daraufhin? Er tritt – als gewähltes Parteivorstandsmitglied – aus der NPD aus und startet in seinen Zeitungen eine haßerfüllte Kampagne gegen die Partei, die er 1984 dann sogar in die Nähe von Kommunisten rückte.

Mitte 1986 fand dann jedoch die Frey-Wende statt. Plötzlich fing er wieder an, mit der NPD zu liebäugeln. Auffällig ist dabei besonders, daß dies zu einem Zeitpunkt stattfand, als die Republikaner bei der Landtagswahl in Bayern mehr als drei Prozent erreichten und sich zu einer Gefahr für die CSU entwickelten.

Wie stark ist Freys Einfluß?

Hatte Frey bislang den Parteivorsitzenden der Republikaner, Franz Schönhuber, in den höchsten Tönen gelobt, wollte ihn sogar mit dem mit 10 000,– DM dotierten »Europäischen Freiheitspreis der Deutschen National-Zeitung« auszeichnen, so startete er nun heftige, teilweise haßerfüllte Angriffe gegen Schönhuber, und zwar ab dem Zeitpunkt, ab dem Schönhuber mit ihm nichts zu tun haben wollte.

Da die Republikaner zumindest in Bayern eine Gefahr für die Union darstellen, ist diese Entwicklung Freys von einem Schönhuber-Freund zu einem -Feind ein weiteres Indiz in der Kette, daß Frey in Wahrheit die Interessen der Unionsrechten wahrnimmt und jetzt versucht, die NPD zu vereinnahmen, um damit angesichts der wachsenden Unzufriedenheit vieler Unionswähler mit ihrer Partei ein Entstehen einer Partei rechts von der Union zu verhindern oder zumindest diese dann zu kontrollieren. Denn nicht umsonst haben Geißler und Strauß sinngemäß erklärt, es dürfe rechts von der Union keine andere Partei geben und wenn,

Parteien

Frey will das Ende der NPD

würde man sich schon zu helfen wissen.

Wie stark Freys Einfluß in der NPD schon ist, kann man auch daraus erkennen, daß er gegenüber dem Parteipräsidium den sofortigen Ausschluß von ihm mißliebiger NPD-Mitglieder verlangt. Und Gerüchte besagen, daß auch viel Geld im Spiel sei.

Auffällig sei jedenfalls, daß zu Freys größten Befürwortern in der NPD Leute gehören, die nicht ehrenamtlich in der Partei tätig waren, sondern hauptberuflich angestellt seien. Und auf dem Sonderparteitag im Juni dieses Jahres drohte der Vorstand bekanntlich, sollte der Antritt der DVU bei der Europawahl bei gleichzeitigem Verzicht der NPD nicht von den Delegierten abgesegnet werden, mit dem sofortigen Rücktritt. Viele in der Partei fragen sich nun, womit hätten diese Leute dann ihren Lebensunterhalt verdient? Hat Frey ihnen etwa in einem derartigen Fall finanzielle Hilfe versprochen?

Die Absicht der Frey-Gegner in der NPD ist es nun, auf dem im November stattfindenden NPD-Parteitag den Beschluß des Sonderparteitages dahingehend zu revidieren, daß die NPD doch noch bei der Europawahl antritt.

In diesem Zusammenhang prüfen Rechtsanwälte derzeit, ob die Abstimmung auf dem Sonderparteitag, die den Verzicht beschlossen hat, überhaupt rechtsgültig ist, da es laut NPD-Satzung verboten ist, daß jemand neben seiner Mitgliedschaft in der NPD auch einer anderen Partei als Mitglied angehört. Diese Leute, die mit ihren Stimmen für die Entscheidung des Sonderparteitags ausschlaggebend gewesen sein können, dürften der Ansicht dieser »Unabhängigen Nationaldemokraten« nach aber nicht mitstimmen, sondern müßten sich zumindest der Stimme enthalten. Außerdem seien viele Delegierte gar nicht über Freys wirkliche Absichten informiert gewesen, nicht zuletzt durch die Desinformation des Vorstandes.

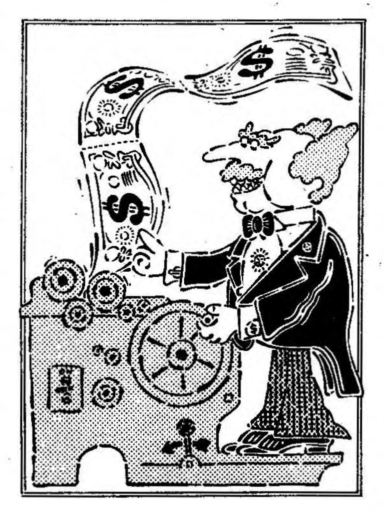
Der Kampf gegen Frey hat begonnen

Und die »Rebellen« sind nicht nur »kleine Mitglieder« oder vereinzelte Störenfriede, vielmehr gehören sie der Partei in führenden Funktionen an. Und, wie es heißt, bestünden gute Aussichten, daß zumindest fünf bis sechs Landesverbände der NPD auf dem Parteitag doch noch eine Kandidatur der NPD bei der Eruopawahl und gegebenenfalls erst später eine Trennung von Frey und seiner DVU beschließen wollen.

Wie zu erfahren war, wollen die Jungen Nationaldemokraten, die zu den schärfsten Gegnern Freys in der NPD gehören, auf ihrem Ende September in Hessen stattfindenden Bundeskongreß den sofortigen Rücktritt Mußgnugs von seinem Amt als Parteivorsitzender fordern.

Rechtzeitig vor dem Parteitag, wahrscheinlich Anfang September, erscheint das reich bebilderte Dokumentarbuch »Gerhard Frey ohne Maske«, in dem Freys Werdegang minutiös geschildert wird. CODE wird in einer seiner nächsten Ausgaben Auszüge darauf veröffentlichen.

Der Kampf gegen Frey hat begonnen und die Chancen sind nicht schlecht, daß die wahrhaft nationalen Kräfte Deutschlands ihn, der in informierten Kreisen nur als »Pseudo-Nationaler« bezeichnet wird, noch einmal, wenn auch sehr spät – fast zu spät – abwehren können. Im Interesse Deutschlands kann dies nur gehofft werden. □



Bonn

Kohls Verhältnis zur Tschechoslowakei

Hans W. Schimmelpfenig

Ende Januar 1988 besuchte der Bundeskanzler Helmut Kohl die »Tschechoslowakische Sozialistische Republik«. Dieser zuvor nicht bestehende Staat wurde im Oktober 1918 von den Siegern des Ersten Weltkrieges neu erfunden und im Versailler Friedensdiktat bestätigt. Er wurde zusammengestellt aus den Ländern Böhmen und Mähren, die zuvor der österreichischen Monarchie angehört hatten; Teile von Schlesien, der Slowakei und der Karpatho-Ukraine wurden dazugeschlagen.

Die Bevölkerung, die man nicht um ihre Zustimmung fragte, bestand damals aus etwa 7,2 Millionen Tschechen, 3,5 Millionen Deutschen, 2,5 Millionen Slowaken, 700 000 Ungarn, 500 000 Karpatho-Ukrainern und 100 000 Polen. Also ein Kunststaat der Siegerwillkür, in dem die Tschechen etwa die Hälfte ausmachten. Die Hauptstadt wurde Prag. Sie war schon um das Jahr 1000 der Mittelpunkt Böhmens und hatte deutsches Stadtrecht. Unter Kaiser Karl dem IV. (1346 bis 1378), der die Stadt großzügig ausbaute, war Prag die Hauptstadt des Deutschen Reiches und erhielt 1348 die erste deutsche Universität des Kaiserreichs. Soviel über die Geschichte.

Kein Wort zu den Verbrechen an Deutschen

Folgen wir den Pressemeldungen, so wünschte Bundeskanzler Kohl mit seinem Besuch engere und intensivere Beziehungen zur Tschechoslowakei anzuknüpfen, ein Wunsch, der im Interesse künftiger gesamteuropäischer Entwicklung zu begrüßen ist.

Leider ist nach den vorliegenden Berichten festzustellen, daß es der Bundeskanzler offensichtlich nicht verstanden hat, diese Beziehungen auf eine gesunde und würdige Grundlage zu stellen, die den historischen Tatsachen entspricht. Pressemeldungen zufolge erwähnte er bei einer Tischrede als bittere Erfahrungen das von der SS zerstörte Dorf Lidice und das Konzentrationslager (KL) Theresienstadt, das im Bereich der Tschechoslowakei lag.

Bei einem Besuch des Dorfes Lidice legte er einen Kranz am Ehrenmal nieder, »an diesem Ort des Grauens«, wie er sagte.

Dem könnte man zustimmen, wenn es irgendein Anzeichen dafür gäbe, daß er oder seine Verhandlungspartner, zum Beispiel der tschechische Ministerpräsident Strougal, der Chef der dort maßgebenden Kommunistischen Partei, Jakes, oder der Staatspräsident Husak auch die andere Seite des Geschichtsbildes, nämlich die Ermordung des Reichsprotektors SS-Obergruppenführer Heydrich im Jahr 1942 als verhängnisvolle Vorgeschichte zum Fall Lidice auch nur erwähnt hätten.

Offensichtlich haben Kohl, seine Begleiter und Verhandlungspartner auch die tschechischen Massenverbrechen an Deut-

schen am Kriegsschluß unerwähnt und somit das seit 1945 zu Lasten unseres Volkes einseitig gefälschte Geschichtsbild unberichtigt gelassen, so daß der Eindruck einseitigen deutschen Verschuldens wiederum verstärkt wurde. Weder zur Ermordung Heydrichs noch zu den barbarischen Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden, hat man auch nur ein Wort gehört oder gelesen.

Um der Wahrheit und der Zukunft unserer Enkel willen

Für alle, denen die geschichtlichen Vorgänge nicht oder nur verfälscht bekannt sind, hier ein kurzer Abriß:

Heydrich hatte es verstanden, durch kluges Verhalten Vertrauen und Mitarbeit eines großen Teiles der tschechischen Bevölkerung zu erwerben. Es bedurfte der Agenten englischer Geheimdienste, um ihn durch hierfür geschulte tschechische Mörder zu beseitigen und durch zu erwartende deutsche Vergeltungsmaßnahmen die sich anbahnende deutsch-tschechische Verständigung zu sabotieren.

Diejenigen, denen solche Feststellung unerwünscht ist, pflegen hier einzuwenden, man solle »nicht aufrechnen«. Diesen Rat kann man auch anders ausdrükken: Man soll die jahrzehntelangen ungeheuerlichen Geschichtsfälschungen in die künftige Geschichtsschreibung unberichtigt eingehen lassen, die dadurch entstanden, daß über die deutsche Geschichte von 1933 bis 1945 mit planmäßiger Konsequenz nur Negatives uns und der Welt vorgestellt worden ist und wird, während alles unleugbar Positive dieser Zeit ebenso unterschlagen wird wie die Verbrechen der anderen Seite am deutschen Volk.

Leider erzwingt dieser empörende Zustand die Pflicht, einseitigen Geschichtsdarstellungen die historische Wahrheit gegenüberzustellen, also »aufzurechnen« um der Wahrheit und der Zukunft unserer Enkel willen. Das kann hier leider nur sehr gekürzt geschehen.

Den Hergang in Lidice schildert Wilhelm Pleyer in seinem Buch »Europas unbekannte Mitte«: »Ende Mai 1942 wurde der Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer Heydrich, in einer Vorstadt von Prag erschossen, als er nur in Begleitung seines Fahrers, auf dem Weg zu seiner Dienststelle war. Ein englischer Langstreckenbomber setzte bereits in der Nacht zum 19. Dezember 1941 die tschechischen Männer ab, die fünf Monate später den Mord ausführten. Der Ausgang des Unternehmens mit Schwarzsender, Waffen, Munition und Verpflegung war das Dorf Lidice.«

Kein einzigartiger Akt von Barbarei

Als Zeugen, der gewiß auch deutschen Sühnepolitikern glaubhaft erscheint, zitieren wir aus dem Buch »Englands Krieg gegen Deutschland« des schottischen Geistlichen Reverend Peter H. Nicoll:

»Der Fall Lidice wirft auf die Engländer kein besseres Licht als auf die Deutschen, nachdem neuerdings bekannt geworden ist, daß der Mord an Heydrich von britischen ›agents provocateurs‹ verübt wurde. Ihr Ziel war, deutsche Vergeltungsmaßnahmen zu provozieren und damit den Haß auf die Deutschen, die angeblich so wilden Barbaren, zu steigern . . . Kein denkender Mensch wird bestreiten, daß die deutsche Vergeltungsaktion Lidice eine brutale und beklagenswerte Maßnahme war, aber sie als Akt einzigartiger Barbarei zu bezeichnen, ist absurd.«

Ferner erinnern wir an eine Pressemeldung der »Westdeutschen Allgemeinen Zeitung« vom 19. Februar 1965, Ministerworte, die heute undenkbar wären: »Greueltaten bei der Vertreibung der Deutschen aus dem Sudetenland und die NS-Vergeltungsaktion gegen das tschechische Dorf Lidice hat Bundesverkehrsminister Seebohm in der neuesten Ausgabe der katholischen Wochenzeitung ›Echo der Zeit‹ gegenübergestellt. Ein mehr als zehnfaches Lidice seien aber zum Beispiel die Ereignisse von Aussig, schreibt Seebohm. Am 30. Juli 1945 seien rund 2000 Sudetendeutsche auf der Elbbrücke erschossen, erschlagen oder in den Fluß geknüppelt worden.« Wem das noch nicht genügen sollte, dem stehen erschütternde Berichte über grauenhafteste tschechische Verbrechen an Deutschen 1945 in Prag zur Verfügung, die wir uns hier ersparen wollen.

Über das KL Theresienstadt, das Kohl in Lidice erwähnte, liegen ganz verschiedene Nachrichten vor, zu deren Wahrheitsgehalt hier nicht Stellung genommen werden kann. Die Rechtslage in der Bundesrepublik läßt das nicht empfehlenswert erscheinen. Es sind Mord- und Vergasungsnachrichten und solche, die nicht mit dem übereinstimmten, was üblicherweise in den Massenmedien über deutsche Konzentrationslager veröffentlicht oder in Reden behauptet oder angedeutet wird.

Will man sich allgemein ein Urteil bilden über die Existenz von Konzentrationslagern, dann muß man auch zur Kenntnis nehmen, daß solche Lager während des Zweiten Weltkrieges, aber auch schon im Ersten, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit bestanden. In beiden Weltkriegen veranlaßten oder erpreßten unsere Kriegsgegner zahlreiche Staaten in aller Welt, die dazu keine Veranlassung sahen, dem Deutschen Reich den Krieg zu erklären, die Deutschen in KL zu sperren und alles deutsche Eigentum, öffentliches und privates, zu enteignen.

Der Holocaust hat nur eine Seite

Bekannt ist, daß Konzentrationslager keine deutsche Erfindung sind, und daß die Engländer bereits 1901 im südafrikanischen Burenkrieg Frauen und Kinder der Buren internierten und massenhaft umkommen ließen. Sie sollen sogar beim Angriff auf die ihr Land verteidigenden Buren Frauen vor ihren Bajonetten hergetrieben haben, um die Buren zu zwingen, nicht zu schießen.

Ein weiteres Beispiel: Am 10. Mai 1940 ließ die belgische Regierung nach vorbereiteten schwarzen Listen flämische, im Verdacht der Deutschenfreundlichkeit stehende Nationalisten sowie Kommunisten, auch Juden, Frauen und Kinder verhaften und unter unmenschlichen Bedingungen in französische KL transportieren, wo sie schwer mißhandelt wurden. »In Abbéville richtete man an ihnen ein wahres Blutbad an«, so sagt ein Bericht.

Konzentrationslager gab es während der französischen Herrschaft in Nordafrika, und im algerischen Unabhängigkeitskrieg in den fünfziger Jahren haben die Franzosen etwa 44 arabische Dörfer aus der Luft zerstört. In Lidice wurden nur Männer erschossen, in den algerischen Dörfern gingen die Frauen und Kinder mit zugrunde.

Bei einem Besuch des Bundesjustizministers Vogel in Warschau nahm dieser jedoch die Erklärung entgegen, daß es nach Ansicht der Volksrepublik Polen keine Verjährung von NS-Verbrechen geben dürfe.

Es steht also fest, daß es in der Welt vor und nach den Weltkriegen Konzentrationslager gab, wahrscheinlich auch noch gibt und geben wird. Man vergesse auch nicht die »Internierungslager« für »automatischen Arrest«, in denen die Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg die gesamte deutsche politische und wirtschaftliche Führungsschicht jahrelang der Freiheit beraubten und um ihre Existenz brachten, um inzwischen das Land ungestört ausbeuten und eine erwünschte Führungsschicht einsetzen zu können.

Es steht ferner fest, daß nur in der Bundesrepublik Deutschland die Verjährung aufgehoben wurde für Straftaten, die von Deutschen begangen wurden oder begangen sein sollen, so daß noch heute, rund 43 Jahre danach, nur Deutsche vor eine Sonderjustiz gestellt werden, die allen früheren wohlerwogenen und begründeten Bräuchen widerspricht, obwohl eine Klärung nach so langer Zeit kaum mehr möglich ist. Wenn es künftig eine freie Geschichtsschreibung geben sollte, wird sie hierüber ihr Urteil fällen.

Von offiziellen Vertretern der Bundesregierung, wenn sie sich hier im Land oder im Ausland zu Kriegsverbrechen äußern, muß gefordert werden, daß sie stets auch der Massenverbrechen an Deutschen gedenken, damit die weltweite einseitige Diffamierung der deutschen Vergangenheit ein Ende nimmt. □

Die kranken Deutschen

Wolfgang Volkrodt

Jeder dritte unter uns leidet an einer Allergie. Ähnlich hoch sei der Anteil der Rheumatiker. So kann man bei Ärztekongressen hören. Das Datenschutzgesetz erschwert konkrete Aussagen über den tatsächlichen Gesundheitszustand der Bevölkerung. Dennoch gibt es einige aussagefähige Statistiken. So hat der AOK-Bundesverband mit seinen 24 Millionen Versicherten registriert, welche und wieviele Fälle zur Arbeitsunfähigkeit oder zum Krankenhausaufenthalt führen.

Die Krankenhausfallstatistik ist besonders aussagefähig, auch im Hinblick auf die gegenwärtigen Diskussionen über die zu hohen Kosten im Gesundheitswesen. Etwa 34 Prozent aller Ausgaben der AOK entfallen auf die Krankenhauspflege. Die Kosten für Zahnärzte und Zahnersatz liegen mit 10 Prozent, für ärztliche Behandlung und Arzneien aus der Apotheke mit jeweils etwa 15 Prozent wesentlich niedriger.

Das Volk wird immer kränker

Der AOK-Bundesverband hat bei seinen 24 Millionen Versicherten mit großer Sorgfalt erfaßt, welche Art von Erkrankung eine Einweisung ins Krankenhaus notwendig machte. Die in der »Krankheitssortenstatistik 1985 des AOK-Bundesverbands« detailliert aufgeschlüsselten Daten sind für jedermann zugängig. Vermutlich liest aber niemand solche Statistiken. Den Politikern scheinen sie gänzlich unbekannt zu sein, ansonst gäbe es nicht solche schwerwiegenden Irrtümer und Fehler bei den Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Die Zahlen des AOK-Bundesverbandes bewiesen, daß binnen der kurzen Zeit von zehn Jahren – von 1975 bis 1985 – die Krankenhausfälle bei Erkrankungen der Psyche, der Nerven, des Kreislaufs und bei Rheuma und Krebs erschreckend angestiegen sind. Sie klettern ungebremst weiter. Rechnet man die Zahlen für die Zukunft hoch, kommen wir für das Jahr 2000 auf eine Verdrei- bis Vervierfachung von Krankenhausfällen im Vergleich zu 1975.

Das deutsche Volk wird mit beängstigender Dynamik immer kränker. Keine erfreulichen Zukunftsaussichten! Der steile Anstieg muß bereits vor 1975 begonnen haben, hierfür fehlen aber verwertbare Statistiken.

Vermutlich begann das Umkippen der Kurven aus der Waagerechten in den steil nach oben führenden Verlauf um das Jahr 1965.

Ähnlich zu wenige Aussagen über die Vergangenheit enthalten unsere Waldschädenstatistiken. Erst ab 1984 gibt es verläßliche statistische Erfassungsverfahren. Zu diesem Zeitpunkt war bereits über 50 Prozent der Waldfläche der Bundesrepublik geschädigt. Ein Vergleich der Entwicklung von Waldschäden mit dem Ansteigen von psychiatrischen und rheumatischen Erkrankungen liegt auf der Hand.

Zweifel an der Saueren-Regen-Theorie

In den Jahren 1965 bis 1982 ging der Gehalt an Schwefeldioxyd-Schadstoffen in der Luft auf ein Drittel zurück. Die Maßnahmen zur Luftreinhaltung zeigen folglich Wirkungen. Das hat positive Folgen für uns Menschen. Von 1975 bis 1985 hat sich die wegen Erkrankung der Atmungsorgane ins Krankenhaus einzuliefernden Zahl von Menschen um etwa 15 Prozent reduziert. Ähnliches gilt trotz »Gift« in unseren Nahrungsmitteln für Erkrankungen der Verdauungsorgane.

Bei einem Vergleich des Rückgangs des Schwefeldioxydgehalts der Luft mit der zeitlichen Entwicklung der Waldschäden kommen Zweifel an der Richtigkeit der »Sauere-Regen-Theorien« unserer Waldschäden-Professoren. Solche Zweifel werden verstärkt, wenn man sich die Bäume im größten Automobilsmog unserer Innenstädte, gleichgültig ob im Centralpark in New York oder auf dem Kurfürstendamm in Berlin, ansieht. Dort gibt es kaum Waldschäden.

Aber wehe, man wandert durch den Grunewald in Westberlin. Autoverkehr gibt es dort fast keinen. Dafür führen sechs Richtfunktrassen am Fernmeldeturm bei Wannsee über den Grunewald. In deren Bereich häufen sich die sterbenden oder bereits toten Bäume. Ein grauenvoller Anblick.

Einem solchen begegnet man auch in den höhergelegenen Wäldern unserer Mittelgebirge oder Alpen in meist typischen Reinluftgebieten, Dagegen sind im Flachland, wo etwa 30 Prozent unserer Wälder heimisch sind, kaum Waldschäden. Dort wird es auch in Zukunft kaum welche geben.

Daraus erklärt sich, daß die letzten Daten der Waldschädenstatistik zwischen 1984 bis 1986 nur noch wenig ansteigen können. Hinzu kommt der statistische Trick, daß inzwischen abgestorbene und abgeholzte Waldflächen nicht mehr in der Bezugsfläche des gesamten deutschen Waldbestands erscheinen. Logische Konsequenz: Wenn der gesamte deutsche Wald einmal abgeholzt ist, gibt es auch keine Waldschäden mehr. Darin sehen vermutlich die für das gegenwärtige Waldsterben Verantwortlichen die Endlösung des Problems.

Wir stehen vor dem Widerspruch, daß die drastische Minderung der Luftschadstoffe in den letzten Jahren weder das Waldsterben noch den raschen Anstieg von Erkrankungen bei Menschen zu bremsen vermag.

Gibt es neben den chemisch nachweisbaren Schadstoffen noch eine andere Art von »nichtstofflichen« Giften, die uns Menschen und deren Wälder gleichermaßen schädigen?

Den Schulmedizinern und unseren Waldschädenforschern scheinen nicht-stoffliche Gifte leider unbekannt zu sein. Die Physiker und Ingenieure, insbesondere die der Hochfrequenztechnik, haben hingegen seit mehreren Jahren einen schlimmen Verdacht: Die in den letzten zwei Jahrzehnten eingeführten Funksendesysteme mit elektromagnetischen Wellen von einigen Zentimetern bis zu Dezimetern Länge wirken auf alles, was lebt, ähnlich einem »Nervengift«. Unsere Sinne sind außerstande, diese Art von »Gift« wahrzunehmen. Dazu bestand in den vielen Jahrmillionen vor der Einführung von technischen Funksystemen auch niemals eine Notwendigkeit.

Schuld ist der Elektrosmog

Gibt es Beweise für die Vermutungen von Ingenieuren und Hochfrequenztechnikern? Bäume sterben bevorzugt im Sichtbereich von Radar- und Richtfunksendeanlagen. Typisches Beispiel ist der Westberliner Grunewald mit seiner extremen Anhäufung von Richtfunktrassen im Gefolge der Insellage Westberlins.

Ansonsten reichen im Flachland wegen fehlender Hindernisse zur flächendeckenden Nachrichtenversorgung der Bevölkerung weit weniger Fernmeldetürme aus als im bergischen Land. Im Flachland ist folglich von Hause aus der Elektrosmog weit geringer als im Bergland. Im hügeligen und bergigen Gelände liegen die Ansiedlungen von Menschen meist in den Tälern. Um die Menschen dort ausreichend mit Fernsehen und Telefon-Weitverkehr zu versorgen, bedarf es auf benachbarten Bergkuppeln errichteter Sendemaste oder Fernmeldetürme. Deren Wellenkegel verbreitern sich nach etwa fünf Kilometer Entfernung vom Sender auf einen Durchmesser bis zu 300 Metern.

Stellt sich als Hindernis den Wellen zum Beispiel ein Waldkamm entgegen, so müssen dort im Lauf der Zeit die Bäume sterben. Das kann auch im Tal hinter den Empfangsantennen von Richtfunkverbindungen erfolgen.

Für Zusammenhänge zwischen wachsenden Erkrankungsraten

bei Menschen und Einwirkung des überhöhten Elektrosmogs gibt es einige Indizien, die allerdings von den Schulmedizinern mit einem Lächeln als Unfug abqualifiziert werden. Naturheilkundler oder Heilpraktiker, die am Schlafplatz ihrer Patienten mit der »Rute« Störzonen erkunden, registrieren in den letzten Jahren eine beängstigende Anhäufung von Nerven-, Gemüts- und Kreislaufstörungen wie auch Krebserkrankungen.

Inzwischen ist man an der Universität München unter Einsatz von Bundesforschungsgeldern ernsthaft um eine Aufdeckung solcher Phänomene bemüht. Unter »Störzonen« befinden sich oft Wasserläufe, zumindest Gebiete mit deutlich erhöhter elektrischer Leitfähigkeit. An solchen Stellen tauchen elektromagnetische Wellen nach unten in den Boden ab, um nach zwischenzeitlicher Induktion elektrischer Ströme sich in die niedrigste Energieform, in Wärme, umzuwandeln.

Diese Felder dringen in den Körper ein

Über Zonen hoher elektrischer Leitfähigkeit liegen die Strahlungsdichten von Wellen höher als in der Umgebung. Wenn Wellen nach unten abtauchen, so entsteht in unserem dynamischen, mit elektrischen Feldern arbeitenden Gleichgewichtsorgan, ein Anti-Sturz-Reflex, der durch Rutenausschlag optisch wahrnehmbar ist. Hier sind die früheren normalen elektromagnetischen Umweltbedingungen gestört.

Im Vergleich zur Zeit vor etwa 1965, als es noch kaum Richtfunk oder Radar gab, ist die Konzentration elektromagnetischen Felder und Wellen bis zu tausendfach überhöht. Diese Felder dringen in den Körper von Menschen ein und verursachen dort zunächst psychische und Nervenstörungen, die bei längerer Einwirkungszeit – zum Beispiel am Schlafplatz – zu auch medizinisch erfaßbaren organischen Schäden führen.

Inzwischen vermehrt sich die Fachliteratur über die nichtthermischen Schadwirkungen von elektromagnetischen Mikrowellen beachtlich. Doch die Schulmediziner und gestandenen Forstbotaniker nehmen sie nicht zur Kenntnis. Auch von neueren Theorien über die Unverträglichkeit von miteinander konkurrierenden technischen und biologischen Informationssystemen im kritischen Zenti- und Dezimeterwellenbereich wollen sie nichts wissen. Hier wirken aufgrund ihrer geometrischen Abmessungen Tannennadeln, Blattrippen oder Nervenstränge von Menschen wie Antennen.

Nach Resonanzüberhöhung streuen technisch erzeugte Wellen als Störsignale in biologische Informationssysteme ein. Sie arbeiten seit Urbeginn alles Leben auf unserer Erde mit elektromagnetischen Feldern und Wellen, zum Beispiel wenn ein DNA-Makromolekül durch Verdoppelung seine gespeicherte Datenfülle an neue Zellen und neues Leben weitergibt.

In der Biologie ist ein überlebenswichtiges Grundprinzip, daß sich benachbarte Systeme auf keinen Fall durch elektromagnetische Signale gegenseitig stören dürfen. Deshalb muß die Leistungsdichte in biologischen Informationssystemen so klein wie nur irgend möglich sein.

Seit etwa 1982 vermuten anerkannte Physiker, daß sich die Biologie bei der Informationsübertragung der Hochtemperatursupraleitung bedient. Dieser erst neulich mit dem Nobelpreis bedachte Effekt entzieht sich zum Teil noch allen physikalischen Erklärungsmöglichkeiten.

Unsere Bibliotheken platzen bei der Literatur über technische Informationssysteme und Datenverarbeitung aus den Nähten. Fachliteratur über die Wirkungsweise von biologischen Informationssystemen oder zum Thema, wie das »Leben« funktioniert, ist jedoch ausgesprochene Mangelware. Dafür scheint sich niemand in unserer technisierten Welt zu interessieren.

Außerdem läßt sich mit solchem Fachwissen über die Wirkungsweise des Lebens kein Geschäft machen. An den Störungen von Lebensvorgängen, also den Krankheiten hingegen verdienen ganze Industrien Jahr für Jahr Milliardenbeträge.

Technische Informationssysteme wie Fernsehen, Richtfunk oder Radar müssen zwangsweise mit relativ hohen Leistungsdichten arbeiten. Ansonst würden sie nicht die erwünschte große Reichweite haben und könnten von billigen Empfängern nicht zuverlässig empfangen werden. Das Prinzip der hohen Leistungsdichten von technischen Systemen ist mit dem Prinzip der extrem geringen Leistungsdichten von biologischen Systemen grundsätzlich nicht vereinbar.

Trotz Fortschritt sind die Menschen hilflos

Als ab etwa 1965 alle vier Jahre die Anzahl von technischen Sendern im kritischen Zenti- und unteren Dezimeterwellenbereich verdoppelt wurde, begann für biologische Informationssysteme das große Elend. Die Wälder, die vor den schädlichen Wellen nicht fliehen können, begannen als erste zu sterben. Bei Menschen lösten die bis dahin in unserer Umwelt unbekannten technischen Wellen die bereits genannten Gesundheitsstörungen aus.

Bei der Bekämpfung des Waldsterbens, der neuerlichen riesigen Algenteppiche auf der Ost- und Nordsee und beim dortigen Fisch- und Robbensterben haben sich die Menschen als völlig rat- und hilflos erwiesen. Nun geht es ihnen mit stark ansteigenden Krankheitsraten selbst an den Kragen.

Unsere Art von »fortgeschrittener Zivilisation« muß mit einer rasant sich verschlechternden Lebensqualität sehr teuer bezahlt werden. Davon werden auch unsere zum Handeln unfähigen Politiker und an veralteten Vorstellungen festhaltenden Schulmedizinern und Forstbotanikern nicht verschont. Kein Mensch hat rechtzeitig überprüft, ob die moderne Richtfunk- und Radartechnik mit seit Jahrmillionen existierenden biologischen Systemen verträglich ist. Erst durch die mittlerweile beängstigend werdenden Schäden werden wir langsam klüger.

Ähnlich wie die Atomenergietechnik erweist sich die moderne Mikrowellenfunktechnik als verhängnisvoller Irrweg der Technik. Wir müssen so schnell wie möglich aus solchem Irrsinn aussteigen. Die Bundespost weiß dies im Falle des Richtfunks seit längerem. Sie will verkabeln. Die in die Hüllen von Glasfaserkabeln eingeschlossenen Lichtwellen können künftig kein Unheil mehr anrichten. Zudem verfügen wir über Schutzfunktionen gegen Überdosen von Licht, die uns bei Mikrowellen fehlen.

Was ist zu tun, damit sich die Zahl der Krankheiten bei Menschen gegenüber 1975 bis zum Jahr 2000 nicht verdrei- bis vervierfacht? Eine solche Entwicklung gilt es nicht nur zu verhindern.

Rückgewinn von mehr Lebensqualität

Im Gegenteil: Wir müssen die Krankheitsraten auf das Niveau von vor 1975, also etwa 1965, reduzieren. Das würde mehr als eine Halbierung der heutigen viel zu hohen Zahl von Krankenhausfällen bedeuten. Dabei sind Krankenhausfälle ja nur die Spitze des Eisbergs bei Betrachtungen über den Gesundheitszustand unserer Bevölkerung.

Freiwillig geht heutzutage keiner mehr in ein Krankenhaus, um sich dort der unpersönlichen Apparatemedizin als wehrloses Opfer auszuliefern. Solange wie irgendmöglich versuchen sich die Menschen mit psychiatrischen, rheumatischen oder Kreislauf-Beschwerden daheim am Leben zu erhalten.

Bundesarbeitsminister Blüm bewegt sich mit dem von ihm beabsichtigten Kostendämpfungsmaßnahmen in die falsche Richtung. Durch eine verstärkte Selbstbeteiligung der Patienten an den Gesundheitskosten kann er nicht verhindern, daß die bereits von 1975 bis 1985 etwa verdoppelte Anzahl psychiatrischer, rheumatischer oder krebsbedingter Krankenhausfälle sich nochmals bis zum Jahr 2000 verdoppelt. Dann droht der pekuniäre Zusammenbruch unseres gesamten Gesundheitswesens. □

Weitere Informationen zu diesem Thema erhalten Sie von Verfasser: Dr.-Ing. Wolfgang Volkrodt, Waldsiedlung 8, D-8740 Bad Neustadt. Um Sie eingehender über die Strahlenproblematik zu informieren, weisen wir auf das Buch hin von Josef Oberbach »Unser Schicksal sind die Strahlen«, das im Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, erschienen ist.

Bundesrepublik

Chile, Südafrika und Israel aus Bonner Sicht

Alfred König

Wenn zwei das gleiche tun, so ist es noch lange nicht dasselbe. Diese alte Binsenweisheit wird gerade in jüngster Vergangenheit immer wieder von den bundesdeutschen Politikern bewiesen, und zwar wenn es um Chile, Südafrika und Israel geht. Während es derzeit auch bei »konservativen« Politikern »in« ist, den Stab über die Verhältnisse in Chile und im südlichen Afrika zu brechen, so schweigen diese doch bei den Vorfällen in Israel und den von den Israelis besetzten Gebieten. Nachfolgend soll anhand von Zitaten die Janusköpfigkeit aller im Bundestag vertretenen »etablierten« Parteien bewiesen werden. Noch deutlicher als bei »Bundestagsdebatten« zeigt sich dies in Antworten dieser Politiker auf kritische Briefe von Bürgern. Da all diese Zitate für sich alleine sprechen, soll weitgehend auf eigene Kommentierungen verzichtet werden und sollen diese Zitate nur durch einige Erläuterungen ergänzt werden.

Bei seinem Staatsbesuch in Äthiopien, Moçambique und Zimbabwe sah sich unser Bundespräsident veranlaßt, die weiße Regierung in Südafrika mit schärfsten Worten zu attackieren und erklärte, »die deutsche Haltung zu Sanktionen zu überdenken«, sprach sich aber gleichzeitig dafür aus, an Äthiopien wieder Entwicklungshilfe zu zahlen. Dies sei notwendig, auch wenn man »die andere Regierung nicht möge«.

Für Strauß ist Mandela eine Symbolfigur

Der Berliner Altbischof Kurt Scharf schreibt zu Äthiopien: Nach dem Sturz Haile Selassies durch Mengistu habe die Revolution »an seiner Stelle eine atheistische Diktatur errichtet, die grausamer, konsequenter, totaler ist als jede vorangegangene völkische Zurücksetzung . . . Kulturelle Eigenart wird nicht geduldet. Wer überleben will, muß fliehen. Eine wachsende Zahl rettet sich durch die Wälder über die Grenze in den Sudan.«



Ein 14jähriger Palästinenser wurde von israelischen Soldaten an der West Bank erschossen und von seinen Angehörigen weggebracht.

Und Falkenstörfer schreibt in einem seiner Bücher: »Mengistu hat Äthiopien zu einer der härtesten Diktaturen Afrikas gemacht.«

Die selbst von Amnesty International in ihren Jahresberichten dokumentierten Berichte über die Folter, Ermordung, Deportation und Unterdrückung stören unseren Bundespräsidenten nicht. Zwar »mag er die dortige Regierung nicht«, stellt sie aber nicht mit dem seiner Ansicht nach so grausamen Südafrika auf eine Stufe.

Das gleiche gilt für Zimbabwe, mit dessen Diktatur Mugabe sich von Weizsäcker sogar händchenhaltend in der Öffentlichkeit zeigte und erneut Südafrika kritisierte. Auch hier sah sich der Bundespräsident nicht veranlaßt, etwas gegen die dortigen massiven Menschenrechtsverletzungen zu sagen, nannte Zimbabwe sogar ein »Modell für Südafrika«. Dabei hat Mugabe nie ein Hehl aus seiner Einstellung gemacht. Noch im März erklärte er in einem Interview, daß er marxistisch-leninistische Prinzipien akzeptiert und zum Teil bereits umgesetzt habe.

Auf beiden Augen total blind

Werner Schreiber, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Bundesfachausschusses für Entwicklungspolitik, nannte den inhaftierten Vorsitzenden des pro-kommunistischen ANC, Nelson Mandela, in einem Interview mit der Zeitung »Express« einen »Regimekritiker und Vorkämpfer von Menschenrechte und Demokratie«. Auf Vorhaltungen eines CDU-Mitglieds, daß es sich bei Mandela um einen Terroristen handele, verwies Schreiber darauf, daß auch Strauß sich für dessen Freilassung eingesetzt habe, nannte Mandela verharmlosend eine »Symbolfigur des Widerstands«, der allerdings »nicht der Ansprechpartner der Christdemokraten« sei. Der Brief endete wie folgt: »Ich denke, es ist wichtig, daß wir, wenn es um Menschen geht, weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind sind.«



Bundesaußenminister Genscher will den Süden Afrikas der Halskrausen-Praxis der SWAPO ausliefern.

Diese gegenüber einem CDU-Mitglied nun eher etwas abgeschwächten Äußerungen bezüglich Südafrika hinderten Schreiber nicht, in einem erneuten Interview mit dem »Express« zu fordern: »Die Bundesregierung muß angesichts der derzeitigen Entwicklung ernsthaft über geeignete Sanktionsmöglichkeiten nachdenken, wie dies auch Bundespräsident von Weizsäcker angeregt hat.«

Wenngleich man Schreiber sicherlich zugestehen muß, einer der wenigen Politiker zu sein, die auch linke Regime kritisieren und er in der DDR gar eine »persona non grata« ist, so ist aber nicht bekannt, daß er bezüglich der Staaten des Warschauer Paktes, Nicaragua oder anderer linker und speziell auch afrikanischer Regime ebenfalls Sanktionen gefordert hat. Das gleiche gilt für Verheugen, Hirsch und Baum nach der Rückkehr von ihrer Inspektionsreise auch – seltsam ist nur, daß

sie diese Inspektionen nur bei rechten »Regimen« machen.

Schweigen ist auch eine Antwort

Hatte Schreiber aber wenigstens noch persönlich geantwortet, so bekamen Kritiker an seiner Chile-Expedition von Bundesarbeitsminister Blüm lediglich eine Kopie zugeschickt, in der stand, daß Blüm auf die vielen tausend »überwiegend positiven« Schrei-



John Demjanjuk wird nach der Verkündigung des Todesurteils aus dem Gerichtssaal in Jerusalem geführt.

ben nicht einzeln eingehen könne. Im übrigen würden Menschenrechte unabhängig vom gesellschaftlichen System gelten.

Nachdem sich aber Ende Januar konkretisierte, daß sich Blüm, trotz der vielen Probleme mit denen er in seinem eigentlichen Amt in Deutschland zu kämpfen hat, auch in die Probleme Südafrikas einmischen wird, antwortete Blüms persönlicher Referent Gernot Fritz auf ein neuerliches Schreiben wie folgt:

»Dr. Blüm ist der Ansicht, daß sich in der Frage der Menschenrechte jedes Denken in Rechts-Links-Kategorien verbietet: Menschenrechte gelten universell, und der Einsatz gegen Folter und politische Unterdrückung ist deshalb für Dr. Blüm eine Selbstverständlichkeit.«

Zur Frage, wann er denn nun endlich auch in linke Diktaturen fahre, ein Vorwurf gegen ein linkes Regime in einem Nebensatz eines Interviews nicht mit einem Medienspektakel wie einer Reise zu vergleichen sei, und warum er nicht sich beim Honnecker-Besuch im westlichen Teil Deutschlands auch zu Worte gemeldet hatte, antwortete Fritz nicht. Ein weiterer Brief mit der Bitte um nähere Erläuterung wurde dann gar nicht mehr beantwortet.

Der Generalsekretär des Evangelischen Kirchentags, Christian Krause, begründete die Kündigung der Kontoverbindung mit der Deutschland Bank, weil diese in Geschäftsverbindung mit Südafrika steht, und warum dies nicht für Kontoverbindungen mit Banken gilt, die mit der Sowjetunion Geschäfte betreiben, wie folgt:

»Ausgangspunkt der Beschlüsse des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentags vom 1. November 1986 sowie des Vorstands vom 19. Januar 1987 ist die in der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen ausgesprochene Bekenntnisaussage, daß Rassismus mit dem Evangelium unvereinbar ist. Nur in der Republik Südafrika ist der Rassismus in der Form der Apartheid zum politischen und gesellschaftlichen System erhoben worden und wird mit aller Konsequenz und Härte von einer sich selbst als christlich bezeichnenden, rassischen Minderheitsregierung unter Aberkennung der Bürgerrechte der übrigen Bevölkerung durchgesetzt.

So gewiß es in jedem Land Unrecht gibt, das den Widerspruch aus christlichen Glauben herausforderte, so gewiß ist andererseits ein auf die Wertung der menschlichen Geschöpfe Gottes nach Maßgabe ihrer Hautfarbe gegründetes Staatssystem mit allen sich daraus umfassend ergebenden Konsequenzen des Unrechts singulär in der heutigen Republik Südafrika gegeben. Dies begründet auch aus der Sicht der Kirchentagsgremien den so nur im Blick auf die Republik Südafrika vollzogenen Ansatz hinsichtlich der Geschäftsbeziehungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages zur Deutschen Bank.«

Auf peinliche Fragen keine Antworten

Auf ein erneutes Schreiben, daß es den betroffenen Personen im Grunde genommen egal ist, ob sie gefoltert oder getötet werden, weil sie schwarzer, gelber oder roter Hautfarbe, Christen, Moslems, Juden sind, sondern daß doch nur die Tat als solche entscheidend für die Beurteilung ist und von daher die von ihm genannten Einschränkungen unchristlich sind, kam keine Antwort.

Ebensowenig antwortete der Deutsche Gewerkschaftsbund, der in Zeitungsannoncen und Flugblättern Sanktionen ausschließlich gegen Südafrika forderte, auf die gleichen, auch dem Evangelischen Kirchentag gestellten Fragen.

Wie sieht es aber nun bezüglich Israel aus? Wer geglaubt hatte, daß unsere Politiker auf die Vorfälle in Israel, auf die Entziehung der Menschenrechte für die Palästinenser ähnlich hart wie auf Südafrika reagieren würden, sah sich getäuscht. Sperrt Südafrika die Presse aus bestimmten Gebieten aus, protestieren bereits wenige Stunden später SPD, FDP, Grüne und Teile der Union lauthals. Und zu Israel, wo beispielsweise der Palästinensische Pressedienst (PPS) mit einem sechsmonatigen Tätigkeitsverbot belegt wurde? Einige wenige leise Proteste.

Wird in Südafrika jedes Vorgehen der Polizei als »brutal« und »menschenverachtend« gebrandmarkt, wird das Verhalten der israelischen Soldaten lediglich als »zu hart« bezeichnet. Weltweiter Protest erhebt sich, daß südafrikanische und chilenische Gerichte Polizisten und Soldaten, die sich Übergriffen schuldig gemacht haben, zu mild oder gar nicht betrafen. Wenn israelische Soldaten, wie im ZDF zu sehen war, jungen bereits gefangenen Palästinensern mit Steinen brutal Arme und Beine brechen, und diese dann zu zehn und elf Tagen Haft verurteilt werden, schweigt die Welt.

Bundesrepublik

Chile, Südafrika und Israel aus Bonner Sicht

Der SPD-Abgeordnete Gansel verstieg sich sogar in der Nahostdebatte des Bundestages, die bereits gern als eine »Sternstunde seit Bestehen des Bundestags« bezeichnet wird, zu folgendem: »Wo jüdisches Unrecht größer gemalt wird und mit strengeren Maßstäben gemessen wird als Unrecht anderswo, wo die bewundernswerte Tatsache, daß trotz des äußeren Drucks die Demokratie in Israel intakt blieb und sich in Massendemonstrationen gegen die Politik der eigenen Regierung äußert, ignoriert wird, da regt sich Antisemitismus in moralischer Tarnung .

Wir wünschen dem Staat Israel das Beste: eine friedliche Zukunft und glückliche Entwicklung.«

Wo, Herr Gansel, kann man da nur fragen, wo bleibt Ihre Anerkennung, daß Opposition in Südafrika und Chile ebenfalls möglich ist – zum Beispiel Bischof Tutu –? In welchem Land des Ostblocks hat denn die dortige Opposition die Möglichkeit, sich so offen zu artikulieren, wie beispielsweise in Chile und Südafrika?

Unrecht ist offenbar Ansichtssache

Wo wird denn heute in der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten das israelische Unrecht »mit strengeren Maßstäben gemessen« im Vergleich zu dem, was sich tatsächlich in Chile und im südlichen Afrika abspielt? Wo bleibt Ihr Wunsch, Herr Gansel, für eine »friedliche Entwicklung« in Südafrika? Denn die von der SPD geforderten Sanktionen würden eben gerade zu einer Verhärtung der Standpunkte und zu einer gewaltsamen Konfrontation führen und werden nicht zuletzt deshalb von Buthalezi, dem Führer des größten dunkelhäutigen Volksstammes, abgelehnt.

Der frühere Botschafter Israels in der Bundesrepubulik, Johanan Meroz, warf beim anläßlich des 40jährigen Bestehens Israels in Düsseldorf stattgefundenen Joom-Haazmouth-Ball denjenigen, »die auf den Frieden in Israel mit der Stoppuhr in der Hand« warteten, vor, daß solche Ungeduld einem Friedensprozeß eher abträglich sei. Ein neues Jahrzehnt, der »50. Jahrestag vielleicht«, könnten Beruhigung und Befriedigung in der Region bringen. Die anwesenden Spitzen der Landes- und Kommunalpolitik klatschten zu dieser Ausführung, auch die, die gleichzeitig aber zu Sanktionen gegen Chile und Südafrika auffordern.

Außenminister Genscher kritisierte in eben dieser »Sternstunde des Bundestags« die Entscheidung des Europäischen Parlaments, mehrere Handelsabkommen wegen der Lage in den von den Israelis besetzten Gebieten zu blockieren, und forderte die Parlamentarier auf, diese Entscheidung zu überdenken. Für Südafrika befürwortet Genscher dagegen Sanktionen. Logisch?

Die CSU-Abgeordnete Geiger warnte vor »einseitigen Schuldzuweisungen« an Israel. Kinder, Frauen und Jugendliche würden nur »vorgeschickt«. Nichts sagte Frau Geiger dazu, ob dies die israelische Armee berechtige, derart brutal und mit scharfer Munition Kinder, Frauen und Jugendliche vorzugehen.

Während das ARD-Fernsehen kürzlich in einem Bericht über die angeblich durch die SS-Division »Das Reich« 1944 durchgeführte Zerstörung Oradours berichtete und Politiker aller Couleur pflichtschuldigst ihre Empörung äußerten, war aber von ihnen nichts zu hören, als die israelische Armee 14 Häuser des Dorfes Beita in Westjordanland mit Baggern und Planierraupen dem Erdboden gleichmachte.

Man stelle sich vor, etwas Derartiges wäre in Südafrika oder Chile passiert. Auch kein Protest war zu hören, als der Oberste Israelische Gerichtshof das zynische und menschenverachtende Urteil fällte, künftig müsse vor derartigen Aktionen eine Warnfrist von 48 Stunden eingehalten werden.

Dem Irak wird der Einsatz von Nervengas vorgeworfen, und die ganze Welt stimmt in das Protestgeschrei ein. Die Erklärung des für Gesundheitsfragen zuständigen Direktors des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge, Hiddlestone, Israel setze »hochgiftige Nervengase gegen die Demonstranten im Gaza-Streifen und in Westjordanien ein«, an denen bislang »mindestens zwei palästinensische Jugendliche gestorben« seien und »mehrere Palästinenserinnen Fehlgeburten erlitten« hätten, war allenfalls, wenn überhaupt, nur eine kurze Meldung wert.

Wo bleiben die Proteste?

Wer erinnert sich noch an die Proteste in der gesamten Welt, auch von deutschen Politikern – besonders Grünen und SPD –, als bekannt wurde, daß die Amerikaner bei ihrem Bombardement Libyens vor hatten, Gaddafi zu töten? Wer erinnert sich nicht daran, wie der CIA in der gesamten Weltöffentlichkeit massiv über sein zwielichtiges Vorgehen kritisiert wurde, mit Kommandounternehmen unliebsame Politiker von Diktaturen auszuschalten?

Wer aber nun geglaubt hatte, die Welt reagiere ebenso empört, als die Israelis viele tausend Kilometer von ihrem Staat entfernt in Tunis den Palästinenser-Führer Abu Dschihad ermordeten, sah sich getäuscht. Ein, zwei Zeitungsberichte, das war es.

Man stelle sich nur einmal vor, Südafrika würde Bischof Tutu umbringen lassen.

Bei Demjanjuk schweigen Baum, Hirsch, Verheugen

Wo bleiben die Proteste der Herren Baum, Hirsch, Verheugen und vieler anderer, die sich sonst bei jedem Todesurteil in Südafrika und Chile zu Wort melden, im Fall Demjanjuk? Wo bleibt der Aufschrei gegen diesen Scheinprozeß, dessen Ausgang schon von der ersten Stunde an feststand?

Erst kurz vor Schluß der Verhandlung mußte das US-Justizministerium aufgrund einer richterlichen Verfügung Demjanjuks Verteidigern bislang zurückgehaltene Akten herausgeben, aus denen hervorgeht, daß von 28 Zeugen lediglich fünf Demjanjuk als »Iwan den Schrecklichen« identifiziert haben. Das israelische Gericht verweigerte aber der Verteidigung noch einmal in die Beweisführung einzutreten.

Das Hauptindiz der Anklage, der angebliche SS-Dienstausweis – der noch nicht einmal ein Ausstellungsdatum aufweist – wurde als echt erklärt, obwohl amerikanische Sachverständige diesen als »unzweifelhaft eine Fälschung« bezeichneten.

Wo bleibt hier der in einer Demokratie selbstverständliche Grundsatz »im Zweifel für den Angeklagten«? Doch hierzu hört man keine Proteste, schließlich handelt es sich bei Demjanjuk nur um einen angeblichen Nazi. Und durch Proteste für ihn kann man am linken Rand keine Stimmen hinzugewinnen; also schweigen diese »Kämpfer für Menschenrechte« dann eben und machen sich damit noch unglaubwürdiger als ohnehin schon.

Alle diese Zitate und Fakten beweisen, daß die Welt zwischen dem, was in Südafrika und Chile auf der einen und Israel auf der anderen Seite passiert, große Unterschiede macht, obwohl das Vorgehen des zionistischen Staates, gemessen daran, daß er sich eine »Demokratie« nennt, ungleich schlimmer ist. Sie beweisen ferner, daß die Umerziehung des bundesdeutschen Volkes und sein Verzicht auf ein freies Selbstbestimmungsrecht den Alliierten und ihren Umerziehungsvasallen gelungen ist. □



Steuern

Überwachungsstaat Bonn

Herbert Larschke

Allen Dementis zum Trotz: Die Bundesrepublik entwickelt sich mehr und mehr zu einem Überwachungsstaat Orwellscher Prägung. Dies beweist das harmlos klingende »Merkblatt zur Unterrichtung der Finanzbehörden und der Länder über die Informationszentrale für Auslandsbeziehungen (IZA)« des Bundesamtes für Finanzen (BfF), das selbst in den zuständigen Ministerien und Ämtern nur den höheren Chargen bekannt ist. Bislang sind nur Gerüchte über die Existenz eines derartigen Papiers an die Öffentlichkeit gelangt. Doch nun liegt es CODE im Original vor, und es bestätigt die schlimmsten Befürchtungen.

Als Aufgaben der IZA werden genannt, das »Erschließen von Erkenntnisquellen im In- und Ausland zu steuerlich relevanten Auslandsbeziehungen (= Beziehungen von Steuerinländern zum Ausland und von Steuerausländern zum Inland)« sowie die »Sammlung und Auswertung von Informationen für die Bundeskartei für Auslandsbeziehungen (BKA Ausland), Bundeskartei für beschränkt Steuerpflichtige und für umsatzsteuerpflichtige ausländische Unternehmer (BK), Oasendokumentation (einschließlich der früheren der Steuerfahndungstelle Köln), Domizil- und Domizilträgerkarteien zu Anschriften und Beratern in Steueroasenländern« und noch sechs weitere Stellen.

Niemand kann den Fängen der IZA entgehen

Aus Punkt 4 geht die Existenz einer Datenbank namens »ISAB = Informationssystem Auslandsbeziehungen« hervor, dessen Aufgabe es ist, »rechnergestützte Informationen über Auslandsbeziehungen« zu speichern und zu verarbeiten. »Zur Beantwortung von Anfragen oder für andere Auswertungen werden die gespeicherten Informationen (einzeln oder zu Netzen von Beteiligungen und Beziehungen verknüpft) über Bildschirm abgerufen oder ausgedruckt. Über die Eingabe eines Namens, einer Firma oder eines ihrer Funktionsträger können auch die Zugehörigkeit zu Konzernen und sonstigen Verflechtungen mit anderen Firmen aufgezeigt werden.«

Auskünfte erteilt die IZA »aus den vorhandenen Informationssammlungen, aus Nachschlagewerken, Verzeichnissen usw. über natürliche und juristische Personen (also Privatpersonen und Firmen, d. Verf.) im In- und Ausland, insbesondere Beteiligungsverhältnisse und ihre wirtschaftlichen Betätigungen (Sitz, Anschrift, Geschäftsleitung, Gesellschaftszweck, Tätigkeit, Anteilseigner, Funktionsträger, eingerichteter Geschäftsbetrieb, eigene Kapital- und Gewinnbeteiligung, gesellschaftsrechtliche oder wirtschaftliche Verbundenheit und dergl.)« sowie über »Einzeltatbestände (wie Niedrigbesteuerung, Beherrschung durch Steuerländer, Angemessenheit von Lizenzgebühren, Verrechnungspreisen u. a.)«.

Bonn verwirklicht gläsernen Menschen

Doch damit nun auch wirklich niemand den Fängen der IZA entgehen kann, heißt es unter Punkt 5 des Merkblatts weiter: »Reicht das gesammelte Material zur Beantwortung von Anfragen nicht aus, bemüht sich die IZA zusätzliche Informationen einzuholen bei anderen Stellen im In- und Ausland (Zoll, deutsche diplomatische und konsularische Vertretungen im Ausland, deutsch-ausländische Handelskammern)« sowie »durch Inanspruchnahme des internationalen Auskunftverkehrs«. Wem also im Ausland speziell in einer der sogenannten »Steueroasen« (Schweiz, Liechtenstein und Luxemburg) seine Papiere gestohlen werden, kann davon ausgehen, im Computer der IZA zu landen, selbst wenn er dort nur im Urlaub war.

In Punkt 6 heißt es dann noch: »Die IZA ist in besonderem Maße auf Informationen von den inländischen Finanzbehörden, besonders aus örtlichen Prüfungen der Betriebsprüfungs- und Steuerfahndungsstellen angewiesen. Alle Dienststellen des Bundes und der Länder werden daher gebeten, der IZA laufend Erkenntnisse über Auslandsbeziehungen zugänglich zu machen . . . Es wird um Übersendung von Ablichtungen einschlägiger Aktenvermerke, Betriebsprüfungsberichten oder Verträge (über Darlehen, Lizenzen, Treuhandverhältnisse usw.) gebeten . . . Bei Anfragen wird um ausführliche Schilderung des bisher festgestellten Sachverhalts, um Benennung der bekannten in- und ausländischen natürlichen und juristischen Personen mit ihren Anschriften sowie um Beifügung von Briefköpfen, Vereinbarungen usw. in Ablichtung gebeten, damit Zusammenhänge leichter erkannt werden können . . . Auch wird darum gebeten, spätere Erkenntnisse nachzumelden.«

Soweit die wesentlichsten Auszüge aus dem so harmlos klingenden Merkblatt, das tatsächlich gegen jeden noch so kleinen Grundsatz des Datenschutzes verstößt und in Wirklichkeit den »gläsernen Menschen« schafft. Besonders aus Punkt 5 geht dabei ganz eindeutig hervor, daß heute auf Knopfdruck über jeden Menschen, ob er nun über Auslandsbeziehungen verfügt oder nicht, in Sekundenschnelle alle Informationen über ihn erstellt werden können.

Während es heute bei manchen Politikern schon als »Skandal« gilt, wenn der Verfassungsschutz Daten von Terroristen der Polizei zugänglich macht, wird hier aber zugelassen, daß »alle Dienststellen des Bundes und der Länder« sowie »andere Stellen im In- und Ausland« ungefiltert Informationen über Auslandsbeziehungen der IZA bekanntgeben.

Wo landen die Daten von IZA noch?

Ein äußerst böses Erwachen kann es auch für diejenigen geben, die auf ihren Bankberater hörten und zur Umgehung der Quellensteuer oder aus sonstigen Gründen in einer der europäischen »Steueroasen« ein Konto eröffneten und ihre Gelder dort anlegten. Die Formulierung in Punkt 3, daß es zum Aufgabengebiet der IZA gehört, auch die Beziehungen von »Steuerausländern zum Inland« herauszufinden, läßt darauf schließen, daß es ähnliche »Informationszentralen« auch im Ausland gibt und daß diese grenzüberschreitend eng zusammenarbeiten.

Noch schlimmer wird es aber, wenn man bedenkt, daß die Bundesrepublik trotz gegenteiliger Erklärungen kein wirklich freies Land ist, sondern nach wie vor den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs alle möglichen von ihnen gewünschten Informationen geben und sie praktisch in jede Datenbank, falls von den Alliierten gewünscht, schauen lassen muß – zumindest die westlichen »befreundeten« Siegerstaaten.

Es steht auch zu befürchten, daß es eine europaweite »Informationszentrale« gibt, die dann mit den nationalen IZAs die gesammelten Daten untereinander austauscht und vergleicht. Nicht auszurechnen, was passiert, wenn der Osten durch seine Spione diese Datenbanken knacken könnte.

Festzuhalten bleibt, daß selbst die Rasterfahndung, die nur bei bestimmten, die nationale Sicherheit beeinträchtigenden Straftaten und nach richterlicher oder ministerieller Genehmigung durchgeführt werden darf, angesichts der in der IZA gespeicherten Datenfülle harmlos ist. Die IZA hat ihren Sitz übrigens in Bonn in der Friedhofstraße 1. Der Straßenname paßt dazu, daß der Datenschutz sowie der mündige Bürger in der IZA begraben sind. □

Banker-Journal

Reagan vom Smoot-Hawly-Geist konfrontiert

Seit es mit dem Aktienmarkt im Oktober vergangenen Jahres den Bach hinunterging, haben »Experten« versucht, die amerikanische Psyche zu besänftigen, indem sie daran erinnerten, daß es nicht der Crash des Jahres 1929 war, der die große Depression der dreißiger Jahre verursacht hat, sondern der gesetzlich protektionistische Smoot-Hawly-Gesetzentwurf, der im Juni 1930 verabschiedet wurde und in Wirklichkeit den Zusammenbruch in Gang gesetzt hat.

Das offizielle Washington dazu zu bekommen auf die Realität des bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs ernsthaft zu reagieren, erfordert unnachgiebige Bemühungen zu demonstrieren, daß es den gleichen Weg in die Katastrophe geht, den die Welt in den Jahren 1929 und 1930 gegangen ist, denn die Geister der Finanzelite der Welt arbeiten noch genauso wie in den letzten 60 Jahren.

Als ein Wirtschaftsjournalist Gelegenheit bekam, US-Präsident Reagan während einer Pressekonferenz im Pressesaal des Weißen Hauses direkt eine Frage zu stellen, setzte er den gegenwärtigen amerikanischen Handelsgesetzentwurf mit dem berüchtigten Smoot-Hawly-Gesetzentwurf gleich.

»Mr. Präsident«, so begann der Journalist, »einige Leute sagen, wenn Ihr Veto gegen den Handelsgesetzentwurf vom Kongreß umgestoßen wird, so wäre die Auswirkung ähnlich der von Smoot-Hawly.«

Die obligatorische Frage, die sich daran anschloß, war zweitrangig, obwohl sie für viele Journalisten, selbst in der Regierung, von großem Interesse war. Sie waren »verwirrt« über die Gründe, die US-Präsident Reagan dafür genannt hat, warum er gegen den Gesetzentwurf ist.

Die Frage lautete: »Warum sagt die Regierung, lediglich die Bestimmung über die Schließung von Unternehmen sei falsch an dem Gesetzentwurf und ansonsten würde man ihn unterstützen?«

Die Frage gab dem amerikanischen Präsidenten Gelegenheit alle Fallgruben des Gesetzentwurfes zu skizzieren und sich von der Vorstellung zu distanzieren, daß lediglich diese Bestimmung über die Unternehmensschließungen ihn daran hindere den Entwurf zu unterstützen. Statt dessen gab er eine weitschweifende Antwort und erläuterte die Gründe, warum es die Bestimmung über die Unternehmensschließungen sei, die das »Hauptproblem« bei dem Gesetzentwurf darstelle.

Mit den Antworten wie Reagan sie gab, befinden wir uns in der Tat sehr wohl auf dem Weg in die große Depression. □

Am Crash waren technische Marktfaktoren schuld

Der amerikanische Finanzminister James Baker, der Vorsitzende des Federal Reserve Systems Alan Greenspan und andere legten auf einer Pressekonferenz einen Bericht der »Arbeitsgruppe über Finanzmärkte« vor, die von Reagan ins Leben gerufen worden war, um auszuarbeiten wie ein weiterer Zusammenbruch des Marktes verhindert werden könne. Der Bericht enthielt, wie der der sogenannten Brady-Kommission davor, keine Hinweise von Bedeutung über Abhilfen und Versäumnisse, gab auch nicht den fundamentalen wirtschaftlichen Faktoren die Schuld für den Crash, sondern sah den Fehler nur in technischen Marktfaktoren.

Greenspan machte die absurdeste Bemerkung dazu, indem er sagte, der Fall auf dem Markt um 508 Punkte am 19. Oktober des letzten Jahres sei »lediglich zurückzuführen auf die Entwicklung außerordentlicher, technologischer Fähigkeiten in den letzten zehn Jahren«, wodurch »derart fortgeschrittene und hochtechnisierte, neue Kommunikationssysteme geschaffen worden seien, die ein viel schnelleres Schrittempo aufwiesen als bisher.«

Eine Zwischenfrage eines Journalisten an Baker: »Im Herbst vergangenen Jahres wurde uns gesagt, zwei Dinge müßten passieren, um zu verhindern, daß der Crash vom Oktober eine Wiederholung des Jahres 1929 würde. Erstens: Das amerikanische Bundesdefizit müßte reduziert werden. Nun, und jetzt sagt Mr. Greenspan, die FSLIC- (das amerikanische Bundesaufsichtsamt für Bausparkassen) Ermächtigung zur Kreditaufnahme sei unzureichend und der FDIC- (die amerikanische Bundesversicherungsanstalt für den Schutz von Bankeinlegern) Chef William Seidman sagt, es gäbe 60 Milliarden Dollar insolventer Spar- und Darlehens-Einlagen, die gedeckt werden müssen.«

Ein erregter US-Finanzminister Baker unterbrach mit den Worten: »Oh, Moment mal, die Situation ist unter Kontrolle. Wir hatten äußerst ordnungsgemäße Haushaltsdefizit-Gespräche im Herbst letzten Jahres.«

Daraufhin hielt der Journalist ein Exemplar des amerikanischen Haushaltsdokuments der Regierung für das Steuerjahr 1989 hoch, das von Baker im Februar 1988 verfaßt worden war, und sagte: »Ich erinnere mich gut daran und genau hierin heißt es, daß 20 Prozent Ihrer gesamten 45 Milliarden Dollar Haushaltsreduzierung aus den reduzierten Ausgaben für die FDIC und FSLIC kommen sollten, doch jetzt brauchen diese beiden Einrichtungen in großem Umfang zusätzliche Gelder.«

Baker entgegnete: »Was steht in diesem Dokument? Ich verstehe nicht.« Der Journalist: »Es steht hier schwarz auf weiß. Es ist Ihr Dokument. Es verlangt die Reduzierung Ihrer Ausgaben von 41 auf 32 Milliarden Dollar. Sie haben auch gesagt, daß es der protektionistische Handelsgesetzentwurf von Smoot-Hawly gewesen ist, der in Wirklichkeit die letzte Depression verursacht hat und jetzt, nachdem fast genauso viel verstrichen ist wie nach dem Crash des Jahres 1929, gibt es einen neuen protektionistischen Handelsgesetzentwurf, für den der Kongreß den Augenblick abpaßt, um ihn über das Veto des Präsidenten hinweg zu verabschieden.«

Baker fauchte zurück: »Was macht Sie so sicher, daß der Kongreß sich darüber hinwegsetzen wird?«

Der Journalist: »Sie sagen, es sei nichts falsches daran, außer der Bestimmung über die Schließung von Unternehmen.«

Baker: »Das stimmt nicht. Ich habe am Sonntag im Fernsehen gesagt, daß mehr daran sei als nur das.«

Vielleicht hat der amerikanische Finanzminister das wirklich gesagt. Was immer er allerdings auch gesagt hat, es war eine Ansicht, die nicht vom oder mit dem US-Präsidenten geteilt wird. □

Weltwirtschaftspläne wurden durchgesetzt

Das von der Trilateralen Kommission in Tokio und den Bilderbergern in Innsbruck entwickelte Weltwirtschaftsprogramm wurde beim jährlichen Wirtschaftsgipfel der sieben wichtigsten Industrieländer in Toronto verkündet. Der amerikanische Finanzminister James Baker, der an den Treffen der Bilderberger und Trilateralen entweder selbst teilnimmt oder Spitzenberater entsendet, hat Teile ihrer Tagesordnung drei Tage vor dem Toronto-Gipfel bereits verkündet und verteidigt.

Es wäre »katastrophal« sagte Baker einem Bankenunterausschuß im amerikanischen Repräsentantenhaus, wenn die amerikanischen Steuerzahler in jedem der kommenden sechs Jahre nicht mehr als 70 Millionen Dollar auf die Weltbank schicken würden, um den Ländern der dritten Welt dabei zu helfen, mit ihren hohen Krediten an die internationalen Großbanken fertigzuwerden.

Das sind insgesamt über 420 Millionen Dollar. Zusätzlich verlangt die Weltbank von den Vereinigten Staaten jährlich 2,3 Milliarden Dollar an »abrufbarem Kapital«, das »in großen Notsituationen« verwendet werden kann.

Im Hinblick auf die Anschuldigungen »den Großbanken zu

helfen« hat der US-Kongreß die ursprünglichen Kosten von 70,1 Millionen Dollar noch nicht genehmigt und es ist die Auferlegung von Beschränkungen für die kreditnehmenden Länder im Gespräch.

»Es ist peinlich, daß die Vereinigten Staaten sich in dieser Position befinden« (die Ausgaben nicht genehmigt zu haben), sagte Baker den Kongreß-Abgeordneten. Er fügte hinzu, daß fast 80 Prozent der über 140 Mitgliedsländer der Erhöhung des Kreditkapitals der Bank durch Genehmigung der Zahlung ihrer Anteile zugestimmt hätten.

Was Baker den US-Kongreß-Abgeordneten nicht gesagt hat und was der Finanzredakteur der »Washington Post«, Hobart Rowen, – Mitglieder der Trilateralen Kommission – für nicht berichtenswert hielt, ist, wie leicht es für andere Länder ist zuzustimmen etwas mehr zu zahlen, so daß die Vereinigten Staaten dann um ein vieles mehr zahlen müssen.

Die amerikanischen Steuerzahler tragen jetzt fast ein Fünftel der Last – genau 18,75 Prozent. Die meisten Mitgliedsländer zahlen weniger als zwei Prozent, viele weniger als ein Prozent. Sie haben die Jahre über bereitwillig Pfennigbeträge in den Sack geworfen, damit die Vereinigten Staaten Dollar hineinwerfen.

Nach dem Hearing sagte Baker gerade heraus: »Wir werden das nicht auf dem Rücken der Steuerzahler austragen.«

Doch die amerikanischen Steuerzahler zu täuschen und zu veranlassen, den Großbanken bei den uneinbringlichen Krediten an amerikanische Farmer und Hypotheken an Hauskäufer der Mittelklasse nicht helfen zu wollen, war schon lange ein Teil der Weltpolitik der Weltschattenregierung.

Während das neue Geld formell der Kapitalentwicklung dienen würde nach der Theorie, daß gutes Geld dem schlechten Geld hinterhergeworfen wird, und damit die Schuldnerländer mehr in die Lage versetzen werden, die Zahlungen zu leisten, war Baker gezwungen zuzugeben, daß eine solche Politik nicht durchgesetzt werden kann.

Neue Kredite an ein Schuldnerland, so gab Baker auf Befragen zu, setzen »andere Resourcen« frei, um die Zinsen für die Handelskredite zu zahlen. Es wird hier nur Papier hin- und hergeschoben.

Während also die neuen Kredite für Kapitalerhöhungen bestimmt werden können, werden sie andere Geldmittel freisetzen und einer direkten Bezahlung auf die Zinsen gleichkommen, die den großen Handelsbanken geschuldet werden.

Alles dies kommt zum ursprünglichen Versprechen der amerikanischen Regierung – das mehr als erfüllt wurde – hinzu, in Reagans Amtszeit im Weißen Haus 50 Milliarden Dollar in die Länder der dritten Welt zu schicken. Diese geheime Zusage wurde bei einem Treffen der Bilderberger und der Trilateralen Kommission anläßlich des Wirtschaftsgipfels in Williamsburg im Juni 1983 gemacht.

Dies wurde von uns zunächst exklusiv berichtet und später vom damaligen kanadischen Premierminister Pierre Trudeau bestätigt.

Wo auch immer die rituellen Treffen der Bilderberger, der Trilateralen Kommission und des Weltwirtschaftsgipfels hinführen mögen, es wird teuer werden für die deutschen und amerikanischen Steuerzahler. □

Die Stimmung an der Wall Street ist schlecht

Das Volumen des Effektenhandels ist immer noch sehr niedrig, die Stimmung der Börsenhändler »schrecklich« und die »Wall Street macht sich auf eine weitere Runde von Entlassungen gefaßt«.

In einem internen Bericht heißt es, daß das Volumen im außerbörslichen Effektenverkehr an Kapitalsammelstellen in diesem Jahr um 30 Prozent gefallen ist. Wenn überhaupt von irgendeiner Art von Volumen die Rede sein kann, so ist dies im wesentlichen auf Dividenden-Fang zurückzuführen.

Wall Street-Quellen schätzen, daß ein tägliches Aktienhandelsvolumen von 140 bis 150 Millionen Dollar nötig ist, damit die Börsenhändler an der Wall Street ihre Rentabilitätsschwelle erreichen. Dies ist ihnen bisher auf kontinuierlicher Basis nicht gelungen. □

Sojapreise in die Höhe geschossen

Die Preise für Soja sind in den Vereinigten Staaten in den letzten Monaten um 25 Prozent angestiegen und treiben damit die Inflationsindikatoren der amerikanischen Regierung rasch in die Höhe. Den Sojahändlern in London und anderswo zufolge liegen die Gründe für den Preisanstieg in den kumulierenden Auswirkungen der »absurden« amerikanischen Farmpreispolitik seitens des US-Landwirtschaftsministeriums und in einer schweren Dürre.

»Die Reserveaktien der Regierung sind jetzt auf dem Markt komplett verkauft worden, um das Defizit zu kürzen. Die Dürre ist eine ernste Gefahr für die diesjährige Ernte. Da nicht viel Regen gefallen ist, wird das eine Katastrophe für die Ernte. Wir sind optimistisch, daß die Preise weiter steigen werden. Mit den amerikanischen Weizenaktien wird aus den gleichen Gründen dasselbe passieren: Verkauf der Reserveaktien der amerikanischen Regierung wegen der schweren Dürre.« □

FDIC hilft kleinen Banken

Die amerikanische Bundesversicherungsanstalt für den Schutz von Bankeinlegern (FDIC) plant vier kleinen Banken aus Texas zu helfen, als Reaktion auf die Kritik, daß sie nur den Großbanken zu Hilfe kommen würden.

»Sie geben auf Grund unserer Kritik nach«, sagte F. Hagen McMahon, Chef der unabhängigen Banker-Vereinigung von Texas, die den FDIC beschuldigt hat, Großbanken zu retten, während die kleinen geschlossen werden.

»Bis jetzt hat die FDIC nur viel Gerede gemacht und es war nichts dahinter. Sie sagt, die Unterstützung stände den Texas-Banken jeder Größe zur Verfügung, doch bis jetzt haben wir kaum Aktionen gesehen.«

In den Berichten heißt es, die FDIC plane vier Banken mit Vermögenswerten von weniger als 100 Millionen Dollar zu stützen, doch es wurden keine Namen genannt.

»Wir waren immer der Meinung«, daß das Programm mehr Banken zur Verfügung steht«, sagte Kenneth Walker, Direktor des FDIC-Regionalbüros für den Südwesten in Dallas. »Es ist einfach so, daß jetzt mehr Leute bereit und in der Lage sind einen Handel mit Privatkapital zusammen mit unserer Unterstützung einzugehen.«

»Ich glaube, die Wirtschaft hat sich im allgemeinen gewandelt«, sagte der texanische Bankenkommissar Kenneth Littlefield. »Natürlich spiegelt der Zustand der Banken die allgemeine Wirtschaftslage der letzten 18 Monate bis zwei Jahre wieder. Das Problem ist, daß der Status quo nicht sehr gut ist. Wir benötigen einen beträchtlichen Aufschwung, um den Banken zu helfen und da haben wir die Situation mit dem Huhn und dem Ei.«

Die 1710 Banken der Bundesstaaten Texas haben im ersten Quartal 1988 1,7 Milliarden Dollar verloren und fast zwei Milliarden Dollar im ganzen Jahr 1987; die First Republic Bank of Dallas hat im ersten Quartal allein 1,5 Milliarden Dollar verloren. Sheshunoff & Co. zufolge wurden insgesamt 11,98 Prozent der Hypothekenkredite der texanischen Banken im Jahr 1987 nicht erfüllt verglichen mit nur 1,27 Prozent im Jahre 1983. □

1987 war das schlechteste Jahr für US-Banken

Die amerikanischen Handelsbanken haben 1987 nur 3,7 Milliarden Dollar verdient, das sind ganze 80 Prozent weniger als die 17,5 Milliarden Dollar im Jahr 1986. Es hat 59 Konkurse und 13 »Hilfsaktionen« – versteckte Konkurse – gegeben, worin insgesamt 140 Banken verwickelt waren. Die Anzahl von »Problembanken« hat ebenfalls eine Rekordhöhe erreicht. □

Geld

Es geht um die Welt-regierung

C. Gordon Tether

Die Eine-Welt-Verfechter nutzen die gegenwärtige Wirtschaftskrise dazu aus, um für ihre Ideen zu werben, daß eine enge Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder die Antwort ist.

»Die Vereinbarung zwischen den wichtigsten Industrieländern, mit der ihr Engagement zur Währungsstabilität erneut bekräftigt wird«, sagte Federal Reserve Board-Chef Alan Greenspan vor kurzem, »betont die Notwendigkeit für eine kompatible Wirtschaftspolitik mehr als eine direkte Stützung der Währungen.«

Harmonisierung der Wirtschaftspolitik

Erläuternd fuhr Greenspan fort, wenn die deutsche Bundesbank wirklich helfen wolle, den Verfall des Dollar aufzuhalten, dann gäbe es weitaus bessere Dinge, die sie tun könne, als Milliarden davon aus den Devisenmärkten aufzukaufen. Sie sollte vor allem ihre Zinssätze anpassen und ihre Konjunktur ausweiten, um eine grundlegende Reduzierung der Anziehungskraft der Deutschen Mark im Verhältnis zu der des Dollar zu erreichen.

Damit gab Greenspan einem Thema machtvolle Unterstützung, das zunehmend Mode wird unter jenen, die ein »Eine-Welt«-Wirtschaftssystem als Auftakt zur Einführung einer Eine-Welt-Regierung schaffen wollen. Es heißt, das Allheilmittel für die Wirtschaftsprobleme auf der Welt im allgemeinen und die Zerrüttung ihrer Devisenmärkte im besonderen liegt darin, mit einer gewissen Dringlichkeit an der vollständigen Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in den einzelnen schrittmachenden Ländern zu arbeiten.

Unnötig zu erwähnen – damit ist alles gesagt –, daß nach diesem umfassenden Prinzip alle Länder zu ihrem gegenseitigen Wohl zusammenarbeiten. Doch bevor man sich entscheidet, diesen Weg zu gehen, ist es eindeutig nötig zu zeigen, daß die Sache so wichtig und wertvoll ist, daß man solche Anstrengungen auf sich nimmt und daß der Nutzen, den die Beteiligten dadurch haben werden, die Kosten für eventuelle Opfer eindeutig überragen wird. Doch das ist bei weitem nicht der Fall, was den größeren Zusammenhalt angeht, der von Greenspan befürwortet wird.

Die gegenwärtige Desorientierung auf den Devisenmärkten ist schließlich weitgehend ein Produkt der internationalen Geldexplosion, hervorgerufen durch zwei Jahrzehnte unkontrollierter Kreditbildung durch die Weltbanken-Gemeinde. Die Antwort auf die Bedrohung für die Weltwirtschaft, wie sie jetzt existiert, liegt in der Einführung einer entsprechenden Disziplin in diesem Verkehr.

Souveränität der Nationen wird beeinträchtigt

Es sei daran erinnert, daß die Liberalisierung des internationalen Kapitalstroms, die den Weg geebnet hat für das Auftreten der gegenwärtigen, alptraumartigen Situation auf dem Devisensektor, in der die Marktwerte lange Zeiten völlig ohne jeden Bezug zu der wirtschaftlichen Realität stehen und daß selbst bei den wichtigen Währungen etwas ist, das weitgehend von den »Eine-Welt-Verfechtern« konstruiert wurde.

Alle anderen Überlegungen beiseite lassend wäre es ziemlich falsch, wenn man zulassen würde, daß sie durch die resultierende Katastrophe in ihrem Kreuzzug einen wichtigen Schritt weiterkommen.

Gleichermaßen wichtig ist die Tatsache, daß der neue Vorstoß, den sie weltweit durchsetzen wollen – auf Kompatibilität der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder hinarbeiten –, schließlich die faktische Preisgabe des Rechts der einzelnen Regierungen bedeuten würde, die Wirtschaft ihres Landes so zu gestalten, wie sie es im nationalen Interesse für das Beste halten. Das Beispiel von »was getan werden muß«, das von Greenspan zitiert wurde, ist dafür eine deutliche Illustration.

Die westdeutschen Behörden wehren sich dagegen, gegenüber der Höhe der Zinssätze und dem Tempo der wirtschaftlichen Expansion im Inhalt eine andere Haltung einzunehmen, weil sie der Meinung sind, dies hätte bedeutende, unerwünschte Konsequenzen; insbesondere weil es den Erfolg gefährdet, den sie damit hatten, die Inflation schließlich gänzlich zu eliminieren.

Wenn internationale Kompatibilität der Wirtschaftspolitik zur Tagesordnung wird, dann wird solch nationalen Zielen eine niedrigere Priorität eingeräumt werden müssen. Anders ausgedrückt bedeutet das natürlich, daß die Souveränität der Länder ernstlich beeinträchtigt werden wird.

Greenspan schien davon auszugehen, daß Westdeutschland und die anderen Länder mit starken Währung Länder mit starken Währungen unter Druck gesetzt werden sollten, damit sie bei der Etablierung der höheren Kompatibilität der Wirtschaftspolitik die Initiative ergreifen, was er als nötig ansieht, um den Dollar aus dem Schlamassel zu bekommen. Doch das ist ein zweischneidiges Schwert.

Kapitalismus ähnelt mehr und mehr dem Kommunismus

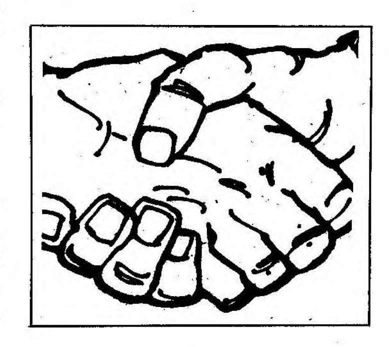
So könnten sich die Vereinigten Staaten in der Lage finden, daß man auch von ihnen einen Beitrag zur »Kompatibilität« erwartet, indem sie ihre Zinssätze wettbewerbsfähiger machen und bei dem Wirtschaftswachstum im Inland härter auf die Bremse drücken. Daß dies sehr stark bei den Eine-Welt-Verfechtern verankert ist, zeigt sich in dem Enthusiasmus, der bei dem Jahrestreffen der Trilateralen Kommission hinsichtlich der Erhöhung der Steuern in den USA an den Tag gelegt wurde.

Die Auswirkungen sind dahingehend, daß die Wertschätzung einer demokratischen Regierung, die in den Industrieländern des Westens seit langem hoch ist, in wirklicher Gefahr ist, durch die Bemühungen der Gemeinde des Big Business um eine gemeinsame weltweite Wirtschaftspolitik vollständig unterminiert zu werden.

Es ist bezeichnend, daß in der Europäischen Gemeinschaft jetzt Pläne entwickelt werden, um die Bewegung in Richtung Kompatibilität zu institutionalisieren, indem 1992 als Endtermin für die vollständige wirtschaftliche Vereinigung der Mitgliedsländer gesetzt wird.

Es ist selbstredend, daß der Erfolg einer solchen Kampagne den Weg mehr oder weniger öffnet für die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung. Eine geeignete Organisation, so wird man zwangsläufig argumentieren, muß die Verwaltungsaufgaben eines Eine-Welt-Systems auf sich nehmen, wenn es wirksam funktionieren soll.

Wenn also die Bevölkerung in der freien Welt nicht aufwacht und die Bedrohung für ihre Freiheit sieht, die durch diesen Marsch in Richtung »Kompatibilität« gegeben ist, dann werden jene, die davor gewarnt haben, daß der westliche Kapitalismus schließlich deutlich dem östlichen Kommunismus ähneln wird, sehr wohl Recht bekommen. □



Bilderberger

Was heißt hier Pressefreiheit?

James P. Tucker

»Was wollen Sie hier?« fragte der grimmig dreinschauende, uniformierte Wachtposten, der aus seinem Häuschen trat. »Ich habe hier einen amerikanischen Touristen, der in die Bar möchte«, antwortete der Fahrer. Beide sprachen deutsch. Der Fahrer übersetzte für den »Touristen«. Der Tourist, der Verfasser dieses Artikels, nannte sich »Sam Davis«.

»Einen Augenblick, ich muß nachfragen«, antwortete die Wache. Er ging in sein Häuschen, griff zum Telefonhörer und war über zwei Minuten lang in ein intensives Gespräch vertieft. Als er zum Wagen zurückkam, meinte er mit ernster Miene: »Das geht bis zum 5. Juni nicht. Danach können Sie wiederkommen und sich alles anschauen.«

Auf Umwegen zu Informationen

Der Fahrer verlangte nach dem »Sicherheitschef«. »Ich habe ihn noch nicht gesehen«, antwortete die Wache, »aber es sind sehr wichtige Leute hier, und es ist wirklich nicht möglich, dort hineinzugehen.«

Der Fahrer war über ein kleines Hotel in Innsbruck am Abend vorher für das Unternehmen an diesem Donnerstagmorgen, dem 2. Juni, unter der Bedingung engagiert worden, daß er genug Englisch spricht, um übersetzen zu können.

Auf der Fahrt von Innsbruck in das kleine Dorf Telfs, ein paar Kilometer entfernt, hatte der Fahrer zuversichtlich darauf beharrt, daß wir in das Interalpen-Hotel, das neue Luxushotel auf dem Berggipfel, hineinkämen. Viele wichtige Treffen finden hier statt, erklärte er, doch er hatte schon viele Touristen für einen teuren Drink und eine atemberaubende Sicht über die Alpen dort hinaufgefahren.

Der Fahrer, Paul Juttner, war schockiert, als der Zutritt verboten wurde. Wir fuhren zurück zu dem kleinen Restaurant oder Café etwas weiter unten an der Straße. Dort erzählte mir Juttner, daß er mir dabei helfen wolle, alle nur möglichen Informationen über das diesjährige Geheimtreffen der Bilderberger zu bekommen. Das Zusammentreffen mit dem Wachtposten hatte ihn dazu gebracht, an die Verschwörung der internationalen Elitegruppe zu glauben.

Am Abend zuvor hatte Felix Zglinicki, ein deutscher Offizier aus dem Zweiten Weltkrieg, über den Fall eines seiner ihm unterstellten Offiziere in einem Café in Innsbruck erzählt. Zglinicki, ein Hauptmann, sprach von Leutnant Kurt Waldheim, jetzt Österreichs Präsident.

»Ich diente in der deutschen Armee, und ich bin stolz darauf«, sagte Zglinicki. »Waldheim war kein Verbrecher, er war mein Untergebener. Er arbeitete am Schreibtisch.«

Nachdem wir darüber diskutiert hatten, daß Waldheim die Einreise in die USA verweigert wird und wie unsichtbare Mächte den Krieg und Frieden beeinflussen, rief Zglinicki »Andrea« an, die im Interalpen-Hotel arbeitete, und »befahl« ihr, mir am nächsten Tag behilflich zu sein.

Alle waren verwarnt worden zu schweigen

Somit kam ich zu meinem ersten Interview mit einem Mitarbeiter. »Andrea« (nicht ihr richtiger Name) wurde angewiesen, bei allem zuzuhören, was sie mitbekam, sich diskrete Notizen zu machen und ohne Risiko für ihre eigene Sicherheit alle Unterlagen mitgehen zu lassen, die sie in die Hände bekam.

Was sie und die beiden anderen hörten, die beide nichts voneinander wußten, doch jeder bestätigte die Aussagen der anderen, lieferte die Substanz für die Bilderberger-Geschichte 1988.

Juttner verfügt über einen großen Freundeskreis in der Fremdenverkehrswirtschaft. Obwohl das Hotel Interalpen sein Personal aus ganz Österreich zusammengeholt hat, anstatt lediglich aus der Region – was ungewöhnlich ist –, konnte Juttner noch zwei weitere Informanten anheuern.

Das gesamte Hotelpersonal war von der Hotelleitung ermahnt worden, über alles, was während des Bilderberger-Treffens durchsickerte, Stillschweigen zu bewahren. Bei der geringsten Verletzung dieser Anordnung würde man sie samt und sonders feuern.

Ein Informant wohnte in dem kleinen Dorf Telfs am Fuße des Berges. Der andere »pendelte« die paar Kilometer von Innsbruck hin und her und wurde in Innsbruck interviewt.

Bei dem Interview mit dem Informanten aus Telfs saß der Informant in dem einen Raum des Restaurants und wurde von mir, der sich in dem anderen Raum befand, nicht gesehen. Juttner gab meine Fragen an den Informanten weiter, der nicht nur darauf antwortete, sondern auch noch unaufgefordert weitere wichtige Informationen gab.

Der dritte Informant wurde in Innsbruck interviewt. Er nannte seinen Namen und seine Arbeit und vertraute mir, daß ich ihn nicht bloßstellen würde.

Er wollte mich verhaften

Da diese Informationen innerhalb von zwei Tagen zusammengetragen wurden, sind noch zwei weitere Versuche unternommen worden, um das Bilderberger-Treffen zu durchdringen. Der erste Versuch war mehr eine Sache, Juttner zu überzeugen, als die tatsächliche Erwartung, daß der Zugang erlaubt werden würde.

Ich nahm eine Aktennotiz der Bilderberger, die mir bei dem Treffen im Jahr 1985 in der Nähe von White Plains, New York, in die Hände gefallen war, als der damalige amerikanische Senator Charles Mathias seine Bilderberger-Mappe achtlos verlor, und ich kritzelte darauf: »Lassen Sie Sam Davis und Assistent hinein – HK.«

Das gekritzelte »HK« hätte für »Henry Kissinger« oder irgendwelche anderen Leute stehen können – der Briefkopf der Bilderberger ließ es offiziell erscheinen. Auf dem Briefkopf steht kein Datum, lediglich »Bilderberger-Treffen«.

Diesmal war der Wachtposten länger am Telefon und in ein intensives Gespräch verwickelt.

Als er wieder herauskam, sprach er mit Juttner deutsch, der schnell mit dem Wagen umkehrte. »Er wollte Sie verhaften«, erklärte Juttner.

Schließlich akzeptierte ich die Tatsache, daß ich bei dem Bilderberger-Treffen nicht willkommen war, doch konnte ich dennoch einem letzten Versuch nicht widerstehen.

Juttner hatte Angst – im Grunde ich auch –, daß ich dieses Mal verhaftet werden würde, so einigten wir uns, schnell zu sein. Wir fuhren an das Tor heran, gaben dem Wachtposten eine Notiz, die auf dem gleichen Bilderberger-Briefpapier geschrieben war, und flohen in die Berge. Die Notiz war an Charles Muller gerichtet, der die Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten der Bilderberger in den Vereinigten Staaten von seinen New Yorker Büros aus erledigt. Muller hatte fieberhaft daran gearbeitet, Zeit und Ort des Treffens geheimzuhalten.

Die Notiz lautete: »Sehr geehrter Mr. Muller, vielen Dank für Ihre großzügige Gastfreundschaft und die Lieferung derart reichhaltiger Informationen über das Bilderberger-Treffen in diesem Jahr. Ich habe kein Bilderberger-Treffen seit White Plains derart genossen. James P. Tucker.« □

Bilderberger

Die Bürger müssen bluten

James P. Tucker

Als der Gipfel in Moskau zu Ende ging, begann ein anderes Treffen, das der heimlichen Weltführer. Die Ergebnisse dieses Treffens haben vielleicht mehr Einfluß auf jeden einzelnen Bürger der westlichen Industrienationen.

Die Bilderberger, die sich in einem Luxushotel in den Alpen trafen, haben ihre Tagesordnung für die kommenden Jahre aufgestellt: höhere Steuern in jeder politisch erreichbaren Form für die Amerikaner und Europäer, um die Rüstungsausgaben zu erhöhen, unter dem Vorwand der Notwendigkeit einer stärkeren NATO-Streitmacht und der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI). Ein Teil der politischen Argumentation, die vom nächsten amerikanischen Präsidenten und dem neuen Kongreß vorzubringen ist, ist Amerikas »Defizitkrise«, der die Schuld gegeben wird für die Wirtschaftsprobleme einer »voneinander abhängigen Welt«.

Mehr Geld für die NATO

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Wahl von George Bush zum neuen US-Präsidenten. Dies ist keine Huldigung von Michael Dukakis, von dem man angenommen hat, daß ihm die demokratische Nominierung sicher ist. Dukakis ist eher eine unbekannte Größe, der vielleicht drastische Kürzungen bei den Militärausgaben vornehmen wird, was auch die Profite der Rüstungsindustrie senken würde, und der vielleicht auch SDI abschafft, in die die Bilderberger aus Profitinteressen sehr stark verwickelt sind.

Die Unterstützung von Bush als einem aus ihren eigenen Reihen – Bush ist Mitglied der Schwestergruppierung der Bilderberger, der Trilateralen Kommission – sowie die weitere Förderung des ungeheuer profitablen SDI-Programms hat auf der Tagesordnung der Bilderberger gestanden, seit Bush zum US-Vizepräsidenten gewählt wurde und ab dem Augenblick, wo Präsident Ronald Reagan seinen Plan zum Schutz des Weltraums verkündet hat. (Die Bilderberger und die Trilaterale Kommission sind Rockefeller-Gruppierungen.)

Die neue Entwicklung in der Weltpolitik der Bilderberger, wie sie aus dem Treffen von Innsbruck hervorgeht, besteht darin, mehr für die NATO auszugeben, ebenfalls ein profitables Unternehmen.

Die Bilderberger entwickelten ihre Strategie, abgeschirmt durch bewaffnete Wachen, die vor dem einzigen Eingang des Interalpen-Hotels patrouillierten, das oberhalb der Stadt Telfs liegt. Die meisten, vielleicht auch alle Teilnehmer an dem Bilderberger-Treffen kamen mit dem Hubschrauber. Der einzige andere Zugangsweg führt über eine zweispurige Straße, die bis zum Berggipfel hinaufführt.

Die Roten sind in zwei Wochen am Kanal

Auf der Zugangsstraße zu dem Luxushotel, das vor zwei Jahren gebaut wurde, befindet sich ein kleines Café. Von dem Café aus geht es noch etwa 300 Meter weiter bis zum Berggipfel, wo das Hotel liegt. Dort bewachten bewaffnete Wachposten den einzigen Eingang, vor dem sich auch noch ein Wachhäuschen befand.

Die Wahl des Tagungsortes ist eine weitere Manifestation der Entschlossenheit der Bilderberger, ihre Treffen absolut geheimzuhalten. Über das diesjährige Treffen waren nur jene informiert, die »es wissen mußten«, und diese Insider waren zur absoluten Verschwiegenheit verpflichtet. Falschinformationen wurden ebenfalls als Waffe der Verschwiegenheit eingesetzt.

Weil die gegenwärtigen und künftigen Rüstungskontrollvereinbarungen die Produktion in der Rüstungsindustrie vielleicht reduzieren, werden mehr Waffen und Personal für die NATO benötigt. Das schon seit langem publizierte Szenario des amerikanischen Verteidigungsministeriums über die Länder des Warschauer Pakts, die bei einem konventionellen Angriff über Land den englischen Kanal innerhalb von zwei Wochen erreichen, muß der Öffentlichkeit eingeimpft werden. Nach Schätzungen der NATO übertreffen die Länder des Warschauer Pakts Westeuropa an Munition und Panzerpotential im Verhältnis vier zu eins.

»US-Präsident Ronald Reagan dachte, er würde die Europäer durch den INF-Vertrag zu mehr Ausgaben für die NATO zwingen«, sagte ein europäischer Sprecher der Bilderberger bei einem Treffen am Morgen des 3. Juni. »Und Europa sollte vielleicht ein bißchen mehr ausgeben, wenn es die politische Situation in Amerika erforderlich macht. Doch die Vereinigten Staaten müssen auch mehr – viel mehr – ausgeben, damit das NATO-Bündnis in einer konventionellen Kriegssituation lebensfähig ist.

Die amerikanischen Wähler sagen, Europa müsse mehr von seiner eigenen Verteidigungslast tragen, und sprechen von der Reduzierung der amerikanischen Gelder und Truppen. Wenn sich die amerikanischen Wähler über die Kosten- und Truppenverpflichtungen beschweren, die beide erhöht werden müssen, dann müssen sie richtig unterrichtet werden. Es sollte betont werden, daß – sollte es sich bei künftigen Kriegen um konventionelle und nicht nukleare Kriege handeln – es die europäischen Städte sein werden und nicht die amerikanischen, die zerstört werden.

Es werden europäische Zivilisten sein und nicht amerikanische, die von den Bomben und Granaten getötet werden. Europa wird viel mehr Männer im Kampf verlieren als die USA, wie das auch schon in beiden Weltkriegen der Fall war.

Amerikaner zahlen lieber für Kriege in Europa

Wie aus dem Bericht ›Welt-Steuerreform‹ (Brookings Institution 1988) hervorgeht, verlangen die meisten Länder viel mehr Steuern als die Vereinigten Staaten.«

Henry Kissinger und George Ball stimmten unter anderem zu, als ein anderer europäischer Sprecher betonte, die Europäer sollten sich an SDI-Forschungsaufträgen beteiligen. Kissinger und Ball nehmen an allen Bilderberger-Treffen als permanente Insider teil. Kissinger war US-Außenminister unter US-Präsident Richard Nixon, und Ball war Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium unter den US-Präsidenten Lyndon Johnson und John F. Kennedy. Ball sagte, er dachte, man könne das amerikanische Volk dazu bringen, die Situation zu verstehen, und Kissinger nickte zustimmend.

Bei der Diskussion der politischen Lage in Amerika gaben die Bilderberger zu, daß in diesem Jahr dem Rockefeller-Imperium nicht beide Pferde in dem Rennen gehören.

»Wie konntet ihr das geschehen lassen?« fragte ein Europäer.

Einige brachten ihre Zuversicht zum Ausdruck, daß ein US-Präsident Dukakis »erzogen werden könnte« und ein »vernünftiger Mann« sei. Doch Michael Dukakis ist nicht einer der ihren.

So sind sich die Bilderberger also darin einig, daß Bush, einer der ihren, wahrscheinlich die Wahl gewinnen wird. Wenn nicht, so glauben sie, daß sie sich mit Dukakis werden »verständigen« können. Die gegenwärtigen Meinungsumfragen, denen zufolge Dukakis vor Bush im ganzen Land führt, sind nicht ernst zu nehmen, meinten die Bilderberger. Dennoch: Der Fehler, sich selbst keinen demokratischen Präsidentschaftskandidaten gekauft zu haben, macht die Bilderberger nervös. □

Bilderberger

Marschrichtung liegt fest

James P. Tucker

Das geheime Treffen der Bilderberger in der Nähe von Innsbruck war im Hinblick auf seinen Zeitpunkt mit vielen anderen wichtigen Treffen koordiniert. Dazu gehören der Moskauer Gipfel, ein Treffen von Hunderten amerikanischer Geschäftsleute in Moskau, ein weiteres großes Treffen von Großbanker in Chicago und der Wirtschaftsgipfel in Kanada.

Die Marschbefehle, die die niedrigeren Ränge der Banker erhielten, kamen von den Bilderbergern und wurden überall klar empfangen: Erhöhen der Steuern in Amerika, Wahl von George Bush zum nächsten amerikanischen Präsidenten, Geldmittel für die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI), Erhöhung der Gelder für die konventionellen Streitkräfte der NATO und Hilfe seitens der Steuerzahler für die Großbanken aus den Konsequenzen für uneinbringliche Kredite an die nicht kreditwürdigen Länder der dritten Welt.

Kühne Schritte bei der Steuererhöhung

Bei dem letzten Bilderberger-Treffen gehörte ein Kommentar von Henry Kissinger und Cyrus Vance – zwei ehemalige amerikanische Außenminister – zu den wichtigen »Diskussionspapieren«. Er wurde veröffentlicht in »Foreign Affairs«, dem Magazin des Council on Foreign Relations (Rat für Auslandsbeziehungen), CFR, einer Schwestergruppierung innerhalb der Welt-Schattenregierung.

Das Kissinger-Vance-Papier forderte die »Wiederherstellung des Zweiparteien-Konsensus in der amerikanischen Außenpolitik«. Sie schrieben: »Die Außenpolitik und die Wirtschaftspolitik sind zunehmend voneinander abhängig geworden.«

Amerikas Wirtschaftsprobleme haben die Außenpolitik bereits negativ beeinflußt, argumentieren sie, und bedrohen solch wichtige Themen wie die Auslandshilfe, die Reduzierung der Anzahl von US-Diplomaten in Übersee und schaffen Zweifel bezüglich der Fähigkeit des Landes, seine weltweiten »militärischen Engagements« zu erfüllen.

Der Vortrag der Europäer an eine empfängliche amerikanische Zuhörerschaft bei dem Bilderberger-Treffen über die dringende Notwendigkeit der Anhebung der Steuern in Amerika wurde sofort nach Chicago übermittelt, wo sich über 100 Welt-Spitzenbanker hinter verschlossenen Türen trafen.

An den Jahrestreffen der Internationalen Währungskonferenz in Chicago nahmen solche Bilderberger-Persönlichkeiten teil wie Alan Greenspan, Vorsitzender des Federal Reserve Systems der USA; Karl Otto Pöhl, Präsident der deutschen Bundesbank, und Jacques de Larosière, Gouverneur der Bank von Frankreich.

Das ist eine lange Geschichte

Hobart Rowen, von der »Washington Post«, ein Teilnehmer der Trilateralen Kommission, war ebenfalls dabei mit dem Versprechen, nur das zu berichten, was erlaubt werden würde. Auch Spitzenbanker aus Großbritannien, Japan und Mexiko waren zugegen.

Michael Camdessus, Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), brachte die Nachricht über die Steuererhöhung nach Chicago, genau einen Tag nachdem das Bilderberger-Treffen in einem Luxushotel bei Innsbruck zu Ende gegangen war.

Camdessus erzählte der Versammlung hinter verschlossenen Türen in Chicago, die Vereinigten Staaten müßten im nächsten Jahr »kühne Schritte« unternehmen, um eine erhebliche Reduzierung des Defizits zu erreichen, das er als »zu hoch« bezeichnete. Obwohl solche Worte jetzt eine Wörterbuchdefinition von »Steuern erhöhen« unter den Weltbankern bedeuten, unterstrich Camdessus die Bedeutung nochmals unverkennbar mit den Worten:

»Wenn es nicht ausreicht, die Ausgaben zu kürzen, dann müssen alle anderen Wege in Betracht gezogen werden, einschließlich Steuererhöhungen.«

Pöhl überbrachte dieselbe Botschaft dem CFR, einem anderen Flügel der Bilderberger-Trilateralen-Gruppe internationaler Banker und politischer Führer, die als Welt-Schattenregierung operieren.

Anzeichen dafür, daß die Schattenregierung mehr vom amerikanischen Steuerzahler verlangen wird, gab es überall. Es wird beabsichtigt, dem Haushaltsdefizit die Schuld für die Weltwirtschaftsprobleme zu geben – durch eben die Worte, die bei diesen geographisch zwar überall verstreuten, doch miteinander koordinierten Treffen fielen –, um genug Schuldgefühl zu wecken, damit die Amerikaner die Steuererhöhungen leichter akzeptieren, die im nächsten Jahr von dem neuen Haushaltsausschuß empfohlen werden sollen.

Mehr Steuern sind auch nötig, damit die Vereinigten Staaten höhere Beiträge zu den konventionellen Streitkräften der NATO leisten können – über den Löwenanteil hinaus, den die USA bereits tragen. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß Druck auf die Vereinigten Staaten ausgeübt wird, um den Großbanken immer noch mehr zu helfen, die an kreditunwürdige Länder in der dritten Welt hohe Darlehen vergeben haben, während gleichzeitig Ernte-Darlehen an die Farmer in Amerika abgelehnt wurden.

Neue Kredite an die dritte Welt

Das ist eine lange Geschichte. Im Jahr 1983 widersprach sich Ronald Reagan selbst und befürwortete einen zusätzlichen Beitrag der Amerikaner an den Internationalen Währungsfonds in Höhe von 8,5 Milliarden Dollar, Geld, das direkt an die Banken ging als Zinsen; diese Gelder bekamen die Schuldnerländer niemals zu Gesicht.

Dann, unmittelbar nach der Bilderberger-Konferenz im Mai 1983, versprach der amerikanische Präsident einen Gesamtbeitrag von zusätzlichen 50 Milliarden Dollar für seine voraussichtliche Amtszeit von acht Jahren im Weißen Haus. Diese Zusage hat Reagan eingehalten.

Während bekannt ist, daß die »Schuldenkrise« der dritten Welt von den Bilderbergern viel diskutiert wurde, war es schwer zu erfahren, was genau beschlossen wurde. Doch Informationen aus dem Kreis der Bilderberger zusammen mit dem, was bei den Treffen der Banker und des CFR unmittelbar danach durchsickerte, zeigt ihr Programm:

Die amerikanischen und die Steuerzahler anderer westlicher Industrienationen sollen die Banker nicht nur bei immer weiteren Krediten an Länder schützen, die nicht in der Lage sind, offenstehende Schulden zu »bedienen« – also genug Zinsen für die Kredite zu zahlen –, sondern es sollen noch weitere Milliarden von Dollar zur »Schuldenreduzierung« herangezogen werden.

James Baker, der amerikanische Finanzminister, der den Geldwechslern im Jahre 1983 die erste Rate von 8,5 Milliarden Dollar gebracht hat, hat eine »neue Kreditvergabe« an die 15 Schuldnerländer bereits geflissentlich befürwortet. Doch die Bilderberger verlangen mehr.

»Neues Geld« ist nicht genug, sagte Richard O'Brien von Londons American Express Bank. »Die neuen Geldbeträge sind oft nur das mögliche Minimum«, klagte er bei dem Treffen in Chicago, »und die fortgesetzten Netto-Transfers von den Schuldnern bleiben hoch.« □



Absprachegremien

Auf dem Weg zur Weltwirtschaft

C. Gordon Tether

Der traditionelle Wettstreit der Großmächte macht allmählich einem ganz neuen Spiel Platz, einem, in dem »geistlose Monster« losgelassener Marktkräfte zusammen mit den Interessen des Big Business eine große Rolle spielen; letztere waren weitgehend dafür verantwortlich, daß dieses neue Spiel ins Dasein kam.

Vor kurzem wurde verkündet, daß die zwölf westeuropäischen Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EG) die Vereinigung ihrer Wirtschaftssysteme bis zum Jahr 1992 abgeschlossen haben werden und damit eine einzige Wirtschaftseinheit von rund 350 Millionen Menschen schaffen. Wenn das Programm durchkommt, werden die Regierungen dieser Länder alle ihre verbleibenden Rechte der Gestaltung ihrer eigenen Volkswirtschaft an ein zentrales Organ abgeben müssen.

Ein Vergleich mit Japan

Dieses Zentralorgan überwacht ihr Wirtschaftsleben, als handele es sich um ein einziges Land mit einer einzigen Währung, einer gemeinsamen Haushaltspolitik, vereinigten Devisenkursen und Zinssätzen und so weiter. Die teilnehmenden Länder werden die Art von Autonomie behalten können, wie sie normalerweise den Landesregierungen souveräner Staaten zusteht – das Recht zur Festlegung der Höhe der Straßenlaternen und der Breite der Randsteine. Doch das wird – zumindest was ihre Wirtschaftsangelegenheiten betrifft – auch alles sein.

Das mag vielleicht wie eine ziemlich dramatische Entwicklung erscheinen. Doch ist es in Wirklichkeit nur eine Manifestation – wenn auch eine außerordentlich spektakuläre – eines Prozesses, der die Souveränität auf dem Wirtschaftssektor von Staaten – großer und kleiner – auf der ganzen Welt rasch unterhöhlt.

Zweierlei Hauptformen sind dazu nötig. Die eine ist die Liberalisierung des Handels durch den Abbau von Zollschranken und anderer Hindernisse für den Export- und Importverkehr. Die andere ist die Beseitigung von Restriktionen bei internationalen Kapitalbewegungen, was die Banker-Gemeinde frei macht, ihr Geld überall dort zu investieren, wo es ihren Interessen am besten nutzt.

Die Bedeutung, die das alles für die Weltmachtpolitik hat, läßt sich an dem erkennen, was in den vergangenen 10 bis 20 Jahren zwischen den Vereinigten Staaten und Japan passiert ist. Durch Ermutigung ihrer Wirtschaftskonzerne, sich die neuen internationalen Wirtschaftsfreiheiten voll zunutze zu machen, ist es Japan gelungen, sich selbst den Status eines der wichtigsten Länder auf der Welt zu verleihen – und das, obwohl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs dem Militarismus, der Japan in den dreißiger Jahren einen Platz in den vordersten Reihen der Weltmächte eingebracht hatte, völlig der Rücken gekehrt wurde.

Außerdem haben seine Aktivitäten auf diesem Gebiet bei den massiven Defiziten in der amerikanischen Außenhandelsbilanz eine große Rolle gespielt – nicht zuletzt weil amerikanische Produzenten versucht haben, den japanischen Wettbewerb auf ihren Märkten zu bekämpfen, während hohe Militärausgaben stark auf der amerikanischen Wirtschaft lasteten und während ihnen gleichzeitig die Hände gebunden waren. Die Publizität, die die wirtschaftliche Schwäche Amerikas bekommen hat, führte zwangsläufig zu einer Reduzierung des Ansehens des Landes in den Augen der Welt, besonders, da man gezwungen war, sich stark auf japanisches Geld zu verlassen, um aus dem Schlamassel herauszukommen.

Unterliegen der Gnade eines geistlosen Monsters

Angesichts der Tatsache, daß die Bewegung in Richtung der Schaffung eines »Eine-Welt«-Wirtschaftssystems immer mehr an Tempo zunimmt – selbst die kommunistischen Blöcke Chinas und der Sowjetunion werden zunehmend darin verwickelt –, erlebt das Weltmachtspiel eine bedeutende Wandlung. Die relative wirtschaftliche Stärke der beteiligten Länder wird zwar noch eine Rolle darin spielen, wie das seit ewigen Zeiten der Fall war, doch Ebbe und Flut einer solchen Stärke werden nicht mehr länger durch die einzelnen Staaten kontrolliert werden können.

Sie unterliegen weit mehr in diesem Sinne der Gnade des geistlosen Monsters der Marktkräfte, die mit der Liberalisierung der Handels- und Kapitalflüsse fest auf der Weltbühne etabliert worden sind.

Wie die Leser von CODE wissen werden, verdankt diese phänomenale Kraft in Weltangelegenheiten den multinationalen Giganten sehr viel, die jetzt einen großen Teil des Welthandels und Finanzverkehrs durchführen und die ihren Interessen am besten gedient sehen durch die Schaffung einer einzigen Weltwirtschaftseinheit.

Insofern als man hier überhaupt Kontrolle ausüben kann, ist es die Bande der Elitegruppe mit internationaler Gesinnung an der Spitze dieser Unternehmen, die das Schaltpult bedienen wird.

Ihre Bemühungen, einer solchen Intervention mehr Zusammenhalt zu verleihen, fanden natürlich ihren Ausdruck in den von den Bilderbergern und der Trilateralen Kommission organisierten Zusammenkünften. Die Trilaterale Kommission machte in den siebziger Jahren einen höchst erfolgreichen Infiltrationsversuch in den Washingtoner Machtkorridoren, als sie die Regierung Carter unterstützte. Daß sie in derartige Angelegenheiten noch immer stark verwikkelt ist, läßt sich aus der Tatsache erkennen, daß US-Vizepräsident George Bush, einer ihrer führenden Anhänger, hart danach strebt, am Ende dieses Jahres ins Weiße Haus zu kommen.

Die Sonne Amerikas geht unter

Da das Big Business so erfolgreich darin ist, all diese Aktivitäten hinter der größten Geheimhaltung zu verbergen, ist sich die breite Öffentlichkeit leider fast überhaupt nicht der Art bewußt, wie die internationale Machtszene durch den Ausbau des Eine-Welt-Wirtschaftssystems umgeformt wird – das trifft noch mehr für die anderen Länder zu als für die Vereinigten Staaten selbst.

Der Punkt wird plastisch illustriert durch die Projektion einer Weltmacht in dem Buch »Aufstieg und Fall der Großmächte« von Professor Kennedy Dilworth, Professor für Geschichte an der Universität von Yale.

Nach der Überprüfung der Szene der Großmächte in traditioneller Hinsicht kommt Dilworth zu dem Schluß, daß die Sonne Amerikas vielleicht beginnt unterzugehen – ebenso wie die Sonne Großbritanniens Anfang dieses Jahrhunderts –, und es ist diese Vermutung, die dazu geführt hat, daß das Buch in den Vereinigten Staaten und auch in der übrigen Welt einen solchen Aufruhr verursacht hat. Bei der Durchsicht des Inhaltsverzeichnisses findet sich kein Hinweis auf das multinationale Phänomen oder auf die »alternativen internationalen Regierungen«, wie sie manchmal genannt werden, repräsentiert durch die Bilderberger und die Trilaterale Kommission. □



Absprachegremien

Ein neuer Geheimclub

Richard V. London

Die von David Rockefeller finanzierten Frontgruppen, bekannter unter dem Namen Council on Foreign Relations (Rat für Auslandsbeziehungen), CFR, und Trilaterale Kommission, werden immer entscheidender für die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Welt. Daneben setzen sie ihr langjähriges Diktat über die amerikanische Innen- und Außenpolitik fort. Das wird auch nach den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten der Fall sein, egal, ob ein Demokrat oder Republikaner im Jahr 1988 als amerikanischer Präsident ins Weiße Haus einziehen wird.

Schlüsselmitglieder vom CFR und der Trilateralen Kommission haben eine neue Zweiparteien-Frontgruppe unter dem Namen »Amerikanische Tagesordnung« gegründet. Dieses neue Absprachegremium hat das verkündete Ziel eine »Tagesordnung« der Themen aufzustellen, die der nächste amerikanische Präsident gleich zu Anfang seiner Regierungszeit angehen soll.

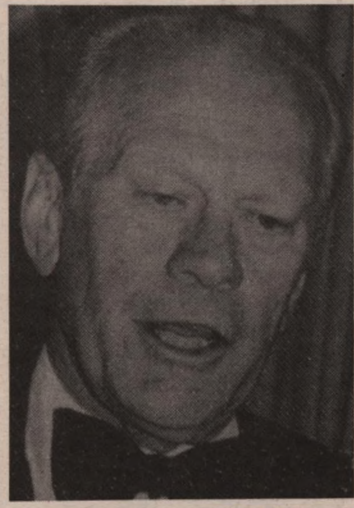
Eine Brücke von Ideen

So heißt es in den offiziellen Unterlagen der Interessengruppe »Amerikanische Tagesordnung« des Establishments: »Unsere Hoffnung ist es für den nächsten amerikanischen Präsidenten und für die Nation eine zusammenfassende Tagesordnung schaffen zu helfen, in der festgehalten wird, wo wir als eine Nation stehen, wo wir hingehen wollen und was wir tun müssen, um dort hin zu kommen.

Unser Ziel wird sein eine Brücke von Ideen zu bauen zwischen der Erfahrung und der Weisheit der Vergangenheit und der Politik, den Aktionen und Wünschen des nächsten amerikanischen Präsidenten.«

Mit anderen Worten: Die internationalen Drahtzieher der Rokkefeller-Runde wollen sicherstellen, daß ihre Umklammerung in Regierungsangelegenheiten unvermindert anhält, egal, wie die Wahlen im November in den Vereinigten Staaten ausgehen.

Die ehemaligen amerikanischen Präsidenten Gerald Ford, ein



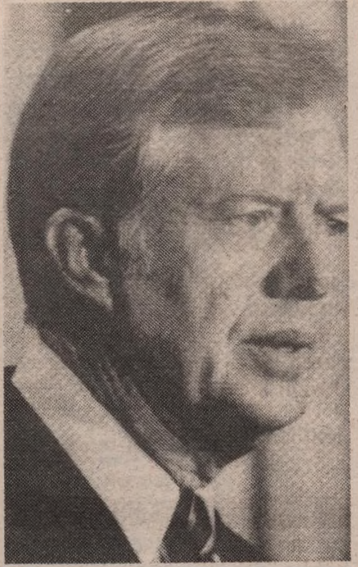
Der ehemalige US-Präsident Gerald Ford ist Mitglied der Bilderberger, die teilweise vom Rockefeller- und dem Rothschild-Clan kontrolliert werden.

Republikaner und Jimmy Carter, ein Demokrat, haben ihre Namen und ihr Prestige bereitgestellt, um als Mitvorsitzende der »Amerikanischen Tagesordnung« zu dienen. Die US-Zeitung »Washington Post« – die teilweise dem Chase Manhattan-Bankenimperium der Rockfeller-Familie gehört – beschreibt die »Amerikanische Tagesordnung« als eine »ungewöhnliche Zweiparteien-Bemühung«.

75 Experten sollen die Zukunft bestimmen

Ford selbst ist Mitglied der internationalen Gruppe der Bilderberger, die ebenfalls teilweise von den Rockefellers kontrolliert wird. Carter ist eines der Gründungsmitglieder der Trilateralen Kommission.

Wie informierte Beobachter jedoch nur allzugut wissen, ist das Wort »Zweiparteien« zu einem geschickten Werbespruch geworden, der zum Synonym sich entwickelte für die langjährige Politik des Establishments demokratische und republikanische Regierungen gleichermaßen zu beeinflussen zu versuchen.



Der glücklose ehemalige US-Präsident Jimmy Carter ist eines der Gründungsmitglieder der Trilateralen Kommission.

Eine genaue Untersuchung des Vorstandes der »Amerikanischen Tagesordnung« zeigt genau, welche Art von »Zweiparteientum« die Establishment-Frontgruppe im Sinn hat. Die Vorstandsmitglieder sind fast ohne Ausnahme entweder Mitglieder des CFR oder der Trilateralen Kommission oder sogar Mitglieder von beiden Absprachegremien.

Zu ihnen gehören: W. Michael Blumenthal, ehemaliger US-Finanzminister;
Warren Christopher, ehemaliger stellvertretender US-Außenminister;
Carla Hills, ehemalige US-Ministerin für Wohnungswesen und Städtebau;
Vernon Jordan, ehemaliger Direktor der Urban League;
Henry A. Kissinger, ehemaliger US-Außenminister;
Edmund Muskie, ehemaliger US-Außenminister;
Paul H. O. Neill, ehemaliger Leiter der US-Haushaltsabteilung;
Alice Rivlin, ehemalige Leiterin der Haushaltsabteilung im US-Kongreß;
James D. Robinson III., Leiter von American Express;
Donald Rumsfeld, ehemaliger US-Verteidigungsminister;
Brent Scowcroft, ehemaliger nationaler Sicherheitsberater der USA;
Robert Strauss, ehemaliger Sonderhandelsrepräsentant;
Glenn E. Watts, ehemaliger Präsident der Communications Workers of Amerika;
Lamar Alexander, ehemaliger Gouverneur des US-Bundesstaates Tennessee.

Verantwortlich für die tägliche Verwaltungsarbeit der »Amerikanischen Tagesordnung« sind zwei langjährige und unnachsichtige Verfechter des Establishments: Stuart Eisenstat, ehemaliger Berater von Jimmy Carter, und James M. Cannon, ein politischer Berater des ehemaligen US-Vizepräsidenten Nelson Rockefeller.

Die Marschroute für den nächsten Präsidenten

Die Gruppe will über 75 »Experten« auf den verschiedensten Gebieten konsultieren, die dann Hand in Hand mit den Establishment-Stiftungen arbeiten sollen, die es bereits verstehen, die bisherige amerikanische Regierungspolitik zu beeinflussen.

Die Feststellungen der »Amerikanischen Tagesordnung« werden dann dem neuen amerikanischen Präsidenten zwei Tage nach seiner Wahl präsentiert werden. Die Gruppe erwartet dann, daß der Präsident aus diesen Feststellungen die Politik seiner Regierung festlegen und die Kabinettsmitglieder ernennen wird, die dem folgen werden, was eindeutig die »Marschroute« des Establishments darstellt.

Die Rolle der wichtigsten Stiftungen bei der Festlegung der amerikanischen Regierungspolitik ist seit Jahrzehnten ein kontroverses Thema, insbesondere seit diese Stiftungen von den internationalen unternehmerischen Interessen finanziert werden, die praktisch in jedem Bereich von der amerikanischen Regierungspolitik profitieren. □



Europa-Journal

Sowjets meinen, USA brauchen Perestroika

Die amerikanische Bevölkerung muß sich mit einer reduzierten internationalen Rolle und dem Ende der Vorstellung von »Amerikas besonderer Mission und besonderen Rechten auf der Welt« begnügen, schrieb Georgij Arbatow, Moskaus Top-US-Experte, in einem Artikel in der Zeitschrift »Kommunist«, ein Blatt der Kommunistischen Partei.

Der Artikel wurde unter der Überschrift »Amerika braucht eine Dosis Perestroika« in der amerikanischen Zeitung »International Herald Tribune« nachgedruckt. Der sowjetische Politiker besteht darauf, daß die Vereinigten Staaten, besonders in der Zeit nach dem Zusammenbruch am Aktienmarkt im Oktober 1987, die tief verwurzelte Vorstellung von »amerikanischem Exzeptionalismus« ernsthaft in Frage stellen sollen, die seiner Meinung nach noch aus der Zeit der »Ankunft der ersten Siedler in der Neuen Welt« stammt.

Die Vereinigten Staaten, so fordert Arbatow, dürfen nicht mehr länger an dem Glauben festhalten, Amerika sei die biblische »leuchtende Stadt auf dem Hügel«. Er ähnelt in seinen Aussagen sehr stark den Schriftstellern der amerikanischen »Schule des Niedergangs«, wie sie von Paul Kennedy aus Harvard personifiziert wird. □

London warnt vor Kindermißbrauch in Sekten

In Großbritannien werden Forderungen nach einer Untersuchung der Sekte Ordo Templis Orientis gestellt, die angeblich acht Jahre alte Kinder in teuflischen Ritualen mißbrauchen soll. Die Sekte ist Anfang dieses Jahrhunderts von dem Teufelsanbeter Aleister Crowley gegründet worden.

Dem Londoner »Sunday Express« zufolge hat Mrs. Dianne Core, Koordinator der Jugendorganisationen, »einen Katalog von Kindesmißbrauch zusammengestellt, in dem es unter anderem auch um Teufelsanbetung geht«. In ihrem Bericht ist von Jungen die Rede, die in Zeremonien Schwarzer Magie mit Opferungen bedroht wurden; mit denen Dutzende von Männern jahrelang Unzucht getrieben haben; denen sinnestäuschende Drogen verabreicht worden sind; denen erzählt wurde, sie würden den Teufel treffen, und mit denen bei sexuellen Handlungen Videoaufnahmen gemacht wurden.

Mrs. Core sagte, die Sekte sei in den Vereinigten Staaten noch stärker als in Großbritannien. Sehr verbreitet ist in Großbritannien dagegen eine ähnliche Gruppe der Schwarzen Magie mit dem Namen Scorpio, zu deren Anhängern Rechtsanwälte und Geschäftsleute gehören. Mindestens zwei bedeutende Politiker sollen ebenfalls dazugehören.

Der Tory-Abgeordnete Geoffrey Dickens meinte: »Das Leben der Kinder wird durch herabwürdigende Akte zerstört, die der Phantasie trotzen. Wir müssen dieses Netzwerk jetzt zerschlagen. Ich werde Innenminister Douglas Hurd bitten, sofort Razzien durchzuführen.«

Dickens berichtete, er habe Todesdrohungen erhalten, seit er im britischen Unterhaus eine Kampagne gegen dieses Hexentum in Gang gesetzt habe. □

Gedenktafel für Kommunisten in Düsseldorf

In Düsseldorf wurde für den »aktiven Kommunisten« Hilarius Gilges anläßlich des 55. Jahrestages seiner Ermordung durch die Nationalsozialisten eine Gedenktafel am Rheinufer enthüllt. Anläßlich dieser Enthüllung hielt Oberbürgermeister Klaus Bungert sogar eine Rede, in der er sich gegen politischen Terror und Rassismus aussprach. Gilges war Sohn eines Farbigen.

Derselbe Klaus Bungert lehnte aber die Bitte eines Düsseldorfer Bürgers ab, anläßlich des sich am 26. Mai 1988 jährenden 65. Jahrestages der Ermordung des deutschen Freiheitskämpfers Albert Leo Schlageter in der Golzheimer Heide eine Gedenktafel zu errichten: »Obwohl man das Bild Schlageters heute durchaus differenzierter sehen könne, waren die Fraktionen (im Ältestenrat) dennoch einstimmig der Meinung, Ihre Anregung nicht aufzugreifen.«

Fazit: Man muß also nur ein »aktiver Kommunist« gewesen sein, der sich folglich für die Errichtung eines der menschenverachtendsten Systeme einsetzte – was seine Ermordung natürlich keinesfalls rechtfertigte –, und schon wird man geehrt.

Ein damals 28jähriger Deutscher, der damals gegen die völkerrechtswidrige Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen Widerstand leistete, dann trotz Interventionen des päpstlichen Gesandten und der schwedischen Königin von den Franzosen hingerichtet wurde und zu dessen Beisetzung die deutsche Reichsregierung unter Kanzler Cuno ein offizielles Kondolenz-Telegramm schickte, wird schlichtweg übergangen. □

Die Sowjetunion ist ein Weltreich

»Die UdSSR ist kein Staaten-Bund, sondern ein Weltreich zu dem, was die meisten Menschen glauben. Es ist ein Weltreich, das über viele verschiedene Nationalitäten regiert«, sagte der Kommentator im französischen Fernsehen »A2« bei der Ansage eines Programms über die Repressionen in der UdSSR.

Alle Hauptkonfliktbereiche wurden dargestellt anhand von verheerenden Filmen, die aus der Sowjetunion herausgeschmuggelt worden waren. Es wurden Armenier gezeigt in Massendemonstrationen für Bürgerrechte; es wurden politische Führer interviewt, die Moskau beschuldigen, die Sumgait-Massaker des vergangenen Winters gelenkt zu haben. »Unterhändler« der sowjetischen Kommunistischen Partei wurden vorgeführt, die zu Verhandlungen entsandt worden waren, und wie eine Riesenmenschenmenge sich ihnen näherte und sie »Lügner«, »Verräter« und »Tunichtgute« nannte.

Nationalistische politische Führer aus Estland, die vor kurzem nach Stockholm ins Exil gingen, wurden interviewt. »Wir möchten die Tatsache herausstellen, daß Estland im Zusammenhang mit dem Ribbentrop-Molotow-Abkommen der Sowjetunion zugeschlagen wurde, das heißt dem Hitler-Stalin-Pakt. Und wir wollen jetzt unsere Unabhängigkeit wiedererlangen«, forderten sie.

Es wurde auch der massive Exodus der Ungarn aus Rumänien gezeigt. Das Ceausescu-Regime will die ungarische Minderheit zerstören, hieß es in dem Fernsehbericht. Die Lebensbedingungen in Rumänien sind für die noch verbliebenen Deutschen und Ungarn auf jeden Fall untragbar. Ungarn flüchten täglich zu Tausenden aus Rumänien. □

Ist Gorbatschow der Antichrist?

Eine Reihe christlicher Fundamentalisten in den Vereinigten Staaten glaubt, der sowjetische Generalsekretär Michael Gorbatschow sei der Antichrist. Die Zeitung »Washington Post« schreibt dazu:

»Eine kleine, aber lautstarke Gruppe von fundamentalistischen Christen ist bereit zu behaupten, der sowjetische Generalsekretär sei der Antichrist, der Vertreter des Teufels auf Erden. Sie meinen, er sei der Handlanger des Teufels, der Antichrist, Mr. 666 höchst persönlich.«

»Die Beweise dafür, daß Gorbatschow der Antichrist ist, sind überwältigend«, soll Robert W. Faid gesagt haben. Faid, ein 59jähriger, ehemaliger Ingenieur, der am Coatesville Bible College Theologie studiert, ist der Autor des Buches »A Scientific Approach to Christianity«.

In seinem neuesten Buch mit dem Titel »Gorbatschow: Ist der wirkliche Antichrist gekommen?« behauptet Faid, der sowjetische Führer erfülle praktisch alle biblischen Prophezeiungen über den Antichristen. »Nehmen Sie dieses Muttermal auf Gorbatschows Stirn. Wenn ich Gorbatschow auf den Kopf schaue, sehe ich einen roten Drachen und über dem rechten Auge einen herabhängenden Schwanz, der Sterne repräsentiert.«

In der Sowjetunion haben die Nachrichtenmedien niemals Bilder von dem Generalsekretär veröffentlicht, die sein Muttermal zeigen, aus Angst vor der Reaktion von seiten der abergläubischen russischen Bauern.

Faid erläutert, daß der heilige Johannes im Buch der Offenbarung 12,3–4 den Satan in ähnlicher Weise darstellt, als einen »großen, roten Drachen und sein Schwanz zog den dritten Teil der Sterne des Himmels und schleuderte sie auf die Erde«. So, sagt Faid, »wenn Gorbatschow wirklich der Antichrist ist, dann hat ihn der Satan schon im Mutterleib gezeichnet«. □

Befürchtungen um Gorbatschows Sicherheit

Inmitten der Veröffentlichung weiterer Briefe in der sowjetischen Presse darüber, daß Generalsekretär Michail Gorbatschow »schwere Zeiten durchmache«, haben jetzt verschiedene amerikanische Zeitungen das Thema seines Sturzes oder gar seiner Ermordung aufgeworfen. In anderen Artikeln wird dieses Thema erwähnt, um nach mehr amerikanischen Konzessionen wie Handelsabkommen in der Öffentlichkeit zu drängen, um »Gorbatschow zu retten«.

Robert Kaiser deutete in der »Washington Post« die Gefahr der Ermordung von Gorbatschow an. »In Moskau sprechen heute viele Gorbatschow-Anhänger ängstlich von der Möglichkeit ›eines Unfalls‹, der dem Politiker zustoßen könnte. ›So vieles liegt in den Händen von nur ein oder zwei Leuten‹, sagte ein offizieller Vertreter und meinte damit Gorbatschow und Alexandr Yakowlew.«

Gorbatschow hat seine eigenen Leibwächter, die nicht zum KGB gehören, heißt es in dem Artikel, und Yakowlew soll angeblich nicht mehr »in seiner Moskauer Wohnung schlafen«, sondern in seiner Datscha auf dem Lande.

Die »Los Angeles Times« läutete die Alarmglocken für Gorbatschow in einem Artikel: »Die liberalen Anhänger Gorbatschows scheinen in zunehmendem Maße zu fürchten, daß konservative Gegner seines Programmes der radikalen Reformen genügend Unterstützung in dem bürokratischen Apparat der kommunistischen Partei finden werden, um seine Pläne nicht nur zu vereiteln, sondern ihn sogar aus dem Amt zu zwingen.« □

Der Kreml spricht mit China über Afghanistan

Bei den »Normalisierungs«-Gesprächen zwischen der Sowjetunion und China wird die Betonung auf Kampuchea liegen. Inzwischen sind es die zwölften Gespräche seit dem Jahr 1982, die China und die Sowjetunion als erste Schritte zur Verbesserung ihrer Beziehungen unternahmen.

Trotz der Entwicklungen im Hinblick auf die »drei Hindernisse« zu normalen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die ständig von den chinesischen Politikern genannt werden – ein vollständiger sowjetischer Rückzug aus Afghanistan, ein Rückzug der Vietnamesen aus Kampuchea und die Reduzierung der sowjetischen Truppen an der chinesischen Grenze –, bleiben die Chinesen vorsichtig.

»Das Afghanistan-Problem ist dabei, gelöst zu werden, doch wir warten, bis alle sowjetischen Truppen nach Hause gegangen sind«, meinte ein chinesischer Experte.

Der chinesische Sonderabgesandte, Vizeaußenminister Tian Zengpei, meinte: »Wir hoffen, daß zum Thema Kampuchea, dem größten Hindernis, Fortschritte erzielt werden können.«

Bei den Gesprächen handelt es sich nur um »reguläre politische Konsultationen«, sagte der Chinese, und Moskau muß »praktische Schritte« unternehmen, um Vietnam zu beeinflussen, seine Truppen zurückzuziehen. Beide Seiten suchen nach Wegen, um den Handel zu erhöhen, der bis zum Jahr 1990 rund 5,5 Milliarden Dollar erreicht haben soll.

Amerikanischen Quellen und der jugoslawischen Presse zufolge ist Moskau allerdings nur äußerst zögernd dabei, die Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Moskau sagte zu einem früheren Zeitpunkt, 25 000 Soldaten würden bis Ende Mai abziehen, doch dem afghanischen Minister für Grenzen und Stammesbereiche, Sulayman La-eq, zufolge sind bisher weniger als 13 000 Soldaten abgezogen.

Amerikanische Geheimdienstquellen schätzen die Zahl eher auf 10 000 Mann.

Nach dem Genfer Abkommen wird bis zum 15. August die Hälfte des sowjetischen Militärkontingents oder rund 50 000 Soldaten abgezogen sein. »Die Informationen, daß bis jetzt erst 13 000 Sowjets Afghanistan verlassen haben, ist deshalb etwas überraschend«, berichtet die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug. □

Opposition in Schweden fordert Rücktritte

In einem anhaltenden Skandal in Schweden, wo festgestellt wurde, daß ein ehemaliger Polizeichef, der die Ermittlungen über die Ermordung des ehemaligen Premierministers Olof Palme vermasselt hat, diese Ermittlungen inoffiziell immer noch weiterführt, verlangen die parlamentarischen Oppositionsparteien – die Liberalen, das Zentrum und die Gemäßigten – jetzt den Rücktritt des Sozialisten Carl Lidbom von seiner Position als Leiter der Kommission zur Umstrukturierung der schwedischen Sicherheitspolizei.

Die Presseenthüllungen beginnen mit Untersuchungen nach dem Aufbau des geheimen Regierungsapparates mindestens seit Anfang der siebziger Jahre durch den früheren Stockholmer Polizeichef Hans Holmér, Lidbom und Justizministerin Anna Greta Leijon, die ebenfalls zum Rücktritt gezwungen wurde.

Alle drei standen im Mittelpunkt eines geheimen und illegalen sozialdemokratischen Geheimdienst- und Erpressungsapparates. Lidbom war Mitte der siebziger Jahre persönlich verantwortlich für die Vorbereitung und Ausführung neuer Gesetze, die diktatorische Staatsgewalt schufen unter dem, was man den »schwedischen Weg« oder »Faschismus mit einem demokratischen Gesicht« genannt hat.

Dies war tatsächlich nachgebildet dem sowjetischen »Generalklausel«-System autokratischer Jurisprudenz.

Bis zur Drucklegung dieser Ausgabe weigerte sich Lidbom zurückzutreten. □

Lorbeeren für Gorbatschow zu früh

»Das westliche Bündnis muß nach einer langfristigen Strategie arbeiten, egal, wer in Moskau an der Macht ist«, erklärte der neue Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz. Er meinte, jede Reform und jede Liberalisierung in der Sowjetunion ist im Westen willkommen, doch das Prinzip »wohlklingenden Worten müssen konkrete Taten folgen« sollte auch von Gorbatschow eingehalten werden.

Der Westen sollte Gorbatschow nicht zu früh mit Lorbeeren überhäufen, warnte Scholz, solange die »sowjetische Strategie der Erlangung der Welthegemonie durch militärische und nicht militärische Mittel unverändert bleibt«.

Scholz meinte auch, das Tempo der sowjetischen Rüstung in allen Bereichen bietet noch immer »Grund zu tiefer Sorge von unserer Seite her und eine Grundlage dafür, den Zielen hinter dieser Militärpolitik zu mißtrauen«. □

Europäische Gemeinschaft

Zurückhaltung bei höheren Militärausgaben

Oscar Boline

Washington verlangt, daß Europa einen größeren Anteil an den Kosten zur Aufrechterhaltung der NATO trägt. Doch diese Forderung wird für eine Kombination aus einem Trick der amerikanischen Rüstungsindustrie, eine Art, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem amerikanischen Haushaltsdefizit abzulenken, und für einen äußerst schweren Fall von »Verrücktheit im Jahr der amerikanischen Präsidentschaftswahlen« gehalten. Mit anderen Worten: Die europäische Definition von »angemessenen« Rüstungsausgaben unterscheidet sich erheblich von jener der Amerikaner.

Die Zeiten amerikanischer Präsidentschaftswahlen sind in Europa bekannt als Zeiten, in denen das amerikanische Volk und fast jeder Kandidat von einem kleinen Angestellten in North Dakota bis zum Präsidenten Stellung zu außenpolitischen Themen bezieht und rasche sowie einfache Antworten dafür bereithält.

Vergnügungsreisen auf öffentliche Kosten

Eines allerdings hat Washington übersehen, nämlich, daß Europa »der Hafer sticht«, und daß es sich auf dem besten Weg dahin befindet, eine vereinte dritte Kraft in der Weltpolitik zu werden. Es ist nicht länger bereit, lammfromm dazustehen und Befehle von Washington entgegenzunehmen. Außerdem ist es sicherlich nicht bereit, die Schuld für Washingtons mangelnde Selbstkontrolle zu übernehmen.

Viele Europäer sind überrascht zu sehen, daß die Kampagne für höhere Beiträge in Amerika von Verteidigungsminister Frank C. Carlucci angeführt wird. Nach seinem schlechten Auftritt in München im Februar dieses Jahres ist Carlucci weit davon entfernt, unter den Leuten, die mit Verteidigungsangelegenheiten zu tun haben, eine populäre Persönlichkeit zu sein. Doch der »große Kommunikator«, wie US-Präsident Ronald Reagan noch vor ein paar Jahren stolz genannt wurde, schnitt bei der NATO-Konferenz weniger als einen Monat später in Brüssel kaum besser ab.



Der Europa-Abgeordnete Peter Vanneck glaubt, daß künftige Kriege Wirtschaftskriege sind.

Ende April reiste Carluccis stellvertretender Verteidigungsminister, William Howard Taft, auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler und im Namen von Carluccis Vorstoß völlig nutzlos in Europa umher, um die Europäer dazu zu bringen, mehr zur NATO und den weltweiten »Verpflichtungen« der Vereinigten Staaten beizutragen.

Diese Vergnügungsreisen auf öffentliche Kosten haben eine Art humorvollen Aspekt erhalten, seit Carlucci und Taft der Presse erzählen, ihr Zweck sei es, die Europäer für die Notwendigkeit höherer Rüstungsausgaben zu »sensibilisieren«. Ich werde häufig – das heißt mehrmals am Tag – gefragt, ob die Interessenvertreter der Rüstungsindustrie in Washington das mit Mitgliedern des amerikanischen Kongresses oder jenen im Weißen Haus sowie denen im US-Verteidigungsministerium ebenso handhaben.

Sensibilisieren heißt bestechen

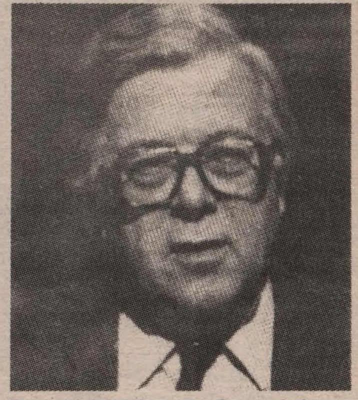
»Sensibilisieren« ist zu einer höflichen Umschreibung des Wortes »bestechen« geworden. Ein neues Wort in der Terminologie der Interessenvertreter der US-Rüstungsindustrie. In Europa hat das Wort »sensibilisieren« jedoch noch eine andere Bedeutung und meint »einimpfen«.

Um ihrer Kampagne der »Sensibilisierung« der Angestellten und anderer Leute in den Verteidigungsministerien Europas Nachdruck zu verleihen, trägt das Team Carlucci/Taft wie die Interessenvertreter der Rüstungsindustrie in Washington Aktentaschen voller Tabellen und statistischer Vergleiche mit sich herum, die den Rüstungshaushalt im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt – dem Wert der in einem Jahr produzierten Waren und Dienstleistungen – jedes Landes zeigen, das zum amerikanischen Verteidigungssystem gehört.

Damit sollen die Behauptungen des Teams Carlucci/Taft unterstützt werden, daß die amerikanischen Steuerzahler zwei Drittel dessen tragen, was ihren Behauptungen nach die Bedürfnisse der Mitglieder der NATO und Japans sind.



Der stellvertretende US-Verteidigungsminister William Taft ist vorrangig ein Interessenvertreter der Rüstungsindustrie.



Der britische Außenminister Geoffrey Howe behauptet, die Amerikaner würden es nicht würdigen, was Europa für seine eigene Sicherheit tut.

Sie zeigen – ob nun überzeugend oder nicht –, daß die Vereinigten Staaten 40 Prozent des Personalbedarfs für die Verteidigung der Alliierten beisteuern, daß sie 63 Prozent der Marinestreitkräfte stellen, 46 Prozent der am Boden stationierten Kampfflugzeuge liefern, 91 Prozent der auf See stationierten und 39 Prozent der Bodentruppen unter Sold haben. Außerdem sind ein Viertel aller ameri-

kanischen Streitkräfte in Übersee stationiert.

Es ist zu früh für eine Reaktion aus den Verteidigungsministerien in den europäischen Hauptstädten. Es besteht die Möglichkeit, daß die ganze »Sensibilisierungs«-Kampagne lange vor den im November stattfindenden Präsidentschaftswahlen in den USA unter den Teppich gekehrt sein wird.

Die USA können es Sozialismus nennen

In Straßburg, wo die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEP) sehr direkt sind und bereit auf jedes Thema einzugehen, wie sie es bei der schlechten Behandlung der Palästinenser durch die Israelis getan haben oder bei der Bombardierung Libyens durch Washington, ist die Reaktion eine eindeutige Forderung, das Team Carlucci/Taft solle »mit dem Unsinn aufhören«.

Diese Abgeordneten haben eine Menge gehört und gelesen über die 700-Dollar-Schraubenschlüssel, die 200-Dollar-Toilettensitze, die 200-Dollar-Aschenbecher und die vielen anderen Einzelposten, die den amerikanischen Verteidigungshaushalt ausmachen. Sie kritisieren ihre nationalen Banken, die amerikanische Staatspapiere kaufen, um die US-Wirtschaft zu stützen und den Dollar davor zu bewahren, aufgrund des Handels- und Haushaltsdefizits wertlos zu werden.

Sie sind sich sehr wohl darüber im klaren, daß die amerikanische Rüstungsindustrie die einzigen Fertigungsindustriezweige in den Vereinigten Staaten sind, die mit der ausländischen Industrie konkurrieren können. Doch sie wollen ihre Armeen nicht mit amerikanischen Produkten versorgen, die sie in Europa selbst herstellen können.

Jahrelang haben die Regierungen in Europa Verteidigungsausgaben in Höhe von drei bis vier Prozent ihres Bruttosozialproduktes für angemessen gehalten. Jede Steigerung dieses Betrages würde eine Kürzung des Haushalts für soziale Bedürfnisse bedeuten. Solche Ausgaben wie Gesundheitsfürsorge, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsplatzsicherung, Schulen, Altersversorgung, Wohnungsbau werden als integrierter Bestandteil der demokratischen Struktur jedes europäischen Staates betrachtet.



Der US-Verteidigungsminister Frank Carlucci (links) kam zu Helmut Kohl, um ihn zur Erhöhung der Rüstungsausgaben zu überreden.

Die Amerikaner können dies ruhig Sozialismus nennen, wenn sie das kritisieren, was die Europäer ihren Bürgern schuldig sind; das sind jedoch die Grundlagen jeder westeuropäischen Demokratie. Jeder Politiker, der es wagen würde, damit zugunsten höherer Verteidigungsausgaben herumzuhantieren, der würde seines Amtes enthoben werden.

Auf der Suche nach einem Abgeordneten des Europäischen Parlaments, der eine ausgewogene Meinung äußern würde, unbeeinflußt von dem »sensibilisierten«, anti-amerikanischen Carlucci-Taft-Humor, kam ich zu Sir Peter Vanneck. Er ist der Vorsitzende des Unterausschusses des Parlaments für Sicherheit und Abrüstung, früherer Bürgermeister von London und kann als Offizier der britischen Luftwaffe auf eine lange und hervorragende militärische Karriere zurückblicken.

Vanneck begann seine Stellungnahme mit den folgenden Worten: »In den letzten Jahrhunderten haben die Volkswirtschaften zu Kriegen geführt, in denen geschossen wurde. Wie ich es jetzt sehe, können wir mit Handelskriegen rechnen. Wirtschaftskriege statt Kriege, in denen geschossen wird. Wir müssen allerdings immer auf einen Krieg vorbereitet sein, in dem geschossen wird, wenn die Dinge außer Kontrolle geraten.

Handelskriege mit den USA und Japan

Ich bezweifle, daß die heutigen Kriege, in denen geschossen wird, so verheerend sein werden wie in der Vergangenheit; wir sind zu sehr mit der Wirtschaft beschäftigt. Handelskriege oder Wirtschaftskriege bedeuten Zuschüsse für die nationalen Industrien, Dumping, wenn man damit durchkommen will. All dies zusammengenommen macht die Kriege von heute ebenso bedeutend wie die der Vergangenheit.

Wir hoffen, daß sich diese Kriege, wie sie jetzt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft existieren, bis zum Jahr 1992 völlig beruhigt haben werden, und daß wir dann in der Lage sein werden, die Handelskriege mit Japan, den Vereinigten Staaten und anderen Gegnern außerhalb der Gemeinschaft zu führen, die überall sichtbar sind.«

Während also Europa unmittelbar dabei ist, die letzten Schritte in Richtung Vereinigung seiner Industrie und Volkswirtschaften zu unternehmen, um sich auf einen Wirtschaftskrieg mit den Vereinigten Staaten vorzubereiten, legt der amerikanische Oberbefehlshaber gegen einen Handelsgesetzentwurf Veto ein, der dazu dienen soll, die amerikanischen Industrien und ihre Inlandsmärkte zu schützen.

Wenn die Carlucci-Taft-Kampagne zur »Sensibilisierung« der europäischen Verteidigungsministerien einfach ein Akt in dieser nationalen Freihandelsshow ist, so ist sie, wie die Show selbst, zum Scheitern verurteilt. Die Tendenz in Europa geht dahin, die europäische Waffenproduktion zu steigern und die Käufe aus den Vereinigten Staaten zu kürzen.

»Wenn wir die Rüstungsindustrien in unseren einzelnen Ländern zusammenziehen und innerhalb der Gemeinschaft zu einer gemeinsamen Beschaffung und Versorgung gelangen können«, fuhr Vanneck fort, »dann werden wir unsere Verteidigung damit stärken. Das paßt den Amerikanern vielleicht nicht. Doch sie können nicht von dem Rest der Welt erwarten, daß er sich auf amerikanische Waffen stützt.

Außerdem glaube ich, wenn wir eine Gemeinschaft aufbauen würden, die in der Rüstung relativ stark ist, dann würden wir uns selbst und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten in einer nie zuvor dagewesenen Weise stärken.«

Obwohl Vanneck es nicht so offen ausgesprochen hat wie andere Europa-Abgeordnete, scheint er doch unterstellen zu wollen, daß die Stärke des Bündnisses bei den amerikanischen Waffenherstellern nicht an erster Stelle steht.

Alles, worauf es die amerikanischen Waffenhersteller abgesehen haben, ist diesen Abgeordneten zufolge der europäische Rüstungsmarkt, wobei sie mit jeder halsabschneiderischen Methode vorgehen, die der Mensch nur kennt. Kein Wunder, es ist die letzte verbleibende Schwerindustrie in den Vereinigten Staaten, die einigermaßen von Bedeutung und gesund ist. Außerdem steht sie unter den Fittichen des offiziellen Washington.

Wenn es mit der US-Rüstungsindustrie bergab ginge, wird der Dollar wertlos werden, und die amerikanische Wirtschaft wird in Schutt und Asche liegen. □



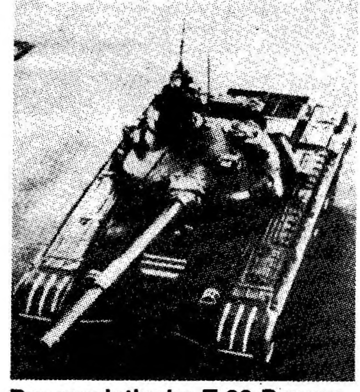
Rüstung

Planung für nicht-nukleare Kriege

Warren Hough

Bei dem Moskauer Gipfel diskutierten US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow Abrüstung und Handelsabkommen. Weit ab vom Gipfel jedoch sind Physiker, Elektronik-Ingenieure, Computerexperten und andere Wissenschaftler in harter Arbeit dabei, um den nächsten Krieg zwischen den beiden Supermächten zu planen und möglich zu machen.

»Die Kunst des bewaffneten Kampfes ändert sich rasch«, meint Oberst Horst Ludecke, ein pensionierter westdeutscher Luftwaffenoffizier, der jetzt als Verkaufsrepräsentant für die französische Rüstungsfirma Aerospatiale in New York arbeitet. »Über 40 Jahre lang seit Ende des Zweiten Weltkrieges dachten wir alle, Atomwaffen würden über den nächsten Zusammenprall der Supermächte entscheiden. Diese Strategie hat einen fatalen Fehler: es gibt keinen Gewinner und der Verlierer könnte die ganze Menschheit sein.«



Der sowjetische T-80-Panzer.

Kleinstelektronik für neue Waffen

Ludecke und anderen Experten zufolge, ersetzt nun eine neue Generation von High-Tech-Waffen die atomaren Waffen.

»Hoch technisierte Munitionen ändern unsere Sicht des Krieges«, sagt Dr. Witman Driscoll, ein Spezialist für Festkörperelektronik, der Berater im amerikanischen Verteidigungsministerium ist. »Nehmen Sie zum Beispiel das Problem der Panzerkriegführung.

Es ist bekannt, daß die sowjetischen Panzerstreitkräfte die der NATO fast im Verhältnis 3:1 übertreffen. Dieser große Vorteil zugunsten der Armeen der Länder des Warschauer Pakts hat die USA dazu veranlaßt, über 4000 nukleare Kampfwaffen in Westeuropa zu stationieren. Für den Fall, daß deren Panzer uns überrollen, werden wir mit den Bomben antworten.

Doch in den letzten Jahren haben große Fortschritte in der Kampf-Technologie das Denken im amerikanischen Verteidigungsministerium verändert.«

»Wir entwickeln hoch-technische und komplexe Waffen, die effektiv genug sind, um Atomwaffen zu ersetzen«, versicherte Dr. Arno Fruehauf, ein Computer-Wissenschaftler, der für eine führende US-Rüstungsfirma arbeitet. »Die neue militärische Hardware ist High-Tech und sehr komplex, doch es ist nicht schwer, einige ihrer Grundkonzepte zu begreifen.«

In der traditionellen Militärstrategie, so erläuterten diese Experten, wurde der Krieg als ein Gefecht zwischen zwei sich frontal gegenüberstehenden Streitkräften angesehen. »Die Angriffstruppen bewegten sich nach vorn; die Verteidiger begegnen ihnen auf dem Schlachtfeld«, erläuterte Driscoll. »Doch jetzt hat die NATO eine neue Strategie. Sie wird Follow-on-Angriff der Streitkräfte (FOFA) genannt.

Sie basiert auf großen Schlägen, die nicht entlang der Front gemacht werden. Der Zweck ist es die sogenannten Follow-up-Streitkräfte des Feindes zu lähmen und zu sprengen, das heißt den Haupttruppenkörper, der sich in Richtung Schlachtfeld bewegt und nicht so sehr die Einheiten, die sich bereits auf dem Schlachtfeld befinden.«

Das Killerbündel aus dem Flugzeug

Die FOFA-Doktrin verdankt ihre Existenz dem, was das amerikanische Verteidigungsministerium die Waffen der neuen Technologie (ET) nennt. In dieser neuen Waffengeneration spielt Kleinstelektronik-Munition eine Schlüsselrolle, so behaupten diese Experten.

»Wir nennen es nicht einmal mehr ›Munition‹«, erläuterte Ludecke. »Im neuen High-Tech-Jargon heißt es ›Submunition‹. Das ist eine Fehlbezeichnung; diese kleine Submunition ist tödlicher als die schweren Artilleriegeschosse, die ihre Vorgänger waren.«

Die Submunitionen können von Howitzer oder Raketenabschußrampen aus abgefeuert werden. Doch die meisten Typen werden weit hinter den feindlichen Linien von Flugzeugen in niedriger Flughöhe in sogenannten Bombenbündeln zusammengefaßt abgeworfen.

Die Bündelbombe ist lediglich das Gerät, mit dem die Submunitionen abgefeuert werden, erläuterte Driscoll. »Sobald sie aus dem Flugzeug abgeworfen wurde, öffnet sich ein Fallschirm und sie fällt langsam auf eine vorher festgelegte Höhe ab.

Dort öffnet sie sich und mittels einer explosiven Ladung, einem Gasausstoß oder etwas anderem, verstreut sie mehrere Hunderte solcher Submunitionen.«

Wenn sie aus der Bombe ausgestoßen wurde, schaltet jede Submunition dann ihr eigenes Vortriebs- und Lenksystem ein. »Sie verwandeln sich in eine ›raffinierte Kleinbombe‹«, erklärte Fruehauf. »Sie hat ihren eigenen Mikroprozessor und Sensoren, um ihr Ziel ausfindig zu machen – normalerweise den ungeschützten Waffenstand eines großen Kampfpanzers – und sprengt ihn mit einem sogenannten Penetrator-Sprengkopf.«

Die neuen Arten von Sprengköpfen, die in diese Kleinstgeschosse eingebaut werden, bestehen aus einer hochexplosiven Ladung, die eine Scheibe aus Kupfer, Tantal und angereichertes Uran im Innern des Sprengkopfes in ein aerodynamisch geformtes Projektil aus weißem Heißmetall verschmilzt, das sich mit einer Geschwindigkeit von 3000 Meter pro Sekunde fortbewegt. Sie haben genug Energie, um die äußere Hülle eines Panzers zu durchdringen und sie zu zerstören.

Die NATO kann die sowjetischen Panzer abwehren

»Um Ihnen ein Beispiel zu geben«, sagte Ludecke, »Westdeutschland neues Kampfflugzeug, der Tornado, kann die sogenannte NW-1 Bündelbombe mit sich führen, mit der 5,5 Tonnen solch selbstgelenkter Submunitionen über eine Breite von fast einer Meile verstreut werden können. Das heißt, gepanzerte Streitkräfte, die sich in Richtung Front bewegen, werden einem tödlichen Angriff ausgesetzt sein, lange bevor sie innerhalb (Hörweite) von Kampfgeräuschen geraten.«

Die selbst-gelenkte Submunitionen sind nur ein Weg in der neuen Generation von hoch-technisierten Waffen, sagen diese Experten. Die Entwicklung dieser revolutionären Technologien wird es den NATO-Streitkräften ermöglichen, selbst dem überwältigendsten Ansturm der sowjetischen Panzer standzuhalten, wie ihn die Planer im amerikanischen Verteidigungsministerium erwarten. □

Entspannung

Gorbatschows Truppen formieren sich

Wolfgang Stach

Der Sowjet-Kommunismus ist unter Michail Gorbatschow gefährlicher geworden, als er es jemals vorher war. Denn der 57jährige KPdSU-Chef betreibt keine Demokratisierung seines Landes, ganz im Gegenteil: Gorbatschow setzt wie kein anderer vor ihm genau die Mittel zur Erreichung der Weltherrschaft ein, die bereits Lenin propagiert hatte, daß nämlich der Westen dem Osten selber den Strick liefern werde, an dem er dann aufgehängt wird. Getan werde dies von »nützlichen Idioten«. Einer dieser Helfershelfer ist der amerikanische Unternehmer George Soros.

Über das, was George Soros vor hat, berichtete die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« unter dem Titel »Westeuropa muß Gorbatschow finanziell unterstützen«. Es heißt da wörtlich: »Bei einer ost-westlichen Sicherheitskonferenz in Potsdam ist zur Überraschung der Teilnehmer die Frage einer massiven westlichen Unterstützung für die sowjetische Umgestaltung – Perestroijka – in den Vordergrund gerückt. Ein amerikanischer Industrieller, George Soros, soeben aus Moskau zurückgekehrt, unterbreitete in Gegenwart des sowjetischen und amerikanischen stellvertretenden Außenministers, Aboimos und Whitehead, einen Plan, demzufolge alle westlichen Einsparungen infolge von Waffen-Reduzierungen dem Vorhaben des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow zugute kommen sollen.

Wirtschaftliche Aufrüstung ohne Zugeständnisse Moskaus

Im einzelnen schlug der amerikanische Industrielle in Potsdam vor, für eine in großem Rahmen zu leistende Hilfe an die Sowjetunion eine eigene Agentur zu begründen. Es gehe vor allem um Zufluß von technischem Know-how und wirtschaftlicher Management-Kenntnis, aber auch um einen schnellen und riesigen Zustrom von Verbrauchsgütern für die sowjetische Bevölkerung. Angesichts des hohen amerikanischen Haushaltsdefizits werde allerdings die Hauptlast für die Unterstützung der sowjetischen Umgestaltung von den westeuropäischen und den neu industrialisierten asiatischen Staaten zu tragen sein. Dies quittierten die westlichen Teilnehmer der Konferenz des Instituts für Ost-Westliche Sicherheitsstudien mit Heiterkeit.«

Gorbatschows (Propaganda)-Truppen formieren sich also und drängen immer unverfrorener in die Öffentlichkeit. Sofern es sich um irgendwelche unbekannten Spinner handelt, ist es nicht so schlimm. Nur, Mr. Soros ist dies eben nicht. Wer, wie er, bei einem Treffen auftreten kann, an dem sogar hohe Politiker beider Großmächte teilnehmen, verfügt über einen gewissen Einfluß und ist vor allem auch in seinem Heimatland keine unbekannte Größe.

Man darf auch nicht vergessen, wo dieses Treffen stattfand: in Potsdam, also im kommunistischen Machtbereich Deutschlands. Und der Osten hat kein Interesse, daß diese in seinem Sinne liegenden Forderungen von irgend jemandem öffentlich erhoben werden, der absolut unbekannt ist. Denn dann wäre die Wirkung fast gleich Null.

Wollen die USA künftig Geschäfte mit einem roten Europa machen?

Und Soros forderte etwas, was noch in diesem Jahrhundert Europa und speziell Deutschland endültig in den Kommunismus sowjetischer Machart einverleiben lassen würde: nämlich die wirtschaftliche Aufrüstung der UdSSR allein mit unserem Geld und vor allem auch ohne Zugeständnisse des Ostens. Wir sollen auf die Stärkung unserer Wirtschaften, auf die Lösung der Umweltprobleme, die durch die von ihm genannten Einsparungen im Verteidigungsetat geschehen könnte, verzichten, um den Kommunismus zu stärken.

Die Sowjetunion gibt jährlich 17 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Rüstung aus, die USA nur sieben und die Bundesrepublik gar nur drei Prozent. Wenn die UdSSR ihre Rüstungsausgaben nur auf jährlich zehn Prozent des Bruttosozialprodukts zurückschrauben würde, könnte sie ihre wirtschaftlichen Probleme ohne weiteres selber lösen und würde die von den Sowjets lediglich propagierte, bislang in noch keinster Weise bestätigte Friedensliebe erhärten.

Und Soros' Forderungen, Westeuropa und Asien müßten den Großteil dieser Lasten tragen, zeigt ebenfalls ganz deutlich, wohin der Weg geht: hin zu einer Abkopplung der USA von Europa. Die USA, für die im Grunde genommen in der ganzen Geschichte nicht einmal eine ernsthafte Kriegsgefahr mit einem Ausbreiten auf ihr Gebiet bestanden hat und dies auch in Zukunft nicht der Fall sein wird, sollen sich zu einem uneinnehmbaren Bollwerk aufbauen.

Wenn es den Europäern nicht gelingt, den Sowjets von sich aus Paroli zu bieten – und davon ist auszugehen, wenn Deutschland nach wie vor seiner ernsthaften Verteidigungsfähigkeit beraubt und von den Siegern und vermeintlichen Siegern des Zweiten Weltkrieges einflußlos gehalten wird –, dann machen die USA später eben Geschäfte mit einem roten Europa. Das spielt doch im Grunde auch keine Rolle, denn die Hauptsache ist, daß die Kassen klingeln.

Und die Chancen, daß Soros' Forderungen wirkungslos im Winde verhallen – wie es ihnen gebühren würde –, sind angesichts der in Europa und speziell auch in der Bundesrepublik – vollkommen ungerechtfertigten – immer größer werdenden Sympathie für Gorbatschow leider nicht so groß, wie zu hoffen wäre.

Eine regelrechte »Gorbimanie« ist ausgebrochen

Man kann, speziell als nationaldenkender Deutscher, oft nicht mit dem einverstanden sein, was der US-Botschafter in der Bundesrepublik, Richard Burt, von sich gibt, doch dieses Mal muß man ihm recht geben. So erklärte er jetzt im »Institut français des relations internationales«, daß die Bundesrepublik dem Werben Gorbatschows zu erliegen drohe. Ja, es sei sogar eine regelrechte »Gorbimanie« ausgebrochen.

Doch durch eine von ihm zugegebenermaßen äußerst geschickt aufgemachte Propaganda wächst seine Sympathiekurve im Westen unaufhaltsam weiter. In der Bundesrepublik glauben neuesten Umfragen zufolge sogar schon 70 Prozent der Bevölkerung an die Ehrlichkeit Gorbatschowscher Politik und hegen Sympathien für die »neue« Sowjetunion. Vor Jahresfrist waren es erst 47 Prozent. Den USA sprachen dagegen nur 60 Prozent der Befragten ihr Vertrauen aus und US-Präsident Ronald Reagan gar nur weniger als 50 Prozent.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres gab es bereits 83 Treffen deutscher und sowjetischer Delegationen. Binnen kürzester Zeit haben sich 26 deutsche Städte mit sowjetischen Städten zu »Schwesterstädten» zusammengeschlossen. Der sowjetische Botschafter Julij Kwinzinski spricht perfekt Deutsch und beherrscht sogar einige Dialekte. Von daher ist es kein Wunder, daß die Montagearbeiter, mit denen sich Kwinzinski bei seinem Besuch des Daimler-Werkes in Sindelfingen unterhielt, von ihm begeistert waren. □

Sowjetunion

Es geht weiter wie bisher

Mike Blair

Die Establishment-Medien sind entzückt von dem Moskauer Gipfeltreffen zwischen dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow und dem US-Präsidenten Ronald Reagan. Vergessen ist die Realität, daß es für den Kreml und seine Satellitenstaaten rund um die Welt »weitergeht wie bisher«.

Gorbatschow wird als der Welt neuer Friedensstifter gepriesen. Das kommt wohl wegen des sowjetischen Truppenabzugs aus dem durch den Krieg verwüsteten Afghanistan und indem man die Tatsache übersieht, daß mindestens 50 000 sowjetische »Berater« dort bleiben werden, um das Marionettenregime der Sowjets in Kabul zu unterstützen. Unterdessen unterstützt die Gorbatschow-Mannschaft etwa 20 »kleine Kriege« rund um die Welt, die das Leben Hunderttausender von Menschen kosten.

Das Blutbad in Asien

Beginnend in Asien mit Afghanistan kostet der Kampf zwischen dem afghanischen Volk und dem von den Sowjets unterstützten, kommunistischen Regime, das das Land regiert, täglich das Leben Hunderter von Unschuldiger. Vorsichtigen Schätzungen zufolge starben seit dem Jahr 1979 mindestens 85 000 Afghanen. Hunderttausende anderer leben in Armut im benachbarten Iran und Pakistan, wohin sie geflohen sind, um vor dem Krieg auszuweichen.

In Kambodscha wurden 24 000 Kambodschaner von den Besatzungsstreitkräften der Rotvietnamesen getötet, die seit dem Jahr 1979 von Moskau unterstützt und ausgerüstet werden.

Weitere 30 000 anti-kommunistische Guerillas starben im benachbarten Laos und in Vietnam selbst bei dem Versuch, sich vom Joch des Kommunismus zu befreien.

Der Kampf zwischen dem afghanischen Volk und den Sowjets hat seit 1970 mindestens 85 000 Afghanen das Leben gekostet.

Auf den Philippinen starben 60 000 Menschen in einem blutigen Bürgerkrieg, der seit dem Jahr 1979 zwischen den Streitkräften der philippinischen Regierung und kommunistischen, von Sowjets und Rotchinesen unterstützten Guerillas anhält.

Maoistische Guerillas in Peru haben seit dem Jahr 1981 10 000 Tote auf dem Gewissen.

Die Sowjets sind aktiver denn je

In Nicaragua hat ein Bürgerkrieg mit den jetzt regierenden marxistischen Sandinistas seit dem Jahr 1981 30 000 Tote gefordert.

Etwa 1000 Todesopfer gibt es seit dem Jahr 1985 jährlich in Kolumbien als Folge des endlosen Krieges der Regierung mit den von Kuba unterstützten kommunistischen Guerillas.

Seit dem Jahr 1979 gab es 65 000 Todesopfer in El Salvador als Folge der Bemühungen der von Kuba und der Sowjetunion unterstützten Guerillas, die vom Volk gewählte Regierung zu stürzen. Die Unterstützung der Regierung kostet allein die amerikanischen Steuerzahler jedes Jahr rund eine halbe Milliarde Dollar.

In Guatemala hat der Krieg der Regierung gegen die von den Kommunisten unterstützten Rebellen seit dem Jahr 1966 138 000 Todesopfer gefordert.

Von den Sowjets belieferte und unterstützte irakische Streitkräfte, die mit dem Iran Krieg führen, haben in acht Jahren 377 000 Menschenleben gefordert. Aufgrund dieses Krieges gibt die amerikanische Marine jährlich 365 Millionen Dollar aus, um im Persischen Golf zu patrouillieren, und opferte über 40 amerikanische Menschenleben.

In Afrika halten Tausende kubanischer Soldaten und ungezählte Millionen von Dollar an militärischer Hardware aus der Sowjetunion ein kommunistisches Marionettenregime in Angola an der Macht, wo über 210 000 Menschen seit dem Jahr 1975 ihr Leben lassen mußten. Darüber hinaus haben marxistische Guerillas der South West Africa People's Organization (SWAPO), die von den Sowjets beliefert und unterstützt werden, 5000 Todesopfer gefordert.

Vom Kreml unterstützte kommunistische Schlächter, die in Äthiopien regieren, haben seit dem Jahr 1980 500 000 Menschen ermordet und in den Hungertod getrieben und ungezählte Millionen von Spendengeldern aus dem Westen für militärische Zwecke abgezweigt.

Im kommunistischen Mozambique starben 400 000 Menschen seit dem Jahr 1981, während eine antikommunistische Freiheitsbewegung versucht, die Kommunisten zu stürzen, die ihr Land mit der Hilfe Moskaus regieren.

Ungefähr 4000 Menschen starben seit dem Jahr 1985 in Südafrika, wo die Regierung von den Kommunisten unterstützte Guerillas bekämpft.

Von den Sowjets und Libyen unterstützte Guerillas im Tschad haben seit dem Jahr 1980 7000 Tote auf dem Gewissen.

Bis zu 3 Millionen Menschen, etwa vier Fünftel davon unschuldige Zivilisten, starben in diesen und anderen »kleinen Kriegen«, die vorwiegend von den Kommunisten geschürt wurden. □



Sowjetunion

Es riecht nach Profit

James Harrer

Der sowjetische Parteichef, Michail Gorbatschow, weiß, wie man Schlagzeilen macht als ein schneller Reformer, ein Mann, der neue Gebiete erschließt, wo immer er hinkommt. Doch Ronald Reagan beging einen ausgetretenen Pfad, als er sich zum Gipfel nach Moskau auf den Weg machte. Denn der amerikanische Präsident folgte damit dem Weg in Richtung »Eine-Welt-Internationalismus«, der von dem Rockefeller-Konsortium vor Jahrzehnten schon angelegt worden ist.

»Gorbatschow hat die Welt zu gewinnen«, meinte Dr. Paul Adler, ein bekannter internationaler politischer Experte in den USA. »Doch Reagan hat kaum etwas zu gewinnen außer der ›Eine-Welt‹-Festlegung, genau die Art von politischer und wirtschaftlicher Verwicklung, die er in seinen zwei Präsidentschaftswahlkämpfen immer verurteilt hat.«

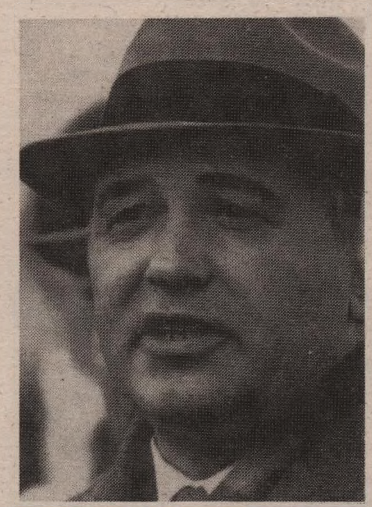
Wie es wirklich in der UdSSR aussieht

Der größte Teil der politischen Unterlagen, die für das Weiße Haus in Vorbereitung der Moskauer Gespräche erstellt wurden, reflektierten die Ansichten des Council on Foreign Relations (Rat für Auslandbeziehungen), CFR, einem Rockefeller-Denktank.

»Wir haben die Sowjetunion überschätzt«, sagte Dr. Colin McNaughton, ein Sowjetexperte der Rand Corporation. »Der interessanteste Aspekt der Studien des Weißen Hauses, zu denen auch verschiedene Papiere des CIA gehören, ist die reduzierte Sowjetmacht, die man aus der Politik der neuen ›Öffnung‹ (Glasnost), die von Gorbatschow angeordnet wurde, hervortreten sieht.«

Zu den aufschlußreichsten Enthüllungen, die von diesen Experten gemacht werden, gehören folgende Details:

In einer kürzlichen Untersuchung von »Memo«, einer Zeitung des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft, einer einflußreichen Publikation der Regierung, wird zugegeben, daß die landwirtschaftliche Produktion »ins Stocken gerate«. Obwohl es in der Sowjetunion inzwischen über 24 Millionen Bauern gibt – mehr als in den Ländern des industriellen Westens und Japans zusammgenommen –, beträgt die landwirtschaftliche Produktion weniger als 20 Prozent dessen, was im Westen produziert wird.



Michail Gorbatschow verbreitet für Rockefeller und andere Internationalisten den Duft von Profiten.

»Dies ist eine nicht zu vernachlässigende Tatsache«, heißt es in »Memo«.

Die Sowjets produzieren jetzt fast fünf Mal so viel Traktoren jährlich als die Vereinigten Staaten, ein Indiz dafür, daß ein Drittel aller sowjetischen Investitionen in die Landwirtschaft geht.

»Das Problem ist, daß die Landwirtschaft in der Sowjetunion sehr schlecht organisiert ist«, schlußfolgert eine jüngste Studie der Organisation für wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung.

Die Zentralplanung ist zusammengebrochen

»Es ist kein Geheimnis, daß die sowjetischen Statistiken lügen, doch wie groß die Lüge ist, wird jetzt erst so richtig klar«, heißt es in dieser Untersuchung.

Eine Nachfolgebeurteilung, die vom American Enterprise Institute in Washington für das Weiße Haus zusammengestellt wurde, zeigt, daß seit Nikita Chrutschtschow vor über 25 Jahren behauptet hat, die UdSSR hole mit den Vereinigten Staaten auf, die Sowjetwirtschaft fast kein reales Wachstum erlebt hat, ein Fall von »unglaublicher, völlig beispielloser Stagnation« in der Industriegeschichte der Neuzeit, wie McNaughton es nannte.

Das sowjetische System der Zentralplanung ist zusammengebrochen. »Um genau zu sein, es hat nie funktioniert«, sagt Nikolai Shmelev, ein Wirtschaftsberater Gorbatschows.

In einer jüngsten Studie, die in einem CIA-Bericht zitiert wird, der für das Weiße Haus geschrieben wurde, meinte Shmelev, vom staatlichen Preiskomitee werde erwartet, daß es jährlich 500 000 verschiedene Preise festsetze – eine unmögliche Aufgabe, die nicht wirksam durchgeführt werden kann. Die Zentralplanung kann mit den Verwirklichungen einer Wirtschaft des zwanzigsten Jahrhunderts nicht fertigwerden.

Darüber hinaus ist die Sowjetunion in der Elektronik-Technologie des Kommunikationszeitalters hinter dem Westen weit zurück. Amerikas Computerproduktion übertrifft die Sowjets um mehr als das Zehnfache. Für jedes Ferngespräch in der Sowjetunion werden in Amerika 150 gemacht. Was das Fernsehen betrifft, so berichten Moskauer, daß die spannendste Sache bei einem sowjetischen Fernseher die Tatsache sei, daß er aufgrund der schlechten Qualität seiner Verdrahtung jederzeit Feuer fangen könne.

»Wir haben uns selbst noch weitaus mehr getäuscht als die Außenwelt«, sagt der sowjetische Wirtschaftsexperte Shmelev. »Wir haben in einem Königreich voller verzerrender Spiegel gelebt. Was eigentlich groß ist, erscheint uns klein und umgekehrt; die Gerade erscheint uns verbogen, das Verbogene gerade.«

Die Banker schnuppern lieblichen Geruch

Derart detaillierter Geständnisse des strukturellen Fehlschlags des Kommunismus sind aufschlußreich, doch sie sollten für den amerikanischen Präsidenten, der seit langem bekannt ist als ein harter Kritiker des Sowjetsystems, nicht überraschend sein.

»Warum sollte das Weiße Haus plötzlich damit anfangen eine Reihe von Abkommen und Verträgen mit den Kommunisten zu befürworten und dafür zu werben?« fragte ein amerikanischer wirtschaftspolitischer Experte. Seiner Ansicht nach, die von anderen sachverständigen Beobachtern geteilt wird, stellt die Rückständigkeit und die Fehlorientierung des totalitären sowjetischen Systems keinen Nachteil für den Westen dar. Ganz im Gegenteil!

Was nach Ansicht dieser Experten bei dieser plötzlichen amerikanischen-sowjetischen Liebe am Werk ist, ist nicht die Sorge um die strategischen Interessen Amerikas oder der westlichen Welt überhaupt, sondern etwas anderes: Das Chase Manhattan-Konsortium und dessen Netzwerk von Verbündeten an der Wall Street und in europäischen Finanzkreisen schnuppern einen lieblichen Geruch, es ist der Geruch von Profiten, die man in Partnerschaft mit den Sowjetbossen machen kann. Und dies alles hat die Rockefeller-Dynastie schon seit langem geplant und vorbereitet, um sich eines Tages mit den Kreml-Herren die Kontrolle über die Welt zu teilen. □



USA

Erste jüdische First Lady

Victor Marchetti

Der Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Massachusetts, Michael Dukakis, scheint sich seiner Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten durch die Demokratische Partei der Vereinigten Staaten sicher zu sein und könnte dieses Amt bei den Wahlen im November möglicherweise gewinnen. Wenn ja, erhebt sich die Frage: In welchem Ausmaß wird seine ausgesprochen pro-israelische Ehefrau die amerikanische Politik im Hinblick auf den zionistischen Staat beeinflussen?

»Wenn Kitty Dukakis die First Lady wird«, schreibt das Nachrichtenmagazin »Newsweek« in einem Artikel, »wird sie den konventionellen Begriff dieser Position wie keine andere Gattin eines amerikanischen Präsidenten seit Eleanor Roosevelt herausfordern.« Als ihr gesagt wurde, daß die Büros der First Lady im Ostflügel des Weißen Hauses weit entfernt sind von den Räumen der Präsidenten im westlichen Flügel, sagte sie, daß sie vielleicht auch ein Büro im westlichen Flügel haben möchte.

»Ich denke, ich möchte mehr in der Nähe von Michael sein.«

Kitty Dukakis hier mit ihrem Mann: »Ich bin eine stärkere Jüdin, weil ich mit einem Heiden verheiratet bin.«

Verantwortung, anderen zu helfen

Daß Kitty Dukakis für Israel und die zionistische Sache große Sympathien hegt, darüber besteht kein Zweifel. Sie ist Vorstandsmitglied der Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Loge in Neu-England und ein ehemaliges Mitglied des US-Holocaust Memorial Council.

Sie hat Israel in den letzten Jahren mindestens sechsmal besucht. Ihre erste Reise machte sie im Jahre 1976 und beschrieb sie mit ihren eigenen Worten »als ein Akt des Widerstandes gegen die UNO-Abstimmung, in der der Zionismus mit dem Rassismus gleichgesetzt wurde«.

Dieser Besuch soll in Mrs. Dukakis ein leidenschaftliches Mitgefühl für die Unterlegenen, die Vergessenen und die vom Glück weniger Begünstigten wachgerufen haben. Seither war sie sehr aktiv in dem Bemühen um Freilassung der jüdischen Dissidenten in der Sowjetunion und deren Immigration in die Vereinigten Staaten.

In ähnlicher Form hat sie intensiv daran gearbeitet, kambodschanische Flüchtlinge in die USA zu holen. »Als Jüdin«, hat sie einmal gesagt, »habe ich das Gefühl, daß ich eine wirkliche Verantwortung habe, anderen zu helfen, die leiden.«

Es ist nicht bekannt, daß sie jemals ein ähnliches Mitgefühl für das palästinensische Volk zum Ausdruck gebracht hat, das unter der brutalen und erniedrigenden Besatzung der israelischen »Verteidigungsstreitkräfte« lebt.

Was den möglichen amerikanischen Präsidenten selbst angeht, so muß er noch ein kritisches Wort über Israel und dessen grausame Unterdrückung des palästinensischen Aufstandes sprechen. Er hat der Friedensinitiative von US-Außenminister George Shultz beigepflichtet, wenn auch nur sehr lau.

Mit einem Heiden verheiratet

Als ihr Ehemann durch die Kampagne für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten durch seine Partei zum erstenmal landesweite Prominenz erlangte, wurde Kitty Dukakis von der jüdischen Gemeinde Amerikas mit offenen Armen willkommen geheißen. Der Gedanke an eine jüdische First Lady im Weißen Haus hat alle entzückt. Artikel wurden geschrieben über ihre starken zionistischen Überzeugungen und ihr furchtloses jüdisches Wesen.

Sie soll gesagt haben: »Ich bin eine stärkere Jüdin, weil ich mit einem Heiden verheiratet bin.«

Doch jetzt, Monate später, stellen zumindest einige Mitglieder dieser Gemeinde ihr jüdisches Wesen in Frage. Die »Intermountain Jewish News« meinen, sie ist nicht jüdisch genug, und sie setze den jungen Juden in Amerika ein schlechtes Beispiel.

In einem Leitartikel mit dem Titel »Die verzwickte Lage, in die Kitty Dukakis die jüdische Gemeinde Amerika bringen könnte« fürchtet die Tageszeitung von Denver, daß die künftige First Lady ein schlechtes Beispiel sein wird und den bereits besorgniserregenden Trend in Richtung Mischehen unter den Juden in Amerika noch beschleunigen könnte.

»Wir sprechen über eine Frau, die keinen Juden geheiratet hat, die ihre Kinder nicht ausschließlich in der jüdischen Tradition erziehen soll und die all dies aus der sichtbarsten Arena auf der ganzen Welt demonstrieren könnte.«

Weiter heißt es in dem Artikel: »Welche Art von Beispiel setzt das für jüdische Kinder? Nur die Naiven können glauben, daß Kitty Dukakis nicht zu einem Objekt der Aufmerksamkeit und der Bewunderung durch jüdische Kinder wird, besonders wenn ›seders‹ (Passahfeste) und dergleichen im Weißen Haus stattfinden werden.« Der Verfasser dieses Kommentars ist der orthodoxe Rabbi Hillel Goldberg.

»Als ob dies alles nicht schon besorgniserregend genug wäre«, meint Goldberg. »Wir sehen auch noch eine Möglichkeit der Demagogie über dem allem voraus, ein Wettstreit jüdischer Organisationen, um Mrs. Dukakis jegliche jüdische Gunstbezeugung zu erweisen, ohne dabei die entschiedene Aussage zu treffen, daß die Heirat mit Heiden für ein jüdisches Ideal unangemessen ist.« □



USA

Bush und Dukakis

Victor Marchetti

Jetzt, wo die Republikaner und Demokraten ihre Präsidentschaftskandidaten für die bevorstehenden Wahlen im November in den USA praktisch ausgewählt haben, beurteilen die pro-israelischen Aktivisten die Nominierten, und es gefällt ihnen nicht, was sie sehen. Michael Dukakis ist umgeben von einer Gruppe »unbekannter» Berater, sagen sie, und George Bush wird, wie kürzlich die in Washington erscheinende »Jewish Week« berichtete, von den »alten Texas-Ölscheichs« gelenkt.

Dukakis hat die pro-israelische Gemeinde in Amerika frustriert und verärgert, indem er erst ihren Rat suchte und ihn dann zurückwies. Bei der Vorbereitung für eine Rede, die er vor der Konferenz der Präsidenten der großen jüdischen Organisationen in Amerika in New York im April halten sollte, versammelten Dukakis und seine außenpolitische Beraterin Madeleine Albright, Professor an der Georgetown Universität in Washington, eine Gruppe von Israel-Verfechtern, die ihm Ratschläge geben sollte.

Und das sind schlechte Nachrichten

Zu ihnen gehörten: Stuart Eizenstat, ehemals US-Präsident Jimmy Carters innenpolitischer Berater und jetzt ein lautstarker Verfechter des israelischen Premierministers Yitzhak Shamir; Hyman Bookbinder, häufiger Sprecher für das amerikanisch-jüdische Komitee und ein eifriger Verfechter des Status quo in den besetzten palästinensischen Territorien; Ken Wallach, ein ehemaliger Vertreter der AIPAC, der israelischen Lobby, und der ehemalige amerikanische Botschafter in Israel, Samuel Lewis.

Auf der Grundlage des Ratschlags, der die pro-israelische Gruppe ihm gegeben hatte, hat sich Dukakis mächtig für Israel ins Zeug gelegt und erklärte, eine Rückkehr auf die Grenzen vor 1967 sei »außer Frage«. Doch er unternahm nicht den zusätzlichen Schritt, den ihm die Gruppe vorgeschlagen hatte, und verkündete nicht seine Opposition gegen die Schaffung eines palästinensischen Staates. Viele, die an der Veranstaltung teilnahmen, nannten die Rede einen Reinfall.

In der Folge beschuldigten pro-israelische Aktivisten Dukakis jetzt, er verlasse sich auf seine eigenen Instinkte, »und das sind schlechte Nachrichten«. Außerdem fürchten sie, daß er mehr noch als Bush dazu neigt, »einen internationalistischen Ansatz vom Typ UNO gegenüber einseitigen amerikanischen Initiativen« zu bevorzugen, was eine Nahost-Friedensregelung angeht.

Die außenpolitische Beraterin von Dukakis, Mrs. Albright, sagte, der Präsidentschaftskandidat der Demokraten sei geneigt, an den Camp-David-Vereinbarungen als Grundlage für das Erreichen des Friedens festzuhalten. Eine Regierung Dukakis, meinte sie, wäre die erste in der jüngsten Geschichte, die es ablehnen würde, ein eigenes Friedensangebot zu machen.

Berater mit der falschen Überzeugung

Mrs. Albright, deren Fachgebiet die Sowjetunion und osteuropäische Angelegenheiten sind, gehörte unter Zbigniew Brzezinski zu Carters Stab im Nationalen Sicherheitsrat. In Nahostangelegenheiten konsultierte sie viele Seiten, doch verläßt sie sich stark auf den Rat von Robert Lieber, einem anderen Professor an der Georgetown Universität, der Dukakis' Stabsexperte zu dem Thema ist.



Präsidentschaftskandidat George Bush an der Klagemauer in Jerusalem.

Lieber hat sich stark gegen einen palästinensischen Staat ausgesprochen und eine allgemeine Haltung zum Ausdruck gebracht, die mit den Ansichten der proisraelischen Lobby in Einklang steht. Doch bis jetzt gehört er noch nicht zum inneren Kreis der Kampagne, worüber sich die pro-israelischen Aktivisten beschweren.

Die pro-israelischen Aktivisten beschweren sich auch darüber, daß verschiedene andere jüdische Mitglieder des Dukakis-Stabs besonders den AIPAC-Interessenvertretern nicht gut bekannt sind. Und schlimmer noch, sagen sie, die nicht-jüdischen Mitarbeiter sind nicht nur unbekannt, sondern haben auch die falsche politische Überzeugung. Sie werden beschuldigt, »Super-Liberale mit einer Dritte-Welt-Orientierung« zu sein und »auf der Carter-Welle zu schwimmen, wo die Menschenrechte an erster Stelle stehen«. Und das ist »nicht gut«, sagen die Israel-Verfechter.

Ein pro-israelischer Interessenvertreter soll gesagt haben: »Sie beunruhigen das pro-israelische Lager, denn sie kommen aus einem Milieu, für das Israel ›ein Problem-Land‹ ist. Sie neigen zu der Sicht einer Welt nicht voller Konflikte, sondern Mißverständnisse, die wahrscheinlich zu lösen sind, wenn die Parteien nur zusammengebracht werden können, um miteinander zu reden und ihre Differenzen klarzustellen. Es scheint wenig Verstehen darüber zu geben, daß es Konflikte gibt, die unvermeidlich sind.«

Was die AIPAC und andere pro-israelische Aktivisten am meisten zu stören scheint, ist, daß der Kern der Beratergruppe von Dukakis in Sachen Außenpolitik und nationale Sicherheit von der Harvard Kennedy School für Government kommt, wo Dukakis einst gelehrt hat, und nicht aus den pro-israelischen, neokonservativen Denktanks in Washington.

Bush bleibt ein Texas-Ölscheich

Michael Beerenbaum, ein Anhänger von Dukakis und Mitglied des Religion Action Center in Washington, ein jüdisches Reform-Institut, sagt, die vielen engen persönlichen und beruflichen Kontakte, die der Präsidentschaftskandidat mit Juden hat, könnten den Vorrang der pro-israelischen Karrieristen in einer künftigen Dukakis-Regierung gefährden.

»Es wird schwieriger sein, ihm einen Korb voller Waren zu verkaufen«, sagt Beerenbaum. »Dieser Bursche kennt die Juden, doch nicht unbedingt die Führer der Organisationen. Er kennt die Juden, weil er mit ihnen aufgewachsen ist, von der

USA

Bush und Dukakis

Harvard-Fakultät und als gesellschaftliche Freunde und durch die Familie seiner Frau.«

Das ist es, sagt er, was die jüdischen Führer nervös macht, »und das sollte es auch«.

Der Kandidat der Republikaner, George Bush, wird trotz seiner langen und loyalen Verbindung zur Reagan-Regierung, die in der letzten AIPAC-Versammlung als »die beste US-Regierung« beschrieben wurde, »die wir jemals hatten«, und seiner häufigen Äußerungen unerschütterlicher Unterstützung für Israel von den pro-israelischen Aktivisten dennoch mit Argwohn betrachtet.

Weil er als »WASP-Preppie« angesehen wird, der sich in einen Ölscheich aus Texas verwandelt hat, mißtrauen die professionellen israelischen Interessenvertreter Bush instinktiv. Doch zu seinen Anhängern gehört ein Netzwerk prominenter jüdischer Führer und Beitragsleistende zur United Jewish Appeal-Federation – nichts, worauf sich Dukakis berufen könnte.

Dennoch erinnern sich noch viele jüdische Aktivisten daran, daß Bush Israel im Jahr 1981 wegen seines Angriffs auf den irakischen Atomreaktor kritisiert hat und ein Jahr später wegen seiner Invasion in den Libanon. Sie erinnern sich auch daran, daß der Vizepräsident im Sommer letzten Jahres verschiedene Bemerkungen gemacht hat, aus denen hervorging, daß die Israelis die USA zu dem Geschäft »Waffen gegen Geisel« mit dem Iran überredet hätten. Sie haben Bush diese Indiskretionen nicht vergeben, ebensowenig wie die jüdische Gemeinde in Amerika, wie aus jüngsten Meinungsumfragen hervorgeht.

Folglich arbeitet Bushs Netzwerk von pro-israelischen Persönlichkeiten, zu denen auch Max Fisher gehört, der Vorsitzende des Wohlfahrtsverbandes, hart daran, sein Image unter den Aktivisten zu verbessern. Jakob Stein, ein ehemaliger Vorsitzender der Konferenz der Präsidenten der großen jüdischen Organisationen in Amerika, sagt, er kennt Bush seit dem Jahr 1970, als er amerikanischer Botschafter bei der UNO war und sich als Freund Israels erwiesen hat.

Es kann noch größere Schwierigkeiten geben

Außerdem sagt Stein: »Ich habe eine derartige Verbindung zu ihm, daß ich ihn anrufe, wenn ich eine Idee habe und meine, er sollte davon wissen, und er antwortet mir dann direkt oder ruft zurück, oder ich spreche mit einem unmittelbaren Berater.«



Michael Dukakis, der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, ist politisch ein schwer abwägbares Risiko.

Die pro-israelischen Aktivisten sind jedoch von Bushs jüdischem Netzwerk oder dem Einfluß des Netzwerks auf den Kandidaten nicht beeindruckt. Sie sind viel mehr besorgt um den Einfluß, den seine anderen, viel engeren Berater auf sein Denken ausüben. Der US-Finanzminister und ehemalige Stabschef des Weißen Hauses, James Baker, ist einer von Bushs engsten Vertrauten. Und der Texas-Hintergrund beider Männer mit ihren Verbindungen zum Ölgeschäft macht die jüdischen Aktivisten nervös.

»Diese Burschen sind nicht für die Palästinenser«, sagte ein pro-israelischer Aktivist. »Schlimmer noch, sie sind für die Saudis.« Sie werden sich deshalb, so fürchten die Aktivisten, »auf Israel stützen, um Israel zu retten« und nach Wegen Ausschau halten, um Israel dazu zu bringen, mit der PLO zu verhandeln.

Die Aktivisten sind besonders argwöhnisch in bezug auf das Bush-Baker-Team, weil beide als hochpolitisch angesehen werden. Und jetzt, wo Israel »schlecht dasteht« wegen des Aufstandes der Palästinenser, könnte das sehr schädlich sein. Es könnte noch größere Schwierigkeiten bedeuten, wenn die Situation ungeklärt bleibt bis in die Regierungszeit des nächsten Präsidenten hinein und Baker als amerikanischer Außenminister auf den Plan tritt.

»Er hat einen gesunden Respekt für die pro-israelische Gemeinde und für den Kongreß«, sagte ein Aktivist. »Das gleicht den Öl-Hintergrund aus – solange die Zwänge vom Kapitol-Hügel aufrechterhalten bleiben.«

Noch beunruhigender für die pro-israelischen Kräfte ist die Tatsache, daß der Gouverneur von New Hampshire, John Sununu, der libanesischer Abstammung ist, einer von Bushs engsten Berater geworden ist. Sununu war der einzige von 50 Staaten-Gouverneuren, der es im Jahr 1986 abgelehnt hat, die UNO-Resolution zu verurteilen, mit der der Zionismus mit dem Rassismus gleichgesetzt wurde. In einem kürzlichen Treffen mit der World Zionist Organization und jüdischen Gemeindeführern in New Hampshire, enthüllte Sununu, daß er »enge Beziehungen« zum saudi-arabischen Botschafter Prinz Bandar und »König Husseins Bruder« unterhalte.

Trotz Sununus enger Beziehung zu arabischen Gruppen in Amerika und offensichtlichen Mißtrauen der pro-israelischen Interessenvertreter waren die jüdischen Führer nicht in der Lage, Bush davon zu überzeugen, den Gouverneur zurückzuweisen. Der Kandidat der Republikaner hält es Sununu zugute, daß er praktisch seine Präsidentschaftskampagne gerettet habe, indem er Bushs Sieg bei den Vorwahlen in New Hampshire bewerkstelligte, nachdem man in Iowa eine heftige Niederlage hinnehmen mußte. Seither genießt Sununu »unbegrenzten Zugang« zu dem Vizepräsidenten.

Die Lobby ist mit keinem zufrieden

Eine weitere Quelle der Sorge im Bush-Lager für die pro-israelischen Aktivisten ist der langjährige nationale Sicherheitsberater des amerikanischen Vizepräsidenten, der ehemalige CIA-Beamter Donald Gregg. Gregg soll gesagt haben, Bush hege nicht die gleichen Gefühle gegenüber Israel wie der Präsident, ganz zu schweigen vom republikanischen Mitglied des Repräsentantenhauses Jack Kemp. Außerdem sagte Gregg in einer Stellungnahme zum Jonathan-Pollard-Spionageskandal, die Israelis hätten »solche Dinge jahrelang getan«.

Die pro-israelischen Kräfte sind überhaupt nicht zuversichtlich, daß die jüdischen Mitglieder von Bushs Stab oder jene in seinem hochstehenden Netzwerk den Einfluß solcher Leute wie Baker, Sununu und Gregg oder des eigenen Establishment-Texas-Öl-Hintergrundes des Vizepräsidenten werden ausgleichen können. Außerdem sind sie zunehmend pessimistisch, daß die Reagan-Shultz-Übergriffe, die sie gemacht haben, selbst in einer republikanischen Regierung lange halten werden.

Während die pro-israelische Lobby mit keinem der beiden Präsidentschaftskandidaten im Augenblick zufrieden ist, glauben sie, daß Dukakis letztlich wohl das kleinere der beiden Übel wäre. Im Moment sind sie der Ansicht, daß ihre Chancen, ihn schließlich für ihre Denkweise – zugunsten Israels – gewinnen zu können besser sind als die, Bush für ihre Sache umzukehren. ☐



Geheime Kontakte zu Kuba

Warren Hough

Durch geheime Kanäle, die durch den starken Mann Panamas, General Manuel Antonio Noriega, arrangiert wurden, hat das FBI insgeheim mit den Geheimdiensten des kommunistischen Kuba Informationen ausgetauscht. Die Entdeckung, daß eine weithin angesehene nationale Sicherheitsbehörde in den USA seit fast 15 Jahren geheime Kontakte zu den Spionageagenten von Fidel Castro unterhält, wirft neue Fragen auf über das seit langem bestehende, geheime Bündnis, das Noriega, einen Drogenhändler, mit dem CIA, dem FBI und dem Mossad, dem Geheimdienst Israels, verbindet.

»Wir sind gerade erst dabei, die Schlüsselrolle Panamas in der internationalen Spionage zu entdecken«, meinte der Experte der Geheimdienstszene. »Der CIA war seit langem begierig nach der Art von Geheimdienstaktionen ›im Alleingang‹, die Oliver North im vergangenen Jahr im US-Kongreß beschrieben hat. Jetzt stellen wir fest, daß Henry Kissinger sich zu diesem Zweck vor mehr als einem Jahrzehnt an Panama gewendet hat.«



US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow trinken auf die gemeinsamen Ziele.

Noriega war der Dreh- und Angelpunkt

Ab dem Jahr 1973 sagte Kissinger, der damals unter Nixon amerikanischer Sicherheitsberater im Weißen Haus war, dem FBI, es solle die Überwachung verdächtiger Terroristen intensivieren durch Austausch von Akten mit der Geheimpolizei des kommunistischen Kuba, so behaupteten gut informierte Experten.

Es gab zu dieser Zeit keine direkten Kanäle zwischen den beiden Ländern. Doch Noriega, der zehn Jahre lang Panamas Geheimdienst- und Sicherheitschef war, bevor er im Jahr 1982 de facto der Herrscher des Landes wurde, hat solche Kontakte als geheimer Mittelsmann zwischen Washington und Havanna bereitwillig hergestellt.

»Es schien wie ein idealer Hintergrundskandal, um mit kubanischen Geheimdienstagenten und anderen zweifelhaften Wagnissen fertig zu werden, die tief verborgen bleiben mußten«, sagte Manuel Waszinsky, ein amerikanischer Journalist aus Miami. »Innerhalb weniger Jahre wurde Noriega zum Dreh- und Angelpunkt für eine Vielzahl von Geheimoperationen, in die sowohl das FBI als auch der CIA und der Mossad verwickelt waren.«

Anfang des Jahres 1982 hatte Noriega, der CIA und ein großes Team israelischer Agenten eine Schmuggelroute für Gewehre und Drogen laufen, die Millionen einbrachte, erzählte dieser Informant.

Es wurde viel Geld verdient

Ende des Jahres 1981 gab der US-Präsident Ronald Reagan auf Vorschlag des verstorbenen CIA-Direktors William Casey dem Mossad das alleinige Recht die antikommunistischen Kämpfer in Nicaragua, bekannt unter dem Namen »Contras«, mit militärischer Ausrüstung zu beliefern.

»Diese Waffen mußten vom Sowjetblock verkauft werden, um die Vereinigten Staaten nicht darin zu verwickeln«, erzählte Augustin Alles, Nachrichtenchef bei dem größten, spanisch-sprechenden Rundfunk in Miami.

»Mossad-Agenten bereisten Osteuropa und Rotchina, um Waffen und Granaten zu kaufen. Diese Hardware wurde dann von Südflorida über Panama nach Honduras und Costa Rica transportiert und zwar in Flugzeugen, die von Israelis gesteuert wurden. Auf dem Rückflug hatten die Flugzeuge Säcke von Kokain geladen, die von kolumbianischen Drogenhändlern kamen und für den amerikanischen Markt bestimmt waren.«

Diese Schmuggelroute brachte Noriega und dem Kleinstaat in Nahost Millionen ein, sagen diese Quellen.

Die Finanzleute des Kleinstaates, die von solch großen Profiten rasch Wind bekamen, fielen Anfang der achtziger Jahre mit Gewalt in Panama ein, sagen Informanten. Die großen israelischen Banken eröffneten Filialen in Panama City, um mit der Wall Street in dem Geschäft des Waschens und Investierens der Erlöse aus dem blühenden Drogenhandel zu konkurrieren.

»Im März dieses Jahres, als alle Finanzinstitute in Panama aufgrund des US-Embargos hätten geschlossen sein sollen, machte ich einen Test«, berichtet James Harrer, ein Journalist. »Ich rief drei große amerikanische Banken an – die Chase Manhattan, die Citibank und die Irving Trust – und fragte, ob sie einen Geld-Nottransfer von Europa nach Panama abwickeln können. Alle drei sagten, sämtliche Zweigstellen in Panama City seien geschlossen.«

Über Panama Kontakt mit den Kommunisten

Doch die israelischen Banken waren bereit, das Geschäft zu machen. Der Journalist berichtet weiter: »Als nächstes rief ich drei große israelische Geldinstitute an – die Bank Leumi, die Hapoalin Bank und die Israel Discount Bank – und stellte die gleiche Frage. Sie sagten tatsächlich: ›Kein Problem!‹«

Doch während Panama langsam zu einem berüchtigten Zentrum von Drogengeschäften und Geldwäscherei wurde, erstaunt die Enthüllung, daß das FBI diesen Kanal für Kontakte mit kommunistischen Agenten in Kuba genutzt hat, selbst erfahrene Journalisten.

»Ich bin seit 30 Jahren Journalist«, versicherte Alles. »Doch ich bin verblüfft zu erfahren, daß das FBI Akten mit negativen Daten mit der kubanischen Geheimpolizei ausgetauscht hat. Besonders ärgerlich ist dabei die Tatsache, daß ein großer Teil der Informationen offenbar Kuba-Amerikaner betraf, die in Miami leben und die Castro fälschlicherweise als Terroristen beschuldigte.« □



Südafrika

Sanktionen haben das Land gestärkt

Ivor Benson

»Als direkte Folge des UNO-Waffenembargos – nicht trotz des Embargos – haben die Südafrikaner so große Fortschritte in der Waffenherstellung gemacht, daß sie in vielerlei Hinsicht den Rest der Welt sogar überholt haben«. Das schrieb der britische Militärexperte Ian Hogg in der führenden »Jane's Military Review«, nachdem er Südafrikas erste internationale Waffenausstellung in Athen im Jahr 1982 besucht hatte. Der Fortschritt in einem der wettbewerbsträchtigsten Bereiche der modernen Industrie hat sich seither ohne Unterbrechung fortgesetzt und Südafrika unter die zehn führendsten Waffenhersteller und Exporteure gebracht.

Das Drama eines nicht erklärten Krieges gegen Südafrika, das nun seit über 20 Jahren anhält, hat viele verwirrende Merkmale, die alle in einer einfachen Frage enthalten sind: Warum fahren die Feinde Südafrikas mit einer Politik fort, von der deutlich erkennbar ist, daß sie das Land eher stärkt als schwächt?

Die Feinde hätten keinen besseren Gefallen tun können

Die knappe Antwort ist, daß die öffentliche Meinung in der ganzen Welt und besonders in den westlichen Ländern heftig getäuscht worden ist, und man niemals vermutet hätte, daß eine weltweite Anti-Apartheidkampagne einen weitreichenderen Zweck hätte haben können, als die Herrschaft der Weißen in Südafrika niederzuschlagen.

Nach den Lektionen vieler ähnlicher Boykottübungen in diesem Jahrhundert hätte die südafrikanische Reaktion zuversichtlich vorausgesagt werden können: eine Mobilisierung des Willens und der Hilfsmittel. Und deren Feinde hätten ihnen kaum einen besseren Gefallen tun können als mit einem Waffenboykott zu beginnen, was die Südafrikaner dazu zwang all ihre Energien auf den Industriezweig zu konzentrieren, in dem Qualitätskontrolle und technologische Erfindungen von zwingender Notwendigkeit sind.

Sieben Monate bevor die Vereinten Nationen im Jahr 1978 obligatorische Sanktionen auferlegten, hatte die südafrikanische Regierung ihres Armaments Corporation (Armscor) gegründet und mit der furchtbaren Aufgabe betraut, die Republik in Verteidigungswaffen und Munition zum Selbstversorger zu machen.

Armscor hat weitaus mehr erreicht als dies: sie sind einer der größten Exporteure des Landes für Industriewaren geworden und sie haben die gesamte Industrie derart vitalisiert und modernisiert, wie man es sich 20 Jahre vorher nicht hätte vorstellen können.

Mehr Millionäre als Folge der Sanktionen

Diejenigen, die für dieses Unternehmen die Verantwortung tragen, gaben sich keinerlei Illusionen hin. Quantität allein würde nicht genügen; sie mußten ihre industriellen Fähigkeiten und Sachkenntnisse auf eine Stufe bringen, wie sie von einer neuen Generation von Waffensystemen heute gefordert werden können und Wege finden, um mit der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung Schritt zu halten.

So schreibt Carl Noffke, Direktor für amerikanische Studien an der Rand Afrikaans Universität in Johannesburg: »Mit der Hilfe internationaler Spitzenexperten hat Armscor ein umfassendes Qualitätskontrollsystem entwikkelt und eingeführt, daß das ganze Spektrum der Waffenlieferungen von der Konstruktion und Entwicklung bis hin zur Beschaffung und Produktion abdeckt und es auf über 800 Armscor-Lieferanten ausdehnt. Dieses Qualitätskontrollsystem hatte auch eine enorme Wirkung auf den Rest Südafrikas. Sämtliche Bereiche in Handel und Industrie haben bald das Armscor-Prinzip übernommen, daß die Qualität ein integraler Bestandteil modernen Managements ist.«

Noffke nennt unter anderem das neue Cheetah-Kampfflugzeug als eine von Südafrikas hochtechnischen Waffen, das jetzt von den Produktionsbändern rollt, das Valkiri-Mehr-Artillerie-Raketensystem, dem vielseitigen Olifant-Panzer, den Alpha-XH-1 Helikopter, das Raketenkampfflugzeug, den 155-Millimeter-G5 Horwitzer mit einer Reichweite von 25 Meilen, die Kukri-Luft-Rakete und hochleistungsfähige Kommunikationssysteme.



Ein in Südafrika gebauter 155-Millimeter-G5-Horwitzer.

Nicht erwähnt wird der Fortschritt auf dem atomaren Sektor, da dieser immer noch strengen Sicherheitsvorkehrungen

und Geheimhaltungspflichten unterliegt. Was wir sicher wissen ist, daß Südafrika sowohl das Know-how als auch das Material und die industriellen Resourcen für die Herstellung von Atomwaffen besitzt; deshalb ist es vernünftig anzunehmen, daß diese ebenfalls zu dem Verteidigungssystem des Landes gehören.

Eine umfassendere Form des Wirtschaftskriegs gegen Südafrika war gleichermaßen erfolglos und unproduktiv, der Rückzug einer großen Anzahl ausländischer Firmen aus Südafrika, viele von ihnen amerikanische Unternehmen, die bis dahin ein äußerst wichtiger Bestandteil der Handels- und Industrieszene in Südafrika gewesen sind.

Der Fehlschlag der Sanktionen

Donald de Kieffer, ein Washingtoner Anwalt, der auf internationales Handelsrecht spezialisiert ist, schreibt dazu: »Die Hauptnutznießer der Sanktionen sind die weißen Unternehmer Südafrikas gewesen. Verschiedenen Quellen zufolge wurden über 160 Weiße in Südafrika zu Millionären als direkte Folge aus den amerikanischen Sanktionen.«

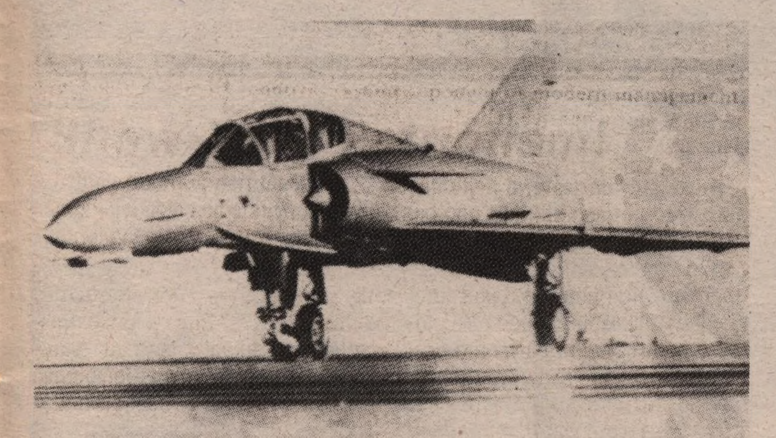
Die südafrikanische Regierung weiß, was als nächstes auf der Tagesordnung der Feindseligkeiten stehen könnte und sie hat keine Zeit verloren, ihre Verteidigung darauf vorzubereiten.

De Kieffer schreibt weiter: »Angesichts des offensichtlichen Fehlschlags der Sanktionen schlagen viele Anti-Apartheid-Gruppen mehr davon vor und in härteren Dosierungen. Der Grund dafür, warum die Sanktionen gescheitert sind, behaupten sie, liegt darin, daß viele Firmen, ihr Anlagekapital zurückgezogen haben und südafrikanischen Nachfolgefirmen erlaubt haben, ihre Produkte in Lizenz weiterhin herzustellen. Es hat kaum eine deutliche Änderung gegeben bei der Verfügbarkeit nominell amerikanischer Produkte im Land. Sie werden lediglich von einer neuen Firma unter einem bekannten Namen hergestellt.«

Jetzt ist es also eine Entziehung sämtlicher Rechte zur Benutzung amerikanischer Handelsbezeichnungen und Patente im Gespräch, die als eine härtere Form von Sanktionen angepriesen wird – in juristischer Terminologie »intellektuelle Waren« oder IWs.

Wenn ein solcher Schritt funktioniert, hätte das eine verheerende Wirkung in einem Land wie Südafrika, in dem Tausende solcher IWs benutzt werden, die meisten amerikanischen Ursprungs. Doch kann das funktionieren? Die wahrscheinlichere Antwort ist nein. Es könnte sich als ebenso vorteilhaft für die südafrikanischen Produzenten erweisen wie alle anderen Bemühungen der Wirtschaft des Landes den Hahn abzudrehen.

Die Situation läßt sich wie folgt zusammenfassen: Jedes Stück Know-how wird in dem Augenblick, wo es beim Patentamt eingetragen wird, zu Staatseigentum. Die vollständigen Einzelheiten des Patents sind gegen eine kleine Gebühr jedermann zugänglich. Doch das Recht dieses Know-how zu benutzen, unterliegt einer schriftlichen Genehmigung und muß bezahlt werden; und in sehr vielen Fällen entspricht der an Gebühren zu entrichtende Betrag zu einem großen Teil einem bestimmten Prozentsatz des letztendlichen Einzelhandelspreises der verschiedenen Waren.



Das ist Südafrikas neuer Kampfjäger, der Cheetah, der trotz – oder vielleicht wegen – der internationalen Sanktionen gebaut wird.

Der Wirtschaftskrieg hat zwei Seiten

Doch was verleiht diesen IWs ihren Wert, von denen viele ihren Eigentümern so viel einbringen? Antwort: Es ist der gesetzliche Schutz, den sie in den verschiedenen Ländern genießen, in denen sie gebraucht werden. Somit hängen Firmen wie IBM, Kodak, Gillette und andere zusammen mit ihren berühmten Firmenbezeichnungen ganz und gar von der südafrikanischen Regierung ab, damit das Piratentum an ihren IWs verhindert wird, was von jedem ausgeklügelten Industriellen mit Leichtigkeit gemacht werden könnte.

Was ein Land wie Südafrika verpflichtet, ausländischen IWs diesen Schutz zu geben, sind internationale Vereinbarungen, die wichtigste unter ihnen das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), das für den gegenseitigen Schutz von Eigentumsrechten an technologischem Know-how besondere Vorkehrungen vorsieht.

Der Wirtschaftskrieg gegen Südafrika bestand bereits aus der Verletzung internationaler Abkommen auf vielfältige Art und Weise, doch was passiert, wenn sie weiterhin verletzt werden durch die Entziehung aller IW-Genehmigungen? Kann man damit rechnen, daß die südafrikanische Regierung sich an der Zerstörung ihrer eigenen Wirtschaft beteiligt, indem sie Vereinbarungen streng durchsetzt, die dem Schutz dieser IWs dienen sollen?

Die Südafrikaner haben ihre Antwort bereit: Sie haben vor, sich durch Gesetze selbst zu schützen, die es ihren Firmen erlauben werden, ausländische Firmenbezeichnungen und Know-how zu benutzen, selbst nachdem die Genehmigungen zurückgezogen wurden.

Doch sie werden kein freies Piratentum für alle und Fälschungen zulassen; es wird alles unter strenger Kontrolle erfolgen. Erstens: wird nur für Boykotte gelten, die politisch motiviert sind, und zweitens, alle oder ein Teil der Beträge, die früher an die ausländischen Eigentümer von IWs zahlbar waren, werden von der südafrikanischen Regierung eingetrieben und in einen Fonds eingezahlt, der zu diesem Zweck errichtet wird.

All dies hat beängstigende Auswirkungen auf die ausländischen Besitzer von IWs, die dem politischen Druck nachgeben, denn was hindert die südafrikanische Exporteure – dann ganz oder teilweise von der Bürde befreit – auf den Märkten in Übersee einen ungeheueren Wettbewerbsvorteil zu erlangen?

Andererseits könnte die Idee des Treuhandvermögens bedeuten, daß die südafrikanische Regierung darauf bedacht ist, die Interessen der ausländischen Besitzer der IWs zu schützen, die dem politischen Druck nachgeben, in der Hoffnung, ihnen wird das Geld später nachbezahlt.

Doch das Ausmaß, in dem rein kommerzielle Interessen sowohl in Südafrika als auch im Ausland in den über zehn Jahren wirtschaftlicher Kriegsführung einem Schaden entgangen sind, wirft eine Frage auf: Ist es möglich, daß die weltweite Kampagne der Feindseligkeiten gegen Südafrika niemals das Ziel hatte, die rein kommerziellen Interessen innerhalb und außerhalb dieses Landes zu schädigen? Und daß sie deshalb eine ganz andere Bedeutung hat, als die von den Medien für die Öffentlichkeit dargestellte? □



Revisionismus

Rätsel um den Korea-Krieg

John Bishop

Die Enthüllung eines britischen Spions auf dem Totenbett hat gezeigt, wie es Sowjetdiktator Josef Stalin gelang, Rotchina Anfang der fünfziger Jahre zum Eintritt in den Korea-Krieg zu bewegen. Letzten Endes hat dieser Krieg in Asien zum Tod von 54 246 amerikanischen Soldaten geführt, 103 284 wurden verwundet und über 8000 sind bis zum heutigen Tage als Kriegsgefangene oder als vermißt gemeldet.

Unter dem Kommando der Vereinten Nationen haben antikommunistische Kräfte in dem Korea-Krieg, in dem es keinen Sieger gab, nahezu 1 500 000 Todesopfer erlitten. Der Krieg endete am 27. Juli 1953 mit einem Patt, als zwischen den UNO-Streitkräften und den Nordkoreanern und deren rotchinesischen Verbündeten ein Waffenstillstand unterzeichnet wurde.

Ein Friedensvertrag wurde niemals unterzeichnet und die Vereinigten Staaten haben noch immer Zehntausende von kampfbereiten Truppen in Südkorea stehen, um einen erneuten Angriff durch die Kommunisten dort zu verhindern.

Vor einem Jahr erhielt der amerikanische Geheimdienst die Aussage, die Donald Duart Maclean, ein hochplazierter Beamter im britischen Auswärtigen Dienst, der jahrelang als Sowjetspion gedient hat, auf dem Totenbett gemacht hat.

Am 25. Mai 1951 sind Maclean und sein homosexueller Liebhaber und Kollege im Auswärtigen Dienst sowie Sowjetspion, Guy Burgess, in die Sowjetunion übergelaufen.

Macleans Spionageaktivitäten für die Sowjets, so geht aus seiner Aussage auf dem Totenbett im Jahr 1986 hervor, waren direkt verantwortlich dafür, daß Rotchina mehrere hunderttausend Soldaten in den Korea-Krieg geschickt hat.

General Douglas MacArthur (links) erhielt den Geheimbefehl von US-Präsident Truman, nicht in Rotchina einzufallen.

Nachdem seine Armee von den Sowjets nach dem Zweiten Weltkrieg stark aufgebaut worden war, ist Nordkorea am 25. Juni 1950 in Südkorea eingefallen und hatte innerhalb weniger Monate die südkoreanischen und amerikanischen Streitkräfte, durch die sie unterstützt wurden, bis an die Spitze der koreanischen Halbinsel getrieben.

Die vereinten amerikanischen und südkoreanischen Streitkräfte konnten sich sammeln und aushalten bis sie von hunderttausend rasch mobilisierten US-Truppen und kleinen Truppenkontigenten aus anderen westlichen Ländern, die zu den Vereinten Nationen gehörten, verstärkt werden konnten.

Der Oberkommandierende der vereinten UNO-Streitkräfte, US-General Douglas MacArthur, plante und verwirklichte eine brillante Landung über den Seeweg bei Inchon entlang der nordkoreanischen Küste und schnitt so den einfallenden nordkoreanischen Truppen den Weg ab. MacArthur verkündete die US-Truppen würden »Weihnachten wieder zu Hause« sein.

Die nordkoreanische Armee war praktisch zerstört, und bis zum 20. November 1950 waren die Kommunisten die ganze koreanische Halbinsel zur rotchinesischen Grenze entlang des Yalu-Flusses hin zurückgedrängt.

An diesem Punkt erkannte Stalin, daß der Ansturm der Kommunisten völlig zerschlagen worden ist, und er drängte den starken Mann Rotchinas, Mao Tsetung, chinesische Truppen in den Krieg zu schicken. Mao jedoch war abgeneigt und fürchtete, daß amerikanische Streitkräfte Rotchina direkt angreifen, vielleicht sogar in das Land einfallen würden. Schließlich hatte sich MacArthur dahingehend geäußert.

Stalin bekam an diesem Punkt von Maclean genau die Geheimdienst-Informationen geliefert, die er brauchte, um Mao davon zu überzeugen, seine Truppen in den Korea-Krieg zu schicken.

Maclean, der im britischen Auswärtigen Amt die amerikanische Abteilung leitete, war auch Geschäftsführer des britisch-amerikanischen politischen Ausschusses über nicht technologische atomare Daten. Als solcher hatte er Zugang zu allen amerikanischen Atomgeheimnissen und hatte sie seit dem Jahr 1943 an die Sowjets weitergegeben.



Kim Philby gehörte als Student der Universität Cambridge dem homosexuellen »Apostel«-Club an.

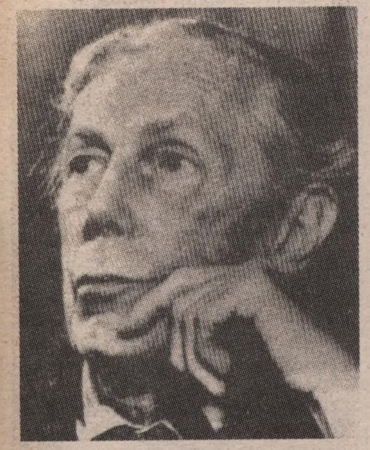


Donald MacLean kam aus der gleichen »Szene« wie Philby und gehörte zum Spionagering Homosexueller.

In seiner Position hatte er Zugang zu Details der streng geheimen Befehle, die der amerikanische Präsident Harry S. Truman an MacArthur gab und die lauteten, daß die militärische Aktion der Amerikaner auf die koreanische Halbinsel beschränkt bleibe, und daß sie unter keinen Umständen über den Yalu nach Rotchina hineingehen dürften.

Ausgerüstet mit Trumans Befehlen an seinen Oberkommandierenden in Korea konnte Stalin Mao davon überzeugen, daß US-Truppen niemals in China einfallen werden. Völlig überzeugt von der Zuverlässigkeit seiner Informationen von

Maclean garantierte Stalin Mao sogar, daß sowjetische Truppen sich den rotchinesischen Truppen im Kampf anschließen würden, wenn die Amerikaner jemals in das Land einfallen sollten.



Anthony Blunt kam ebenfalls aus Cambridge und gelangte in der Regierung in eine Spitzenposition.

Stalin wußte, daß sowjetische Truppen in China niemals gebraucht werden würden.

Ein weit verzweigter Spionagering

Folglich entsendete Mao am 26. November 1950 über 300 000 rotchinesische Soldaten über den Yalu nach Korea hinein. Sie überwältigten die amerikanischen Streitkräfte, die auf der Halbinsel zurückgetrieben wurden.

Ein blutiger Krieg ging weiter bis die Feindseligkeiten im Juli 1953 in einem Patt endeten. Das Feuer wurde eingestellt, als beide Seiten sich etwa an der gleichen Stelle entlang oder in der Nähe des 38. Breitengrades verschanzt hatten, den die nordkoreanischen Kommunisten ursprünglich überschritten hatten, um in Südkorea einzufallen.

Maclean und Burgess gehörten zu einem verzweigten Spionagering, den die Sowjets vor dem Zweiten Weltkrieg in den höchsten Kreisen des britischen Auswärtigen Dienstes und in den Geheimdiensten aufgebaut hatten. Ein drittes Mitglied des Spionageringes, H.A.R. »Kim« Philby, der in Washington als Bindeglied der Briten zu CIA und FBI diente, lief im Jahr 1963 in Moskau über, kurz bevor er enttarnt werden konnte.

Ein viertes Mitglied, Anthony Blunt, der ehemalige Kunstberater von Königin Elizabeth, wurde im Jahr 1979 enttarnt, doch er bekam die Freiheit im Austausch für Informationen über die Aktivitäten seiner Kollegen Maclean, Burgess und Philby.

Blunt hatte im und nach dem Zweiten Weltkrieg für die Sowjets spioniert, als er für MI-5, die britische Gegenspionage, gearbeitet hatte.

Es wird seit langem vermutet, daß ein fünftes Mitglied des Rings innerhalb der höchsten Ebenen des CIA der Enttarnung entkommen ist. Maclean, der Sohn eines britischen Parlamentsabgeordneten und Mitglieds der Labour Partei sowie Kabinettsminister, wurde ein Kommunist, als er in den zwanziger Jahren die Universität Cambridge besucht hat.

Später, als er sich um eine Stelle im Auswärtigen Dienst bewarb, wurde er von dem Untersuchungsausschuß des Foreign Service nach seinen kommunistischen Verbindungen befragt.

»Ich hatte zu der Zeit (in Cambridge) tatsächlich einige kommunistische Überzeugungen«, antwortete er. »Ich habe sie noch nicht ganz abgelegt.« Dennoch wurde er für die erste Stufe im Auswärtigen Dienst zugelassen.

Der sowjetische NKVD – Vorläufer der Geheimpolizei KGB – unter General Walter Krivitsky, der in verschiedenen westlichen Ländern sowjetische Spionageaktivitäten durchgeführt hat, ist im Jahr 1938 in den Westen übergelaufen. Im Januar 1940 verpfiff er Maclean, indem er bekanntgab, daß er ein Sowjetspion sei, doch seine Warnungen wurden ignoriert.

Krivitsky soll im Februar 1941 in einem Washingtoner Hotel von NKVD-Agenten ermordet worden sein, die dann versuchten, den Mord als Selbstmord zu tarnen. Maclean soll Krivitskys geänderten Namen »Samuel Ginsburg« seinen NKVD-Freunden mitgeteilt haben.

Die »großen vier« Sowjetspione sind jetzt alle tot. Philby starb im Mai 1988 als letzter in Moskau. Er starb als KGB-General und bekam ein Begräbnis als »Held der Sowjetunion«. □

Zionismus

Israels Lobby hat Probleme

Mark Lane

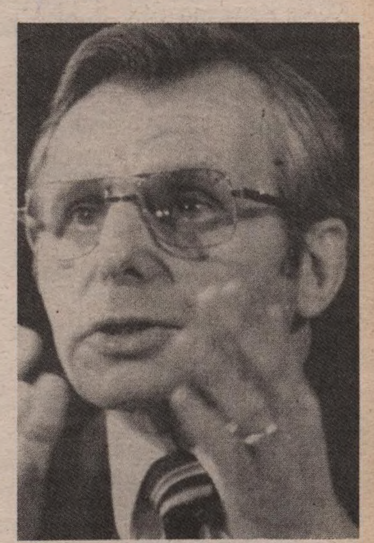
Bei der diesjährigen Jahreskonferenz des American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) herrschte eine Atmosphäre des Unbehagens, eine gewisse unterschwellige Angst, man könnte sagen ein Hauch drohenden Untergangs. Es war nichts mehr zu spüren von der Arroganz und der Prahlerei, die man noch vor Monaten an den Tag gelegt hatte, als AIPAC-Lobbyisten die Hallen des amerikanischen Kongresses bevölkert hatten, ihren loyalen Verbündeten auf die Schulter klopften und ihnen »Happy Chanukah« wünschten, während sie dabei prahlten, daß dies das in der amerikanischen Legislative »beste Jahr für Israel sei, das es je gegeben hat«.

Trotz der großen Besucherzahl und der jubelnden Menge, den vielen aufmunternden Worten durch zionistische Lobbyisten und amerikanische Beamte und die Anwesenheit des israelischen Außenministers und Labour-Party-Führers Shimon Peres schwebte der Aufstand der Palästinenser und dessen Einfluß auf die öffentliche Meinung in Amerika wie eine schwere, finstere Sturmwolke über der Tagung.

Seit 60 Jahren dauert der Krieg

US-Senator Paul Simon, der Mann, den AIPAC im Jahr 1984 ins Amt brachte, als die israelische Lobby beschloß, der damalige republikanische Senator Charles Percy müsse bestraft werden, weil er nicht so gestimmt hatte, wie ihm gesagt worden war, hat es bei einem der vielen Empfänge nach der Tagung am besten zusammengefaßt.

Als Kommentar zu der Tatsache, daß Briefe und Anrufe von Wählern an Mitglieder des US-Kongresses derzeit ein Verhältnis von 10:1 gegen die Unterstützung der Politik Israels zeigen, insbesondere hinsichtlich der Situation der Palästinenser, sagte Simon: »Es ist der Durchschnittsamerikaner, der am meisten besorgt ist. Sie sagen: ›Werden meine Steuergelder dafür verwendet?‹ Wir bleiben noch dran. Aber nicht mehr lange.«



US-Verteidigungsminister Frank Carlucci behauptet, die USA hätten große Vorteile von der Militärhilfe an Israel.

In dieser gestörten Atmosphäre unterstrich der leitende Direktor der AIPAC, Thomas Dine, den mürrischen Ton der Tagung und die Wiederbelebung der zionistischen Belagerungsmentalität für die Lobby im Umgang mit dem Kongreß und der öffentlichen Meinung mit den Worten:

»Das ist die Fortsetzung eines Krieges, der mindestens 60 Jahre alt ist, ein Krieg, der seit langem von zwei Arten von Extremisten verfolgt wird – den arabischen Nationalisten und den islamischen Fundamentalisten –, um den jüdischen Staat zu zerstören. Dieser Krieg wird im

Zionismus

Israels Lobby hat Probleme

Fernsehen fälschlicherweise als eine Art Feldzug der Kinder dargestellt oder ein Akt zivilen Ungehorsams oder eine neuzeitliche Version des palästinensischen David, der gegen den israelischen Goliath ankämpft.

Mit diesem Krieg wird in den USA von Professoren und Mahatma-Ghandi-Verkörperungen Schönfärberei betrieben, die im Fernsehen auftreten und meinen, alles, was sie wollen, sei ein Ende der Besatzung und ein Anfang der Koexistenz. Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß das nicht die Realität der Forderungen der Aufständischen ist.«

Entscheidung zwischen Besatzung und Selbstmord

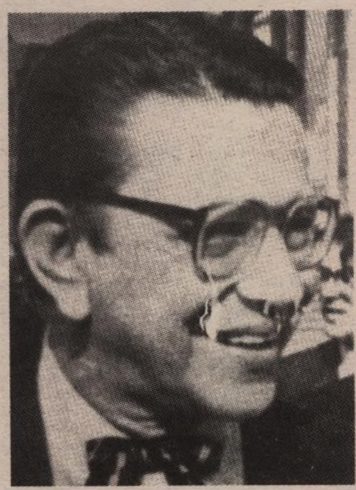
Während Dine die gegenwärtigen Ereignisse gründlich verzerrte, begann er dann auch noch die Geschichte zu verdrehen: »Viele Amerikaner sind verwirrt über dieses neue Stadium im Krieg gegen Israel. Im Fernsehen werden die Amerikaner jeden Abend an die Besatzung erinnert. Es gefällt ihnen nicht. Was für sie noch schwieriger zu verstehen ist, ist die Tatsache, daß es auch dem israelischen Volk nicht gefällt. Israel wollte keine Besatzungsmacht werden; es wurde ihnen auferlegt durch den Angriff der Araber im Jahr 1967.

Die aufeinanderfolgenden Regierungen in Israel haben eine nach der anderen zahlreiche Formeln vorgeschlagen, um die Besatzung zu beenden; alle diese politischen Lösungen sind von arabischer Seite zurückgewiesen worden. Das einzige Angebot, das die Palästinenser Israel gemacht haben, ist: Wenn ihr aufhören wollt, eine Besatzungsmacht zu sein, dann müßt ihr den Bedingungen zustimmen, die uns in die Lage versetzen, euch zu zerstören.

In Israel ist die Frage also nicht, ob die Besatzung der Palästinenser beendet werden soll, sondern wie. Für die Palästinenser ist die Frage nicht, ob sie Frieden machen sollen mit Israel, sondern wie sie es zerstören können.«

Schließlich verkündete Dine selbstgerecht: »Gezwungen, mich zwischen Besatzung und Selbstmord zu entscheiden, muß ich die Besatzung wählen.«

Larry Cohler von der »Washington Jewish Week« charakterisierte die Tagung mit den Worten: »Ein Aufruf nach einem Stopp für ein sich hinziehendes Insichgehen. Ein Moratorium für das Händeringen und schmerzliche Aufteilungen in der Gemeinde, die sich von Israel auf das amerikanische Judentum auszubreiten drohen, und eine Unterrichtung über die Gefahren des Dissenz in der Öffentlichkeit.«



US-Senator Paul Simon: »Wir bleiben noch dran. Aber nicht mehr lange!«

Der kämpferische Ton von Dine wiederholte sich in anderen Reden und erstreckte sich auch auf die vielen Arbeitsgruppen und Empfänge, die von AIPAC-Funktionären sorgfältig inszeniert wurden.

Die USA haben angeblich große Vorteile von Israel

Die Aufgabe der Solidarität zwischen der amerikanischen Regierung und Israel in den schwierigen Zeiten des zionistischen Staates wurde angeführt vom amerikanischen Verteidigungsminister Frank Carlucci und dem Mitglied des US-Repräsentantenhauses Les Aspin, der gleichzeitig Vorsitzender des Armeeausschusses des Repräsentantenhauses ist. Beide behaupteten, die USA hätten große Vorteile von der jährlichen Militärhilfe an Israel in Höhe von 1,8 Milliarden Dollar.

Die wenigen Beispiele, die sie anführten, waren allerdings größtenteils sehr vage und bei weitem nicht überzeugend. Sowohl der Kongreß-Abgeordnete als auch der Minister schienen beide tatsächlich mehr für die israelischen Waffenverkäufe an die bewaffneten US-Streitkräfte werben zu wollen. Dieser neue Kniff in der amerikanischen Hilfe an den kleinen jüdischen Staat hat sich von neun Millionen Dollar im Jahr 1983 auf über 250 Millionen Dollar im Jahr 1987 gesteigert, sagte Carlucci.

Carlucci wörtlich: »Es besteht kaum Zweifel daran, daß die Käufe von Israel weiter steigen werden mit heftigem finanziellem Druck auf die amerikanischen Rüstungsausgaben.«

In diesem Zusammenhang forderte der Chef des Pentagons die AIPAC und die jüdische Gemeinde in Amerika auf, sich für eine verstärkte US-Finanzierung der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) – dem umstrittenen »Sternenkriegs«-Programm von US-Präsident Ronald Reagan – einzusetzen.

»Jene, die sich selbst für Freunde Israels halten«, sagte Carlucci, »und die die SDI-Finanzierung kürzen wollen, sollten gefragt werden, wie sie planen, in einer sich verändernden und bedrohlicheren militärischen Umgebung zu helfen, Israels Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen.«

In Weiterverfolgung dieser verdrehten Logik und mit der Bemerkung, Israel sei eines von vier Ländern, das für die Arbeit am SDI-Programm freigegeben ist, sagte Carlucci, das israelische antitaktische ballistische Arrow-Raketensystem – das fast ganz von den USA finanziert wird – werde »wertvolle Beiträge zu unserer Forschung in der strategischen Abwehr leisten«.

Unter den zahlreichen Mitgliedern des amerikanischen Kongresses, die an der Tagung teilnahmen, um ihre Unterstützung für die »führende jüdische politische Kraft in Amerika heute« zu zeigen – wie die pro-israelische Lobby für sich selbst wirbt –, war der bekannteste US-Senator Mitch McConnell. In seiner Rede kurz vor Schluß, und die Rednertribüne teilend mit dem israelischen Außenminister, tadelte der Senator aus Kentucky den amerikanischen Kongreß wegen seines relativen Schweigens über die gegenwärtige Situation in Israel.

Mehrheit für Gespräche zwischen PLO und Israel

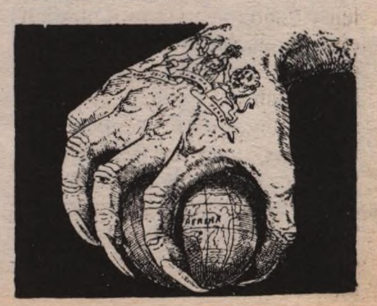
Doch McConnell tadelte seine Kollegen nicht wegen ihrer mangelnden Kritik an Israel und dessen Handhabung des Aufstandes der Palästinenser. Er tadelte sie, weil sie nicht mehr Unterstützung für die zionistische Regierung zum Ausdruck brachten.

McConnell zufolge ist es ohne eine aktive Debatte im Kongreß, in der pro-israelische Mitglieder sich stark für den jüdischen Staat einsetzen, fast unwahrscheinlich, daß die Darstellung des Aufstandes der Palästinenser in den Medien und die damit verbundene anhaltende negative Wirkung auf die öffentliche Meinung in Amerika enden wird.

Er wies darauf hin, daß gegenwärtige Meinungsumfragen zeigen, daß die Mehrheit des amerikanischen Volkes bereits Gespräche zwischen der PLO und Israel befürwortet. Und diese Umfragen zeigen, daß eine Mehrheit von Amerikanern für die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates ist.

»Es genügt nicht, daß amerikanische Juden Israel unterstützen«, sagte McConnell. »Auch nicht-jüdische Amerikaner müssen das tun. Die Situation in Israel ist jetzt eindeutig schwierig, doch es wird nichts nützen, einfach nur dazusitzen.«

Außerdem meinte er, müssen die AIPAC und alle Freunde Israels daran arbeiten, pro-israelische Beamte in »jede Ebene« der amerikanischen Regierung hineinzuwählen. □



Israel

Der amoralische Status quo

Mark Lane

Die Israelis sind süchtig nach Gefahr, sagte David Grossman, Israels führender junger Schriftsteller, dessen neues Buch »Der gelbe Wind« eine zutiefst menschliche und kontroverse Analyse des zwanzigjährigen Bemühens des zionistischen Staates, das palästinensische Volk zu unterjochen, in seiner Heimat überraschend zu einem Bestseller geworden ist.

»Die Israelis sind professionelle Überlebende, deren Geschichte sie auf die Gefahren und Bedrohungen des Lebens vorbereitet hat«, sagte Grossman in einem Gespräch an der George-Washington-Universität in Amerikas Hauptstadt.

Zu spät für eine friedliche Lösung

»Das israelische Volk braucht und erwartet diese Gefahren und Bedrohungen und ist von Natur aus dazu verurteilt, jeden menschlichen Zustand in die Sprache der Furcht, des Konflikts und des Überlebens zu verwandeln«, meint Grossman.

»Wenn wir zugeben müßten, daß unsere Existenz nicht gefährdet ist, so würde das einen Grundpfeiler unserer Psychologie ans Tageslicht bringen, der auf der Furcht der Zerstörung basiert, welche uns ein Ziel gibt, die Legitimität verleiht und die Dinge für uns einfach macht. Wir sind süchtig danach geworden. Wir haben überlebt, um zu leben, doch jetzt leben wir, um zu überleben.«

Grossman meint, daß es vielleicht schon zu spät sein mag für eine friedliche Lösung des palästinensischen Problems, doch er hofft noch immer, daß eine Verständigung ausgearbeitet werden kann. Er glaubt, Israel habe zu viel Energie und Geld in die Entwicklung seiner bewaffneten Streitkräfte gesteckt, während es die anderen, grundlegenderen und wichtigen Probleme, mit denen es fertig werden muß, ignoriert hat.

»Israel wird zu einem Riesen mit muskulösen Armen und Beinen, aber ohne innere Organe«, behauptete er. »Wir werden in der Lage sein, uns zu verteidigen, doch wir werden nichts zu verteidigen haben.«

Der junge Autor ist ein starker Kritiker jener in Israel und deren Anhänger in Amerika, die die Beibehaltung des Status quo befürworten, und besonders jener fanatischen Nationalisten, die den Gaza-Streifen und die West Bank annektieren und das Land der Palästinenser räumen wollen.

Niemand in Israel versucht auch nur die andere Seite zu verstehen, sagte Grossman. Jeder verhält sich einfach entgegen der Geschichte. Es gibt keine politischen Führer mit neuen Ideen. Und der durchschnittliche Israeli ist entweder zu faul oder hat zuviel Angst, um die Politik der Regierung zu kritisieren.

Doch, so stellte Grossman fest, er glaubt, falls die Israelis sich mit den Palästinensern an den Verhandlungstisch setzen, »daß sich die Dinge ändern könnten«.

Das Buch erinnert an eine Legende

Grossmans Buch »The Yellow Wind« basiert auf seinen persönlichen Erfahrungen, Einblicken und Überzeugungen, die er in einem siebenwöchigen Aufenthalt unter Palästinensern an der West Bank gewonnen hat. Es ist eine düstere Geschichte über die Übel der israelischen Besatzung – die Israel schließlich zerstören und dem zionistischen Traum ein Ende bereiten wird.

Nicht identifizierte Israelis eröffnen in der Stadt Bethlehem in der West Bank das Feuer auf Palästinenser.

Der Titel des Buches stammt aus der arabischen Folklore. Der Legende zufolge wird eines Tages ein heftiger wilder Wind aus der Hölle kommen und die Welt und all ihre Bosheit in einer Flut von Flammen zerstören. Dieser schreckliche gelbe Wind – rih asfar – wird alle Übeltäter ausfindig machen und verbrennen, all jene, die grausamer und ungerechter Taten an ihren Mitmenschen schuldig sind. Ihre sterblichen Überreste werden die Erde bedecken und wie Unkraut über sie verstreut sein.

Während seines Aufenthaltes an der West Bank verbrachte Grossman auch einige Zeit unter den fanatischen jüdischen Siedlern, die mit Hilfe der israelischen Regierung den ansässigen Palästinensern Land und Wasser gestohlen haben – und dabei oft auch Palästinenser ermordeten – in einem fanatischen, religiösen Kreuzzug zur Wiedererschaffung von Eretz Yisrael, dem größeren Land von Israel.

Er interviewte die gewalttätigsten Mitglieder von Gush Emunim (dem Block der Gläubigen) und der berüchtigten jüdischen Untergrundbewegung, Terror gegen Terror. Ihr Haß, ihre Blutrünstigkeit und ihre unverhohlene Entschlossenheit, ihre palästinensischen Nachbarn auszulöschen, sind ebenso niederschmetternd wie revoltierend, insbesondere, da diese Fanatiker solche Aktionen als ihre religiöse Pflicht rechtfertigen.

Am meisten reiste Grossman jedoch unter den Palästinensern.

Sein Porträt von ihnen als Individuen und als ein Volk ist im Gegensatz zu der üblichen israelischen Ansicht von den »Untermenschen« ergreifend und aufschlußreich. Er zeigt, wie Jahre unwürdigen Lebens in Flüchtlingslagern Bettler und Straßenlümmel zu militanten Steinewerfern gemacht haben und wie frustriert Universitätsstudenten jetzt von einer neuen, unabhängigen Nation träumen, deren Geburt eine Revolution nötig machen wird.

Auf die Signale besser achten

Die größte Wirkung des Buches stammt aus der einfühlsamen Erzählung des Autors über die vielen täglichen Erniedrigungen, die die israelische Regierung und ihre sogenannten Verteidigungskräfte den Palästinensern zufügen, in dem organisierten Bemühen, sie aus dem Land zu vertreiben oder sie in schweigende Sklaverei zu zwingen.

»Yellow Wind« schließt mit einer Warnung, die Israelis sollten auf die Signale des Aufstandes der Palästinenser bald besser achtgeben. Grossman meint, daß der Status quo – »eine unmoralische Angelegenheit, die zu einer amoralischen geworden ist« – zum Scheitern verurteilt ist. □

Peres hält an Marshall-Plan für Nahost fest

Der israelische Außenminister Shimon Peres meinte, sein Vorschlag für einen »Marshall-Plan« für den Nahen Osten »sei noch immer sehr lebendig, obowhl die daran Beteiligten im stillen arbeiten würden. Es ist jetzt eine andere Gruppe von Ländern darin verwickelt, einschließlich jener, die wirtschaftlichen, wenn nicht gar politischen Einfluß auf den Nahen Osten haben.« Die meisten interpretieren dies so, daß Japan gemeint sein könne.

Peres weiter: »Es gibt zwei Tendenzen im Nahen Osten: die Fundamentalisten, die Rückschritt, Engstirnigkeit und Kampfeslust repräsentieren, und alle anderen, die vernünftig und gemäßigt sind.«

Er sagte weiter, Isreals Feinde seien nicht die Araber schlechthin, »sondern jene Länder, die uns gegenüber feindselig eingestellt sind«.

Peres schlug seinen Marshall-Plan im Jahr 1986 vor, als er Premierminister war, mit dem Ziel, für jegliche Friedensregelung mit Arabern und Palästinensern eine wirtschftliche Grundlage zu schaffen. □

Verstärkt Indien Beziehungen zu Israel?

Der indische Premierminister Rajiv Gandhi traf sich mit einem »amerikanischen jüdischen Führer« und versprach ihm, Indien werde seine diplomatischen Beziehungen zu Isreal verbessern. Er soll auch gesagt haben, diese Zusage solle geheim bleiben, so berichtet die Nachrichtenagentur Reuter. Die Agentur sagt nicht, wann der indische Premierminister sich mit dem jüdischen Führer getroffen hat.

Als Reaktion auf diese Nachricht soll der israelische Außenminister Shimon Peres gesagt haben, »das muß vor etwa einer Woche gewesen sein. Warten wir noch zwei Wochen. Die Geschichte kann noch zwei Wochen warten.« Peres fügte hinzu, »es wird übrigens nur eine begrenzte Verbesserung sein. Wir sprechen nicht von einer erheblichen Verbesserung« des diplomatischen Status.

Ein indischer Regierungssprecher betonte, daß derzeit keine Schritte unternommen würden, um die offiziellen Beziehungen zu Isreal zu verbessern. □

Bronfman verteidigt Gorbatschow

Edgar Bronfman, der Leiter des jüdischen Weltkongresses und häufiger Besucher Moskaus, sagte auf einer Pressekonferenz, er habe sich während seines Aufenthaltes in Moskau mit Außenminister Eduard Schewardnadse getroffen und ihm eine Liste mit 50 000 Namen verdächtiger Nazikriegsverbrecher übergeben.

Bronfman äußerte sich gegenüber der »Jerusalem Post«, er habe dem israelischen Premierminister Yitzhak Shamir eine Botschaft des sowjetischen Außenministers übergeben. Diese Botschaft verstärkt die Spekulationen darüber, daß sich die beiden Männer in Kürze treffen werden.

Bronfman sagte auch: »Ich bin nicht sicher, daß es sehr gut ist für die Juden in der Sowjetunion, zu demonstrieren, wenn die Dinge sich schließlich jetzt verbessern.«

Bronfman »sagte« auch, »jüdische Demonstrationen im Ausland seien in Ordnung, solange sie nicht auf das Gorbatschow-Regime abzielen«.

Shamir gegenüber äußerte Bronfman, die UdSSR ändere ihre Nahost-Politik und nähme gegenüber den jüdischen Emigranten eine positivere Haltung ein. □

US-Banken buhlen um Israel

Große amerikanische Banken und Investmentfirmen, so unter anderem Merrill Lynch und Shearson Lehmann Hutton, wetteifern, um etwas abzubekommen bei der Refinanzierung von Israels 5,5-Milliarden-Dollar-Schuld an die Vereinigten Staaten für Waffenkäufe vor dem Jahr 1984. Die US-Regierung wird 90 Prozent der neuen Anleihe garantieren, zu niedrigeren Zinssätzen als die ursprünglichen US-Darlehen, unter den Bedingungen der einzigartigen Gesetzgebung, die vom amerikanischen Kongreß Anfang dieses Jahres verabschiedet worden ist. Der Verlust für den amerikanischen Steuerzahler – und Israels Gewinn – wird 220 Millionen Dollar jährlich betragen und das für sechs bis acht Jahre. □

Der christliche Libanon ist am Ende

Abba Eban, ehemaliger israelischer Botschafter in den Vereinigten Staaten und Inhaber vieler anderer hochrangiger Positionen, ist von der Liste der Vertreter der Labour-Partei für die Wahlen im November heruntergenommen worden, weil man ihn den Palästinensern gegenüber für zu entgegenkommend hielt.

Ein Grund für seinen politischen Niedergang mag ein vor kurzem erschienener Zeitungsartikel gewesen sein, den er geschrieben hat. Es hieß darin, der christliche Libanon – wie das jüdische Isreal – hätten grandiose territoriale Träume, die nur verwirklicht werden könnten auf Kosten der benachbarten arabischen Staaten.

Eban wörtlich: »Seine Anhänger haben die harte Tatsache ignoriert, daß die menschliche Zusammensetzung eines Staates wichtiger und entscheidend für seine Sicherheit ist als die territoriale Konfiguration«. Er schrieb weiter, heute – nur rund 60 Jahre nach seiner Schaffung – habe der christliche Libanon praktisch aufgehört als eine Nation zu existieren. □

Israels Lavi lebt weiter

Fast ein Jahr, nachdem es das amerikanische Verteidigungsministerium fertiggebracht hat, Israel zur Aufgabe des wahnsinnig teuren, von den USA finanzierten Lavi-Kampfjäger-Programms zu zwingen, machen israelische Ingenieure weiter mit der Arbeit an dem mehrere Millionen Dollar schweren Projekt – auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler.

Finanziert wird das Ganze durch Israels Freunde im amerikanischen Repräsentantenhaus, denen es zum zweiten Mal gelungen ist, ein 450-Millionen-Dollar-Paket für den Lavi in die Gesamtgesetzgebung für Auslandshilfe mit hineinzupacken, die vor kurzem in Washington verabschiedet wurde. In dem Gesetzentwurf wird jeder Hinweis auf den Lavi vermieden, doch das Geld wird heimlich für die weite Kategorie »Flugzeugentwicklungen« vorgesehen. Das Geld für das umstrittene Flugzeug – zusammen mit hochsensitiven US-Technologien – wird zur Verfügung gestellt, sobald Israel danach verlangt.

Die raffinierten Rückstellungen von Kongreß-Geldern haben amerikanische Waffenexperten erzürnt, die hart um die Beendigung des Lavi-Programms gekämpft haben. »Es ist ungeheuerlich, daß wir das Programm stoppen und dann weiter finanzieren«, sagt ein Experte. »Es ist in Wirklichkeit nicht storniert worden. Man hat uns hereingelegt«, sagt ein anderer.

Vertreter von Israels Aircraft Industries bestätigen, daß ihre Ingenieure dabei sind, die Arbeit an einem dritten Prototyp des Lavi zu beenden. Nach Schätzungen des US-Verteidigungsministeriums im letzten Jahr hieß es, das Lavi-Programm würde das amerikanische Finanzministerium in den nächsten zehn Jahren eine Milliarde Dollar kosten.

Einer der Hauptantreiber hinter der Lavi-Wiederbelebung ist das ehemalige Likud-Kabinettsmitglied Moshe Arens, der Anhängern gesagt haben soll, er beabsichtige die Kontrolle des israelischen Verteidigungsministeriums nach den Wahlen im November wieder an sich zu reißen.

Ein Beamter aus dem US-Verteidigungsministerium: »Der Patient wird künstlich beatmet und Arens ist der Mäzen.« □

Lobby blockiert Waffen-verkäufe an Saudi-Arabien

Die pro-israelische Lobby drängt die US-Regierung, nicht nur dem jüdischen Staat jährlich 1,8 Milliarden Dollar an Militärhilfe zu geben, sie sabotiert auch kontinuierlich Washingtons Bemühungen, Waffen an die arabischen Staaten in Nahost zu verkaufen. Das Endergebnis ist ein doppelter Verlust für den amerikanischen Steuerzahler.

Ein großer Waffenkäufer gegen Bargeld, der vor kurzem wegen der Possen der pro-israelischen Lobby woanders eingekauft hat, ist Saudi-Arabien. Zusätzlich zu dem mehrere Milliarden Dollar schweren Waffengeschäft, das sie vor kurzem mit dem kommunistischen China abgeschlossen haben, haben die Saudis soeben einen ähnlichen Waffenkauf mit Frankreich getätigt. In beiden Fällen hatten die Saudis gehofft, diese Waffen von den USA kaufen zu können, doch der amerikanische Kongreß blockierte den Verkauf, weil die pro-israelische Lobby darauf beharrte.

Jetzt steht ein weiteres amerikanisches Rüstungsgeschäft vor dem Scheitern. Der Kauf von F/A-18 Kampfflugzeugen und anderen Waffen in Höhe von 1,9 Milliarden Dollar durch die kuwaitische Regierung steht derzeit im US-Kongreß unter Beschuß. Die Senatoren Arlen Specter und Frank Lautenberg gehören zu den pro-israelischen Anführern. □

Israels Generäle für friedliche Lösung

Der Trend unter ehemaligen israelischen Militär- und Geheimdienstvertretern in Richtung Akzeptierung eines freien Palästina und »Frieden – jetzt«, wächst weiter, obwohl die Politiker des zionistischen Staates auf der Stelle treten und gewissermaßen eine Hinhaltepolitik betreiben.

Elf ehemalige Generäle und hochrangige Beamte, angeführt von dem ehemaligen Chef des militärischen Geheimdienstes, Aharon Yariv, haben eine neue Organisation gegründet, den Rat für Frieden und Sicherheit, um die israelische Regierung zu drängen, das Prinzip Land-für-Frieden als Grundlage für Verhandlungen mit den Palästinensern zu akzeptieren.

Die Bedeutung all dieser ehemaligen Militär- und Geheimdienstvertreter, die sich für Frieden aussprechen, kann an Isreals Politiker nicht spurlos vorübergehen. Der Ausdruck einer solchen Ansicht durch die gleichen Personen, die mit den nationalen Sicherheitsproblemen am vertrautesten sind, deutet einmal mehr darauf hin, daß ihre Kollegen, die noch in Diensten stehen, wahrscheinlich in ähnlicher Richtung denken.

Vor wenigen Wochen kamen vier der mit dem Rat in Verbindung stehenden Generäle nach Washington, um der jüdischen Gemeinde Amerikas und jedermann sonst, der zuhören wollte, ihre Ansichten mitzuteilen. Sie wurden gesponsort vom Amerikanischen Jüdischen Kongreß (AJC), einer der wichtigsten zionistischen Organisationen in Amerika, die sich für die Land-für-Frieden-Initiative der Reagan-Regierung ausgesprochen hat. Der leitende Direktor des AJC, Henry Siegman, war einer der wenigen zionistischen Aktivisten, der die brutale Unterdrückung des palästinensischen Aufstandes durch die israelische Regierung kritisiert hat.

Bei ihrer Ankunft hielten die Generäle eine Pressekonferenz im Nationalen Presseclub im Washington ab. Sie war nur spärlich besucht. Deutlich abwesend war das normalerweise lautstarke Kontingent pro-israelischer Aktivisten, die sich bei hochrangigen Besuchern aus dem jüdischen Staat in der Regel immer stark einschmeicheln.

Man bekam bei dieser Gelegenheit den Eindruck, daß die Generäle nicht völlig willkommen waren, möglicherweise, weil man sie als Botschafter ansah, die unerwünschte Nachrichten bringen.

Am nächsten Tag präsentierten die Generäle ihre Meinung zu Frieden und Sicherheit über ein spezielles TV-Satellitennetz von New York aus 22 jüdischen Gemeindezentren in den gesamten Vereinigten Staaten. Einem Zuschauer zufolge wurde ihre Botschaft »nicht so gut aufgenommen. Die meisten betroffenen Juden haben kaum den Wunsch nach Verständigung mit den Palästinensern.«

Doch der Zuschauer meinte weiter: »Es war schwer für ihre Verleumder, mit ihnen zu streiten. Schließlich sind es Militärexperten.«

In New York trafen die Generäle auch mit der Konferenz der Präsidenten der großen jüdischen Organisationen zusammen. Doch es gab praktisch keine Berichterstattung in den Nachrichtenmedien über den Besuch der Generäle und das, was sie zu sagen hatten. Nur die jüdische Presse in Amerika nahm ihre Anwesenheit zur Kenntnis, doch behandelte sie nur knapp und vorsichtig.

Warum dieser Mangel an Enthusiasmus? Weil die Botschaft, die die Generäle überbrachten, lautet, das zionistische Experiment ist vorüber. Der Traum von der Neuerschaffung von Eretz Yisrael, dem größeren Land Israel, kann nicht erfüllt werden. Die jüdische Nation wird sich mit weniger begnügen müssen.

Wenn nicht, dann wird sie zwangsläufig einen weiteren Krieg gegen die Palästinenser und ihre arabischen Nachbarn führen müssen, und diesmal könnte es sein, daß Isreal nicht gewinnt. Es ist eine bittere Pille – besonders für die zionistischen Spendensammler und Aktivisten in Amerika, deren Lebensunterhalt davon abhängt, für den Mythos und die Idee von Eretz Yisrael zu werben.

Der Rat für Frieden und Sicherheit präsentiert ein eindrucksvolles Aufgebot militärischer Erfahrung und Talent zur Unterstützung seiner Botschaft. Die Gruppe, die jetzt aus über 200 ehemaligen, hochrangigen Militär- und Geheimdienstoffizieren besteht, wird angeführt von ihrem Gründer, Generalmajor Aharon Yariv, der seine Militärkarriere während der britischen Besatzung Palästinas bei der revolutionären Haganah begann. In den letzten acht Jahren seiner Karriere im aktiven Dienst war er Direktor des militärischen Geheimdienstes. Heute ist er Leiter des Jaffee-Zentrums für Strategische Studien.

Yariv wurde auf seinem Besuch der USA begleitet von: Generalmajor Ori Orr, zu dessen langer Militärkarriere auch die Verantwortung für die Durchführung der Besetzung der West-Bank gehörte; Brigadegeneral Ephraim Sneh, der auch bei der West-Bank-Besetzung dabei war und Brigadegeneral Yoram Agmon, der einst Attaché der Luftwaffe bei der israelischen Botschaft in Washington gewesen ist. Alle drei haben umfangreiche Kampferfahrungen.

Der Rat, zu dem auch Yitzhak Hofi, ein ehemaliger Leiter des israelischen Geheimdienstes, des Mossad, gehört, schlägt ein Fünf-Punkte-Programm zur Beendigung der Besatzung der palästinensischen Territorien vor.

Erstens, einen Übergangszeitraum, der es Israelis und Palästinensern ermöglicht, sich »gegenseitig zu testen«; zweitens, Entmilitarisierung von Gaza und West-Bank; drittens, Annahme des Prinzips, daß keine ausländische Armee den Jordan überschreiten darf; viertens, die Existenz von einigen israelischen Warnstationen in den Territorien, diese Stationen könnten durch AWACS-Überwachungsflugzeuge ersetzt werden; fünftens, die Fortdauer einer israelischen Militärpräsenz in dem Gebiet.

Yariv glaubt, daß ein Ende der Besatzung »das Haupthindernis in den Beziehungen zwischen uns und den arabischen Staaten« beseitigen würde. Er behauptet, eine fortgesetzte Kontrolle der Territorien sei der hohen Moral in der Armee oder der israelischen Gesellschaft nicht dienlich, hätte schlechte Auswirkungen gehabt für Israels internationales Image, würde Ressourcen in unproduktive Zwecke ableiten, die Beziehungen mit Ägypten und den anderen arabischen Staaten unterminieren und zu einem weiteren arabisch-israelischen Krieg führen. Er glaubt, die Risiken eines territorialen Kompromisses sind »kleiner verglichen mit der Erhaltung des Status quo«. □

Israel

Angst vor Gewaltlosigkeit

Mark Lane

Es gibt nur eines, was die israelische Regierung mehr fürchtet und wovor sie mehr Abneigung hat als die jugendlichen Steinewerfer, die inzwischen den Aufstand der Palästinenser symbolisieren, und das ist Mubarak Awad. Awad ist der Befürworter des gewaltlosen Widerstandes.

Die zionistische Führung Israels weiß, daß sie die Steinewerfer durch Schießen und brutale Schläge unterwürfig machen kann. Sie weiß allerdings auch, daß ihre militärischen Kräfte machtlos sind, wenn sie mit massiver Verweigerung von Steuerzahlungen, Wirtschaftsboykotten, Arbeitsniederlegungen und den vielen anderen Taktiken zivilen Ungehorsams konfrontiert werden.

Warum fürchten die Behörden Awad?

Somit ist Awad, der in Jerusalem geboren wurde, doch ein naturalisierter amerikanischer Staatsbürger ist, erneut zur Zielscheibe für eine Abschiebung geworden. Und erneut widersetzt er sich dem Versuch der Regierung, ihn und seine Ideen loszuwerden. Das diplomatische Eingreifen der Amerikaner und die überraschend starke Unterstützung von gemäßigten Kreisen in Israel hat die jüngsten Bemühungen der Regierung, ihn außer Landes zu zwingen, zeitweise zum Stillstand gebracht.

Seiner amerikanischen Frau Nancy Nye zufolge ist Awad im Mai von 18 israelischen Polizisten verhaftet worden, die in den frühen Morgenstunden in ihr Haus in Ost-Jerusalem kamen. Die Verhaftung erfolgte aufgrund eines Ausweisungsbefehles, der ausgestellt wurde, weil Awad als »ausländischer Bürger angesehen wird, der die öffentliche Ordnung stört und die Sicherheit des Staates gefährdet«. Er ist jetzt im russischen Gefängnis in West-Jerusalem inhaftiert, und ihm ist es nicht erlaubt, mit Journalisten Kontakt aufzunehmen.



Arabische Schulkinder auf dem Heimweg in der Stadt Nablus. Sie werden von israelischen Soldaten bewacht.

Awads Anwälte haben gegen den Ausweisungsbefehl Berufung eingelegt, und die Angelegenheit befindet sich jetzt bei den israelischen Gerichten in der Revision. Der amerikanische Botschafter Thomas Pickering hat offiziell gegen den Befehl protestiert, und der amerikanische Außenminister George Shultz soll persönlich zugunsten von Awad interveniert haben.

Im Herbst letzten Jahres wurden die Israelis durch ähnlichen Druck von seiten der amerikanischen Regierung gezwungen, ihre Versuche, Awad auszuweisen, aufzugeben.

Warum fürchten sich die israelischen Behörden so sehr vor Awad? Warum haben sie ihn zur Gefahr für ihre nationale Sicherheit erklärt?

Ein Jünger Mahatma Ghandis

Weil er lehrt: Gewaltloser Widerstand »kann die destruktive Macht der israelischen Kriegsmaschinerie in erheblichem Maß neutralisieren und sie für unsere Zwecke heranziehen oder zumindest wichtige Bereiche der israelischen Gesellschaft neutralisieren.

Es beseitigt die irrationale Furcht vor der ›arabischen Gewalt‹, die die israelische Gesellschaft gegenwärtig zusammenhält. Mit der Beseitigung dieser Furcht wird zur Desintegration der feindlichen israelischen Gesellschaft beigetragen und Israel politisch und moralisch isoliert.«

Und Awad hat gesagt: »Ich möchte nicht, daß die nächste Generation von Palästinensern in Gewalt erzogen wird. Ich will nicht, daß unsere Fahne nur ein Gewehr zeigt.«

Vielleicht ist dieser Jünger Mahatma Ghandis, der die Briten mit seinem gewaltlosen zivilen Ungehorsam aus Indien vertrieben hat, wirklich eine Gefahr für den zionistischen Staat.

Das amerikanische Außenministerium ist nicht nur über Awads bürgerliche Freiheiten in der zionistischen »Demokratie« besorgt, sondern auch um die allgemeine fehlende Anerkennung der Menschenrechte anderer palästinensischer Amerikaner in Gaza und an der West Bank. Die Israelis verfolgen jetzt seit Monaten eine Politik des absichtlichen Herumtrampelns auf den Rechten dieser amerikanischen Bürger und hoffen, sie aus den besetzten Gebieten vertreiben zu können.

Diese Amerikaner sind in vielen Fällen aufgrund falscher oder überhaupt keiner Anklagen verhaftet worden, werden festgehalten, ohne vor Gericht gestellt zu werden oder die Möglichkeit zu bekommen, gegen Kaution freigelassen zu werden. Sie werden immer wieder gedrängt, das Land zu verlassen. In mehreren Fällen haben die israelischen Behörden auf illegale Weise große Geldsummen von den Amerikanern beschlagnahmt und ihnen ihre amerikanischen Pässe abgenommen.

Bei einem der jüngsten Vorfälle, über den die US-Zeitung »Washington Post« berichtete, handelt es sich um einen pensionierten Sergeanten der US-Armee, der in Vietnam gekämpft hat und jetzt in dem Dorf Bireh an der West Bank lebt. Israelische Soldaten behaupteten, einige Jungen, die mit Steinen auf die vorbeifahrenden Wagen jüdischer Siedler geworfen hätten, haben dies vom Garten seines Hauses aus getan.

Als Bestrafung haben die Soldaten mit Bulldozern seine Obstbäume niedergewalzt, seine Wasserleitungen und die Steinmauer sowie das kleine Haus zerstört, in dem seine 70 Jahre alte Schwester lebte.

Der amerikanische Sergeant bat den kommandierenden israelischen Offizier, einen amerikanischen Juden, der Zerstörung Einhalt zu gebieten, zeigte dem Offizier seinen amerikanischen Paß und erklärte ihm, daß er ein alter Armeeangehöriger sei.

»Ich pfeife auf Ihren amerikanischen Paß«, sagte der israelische Offizier und warnte ihn.

Als Folge der schrecklichen Behandlung, die amerikanische Bürger von den israelischen Behörden erfahren, haben schätzungsweise 2000 der ständig sich verringernden Gemeinde von 7000 Amerikanern palästinensischer Abstammung die von den Israelis besetzte West Bank seit Beginn des Aufstandes im Dezember letzten Jahres verlassen. □

Zitate

Moral

Margaret Thatcher, britische Premierministerin: »Das zehnte Gebot – Du sollst nicht deines Nächsten Hab und Gut begehren – sagt, daß Geld und Besitz zu egoistischem Handeln führen könne. Doch nicht die Schaffung von Wohlstand ist von Übel, sondern die Liebe zum Geld um seiner selbst willen. Die geistige Dimension beginnt bei der Entscheidung darüber, was man mit seinem Reichtum anfängt.«

Schuldenkrise

Helmut Guthardt, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Genossenschaftsbank: »Da sehe ich die Chance einer Lösung, wenn die Banken einmal soweit kommen, daß sie sagen: Laßt uns doch wirklich von den hochverschuldeten Ländern wie Brasilien, Mexiko nur so viel Zinsen in harter Währung entgegennehmen, wie diese Länder ohne Belastung ihrer normalen Wirtschaftsentwicklung verkraften können. Laßt uns auf die restlichen Zinsen nicht verzichten, aber sie in Landeswährung entgegennehmen, die nicht konvertierbar ist. Damit kann man dann nationale Entwicklungspläne mitfinanzieren. Wir reden einer solchen Lösung schon lange das Wort. Dabei hätte außerdem der Schuldner nicht den Eindruck, daß er etwas schuldig geblieben wäre – er hat es eben nur so bezahlt, wie er es kann, in eigener Währung.«

Israel

Jeschajahu Leibowitz, israelischer Philosoph: »Es geht nicht um ein Ereignis. Es ist Gesetz! Gesetz ist kein Ereignis. Geschichte ist keine Motivation für einen Entschluß in bezug auf Werte. Genausowenig wie die Tatsache, daß dieses Land unser Erbe ist, das geringste mit unserem heutigen politischen Problem zu tun hat. Ich erhielt vor kurzem Nachrichten von einer Gruppe führender jüdischer Intellektueller in Paris, von einem Direktor einer Zeitung in Toronto, von einem orthodoxen Rabbiner in Manchester. Sie repräsentieren unseren Rückhalt in der Welt. Sie alle schrieben und sagten mir dasselbe: Die Juden schämen sich für den Staat Israel! Was mich angeht – ich verstehe diese schrecklichen Geschehnisse. Wieder haben wir vier unbewaffnete Männer getötet. Die israelische Verteidigungsarmee, mit den besten amerikanischen Waffen ausgerüstet, tötete vier Menschen, darunter einen Knaben, die unbewaffnet waren. Das bedeutet: wir haben sie ermordet. Das aber ist die unausweichliche Konsequenz dessen, was wir am siebenten Tag beschlossen haben, dem Tag nach dem Sechstagekrieg.«

SPD

Klaus von Dohnanyi, ehemaliger SPD-Bürgermeister von Hamburg: »Heute reicht unser Ruder in der Regel nicht mehr ins Wasser, sondern wir sitzen schwitzend am Ruder, schieben es hin und her und stellen fest, das Schiff wird gar nicht mehr von uns gesteuert, es treibt aufgrund ganz anderer Kräfte.«

Naher Osten

Henry Kissinger, ehemaliger amerikanischer Außenminister: »Eine ernsthafte Nahost-Initiative muß folgenden Tatsachen gerecht werden: Es ist keine Gesamtlösung absehbar, die Frieden bringen – Frieden definiert als das Nichtvorhandensein von Spannungen – und die wirkliche Kooperation zwischen den beteiligten Parteien hervorbringen würde. Die einzige Lösung, die denkbarerweise für radikale Länder wie Syrien oder radikale Gruppen wie die PLO akzeptabel wäre, würde die strategische und psychologische Existenz Israels verpfänden. Gleichzeitig besteht das Dilemma Israels darin, daß es weder fortfahren kann, auf einer demographischen Zeitbombe zu sitzen, die es zu internationaler Isolation verdammen wird, noch zu den Grenzen von 1967 zurückkehren kann, ohne seine Sicherheit zu unterminieren. Kurz gesagt: Im Hinblick auf die West Bank und den Gazastreifen muß im Rahmen jedes Lösungsvorschlages ein Gleichgewicht hergestellt werden zwischen den maximalen Sicherheitsbedürfnissen Israels und voller palästinensischer Selbstbestimmung. Am Ende muß jede Partei bereit sein, sich mit nur partieller Erfüllung aller ihrer Ansprüche zu begnügen und mithin auch mit partieller Nichterfüllung.«

Zionismus

Dr. Jacob J. Petuchowski, amerikanischer Theologe und Rabbiner-Professor: »Die erste Reaktion des traditionellen Judentums auf den modernen Zionismus war negativ, weil der Zionismus als eine sündhafte Einmischung des Menschen in die weitreichenden Pläne Gottes empfunden wurde.«

Vision

Rabbiner Elmer Berger, Publizist und führender Antizionist: »Ich bin der festen Überzeugung, daß diese prophetischen Visionen nichts, aber auch gar nichts gemein haben mit dem Zionismus, der vor einem halben Jahrhundert nach Palästina kam, und der mit mehr Hilfe von Großbritannien und den USA als von Gott einen zionistischen Staat namens Israel errichtet hat. Im Gegenteil bin ich davon überzeugt, daß dieser Zionismus, der heute eine der Hauptursachen des Nahostkonfliktes ist, in jeder Beziehung eine Verneinung der prophetischen Vision bedeutet.«

Entspannung

Professor Rupert Scholz, Bundesverteidigungsminister: »Gegenseitige Sicherheit fordert wechselseitiges Vertrauen. Nichts kann stärker zur Vertrauensbildung beitragen als die Bereitschaft, im eigenen Machtbereich den Menschen, seine Würde und seine Menschenrechte zu achten. Denken wir nur daran, daß in Deutschland nach wie vor auf Menschen geschossen wird, die von ihren Rechten auf Freizügigkeit Gebrauch machen wollen. Nichts belegt die Notwendigkeit der Achtung der Menschenrechte mehr als die Situation in unserem geteilten Land. Letztlich beginnt wirkliche Entspannung – Entspannung, die auf gegenseitiges Vertrauen gegründet wird – beim einzelnen Menschen selbst. Wo auf Menschen geschossen wird, dort fehlt es an den elementaren Voraussetzungen wirklicher Entspannung. Entspannung fängt also buchstäblich beim einzelnen Menschen und seinen Rechten an. Deshalb muß in der Nacharbeit der Ereignisse von Moskau das Thema der Menschenrechte an die erste Stelle gesetzt werden. Die Achtung der Menschenrechte baut Spannungen ab. Sie kann den friedlichen Wettbewerb der Systeme, den auch die östliche Seite so gern betont, zum wirklichen Wettbewerb führen und wird vor allem beweisen, daß alle Europäer, über alle Grenzen hinweg, Frieden, Entspannung und Freiheit wollen.«

Kirche

Heinrich Albertz (SPD), ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin und evangelischer Pfarrer: »Was sich in meiner Kirche getan hat, ist sensationell. Aus der deutsch-nationalen Kirche von einst ist eine Institution geworden, an der gemessen die SPD eine rechts-reaktionäre Partei ist.«

Atombombe

Albert Moravia, Romancier und Europa-Abgeordneter der italienischen Kommunistischen Partei: »Die Bombe ist keine Waffe, sondern ein Mittel zum Selbstmord der Menschheit. Sie ist also zu einer metaphysischen Frage, einer moralischen geworden. In diesem Sinne kann man von einer Krankheit, einem Todestrieb sprechen, die schon lange vor der Bombe bestanden haben. Diese Krankheit zum Tode besteht zumindest seit dem 19. Jahrhundert; seit der Epoche, die man die der Dekadenz genannt hat. Baudelaires Todessehnsucht« ›Tod! Alter Seemann, auf zum Ankerlichten! Dies Land hier sind wir müd. O Tod voraus!‹ – Er langweilt uns damit. Aber warum ein großer Dichter wie Baudelaire den Tod wollte, das ist nicht einfach zu beantworten.«

Gorbatschow

Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister: »Zu den interessantesten Entwicklungen, die vor uns liegen, gehört die Art und Weise, wie die verschiedenen sozialistischen Staaten auf dem Reformprozeß in der UdSSR reagieren. Es ist natürlich nicht Sache der Bundesregierung, sich in diese Entwicklung innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft einzumischen. Nur eines können wir sagen: Daß wir in diesen Reformen Gorbatschows die Chance für eine durchgreifende Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses sehen.« □

Weltraum

Ernste Wissenschaft und wilde Spekulationen

Harald Stöber

Bei wohl keinem anderen Thema gibt es mehr zerstrittene wissenschaftliche Geister und schießen die Phantasien begabter wie unbegabter Literaturproduzenten mehr ins Kraut als bei sogenannten Außerirdischenfragen. Während die ernste Wissenschaft es wenigstens zuwege brachte, die Tatsache der Existenz extraterrestrischer Intelligenzen innerhalb unserer und unzähliger anderer Galaxien generell nicht in Frage zu stellen, tummeln sich auf der anderen Seite wirre Geister, deren Skala von primitiver Verdummung des Publikums bis hin zur religiösen Spinnerei reicht.

Rund fünf Prozent aller Sterne besitzen Planeten, die sich in einer Ökosphäre befinden, das heißt, daß sich hier nicht nur Leben bilden kann, sondern es hat sich tatsächlich bereits intelligentes Leben gebildet –, und zwar millionenfach in unserem eigenen galaktischen System. Die durchschnittliche Entfernung zwischen zwei Zivilisationen liegt bei maximal vierzig und mindestens achtzehn Lichtjahren. Da bis auf einen unbedeutenden Rest, zu dem wir Irdischen enttäuschenderweise auch gehören, uns praktisch alle diese »Menschheiten« um Jahrtausende voraus sind, ist die Wahrscheinlichkeit extrem weit oben anzusetzen, daß sie die Erde bereits in der Vorzeit besucht haben; die Beweise liefert uns eine großartige Altliteratur.

Weltweite Kontakte mit Außerirdischen

In diesem Zusammenhang sollte aber auch berücksichtigt werden, daß keine dieser Zivilisationen – auch nicht unsere – auf ewig Bestand hat, denn buchstäblich alles ist im Fluß, so daß es durchaus wahrscheinlich ist, daß es die seinerzeitigen Besucher als »Menschheit« gar nicht mehr gibt, doch bilden sich unaufhaltsam immer wieder neue.

Zum Jenseitsglauben der Ägypter gehörte die konkrete Vorstellung vom Leben nach dem irdischen Tod. Bekannt war das jenseitige »Feld Iaru«, das von dem »zu ihrem Kâ Gegangenen« zu bearbeiten war.

Auch unsere Erdenzivilisation wird in Jahrhunderttausenden – falls sie sich bis dahin nicht schon selbst zerstört hat – einen kulturell-wissenschaftlichen Stand erreicht haben, der woanders sicher bereits unzählige Male erreicht oder überschritten wurde. Die Gründe für dieses Auf und Ab liegen auf der Hand: Gewaltsame Zerstörung durch äußere und innere Kräfte, Degenerationen, Auflösung oder Ablösung durch einen anderen Zustand.

Was die Möglichkeit von Besuchen extraterrestrischer Intelligenzen in der Vorzeit anbetrifft, so kann im Klartext folgendes formuliert werden: Sie haben nachweislich stattgefunden. Das beweisen nicht nur althistorische Dokumente, sondern auch Forschungsergebnisse, die einen anderen Schluß nicht mehr zulassen, und zwar gab es mehrere Besuche von sogenannten Außerirdischen, die mit Raumschiffen angereist kamen und durch ihre Mission die Evolution der irdischen Menschheit beeinflußt beziehungsweise beschleunigt haben.

Alte Konstruktionssysteme für Fluggeräte

Es gab also nicht nur im alten Orient diese Kontakte, sondern weltweit. Als markanteste Beispiele gelten hierfür indianische, indische und fernöstliche Überlieferungen, die, kurz zusammengefaßt, folgendes zum Inhalt haben: Orejona gilt als Mutter der Zivilisation der Inkas. Sie landete eines Tages in der Nähe des Titicacasees mit einem strahlend glänzenden Schiff, dem diese junge, schöne Frau entstieg. Ihr Herkunftsstern soll die Venus gewesen sein.

Den Namen Orejona erhielt sie, weil sie auffallend große Ohren hatte; außerdem soll sie nur vier Finger und Zehen besessen haben, zwischen denen sich dünne Schwimmhäute befanden. Das für uns interessanteste Merkmal war jedoch ihr überlanger Schädel, ein Attribut, dem man bekanntlich im alten Ägypten immer wieder begegnet.

Wesentlich mehr ins Detail gehen die alten indischen Überlieferungen, die nachlesbar sind. Von maßgeblicher Bedeutung sind die technischen Schriften – das Samarangana und das Soutradgara. Diese Schriften umfassen nicht weniger als 230 Seiten und werden als Wedische Manuskripte bezeichnet, die im frühen dritten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung – also etwa zur Zeit des Beginns der sumerischen altägyptischen Hochkulturen – entstanden sind.

So überrascht es nicht, daß neben der beschriebenen phantastischen Technik die wedischen Götter auch als strenge Hüter einer versittlichten Weltordnung auftraten und daß die empfangenden Menschen seinerzeit noch wußten, bei Erfüllung der göttlichen Gebote nicht zu sterben, sondern in die Himmelswelt genommen zu werden. Der Glaube an die Seelenwanderung entwickelte sich erst später, als nach vielen Generationen jenes Wissen mehr und mehr verblaßte.

Aus den technischen Schriften, die als einmalig klar formulierte althistorische Dokumente bezeichnet werden, geht hervor, daß es ein Konstruktionssystem für Fluggeräte gab, die man Vimanas nannte. Diese Maschinen waren in der Lage vertikal aufzusteigen und über Tausende von Kilometern mit einer enormen Geschwindigkeit zu fliegen.

Aus denselben Schriften geht erklärend hervor, daß diese Vimanas nicht etwa Produkt dichteri-



Sonnengott Rê war eine der ganz großen Gottheiten Altägyptens.

scher Phantasien waren, sondern es habe sich um echte Maschinen gehandelt, die durch die latente Kraft des während des Fluges erhitzten Quecksilbers funktionierten. Flügel hätten die Maschinen nicht besessen, denn sie seien ausschließlich von der »erzeugten Kraft getragen« worden.

Mit Tausenden Reisenden in den Weltraum

Namentlich aufgezählt sind nicht weniger als 49 Fluggeräte, die jeweils Vimanaagnihotra, das heißt »zwei Antriebsdüsen«, gehabt hätten. Je nach Konstruktionsaufwand konnten sich die Vimanas entweder innerhalb unseres Sonnensystems bewegen oder noch weiter fliegen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß es die Inder der Zeit um 4000 bis 3000 vor unserer Zeitrechnung offensichtlich gewohnt waren, extraterrestrische Besuche zu erhalten, sonst wären diese technischen Schriften niemals mit dieser Selbstverständlichkeit verfaßt worden. Auch die alten Ägypter kannten Fluggeräte, von denen sich ein Modell im Ägyptischen Museum in Kairo befindet.

Die herausragende fernöstliche Überlieferung stammt aus China beziehungsweise Tibet, und zwar in Form der Tantjur- und Kantjurschriften. Auch hier sind »wunderbare Raumschiffe« beschrieben, die eine langgestreckte Form hatten und sich in Kreisbahnen um die Erde bewegten, um von dort aus »mit mehr als tausend Reisenden« in den Weltraum zu starten.

Hier eine kurze Aufzählung namhafter »Götter«, die nach althistorischen Berichten »vom Himmel« kamen und jeweils für die Anfänge von Kultur und Wissenschaft standen: Bran war nach keltischer Überlieferung jener Reisende aus geheimnisvollen Himmelssphären, der auf einem nicht näher beschriebenen Fahrzeug, das nie das Wasser berührte, nach Westen bis ins Jenseits fuhr. Gwyon, ebenfalls keltischer Held, kam von der Milchstraße.

Ahura Mazda war der fliegende Gott der alten Perser. Dispater (Gottvater) war jener Himmelsgott, von dem die Gallier abzustammen glaubten. Die geheimnisvollen Druiden schließlich gingen davon aus, daß sie von einem »Meeresgott« (vergleiche Oannes) abstammten, der ihnen ihr Wissen gelehrt habe; die Sprache der Druiden soll die der Götter gewesen sein.

Wenn man sich die alten Überlieferungen einmal näher anschaut und testet, wie sogenannte Naturvölker reagieren, die erstmal in ihrer überschaubaren Stammesgeschichte plötzlichen Kontakt mit fremden weißen Besuchern haben, ergibt sich folgende Zusammenfassung, deren Einzelheiten sich ohne weiteres in eine moderne technische Sprache übersetzen lassen:

Muttervögel haben Adlerköpfe, eiserne Federn und Schwänze (aus jakutischer Überlieferung).

In China, Indien, Japan und Sumer kannte man Drachen, Himmelshunde, Geier, Adler, Tauben, Schwäne und Kraniche (Namen für Fluggeräte). Die »zweiflammigen Donnervögel« und die »eisernen Vögel« waren in Sibirien bekannt. »Fliegende Häuser, Paläste und Wagen« kannte man bei den Eskimos, in Indien und China.

Afrikanische Stämme erinnern sich »fliegender Dinge, einem Vogel gleich« sowie der »Sterne mit ausgebreiteten Flügeln« oder eines »Schwarms fliegender Metalldinger«. Auf dem Wasser landende Himmelsschiffe kannten die Eingeborenen Südostasiens (Malaysia), und die alten Chinesen erwähnten ebenfalls »Himmelsschiffe«.

Werden herannahende, fliegende göttliche Wesen beschrieben, so dominiert jeweils der Vergleich mit ungeheurem Donner und ähnlichen gewaltigen Naturerscheinungen.

Gottes Anblick ist tödlich!

Außerordentlich interessant und aufschlußreich sind die überlieferten Reaktionen der Menschen und die daraufhin eingeleiteten Gegenreaktionen, wenn es zu Begegnungen von Extraterrestrischen mit Irdischen gekommen war. Eines der hervorragenden Beispiele hierfür ist dem alttestamentlichen Bericht des Ezechiel zu entnehmen, ei-

Weltraum

Ernste Wissenschaft und wilde Spekulationen

nem sogenannten Prophetenbuch.

Ezechiel stürzt vor der neuen Erscheinung – dem Raumschiff und den entsteigenden Fremden – zu Boden mit der Folge, daß er von Zitteranfällen und Schrecklähmungen befallen wird. In der Schrift schlägt sich der Eindruck nieder, der Anblick des riesigen Gebildes und seiner Besatzung würde Unheil und Tod zur Folge haben (Gottes Anblick ist tödlich!).

Nach der Landung erhält der Prophet den »Befehl des Herrn«, die von ihm abgefallenen Stämme wieder unter dessen Oberhaupt zu bringen (sogenannte Berufung zum Propheten).

Da Ezechiel offensichtlich einen tiefgehenden Schock erlitten hat, bekommt er zur Wiederherstellung seiner Gesundheit ein beruhigendes Medikament – die »honigsüße Buchrolle«. Ezechiel verharrt daraufhin sieben Tage lang »starr und stumm«, doch allmählich überwindet er seinen enormen Erregungszustand und fühlt »die Hand des Herrn«, der ihn mit ins Raumschiff nimmt und einen Rundflug veranstaltet.

Ezechiel: »Und ich hörte unter mir das Getöse eines Erdbebens, und er setzte mich ab auf einem sehr hohen Berg«, der jedoch nicht in Israel gewesen sein kann, denn ein alteingesessener, gebildeter Priester hätte den Namen des »sehr hohen Berges« seiner Heimat sicher genannt beziehungsweise nicht vergessen.

Auffallend ähnliche Beschreibungen finden sich auch in altindischen Dokumenten. So ist beispielsweise einer Odjibwa-Überlieferung zu entnehmen, daß beim Anblick der »Donnervögel« eine riesige Angst ausbrach und es sogenannte Entführungsfälle gegeben hat. Als heldenhaft wird die Tat hingestellt, einen solchen »Donnervogel« mit einem »Pfeil« abgeschossen zu haben, eine Darstellung, wie sie auch aus einer altsibirischen Überlieferung hervorgeht; hier ist vom Abschuß eines kranichartigen, eisernen Vogels per »Pfeil« die Rede.

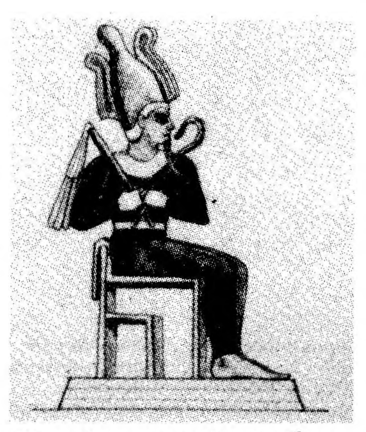
Beweise durch wissenschaftliche Tests

Weltweit sehr ähnlich auch die Reaktionen der Menschen, um mit diesen völlig neuartigen, ohne jede Vorwarnung eingetretenen Situationen fertigzuwerden. Zunächst herrschten starke Ungewißheit, Zweifel und Angst, aber schließlich wurden Expeditionen mit der Order ausgesandt, Näheres in Erfahrung zu bringen.

Es wurden daraufhin – besonders in Südostasien – sogenannte Werbehäuser installiert, deren Personal die Aufgabe hatte, den Willen zur Freundschaft mit den Fremden zu stärken und zu verbreiten. Nicht viel anders handelten die Odjibwa-Indianer, die großangelegte Werbefeldzüge mit Friedenspfeifen und wohlriechenden Kräutern veranstalteten. Bezeichnend ist auch die Aufforderung eines Raumpatrouillenführers an einen Kukukuku-Häuptling auf Neuguinea, aufzustehen und sofort mit der Befriedung aufsässiger Stämme zu beginnen, eine Darstellung, die sich im wesentlichen mit der des Ezechiel deckt.



Zu den namhaften Göttern Altägyptens zählt Ptah, der memphitische Schöpfergott.



Einmal im Jahr feierte Ägypten den Gott Osiris, den »Herrscher des Jenseits«.

Schließlich beweisen auch wissenschaftliche Tests in neuerer Zeit, daß der Glaube verschiedener Stämme Neuguineas an andershäutige Götter offensichtlich auf realen vorzeitlichen Erlebnissen beruht: Als eine Gruppe europäischer Forschungsreisender per Flugzeug landete, glaubte der bisher unentdeckt gebliebene Eingeborenenstamm spontan, die weißen Männer seien Götter und einer der Eingeborenenhelfer sei ein von den Toten auferstandener beziehungsweise auf die Erde zurückgekehrter Volksangehöriger.

Für diese Eingeborenen, die sich der vorzeitlichen Szenen wohl bewußt waren, bedeuteten die Europäer »Götter« und übermächtige Geister aus dem Himmel oder Ahnenreich; folglich wurde der Expeditionsleiter zum Gott erhoben, und der ganze Stamm verfiel ihm gegenüber einer zwanghaften Hörigkeit.

Um einer gewissen Vollständigkeit Genüge zu tun, sei abschließend noch auf ein paar weitere Aspekte hingewiesen, die jedoch eher auf wilden Spekulationen als auf realen Überlieferungen beruhen dürften.

Orejona, die mit einem glänzenden Raumschiff in der Nähe des Titicacasees gelandete Anführerin eines außerirdischen Missionstrupps, soll vor ungefähr fünf Millionen Jahren zur Erde gekommen sein, zu einer Zeit also, als die Erde nur von phantastischen Tieren bewohnt war.

Orejona ging aufrecht, war mit Verstand versehen und soll die Absicht gehabt haben, auf der Erde die Urmutter einer menschlichen Bevölkerung zu werden. Deshalb habe sie den intimen Kontakt zu einem grunzenden, auf vier Beinen laufenden Tapir gesucht und daraufhin mehrere Kinder geboren.

Diese Nachkommenschaft soll zwei Brüste, tapirähnliche Zeugungsorgane und einen verminderten Verstand besessen haben. Eines Tages sei Orejona wieder in einem Raumschiff davongeflogen, doch ihre Kinder hätten sich in zwei rassische Richtungen fortgepflanzt. Während die eine Rasse recht primitiv blieb und in ihren Begierden dem »Tapirvater« nachkam (das sollen die »Großohren« der Osterinsel gewesen sein), entwickelte sich am Titicacasee ein intelligenter Stamm, der das Erbe Orejonas hütete, religiöse Riten bewahrte und so zum Ausgangspunkt für die Inkakultur wurde.

Geheimnis um Armstrongs Mond-Beobachtungen

Wenn – wie behauptet wird – diese phantastische Darstellung tatsächlich in dieser Form dem steinernen Text am Sonnentor zu Tiahunaco südlich des Titicacasees zu entnehmen ist, müßte viel Volksgeschichtliches neu überdacht werden. Während einerseits diese Interpretation der »Schrift« wohl eher ins Reich der Phantasie gehört, ist andererseits für jedermann erkennbar, daß in sehr fremd (außerirdisch?) anmutendem Stil eine weinende Gottheit mit viereckigem strahlendem Haupt (Teil des Raumanzugs?) dargestellt ist, die, von geflügelten Gestalten umgeben, teils mit Menschen-, teils mit Kondorköpfen auf den Besucher starrt. Bemerkenswerterweise ist von einer ehemaligen menschlichen Siedlung in der weiteren Umgebung dieses auf einem Hochplateau

liegenden Heiligtums keine Spur zu finden.

Ebenfalls weit übers Ziel hinaus schießt vermutlich auch jene Behauptung, nach der aus dem Text des berühmten Palermosteines und aus dem Turiner Papyrus Bedeutungsvolles über die Ankunft Außerirdischer sowie über das Rätsel von Atlantis hervorgehen soll; die Quelle hierfür ist eine sowjetische Meldung aus dem Jahr 1960.

Hiernach soll Platon den Atlantern eine außerirdische Herkunft zugeschrieben haben, die vor rund 12 000 Jahren als reinrassige Atlanter die »göttlichen Dynastien« Ägyptens gegründet hätten. Gleichzeitig wird die Frage nach deren Hautfarbe aufgeworfen, die angeblich blau gewesen sein soll, weshalb die alten Ägypter ihre Götter – zum Beispiel Osiris, Thot, Schu und Amon – überwiegend in Blau dargestellt haben.

Die daraus gezogene Schlußfolgerung lautet: Entweder handelte es sich bei diesen Göttern um die Nachfolger eines atlantischen Volkes mit blauer Hautfarbe, oder sie wurden nur als solche betrachtet. Merkwürdigerweise gibt es aber auch in Südamerika deutliche Hinweise auf eine blaue Hautfarbe beziehungsweise auf »blaue Indianer«, doch könnte diese Hautfärbung auf Sauerstoffmangel im Blut – bedingt durch die Höhenlage der Anden – zurückzuführen sein.

Den aktuellsten Beweis dafür, daß wir von Außerirdischen beobachtet werden, lieferte kein Geringerer als Armstrong, der als erster Irdischer am 21. Juli 1969 den Mond betreten hat. Als er seine Fernsehkamera einschaltete, habe es einen hellen Blitzstrahl gegeben, und noch ehe er berichten konnte, wurde er von der Bodenstation in Houston aufgefordert, über einen anderen Kanal zu senden.

Schweigen gegenüber der Öffentlichkeit

Durchgesickert ist bisher nur, daß Armstrong ein eiförmiges Fahrzeug gesichtet, dem zwei menschenähnliche Wesen mit blasenförmigen Helmen entstiegen waren, die ihn überwacht hatten. Wenn derartige Filmaufnahmen tatsächlich existieren sollten, ist es nicht verwunderlich, daß sie der Öffentlichkeit nicht gezeigt werden. Aber gibt es sie?

Äußerst mysteriös ist auch die phantastische Geschichte eines georgischen Bauern, der 1969 folgendes Erlebnis hatte: Wassili Dubischew, 43 Jahre alt, gab der Polizei zu Protokoll, daß er, auf seinem Traktor sitzend, morgens um 6 Uhr plötzlich einen ohrenbetäubenden Krach hörte und die Lichter seines Fahrzeugs erloschen seien. Er sah etwa 130 Meter über dem Boden eine »fliegende Untertasse«, an der er kleine rote, grüne und blaue Lichter ausmachte.

Dann gab es einen explosionsartigen Knall, das Luftfahrzeug startete mit unglaublicher Geschwindigkeit gen Himmel und hinterließ außer geschmolzenem Schnee auch ein »bewegungsloses Monstrum« – eine ungefähr einen Meter große Gestalt mit zwei Armen, Beinen, Augen und Ohren, einem Mund, aber keiner Nase, deren Haut außerordentlich faltig und rauh sowie von durchschimmernden blauen Äderchen durchzogen war.

Sowjetische Wissenschaftler hätten festgestellt, daß die Zellen dieses Wesens nicht auf Kohlenstoff – sondern Silikonbasis aufgebaut waren und daß die Poren der Haut Helium oder Stickstoff absorbierten. Ferner sei festgestellt worden, daß dieses Wesen Temperaturen, wie sie zum Beispiel auf der Venus herrschen, ohne weiteres aushalten würde.

Wenn diese Meldung im Prinzip der Wahrheit entspricht, ist es abermals nicht verwunderlich, daß der verantwortliche Leningrader Professor Fjodor Petrow gegenüber der Öffentlichkeit schweigt beziehungsweise schweigen muß. Gibt es dieses Monstrum? □

Harald Stöber macht in seinem Buch »Herr der Götter – Wissen und Weisheit aus dem Weltall« die Leser mit unzähligen »kosmischen Quellen« altorientalischen Geistes vertraut. Das Buch ist im Verlag Mehr Wissen, Jägerstraße 4, D-4000 Düsseldorf, erschienen.



Buchhinweis

Herr der Götter

Walter A. Frank

Kamen die Götter von den Sternen? Diese Frage ist gewiß nicht mehr neu, denn Robert Charroux stellte sie, und besonders hartnäckig Erich von Däniken, der es sich geradezu zur Lebensaufgabe machte, sie positiv zu beantworten. Diese Autoren werden aber von der seriösen Wissenschaft oder Kritikern, die sie sich zum Aushängeschild gemacht haben, immer noch als Scharlatane abgetan.

Mit Harald Stöber und seinem Buch »Herr der Götter« dürfte es ihnen nun nicht mehr so ohne weiteres möglich sein, Argumente in den Papierkorb des Dilettantismus zu kehren, denn zu solide sind seine Ansätze und zu akribisch seine Recherchen und Quellenstudien. Und wie das Experten so an sich haben, beschränkt er sich auf ein engumgrenztes Gebiet, um dieses dann um so tiefschürfender zu beakkern; freilich nicht irgendeines, sondern das am besten erforschte und zugleich rätselhafteste: Ägypten.

Das fängt gleich mit der Entzifferung des berühmten Memphis-Steines an, dessen Botschaft die Ägyptologie eine ganze Generation lang beschäftigte. Darin ist nicht nur davon die Rede, daß der »Allgott die Welt durch das Wort« schuf (was also schon über tausend Jahre vor Moses in Stein gemeißelt wurde), sondern es wird auch von menschenähnlichen oder gottmächtigen Göttergestalten gesprochen: Atum, Thot, Osiris.

So sehr sich auch deren Beschreibungen und Mythologien geändert haben, so gelten sie aber doch als die Ur-Gestalten aller heute noch faßbaren Überlieferungen, als Ur-Wesenheiten beziehungsweise Stamm-Entitäten in der Götterwelt des alten Orients. Und sie hatten göttliche Nachfahren, die sich zum Teil später mit Menschen paarten und Halbgötter zeugten.

Sogar dynastische Listen existieren, Götter-Stammbäume. Und hier greift das Buch gleich zu Beginn über Ägypten hinaus, denn das Nilland war nicht der Ursprung der Götterwelt: Die Gottheiten waren »eingewandert«. Drei Richtungen lassen sich feststellen: aus Westen, aus Nordosten und von oben.

Die letztgenannte Richtung ist zwar die phantastischste, läßt sich aber dennoch recht anschaulich klären, weil sie in den Quellen wortwörtlich beim Namen genannt wird: Das Gebiet Iaru im Lande Dat auf einem der Planeten des Sternbildes Orien.

Nun war der Begriff »Planet« den alten Ägyptern noch nicht so vertraut wie uns Heutigen, und es ist daher wahrscheinlich, daß mit »Land« der Planet gemeint war und mit »Gebiet« ein Kontinent, oder mit Dat das betreffende Sonnensystem mit den Planeten Iaru darin.

Eine Fundgrube an Fakten

Auch die dazu gehörenden Beschreibungen von »fliegenden Objekten« finden sich ganz konkret in den uralten Texten. Die »Zuzügler« aus den beiden anderen Richtungen verweisen auf Atlantis und Zentralasien, von wo aus das »Wissen« über das Zweistromland und den »Goldenen Halbmond« nach Ägypten gelangte. So wurden in Schuruppak auch »Götterlisten« ausgegraben, die bis zu 3000 Namen in chronologischer Reihenfolge führten.

Und hier wird es nun wirklich spannend: Diese Listen sind nämlich wissenschaftliche Forschungsprodukte – fünfeinhalbtausend Jahre alt, und unsere heutigen Philologen legen die »Erfindung« der Schrift in genau diese Zeit. Aber wie kann es – praktisch gleichzeitig mit der Entstehung der Schrift – schon Schriftgelehrte gegeben haben?

Eine wahre Fundgrube an Fakten und Erkenntnissen! Und am Ende bleibt nichts anderes übrig als einzusehen: Die Götter waren ursprünglich wohl doch leibhaftige Wesen, die von den Sternen kamen, um unserer Menschheit »Wissen und Weisheit aus dem Weltall« zu vermitteln. □

Dr. Walter A. Frank arbeitet im Seminar für Sprach- und Kulturwissenschaft Zentralasiens der Universität Bonn.

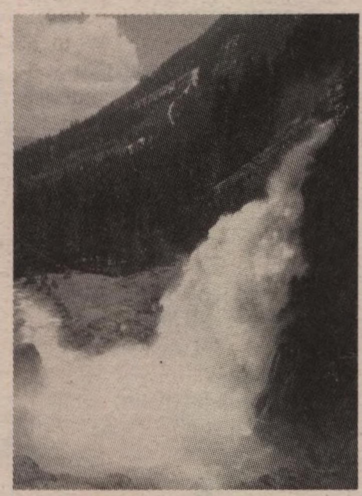
Naturheilmittel Sauerstoff aus dem Wasserhahn

Hanspeter Sommer

An einem extrem föhnigen Sommertag setzte sich eine schwer leidende Asthmatikerin in einem Klimainstitut auf den vorbereiteten Stuhl in einer Duschkabine. Dort gab es eine einfache Vorrichtung, die an die Dusche angeschlossen war. Eine Assistentin drehte den Kaltwasserhahn an und in der Vorrichtung spritzte ein scharfer Wasserstrahl auf ein trichterförmig gebogenes Metallplättchen. In der Duschkabine verbreitete sich sofort ein kühles, erfrischendes Klima, das an die Luftsituation erinnerte, wie sie nach einem kräftigen Gewitterregen entsteht. Schon nach einigen Minuten konnte die Frau kräftig und erfrischt die Duschkabine verlassen.

In einer anderen Kabine eines anderen Instituts wurde der Vergleichstest durchgeführt. Hier wurde mit Hilfe eines mit Elektrizität betriebenen Gerätes eine Luftsituation geschaffen, die bei der Asthmakranken Benommenheit, Kopfschmerzen und Müdigkeit hervorrief.

Mit diesem einfachen Test konnte gezeigt werden, wie erheblich die Wirkung von Luftionen den Menschen beeinflussen kann. In der ersten Kabine wurden negative, in der zweiten des anderen Instituts positive Luftionen erzeugt.



Die feinen Tropfen aus Wasserfällen kommen durch die Atmung in die Lunge und geben uns Wohlbefinden.

Das Geheimnis der Luftionen

Luftionen sind kleine Luftpartikel, die elektrisch positiv oder negativ geladen sind. Im Freien wird die Luft laufend ionisiert durch Gewitter, Wind, Regen oder an Wasserfällen. Diese Luftionen gelangen durch die Atmung in die Lunge und beeinflussen so die Funktion unseres Körpers und damit unser Wohlbefinden.

Vor einem Gewitter, vor einer anrückenden Föhnwelle oder bei stark fallendem Luftdruck reichert sich die Luft mit positiv geladenen Ionen an.

Hierzu muß man wissen, daß in der Luft ständig feste und flüssige Stoffe, die man Kerne nennt, schweben. Ein Teil dieser Stoffe sowie ein Teil der Luftmoleküle werden durch die radioaktive Strahlung der Erde, durch die radioaktive Strahlung der Luft sowie durch die kosmische Höhenstrahlung laufend ionisiert. Sie wird in elektrisch geladene Partikel gespalten. Dabei lagern sich leichte Ionen und Elektronen sehr schnell an größere Kerne an und bilden hierdurch elektrisch geladene Kerne. Dabei entstehen Ionen, die natürlich aufgrund der Umweltbedingungen nicht immer chemisch rein und frei von Schmutzstoffen sein können.

Die Luftionen sind deshalb unterschiedlich groß und schwer. Sogar Schwermetalle, die eigentlich wegen ihres Gewichts herunterfallen müßten, bleiben schweben, weil elektrisch geladen im Raum. Es gibt dabei positiv und negativ geladene Ionen, die keinesfalls hinsichtlich ihrer Anwesenheit Gleichgewicht demonstrieren. Die schwankenden Feldstärken, die Einflüsse der Schwerkraft und des Windes sorgen dafür, daß ihre Präsenz unterschiedlich ist.

Wenn die Luft zudem sehr trocken ist, wie etwa bei Föhnstimmung, bleibt die positive Ladung der Ionen länger bestehen und verursacht dementsprechend auch über eine längere Zeit Beschwerden.

Sie würzen die Luft mit Frische

Wahrscheinlich finden wir hier die Antwort auf so viele Fragen: Warum wir plötzlich Gemütsschwankungen ausgesetzt sind, warum vor einem Gewitter das Vieh unruhig wird und den Schutz der Gemeinsamkeit sucht, warum Rheumatiker und Knochenbruchgeschädigte den Wetterwechsel schon im voraus »riechen«, und selbst bei Ameisen kann man beobachten, daß diese vor einem Gewitterregen ihre Gänge verschließen.



Ist die Luft rein und befreiend, ist man aktiv und geht kreative Aufgaben mit Elan an. Beethoven hat den letzten Satz seiner Pastorale nach einem Unwetter geschrieben.

Die Auswirkungen des massiven Einbruchs positiver Ionen spüren viele Menschen mit einem unangenehmen Gefühl des Unwohlseins, der Unruhe, eines Kribbelns am ganzen Körper. Wetterempfindliche sind dann

besonders schlecht dran. Herzbeschwerden, Migräneanfälle und Kopfschmerzattacken stellen sich ein. Frauen in den Wechseljahren werden von Hitzewallungen geplagt, alte Leute klagen über Atemnot und Gelenkschmerzen, Asthmatiker keuchen und röcheln und auch Kinder werden in der Schule und zu Hause zu Tyrannen.

Übererregbarkeit und Antriebsschwäche mit plötzlichen Müdigkeitsphasen führen zu einem Anstieg der Unfallzahlen. Menschen, die sich in solchen Situationen der Wetteränderung rasch anpassen können, haben häufig den Eindruck, daß der Rest der Welt verrückt spielt.

Nach dem Gewitterregen jedoch herrschen die gesunden, negativen Ionen vor. Sie würzen die Luft mit wohltuender Frische, man atmet tief ein und aus und fühlt sich, als könnte man »Bäume ausreißen«. Die Luft ist rein, befreiend. Man ist wieder aktiv und geht kreative Aufgaben mit Elan an. Beethoven hat den letzten Satz seiner Pastorale nach einem Unwetter geschrieben und ihm den Titel gegeben: »Frohe und dankbare Gefühle nach einem Sturm«.

Aber nicht nur die Wetterbedingungen sind es, die uns so häufig die lebensnotwendigen Ionen vorenthalten, auch in den Wohn- und Arbeitsräumen fehlen in der Luft gesunde Sauerstoffionen. Sind solche vorhanden, werden sie von Wänden, Wasser- und Heizungsrohren, von elektrischen Geräten angezogen und entladen. Während draußen im Freien noch Luftströme dafür sorgen, daß positive Ionen zum Teil einfach »weggeblasen« werden, wird die Atemluft in geschlossenen Räumen zur Qual, zur »dicken Luft«. Verdrossenheit, Arbeitsunlust oder auch Überdrehtsein führen besonders in Arbeitsräumen zu schlechter Stimmung. Die Mitarbeiter werden auch krankheitsanfälliger, ihre Abwehrkraft nimmt ab.

Es liegt nicht immer nur am Wetter

Der günstige Einfluß negativer Luftionen auf dem Gebiet der Leistungssteigerung konnte in einem sogenannten Paulitest nachgewiesen werden. In diesem Test müssen die Versuchspersonen ohne Unterlaß einstellige Zahlen addieren. Nach einer Stunde werden die Ergebnisse begutachtet. Als Leistungsmaß dient die Anzahl der durchschnittlich in drei Minuten vollzogenen Additionen. Ein solcher Test unter Einfluß negativer Ionen wurde einmal in einem Karlsruher Mädchengymnasium mit 12 Schülerinnen durchgeführt. Gewertet wurden dabei nur die Leistungen zwischen der 25. und 48. Minute, um das Versuchsergebnis nicht von Extremsituationen am Anfang und Ende der Zählarbeit verfälschen zu lassen.

Gegenüber einer Kontrollgruppe, die ohne Zufuhr negativer Ionen arbeitete, ergab sich eine Leistungssteigerung bis zu 50 Prozent bei den Mädchen, die in der mit negativen Ionen angereicherten Luft rechneten. Die Mädchen, denen man negative Ionen angeboten hatte, waren also erheblich besser.

Der amerikanische Physiker A. Krueger hat sich besonders der Untersuchung des Streßgefühls, wie es von Großstädtern so oft beklagt wird, gewidmet. Unter dem Vorzeichen des geringen Ionenanteils der Großstadtluft wurden dort weitere Gründe gefunden. Überall dort nämlich, wo die Luft zusätzlich verunreinigt ist, verbinden sich die Luftionen mit Schmutzteilchen, Rauch und Smog und werden dadurch biologisch wertlos. Daraus kann man die zusätzliche Erkenntnis gewinnen, daß es nicht nur die »schmutzige« Luft, sondern auch ihre Ionenarmut ist, die zum schlechten Befinden der Menschen beiträgt.

Am Hygiene-Institut der Universität Bern wurden mit einem Ionisator, der mit Hilfe eines Schmutzmagneten die verunreinigten Luftteilchen an den Auffangstreifen des Gerätes anzieht, bereits nach einer Betriebsdauer von vier Stunden 165 000 Keime der verschiedensten Art gezählt.

Wie sich die Luftionen auf das Befinden des Menschen auswirken, wurde in zahlreichen klinischen Studien bewertet. Leider und völlig grundlos nehmen zu viele Menschen frustriert ihre Beschwerden mit dem Hinweis »das wird wohl am Wetter liegen« einfach hin. Sie verdammen die Entwicklung der Luft- und Umweltqualität, schimpfen auf Industrie- und Autoabgase, finden in den Berichten über Wald- und Tiersterben neuen Nährboden für ihren Unmut – und wissen doch genau, daß es in einer modernen Industriegesellschaft nur wenige, aber keinesfalls ausreichende Möglichkeiten gibt, Umweltschutz optimal zu gestalten.

Wer jedoch einsieht, daß man selbst seinen Beitrag für eine bessere Luftqualität leisten kann, damit besser aussieht, sich wohl und gesund fühlt, der wird auch andere motivieren, es ihm gleichzutun. Der Multiplikationseffekt des gesunden Vorbildes könnte eine entscheidende Verbesserung der Gesundheitssituation nach sich ziehen.

Was hat Serotonin mit Ionen zu tun?

Während man zu Beginn der klinischen Studien über die Wirksamkeit von Luftionen auf den menschlichen Organismus der Meinung war, daß sowohl positive als auch negative Ionen einen günstigen Einfluß ausüben, geht man heute davon aus, daß es grundsätzlich die negativen Ionen sind, denen man die guten Wirkungen zuschreiben kann.

Im Knochenmark des Menschen werden scheibenförmige Blutkörperchen oder Blutplättchen gebildet, die man Thrombozyten nennt. Diese Plättchen spielen eine wichtige Rolle bei der Blutgerinnung. Sie enthalten eine Menge eines Streß- oder Schmerzhormons. Zerfallen diese Blutplättchen, entsteht an der entsprechenden Stelle ein Schmerz. Das Schmerzhormon, auch Serotonin genannt, verengt jedoch auch die Blutgefäße und wirkt hemmend auf die Übertragung von Nervenreizen. Was hat nun dieses Serotonin mit Ionen zu tun?

Positive Ionen wirken auf die Blutplättchen ein, das Streßhormon freizusetzen. Negative Ionen aber fördern die Fähigkeit der Blutplättchen, das Serotonin zu speichern. Wenn die Atemluft überwiegend positiv geladen ist, wird viel Streßhormon freigesetzt. Vor einem Gewitter, also bei einem Überhang positiver Ionen, werden die Menschen deshalb nervös. Die Blutgefäße verengen sich, ein idealer Nährboden für Migräneanfälle entsteht.

Bei Menschen mit Schmerzerkrankungen verschlimmert sich die Situation. Übererregbarkeit und Antriebsschwäche tun ihr übriges, um eine »gespannte« Stimmung aufkommen zu las-

In unserer sauerstoffarmen Umwelt liefert der Wasserhahn gesunden, natürlichen Sauerstoff.

Medizin

Naturheilmittel Sauerstoff aus dem Wasserhahn

sen. Nervosität und Zerfahrenheit sind dann oft die Ursachen für das vermehrte Auftreten von Unfällen. Depressive sind in solchen Luftverhältnissen besonders schlimm dran und bei Herz-Kreislaufkranken besteht akute Gefahr.

Doch nicht nur die Serotoninausschüttung ist ein Faktor für die Föhnempfindlichkeit, obwohl 43 Prozent aller Wetterempfindlichen darauf reagieren. Es ist auch eine Verarmung an Katecholamin, zum Beispiel das im Nebennierenmark gebildete Adrenalin, an dem sogar 44 Prozent der Wetterempfindlichen leiden. Die »restlichen« 13 Prozent haben erhöhte Schilddrüsenwerte.

Natürlich fragen sich viele Menschen angesichts dieser Erkenntnisse immer wieder, wie die Sauerstoffaufnahme überhaupt vor sich gehe. Es mag zwar glaubhaft erscheinen, was »Positives« über die Vorzüge des Sauerstoffs geschrieben und geredet wird, doch fehlt das Verständnis für das Praktische, das »Wie«.

Die Bedeutung des Sauerstoffs

Um dies zu verstehen, muß man sich schon etwas eingehender mit den biophysiologischen Gegebenheiten – die Physiologie ist bekanntlich die Lehre von den Lebensvorgängen und die Biophysiologie entsprechend von den Lebensvorgängen im Menschen – befassen. Sauerstoffaufnahme geht so vor sich, daß der Luftsauerstoff zunächst durch Einatmen über die Lungenbläschen in die Blutbahn gelangt. Dort bindet er sich an den roten Blutfarbstoff Hämoglobin, der ihn als »Träger« dorthin in den Körper befördert, wo ein Bedarf besteht.

Wenn an diesen Bedarfsstellen der Sauerstoff sowohl von der Qualität als auch von der Menge her seine lebenserhaltende Funktion ausüben soll, bedarf es eines den jeweiligen Gegebenheiten angepaßten Druckes. Es würde zu weit führen, dieses Thema zu lang und zu breit zu erklären. Es ist jedoch wichtig, zu wissen, daß der Mensch abhängig ist von der jeweiligen körperlichen Belastung und ganz einfach auf diesen Sauerstoffdruck angewiesen ist. Wir verbrauchen vermehrt Sauerstoff, nicht nur bei der Nahrungsaufnahme oder einer Arbeitsleistung; auch in der Erholungsphase ermüdeter Muskeln zum Beispiel wird mehr Sauerstoff benötigt, um Schlackenprodukte zu beseitigen.

Wenn der Sauerstoff nun seinen Weg von der Anwendung an den arteriellen Kreislauf fortsetzt, benötigt er diese Druckverhältnisse. Dies wird jedem klar, der die Unterschiede in der Durchgängigkeit zwischen großen und kleinen Blutgefäßen kennt. Wenn er die Hürde der Arterien genommen hat, wird er zum Gasaustausch in den kleinen Gefäßen und damit im sogenannten venösen Blut benötigt. Der Sauerstoff wechselt in diesem Stadium vom Blut in das Gewebe und verliert erneut an Druck, doch er hat immer noch genug Kraft, um den Umsatz in die Zelle zu schaffen. Die Zellatmung kommt in Gang.

Wenn der Mensch ausatmet, werden nichtbenutzte Sauerstoffmoleküle und Kohlensäure ausgeschieden. Kohlensäure entsteht bei den im Körper abgelaufenen Funktionen. Daraus kann man folgern, daß Kohlensäure ebenfalls über die Blutbahn transportiert wird, jedoch in umgekehrter Richtung wie der Sauerstoff. Ungünstige Wetterverhältnisse oder bereits leichte Krankheitserscheinungen können sich einstellen, wenn das Gleichgewicht zwischen Sauerstoffzufuhr und Kohlensäureabtransport nicht stimmt.

Überhöhte Kohlensäuremengen sind jedoch häufig dann vorhanden, wenn sich die Luftverhältnisse derart verschlechtern, daß ihr Abtransport erschwert wird. Man könnte dann sogar von Vergiftungserscheinungen sprechen, die sich in plötzlichem Unwohlsein und beschwerlichem Atmen zeigen. In Arbeitsräumen glaubte man bisher, diese Erscheinungen mit Lüftungsanlagen in den Griff zu bekommen.

Lüftung und Luftfeuchtigkeit waren die Devise. Die Luftklimatisierung ist eine populäre Angelegenheit. Man hält Luftumwälzung und »Air-conditioning« für einen Gipfel wissenschaftlicher Vollendung und glaubt, daß die Luft, die gefiltert, gewaschen, angefeuchtet, gekühlt oder erwärmt ist, für die Atmung das Optimum darstelle. Tatsache ist, daß Klimaanlagen »tote Luft« liefern.

Wenn die Sauerstoff-Versorgung kritisch wird

Gerade bei Luftreinigern ist die Gefahr der Verunreinigung dann nicht zu unterschätzen, wenn man diese nicht peinlichst sauber hält. Professor Daschner, einer der bekanntesten Hygienespezialisten hierzulande, warnt immer wieder vor verunreinigten Inhalationsgeräten; eine Tatsache, die auch auf sogenannte Luftbefeuchter und nicht gewartete Klimaanlagen übertragen werden könnte.

Es ist außer Zweifel, daß hinter diesen Entwicklungen eine Menge Ideen und Gedanken zum Wohl des Menschen stehen. Die Praxis zeigt jedoch leider allzu häufig, daß in der Gedankenfolge Fehler gemacht werden.

Das eindrucksvollste Beispiel liefert uns hierzu die Raumfahrt. Wenn man sich der ersten Raumflüge und der grandiosen Wasserungen amerikanischer Raumkapseln erinnert, bleibt noch immer der Eindruck der geschwächten, wankenden Astronauten auf ihrem Weg zur Quarantänestation. Davon ist nichts übriggeblieben. Heute entsteigen die Raumfahrer ihren Space Shuttles mit ebenso normalem Elan, als kämen sie aus dem Kino oder von einer Relaxstunde im Hotel.

Der Grund dafür: Raumfahrer waren früher – wie auch heute – in Anzügen mit Sauerstoff versorgt. Die Sauerstoffzufuhr konnte man sogar von den Bodenstationen aus steuern. Nur, man hat eines übersehen, die Wissenschaftler gaben reinen Sauerstoff, und der war leblos, weil die entsprechende Ionisierung fehlte. Erst seit Ionengeneratoren vor die Sauerstoffversorgung der Raumkapseln geschaltet sind, gibt es für die Astronauten keinerlei Adaptionsprobleme mehr beim Verlassen ihrer Raumfähre.

Was für Raumfahrer »überlebensnotwendig« ist, sollte für den normalen Bürger zur täglichen Selbstverständlichkeit werden, das Einatmen von natürlichem, gesundem Sauerstoff.

Messungen haben ergeben, daß zum Beispiel die Luft in den Bergen etwa 10 000, die in Großstädten 500 und die in geschlossenen Räumen rund 20 bis 50 negative Ionen pro Kubikzentimeter Luft enthält. Dies reicht gerade noch aus, um den Lebensprozeß aufrechtzuerhalten. Für die biologische Erneuerung der Zellen ist dieses Sauerstoffangebot zu gering.

Es entsteht eine kritische Energielage. Besonders im Alter, bei Krankheiten, geschwächter Abwehrstärke (Immunsystem) und in Streßsituationen wird durch die schlechte energetische Lage die Blutzirkulation gedrosselt. Wenn Energiemangel besteht, verengen sich die feinsten Blutgefäße, weil die Zellen an den Gefäßwänden anschwellen. der Querschnitt verringert sich und das Blut fließt langsamer. Die Sauerstoffversorgung wird kritisch, es besteht Gefahr eines Herzinfarktes, Durchblutungsstörungen treten auf.

Professor Manfred von Ardenne, der wohl bekannteste Sauerstoffwissenschaftler, hat erst vor kurzem in einem Interview der sauerstoffgeschädigten Menschheit, und dies betrifft uns alle, Hoffnungen gemacht. Denn, so von Ardenne, mit einer besseren Sauerstoffversorgung kann man auch eine schon bestehende Durchblutungsstörung, wozu Arteriosklerose, Angina pectoris und damit Herzinfarktgefahr zu zählen sind, günstig beeinflussen, indem die Blutmikrozirkulation wieder »hochgeschaltet« wird. □

In der nächsten Ausgabe setzen wir den Bericht von Hanspeter Sommer »Sauerstoff vom Wasserhahn« fort. Weitere Informationen über Ionisatoren erhalten Sie über den Pro-Vital-Versand, Postfach 2468-1, D-4460 Nordhorn.

Krebs

Fakten meiner Therapie

Günter Carl Stahlkopf

Auf dem bisher beschrittenen Weg kommt die Medizin bei der Bekämpfung des Phänomen Krebs nicht zum Ziel. Es ist zwar nicht zu bestreiten, daß bei richtiger und rechtzeitiger Anwendung aller bisherigen Erkenntnisse der Krebs-Verlauf oder der Krebsausbruch in Richtung tödlichem Verlauf, vielleicht bis zu 50 Prozent gesenkt werden kann. So beglückend es in Zukunft sein kann, auf diese Weise vielleicht mehr als 50 Prozent Krebserkrankter am Leben zu erhalten, sollte dies jedoch die Wissenschaftler und Ärzte nicht davon abhalten die Wurzeln zu finden, um an diesen anzupacken, und damit nicht nur die Möglichkeit für eine kausale Heilung, sondern die Krebsentstehung zu vermeiden. Höchste Pflicht des Arztes ist es, nicht nur Krankheit zu heilen, sondern in der Entstehung zu verhindern.

Es geht mir grundsätzlich nicht mehr um Krebsheilung allein, sondern es geht mir um die Heilung und Vermeidung und damit um die Entstehung der chronischen Krankheiten generell. Krebs ist Endstation und die Vorkrankheiten hierzu sind die inzwischen namenlosen chronischen Krankheiten. Die Ärzte tun heute zwar so, als hätten sie alle Krankheiten besiegt, und wir brauchten nur mehr das Wundermittel gegen Krebs.

Wir können doch nicht den Siegeszug der Chirurgie als Endlösung für die bisher mangelnde Internistik, nicht echt regenerieren zu können, nicht echt Krankheiten ausheilen, sondern über die Unterdrückung des Krankheits-Symptoms nur einzuheilen als modern-fortschrittliche Endlösung ansehen, um Organ-Banken anzulegen, kranke Herzen auszutauschen, Nieren zu wechseln, Leberorgane nach Möglichkeit vom Schwein oder Affen lebensrettend zu suchen, oder synthetische Herzmotoren und Herzrhythmus- und Regulationsapparate einzubauen, ähnlich der furchtbaren Dialyse-Apparatur für Nierenkrankheiten?

Dies sind bisher einmalige Wunderleistungen der Chirurgie, die mit dem technischen Großerfolg der Mond- und Marsraketenforschungen schritthalten. Es sind aber doch keine echte Lösungen für die medizinische Forschung. Es ist keine Lösung aus dem medizinischen Patt herauszukommen, und damit wird nicht die Krankheitsursache besiegt.

Es ist schon wunderbar, wenn einer sein Raucherbein zum Beispiel mit 02-Therapie vor der Amputation auf Zeit gerettet bekommt; es ist aber keine Kausallösung, weil damit nicht an der Ursache angefaßt wird.

Es mag bestechend und hilfreich sein und es ist ein Erfolg, wenn beim Gefäßverschluß die Arterie oder Vene ausgewechselt werden kann durch einen »Kunststoff-Schlauch«.

Aus eigener Erfahrung und innerster Überzeugung

Ist es aber die Lösung? Hier können und dürfen wir doch nicht stillstehen und nur die erhofften sagenhaften 50 Prozent hinzugewinnen in der Krebs-Lebensverlängerung mit und ohne Krüppel im arbeitsfähigen Alter, wenn laufend potenziert immer wieder neu Krebs nachwächst mit einem tausendfachen Januskopf.

Rein ökonomisch gefragt: Wer kann denn eine solche Entwicklung überhaupt volkswirtschaftlich bezahlen? Im Grunde keine einzige Regierung!

Als einmal selbst sehr schwer Krebskranker, der auch nach allen bekannten Therapieformen, die sich gegenüber von vor 21 Jahren sehr wenig geändert haben, indem man jetzt genauso zum Beispiel auf Freßzellen als T-Lymphozyten hofft, wie vor 21 Jahren auf die Kuhlsche Milchsäure-Therapie mit rechts oder links gedrehter Milchsäure, war damals der große Streitfall auf Rote-Beetesaft, auf Zitronensäurezyklus-Präparate, auf Sanierung der Darmflora durch perorale Implantation von gesunden Keimen, auf Mistelextrakt, auf Sanierung der Zahnherde, keinerlei Hilfe und Chance mehr hatte, habe ich nicht nur ein moralisches Recht, sondern eine zutiefst moralische, ethische Pflicht über meine Erkenntnisse zu sprechen.

Echte Forschungserkenntnisse können nur dann gewonnen werden, wenn das oder die Laborergebnisse, die zur Untermauerung derselben durchgeführt werden, auf einer richtigen Forschungshypothese als Ausgangslage einer jeden Forschung aufbauen.

Beim Beispiel Krebs heißt das, daß alle noch so richtigen Prüfergebnisse über die tatsächlich vorhandene abnormale Mitose oder Zellteilung beim Krebskranken falsch sein kann oder falsch sein muß, wenn man daraus folgert, daß dieser Vorgang einfach ein unkontrollierter, ein virulenter Prozeß ist. Man kann daraus folgern, daß hier der Organismus sein erhaltendes Regulationssystem verliert, er quasi wie ein außer Kurs gekommener Computer oder Roboter »verrückt« spielt. Man sagt auch: »Er komme in die sogenannte unkontrollierbare Neoplasmaphase.« Er bringt sich damit über Geschwulstbildung und über Metastasenbildung selbst um.

Der Lebens-Grundsatz der Natur

Ich habe nun eine völlig entgegengesetzte Vorstellung als Regena-Hypothese zum Krebsgeschehen, weil ich grundsätzlich an das erste Lebens-Grundgesetz der Natur glaube: Die Natur bringt sich selbst nicht »unkontrolliert« um oder zerstört sich selbst. Vielmehr erhält sie sich über weise eingeleitete, kontrollierte Lebensprozesse in Form der bisher erkannten echten körpereigen Abwehr am Leben, das heißt im Fall eines Krebskranken, sich zumindest durch solche Prozesse das Leben zu verlängern.

Die Natur will nicht sterben, sondern leben. Sie stirbt nur dann gern, wenn sie ihre Lebensaufgabe erfüllt hat, und diese Aufgabe erfüllt sie nicht durch vorzeitigen Tod über den Weg einer Krankheit.

Diese Fakten sind geboren aus tiefstem Glauben an die Selbsterhaltungs- und Ordnungskräfte der Natur, und darauf eisern aufbauend sage ich wissenschaftlich beweisbar, daß wir auch Tumor- und zuletzt Metastasen-Bildung noch als einen Abwehrprozeß, als einen bewußt gesuchten Erhaltungsprozeß des Organismus ansehen müssen. Es bleibt noch Zeit zum Weiterleben unter diesem Symptom, damit kausal denkende und handelnde Ärzte kommen, um dies so zu sehen und dem Kranken dann echt helfen zu können.

Die Tumorbildungskraft wird nicht ausgelöst durch eine dafür falsch bezeichnete Krebszelle, die es nach wie vor nicht gibt, sondern eine Not-Zellbildungskraft des Zellularsystems. Dabei wird in dieser Notzelle, laut neuesten Forschungserkenntnissen kommt sie einer jungfräulichen Embryonal-Zelle gleich, Krebsgift aus dem humoralen Säftestrom herausgefiltert und in der Notzelle in einer dafür konstruierten Fibrinschicht eingekapselt, sozusagen im Tumor als Müllabladeplatz deponiert.

Unter dieser Kausal-Erkenntnis des Selbst-Reinigungsbestrebens der humoralen Säfte wächst der Tumor, und er kann nur wachsen, wenn dazu sinnvoll immer wieder neue embryonal-ähnliche Notzellen aus dem Tumorumgebenden, doch möglichst gesunden Zellularsystem über die bewußte gesteigerte Mitose hergestellt werden können. Immer wieder in der richtigen Erkenntnis der lebenserhaltenden Funktionen dieses Notzellbildungs-

Krebs

Fakten meiner Therapie

vorganges: Krebsgifte werden darin eingelagert, um die humoralen Säfte des Organismus möglichst rein zu halten.

Dieser Vorgang ist wissenschaftlich korrekt beweisbar, indem beim »wachsenden Tumor« verschiedene Blut-Krebsteste negativ, um erst dann positiv zu werden, wenn der Primärtumor sein Wachstum einstellt wegen erschöpfter Notzellen-Bildungskraft.

Bisher wurde falsch angestrebt, direkt oder indirekt zum Beispiel über die angebliche Demaskierung der als falsch bezeichneten Krebszelle, diese von T-Lymphozyten »auffressen« zu lassen. Die kausale Beseitigung des Tumos muß ganz anders aussehen.

Die Fakten der Regena-Krebsschau

Vorher möchte ich jedoch noch erwähnen, wie nach dem gleichen Selbsterhaltungsprozeß die Metastasen entstehen. Hier sagt die bisherige Wissenschaft: Alles ist virulent, und der Körper zerstört sich selbst. Ich stehe dagegen auf dem Standpunkt: Nichts ist virulent!

Die Metastasenbildung ist nicht der Eigenzerstörungsprozeß, sondern ist der letzte große Aufbäumungsprozeß der Natur, noch einmal Zeit zu gewinnen, um noch am Leben zu bleiben, um wieder hier wie beim Primärtumor überall dort im Organismus neuerdings Notzellen bilden zu lassen, um mit ihnen wieder dasselbe zu bewirken.

Warum geschieht das, warum bleibt es nicht beim Primärtumor? Ganz einfach: Weil die von mir beschriebene Notzellbildungskraft nicht endlich durchgeführt werden kann, weil der Krebskranke sowieso schon über seinen oft jahrzehntelangen pathogenen Stoffwechsel geschwächt und zellular unterernährt ist, durch ein pathogen verändertes Zellularsystem.

Darum erschöpft sich die Notzellbildungskraft und erlischt eines Tages früher oder später, individuell unterschiedlich je nach dem Stand des generell noch unterschiedlich geschädigten Zellularsystems.

Darum setzt in dem Augenblick, wo diese Notzellbildungskraft am Primärherd erschöpft ist – dann hört dort auch die abnorme Mitose auf –, wieder die Selbsthilfe, die echte Abwehrkraft ein, und sucht im ganzen Organismus noch Zellverbände die neu aktiviert werden über gesteigerte Mitosen. Sie sollen wieder Notzellen bilden, und der Vorgang, der Lebenszeitgewinnung erneuert sich.

Die Hilfe ist also kausal letztlich viel einfacher als Wissenschaftler sich dies bisher vorgestellt haben, weil auch alles Große in der Natur immer einfach und damit wahrhaft groß ist.

Meine Regena-Therapie sieht vereinfacht gestaltet so aus:

Krebsgifte dort abzufangen, wo sie an der Quelle entstehen, nämlich im DNS-System des Zellkerns, indem wir sie dort lösen, um über das Plasma der Zelle und über die Zellmembram ab- und auszuleiten.

Dies hat zur Folge, daß der innerzelluläre Stoffwechsel, der dort ja schon brach liegt, neu zu aktivieren ist. Dies geschieht über die Ableitung der in der Zelle »eingefangenen« Milchsäure als pathogenes Stoffwechselprodukt des Gärungsstoffwechsels der Zelle. Es gelingt nur, indem zuerst die verminderte oder schon ganz gestörte Permeabilität der Zellmembrane regenerativ wieder in Ordnung gebracht wird. Nur die Therapie, die dieses Versprechen zu lösen oder zu halten vermag, darf sich Regenerationstherapie »schelten«, denn dieser Regenerationsvorgang allein genügt noch nicht, um von einer Zellregenerationstherapie sprechen zu dürfen.

Die Regeneration des Zellularsystems

Hinzu kommen muß jetzt die Ableitung dieser Gifte über extrazelluläres Wasser, im Sinne der Transitstrecke (laut Professor Pischinger aus Wien) entsprechend dem umgekehrten Weg der Zuleitung für die Ernährung der Zelle, bis zu den Kapillaren, dem Gefäßast, zum kleinen und großen Gefäß zu führen, um auch hierauf echt regenerativ einzuwirken. Das heißt, man darf nicht nur immer an eine Regeneration der Zelle mit allen Funktionen denken, sondern muß unbedingt diesen Weg mit einschließen.

Doch damit allein ist es auch noch nicht geschehen, weil der Ausscheidungsweg noch lang ist. Er muß über das Nierensystem erst freigelegt werden, um dann weiter über die Blase über den hiermit nur erst einen Ausscheidungsweg endlich über den Urin ausgeschieden werden zu können.

Ist der Ausscheidungs- und Reinigungsweg über den Darm noch genauso wichtig, wie er entsprechend zellregenerativ durchgeführt werden muß über alle Verdauungsdrüsen, Lymphen, den Mundspeicheldrüsen, der Magen-, Parcreas-, Leber- und Gallenfunktionen.

Weiter ist der vaginale Ausscheidungs- und Entgiftungsweg der Frau entsprechend ebenso wichtig, wie es Hauptaufgabe des Zelltherapeuten sein muß bei Mann und Frau das gesamte Keimdrüsensystem regenerativ zu beeinflussen, weil allein schon in den Keimdrüsen selbst vorderrangig diese pathogenetische Code entgiftet und regenerativ beeinflußt werden muß. Von hier wird das gesamte Leben gesteuert, angefangen von der »Zellmauserung« bis zur gesamten Steuerung der innersekretorischen Drüsenverbände.

Es dürfte für jeden einsichtig sein, was echte Regeneration des Zellularsystem ist, die zum Beispiel mit keiner Frischzellentherapie erreicht werden kann. Sie ist auch mit Einzel-Wundermitteln und Einzel-Wunder-Therapien bekannter Art oder immer noch gesunder Art nicht zu erreichen.

Damit schließt sich der große Kreis: Krebs ist die Endstation eines Stoffwechselleidens, was von der Ursache her, über viele krankmachenden Einflüsse über Generationen, zu einem pathogen belasteten Zellularsystem geführt hat, wobei der größte Ursacheneinfluß immer wieder eine Arzneischädigung ist, die durch Symptom-Maßnahmen auf die Zelle degenerierend gewirkt hat.

Was sonst noch schädigend ist, über falsche toxische Ernährung und Umweltnoxen und auch ionisierenden Erdstrahleneinfluß soll keineswegs verniedlicht werden. Es wird voll von mir anerkannt.

Mit Tumoren kann man alt werden

Das therapeutisch Schlimmste ist im Augenblick, daß wir bisher so falsch programmiert gesteuert handeln wollen, daß wir scheinbar mit aller Gewalt und mit »allen Rohren« immer therapeutisch mit Zielrichtung Auflösung oder Zerstörung von Tumor und Metastasen ausgerichtet sind. Wir brauchen es nicht, denn was in Jahrzehnten, von der Ursache her über Generationen entstanden ist, können und brauchen wir nicht gewaltmäßig in Tagen oder Wochen oder auch Monaten zurückbilden.

Mit Tumoren kann man alt werden, hier berufe ich mich auf viele anerkannte streng wissenschaftliche Urteile, die man natürlich nicht verallgemeinern darf, denn oft verlaufen die Endprozesse sehr schnell.

Aber: Öffnen wir die Ausscheidungswege und dazu gehört zum Beispiel ein richtiger Rotz-Schnupfen. Früher haben wir ihn alle gekannt, heute ist er fast unbekannt, weil alles eingeheilt und in der damit manifestierten Latenz erstickt wird. Dazu gehört die Freilegung der Stirn-Neben-Kiefernhöhlen, der Organismus, die Einzelzelle, der Zellverband, das Organ, die Drüse, sie alle bekommen »Luft«. Damit leiten wir dann die gezielte, gekonnte, schädigungsfreie Entgiftung der Zellen ein bis zum Zellkern. Wir schalten so die Krebsgifte aus und eliminieren diese über damit kausale Entgiftung der humoralen Säfte.

Ich betone es nochmals: Die Ursache der Tumor- und Metastasen-Bildung veranlassende Notzellbildungskraft ist dann nicht mehr nötig, um darin diese Gifte zu speichern und im Tumor- oder Metastasenaufbau auf »Toxinhalde« zu legen. Sie werden dann umgekehrt erneut das wahre Wunder der Selbsterhaltung

der Natur, das Wunder der Schöpfung erleben, indem sich zuerst die Metastasen wieder zurückbilden, dann der Primärtumor, ohne von uns direkt beschossen werden zu müssen mit Maßnahmen, die heute leider geläufig sind.

Krebs ist also kein Phänomen, sondern in meiner Unterscheidung zwischen Ur-Krebs und Neuzeit-Krebs wie folgt entstanden:

Der Ur-Krebs entsteht eindeutig, wenn die seit Bestehen der Menschheit als »Mutter aller Krankheiten« bezeichnete Lustseuche, die vor über fünftausend Jahren die chinesische Krankheit hieß, dann persische, ägyptische, griechische, römische und heute in der Neuzeit die französische, dann die amerikanische und meinetwegen jetzt auch die deutsche Krankheit unter dem Terminus-Wandel Lues nicht kausal, sondern nur symptomatisch behandelt wurde. Bis heute ist trotz Antibiotika eine echte Ausheilung nicht möglich gewesen.

Am Paracelsus-Beispiel erklärte ich die Folgen einer massiven Medikamentenschädigung auf das Zellularsystem. Hier ergibt sich die Gegenüberstellung und Alternative für den Arzt: Soll er den Syphilitiker, der früher von allen Naturvölkern ausgeschieden oder ausgestoßen leben mußte, an seiner Krankheit sterben lassen, das heißt, wie ein wundgeschossenes Tier verenden lassen, weil er ihn bisher nicht kausal behandeln kann? Oder soll er ihm wie bisher geschehen über symptomatische Therapiemaßnahmen das Leben erhalten oder zumindest verlängern?

Eindeutig letzte Entscheidung

Der Arzt wird ihn am Leben erhalten. Dabei müssen wir erkennen, daß er ihm mit dieser Symptom-Lebenshilfe genetische Schäden setzt, die über Kind- und Kindes-Kinder bei immer wieder fortgesetzter Symptombehandlung das echte Ur-Krebsgeschehen erzeugt.

Das heißt, wären wir noch folgerichtig denkende und dafür aber rücksichtslos handelnde Urbewohner, würde der Syphilitiker aus dem menschlichen Lebensraum verbannt, einsam aussterben ohne sich fortpflanzen zu können.

So ist es zu erklären, daß bis zum 18. Jahrhundert über Tausende von Jahren die Menschheit im Verhältnis zu heute weniger krebskrank war, weil über das Ausmaß der unkontrollierten Seuchenkrankheiten, Millionen gerade von denen hingerafft wurden, die über ihr geschwächtes Abwehrsystem schon vom pathogenen Lebensmilieu her krank waren. Über diese meinetwegen brutale natürliche Selbstreinigung hat sich der gesunde Mensch für die Fortpflanzung rein gehalten.

Mit Ende des 18. Jahrhunderts kam nun der Impfschutz und mit ihm wurden bei gleichzeitiger Verbesserung der Hygiene diese verschiedensten Seuchenkrankheiten nun symptomatisch unterdrückt, allerdings mit all den geschilderten Folgen.

Die Ursächlichkeit für den Neuzeit-Krebs entwickelte sich und damit stehen wir beim jetzigen Patt-Zustand in der Medizin. Der Neuzeit-Krebs ist also in erster Linie keine direkte Folge der Industrialisierung und damit der Umweltverschmutzung, der falschen oder der chemisch geschädigten Nahrungsmittel. Diese umfassenden Umweltschäden, über Wasser-, Luft- und Flora-, Fauna-Verpestung, sind die nicht zu unterschätzenden zweiten entscheidenden kausalen Schäden für die damit erreichte massive Unterstützung der Neuzeit-Krebs-Entwicklung.

Über die Rangfolge brauchen wir nicht zu streiten. Man muß sie aber kennen, denn wenn die Wissenschaft heute endlich erkannt hat, daß die Umwelt Krebsschäden setzt, dann muß sie doch auch folgern können, daß mit den Inwelt-Schäden auf den Organismus einwirkend, mit zumeist chemischen Arzneimitteln für wiederum nur Symptombehandlungen, weitere entscheidend schwere Schäden angerichtet werden. □

Günter Carl Stahlkopf hat die Regena-Zellregenerations-Therapie entwickelt und erforscht. Weitere Informationen über die Regena-Therapie und über den Regena-Ärzte-Arbeitskreis mit den Anschriften der Mitglieder erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf. Seine Anschrift lautet: Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell/TG.

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 28. September 1988 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Vertrauliches

Ronald Reagan

Probleme mit der Astrologie

Auf einer Pressekonferenz lehnte es der amerikanische Präsident Ronald Reagan kategorisch ab zu sagen, er glaube nicht an Astrologie, und entschuldigte die Leute sogar, die das tun.

Doch Reagan dementierte, daß der Zeitpunkt der Unterzeichnung des INF-Vertrages astrologisch bestimmt worden sei: »Nichts dergleichen ging vor sich. Wir binden unser Leben nicht daran.«

Rasch fügte Reagan jedoch hinzu: »Ich möchte damit niemanden beleidigen, der daran glaubt oder sich damit beschäftigt.«

Auf die Frage, ob er persönlich an Astrologie glaube, antwortete Reagan: »Ich habe mein Leben nicht daran geknüpft, aber ich möchte die Frage nicht anders beantworten, denn ich weiß nicht genug darüber, um sagen zu können, ob etwas daran ist oder nicht.« □

NASA

Die Weltraum-Projekte werden zu teuer

In einem Bericht beschwert sich die Haushaltsabteilung des amerikanischen Kongresses darüber, daß die Durchführung des Weltraumprogramms des Landes einfach zu viel koste. Selbst wenn die NASA keine neue Initiativen ergreift, sondern einfach das Shuttle fliegt und die Weltraumstation fertigstellt, wird die Behörde nach Schätzungen der Haushaltsabteilung den Haushalt auf 14,4 Milliarden Dollar bis zum Jahr 1993 und auf 16,4 Milliarden Dollar bis zum Jahr 2000 erhöhen müssen.

Mit diesem »Kernprogramm«, so wird zugegeben, würden die Vereinigten Staaten aus neuen Weltraumprojekten aussteigen, so unter anderem auch einer Rückkehr zum Mond und dem Projekt, Menschen auf den Mars zu schicken. Man gibt auch zu, daß dies das Ende einer Führung Amerikas im Weltraum wäre, und daß, verglichen mit der Spitzenfinanzierung für das Apollo-Programm im Jahr 1965, der Haushalt 1988 müßte danach bei 22 Milliarden Dollar liegen. □

Vereinte Nationen

Schaubild des Horrors

Die italienische katholische Tageszeitung »Avvenire« hat in Italien einen Schock hervorgerufen, indem sie das Völkermord-Programm und die Aktivitäten des Fonds für Bevölkerungsaktivitäten der Vereinten Nationen (UN) »United Nations Fund for Population Activities« (UNFPA), des Worldlife Fund und anderer malthusischer Organisationen aufdeckte. »Avvenire« brachte eine Sonderserie über ein in einem Raum des italienischen Parlaments abgehaltenes, geheimes Seminar der UNFPA und einer Gruppe. die den Namen »Italienische Vereinigung für Bevölkerung und Entwicklung« trägt. In einer Rede bei diesem Treffen enthüllte der UNFPA-Direktor Sadik, daß 65 Prozent des UNO-Haushaltes für Sterilisierungsaktivitäten ausgegeben würden.

Gionfranco Bologna, Vizedirektor des World Wildlife Fund in Italien, sagte, das Bevölkerungsproblem in der dritten Welt könnte dadurch gehandhabt werden, daß man »es in den Ländern der dritten Welt nicht zuläßt, daß sich diese so entwikkeln wie die Länder des Westens«.

Ein Mr. Penisi, der gerade aus dem Haushaltsministerium der italienischen Regierung zum Hauptquartier der UNO-Behörde für Ernährung und Landwirtschaft in Rom gewechselt ist, meinte: »Ich denke, das Hauptproblem ist die Fruchtbarkeit der Frauen.« Er empfahl ein umfangreiches Programm der Vasektomie und Sterilisation als Lösung und beanstandete, daß die Sterilisation in Italien noch nicht legalisiert sei.

Ein »Schaubild des Horrors« nannte die Zeitung den UNFPA-Bericht über Demographie. In dem Artikel wurden noch weitere Einzelheiten genannt:

In Hongkong werden Frauen in Flüchtlingslagern sterilisiert. Von 1600 untersuchten Frauen sind 800 mit Erfolg sterilisiert worden.

In Indien ist das Ziel der UNFPA, 60 Prozent aller Ehepaare bis zum Jahr 2000 zu sterilisieren.

In Neapel sind über 300 Vertreter der UNFPA damit befaßt, »Verhütungsmittel zu spritzen«, was eine Aids-Gefahr in der Stadt schafft.

In Pakistan gibt es 110 Zentren, die 33 000 Frauen mit Erfolg sterilisiert haben. Doch das sind lediglich 72 Prozent dessen, was die UNFPA erreichen will.

In Tunesien ist die Geburtenrate im Jahr 1987 um die Hälfte gesunken. Sowohl Tunesien als auch Zimbabwe werden als positive Modelle der Bevölkerungskontrolle hingestellt.

USA

Mit sowjetischen Geräten in den Weltraum

Sowjetische Wissenschaftler wurden darüber informiert, daß die Vereinigten Staaten prinzipiell beschlossen haben, bei einem für das Jahr 1992 geplanten Weltraumflug sowjetische Marssonden mitzunehmen; das sagte der Beamte für Weltraumforschung bei der NASA, Samuel W. Keller.

Den Schritt bezeichnete die »Washington Post« als »ersten Schritt in Richtung einer realen amerikanisch-sowjetischen Kooperation bei der Erforschung des Mars«.

US-Außenminister George Shultz sagte in einem Fernsehinterview, er rechne damit, daß unter dem Kooperationsabkommen über Weltraumforschung, das von ihm und dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse in Moskau unterzeichnet wurde, eine amerikanisch-sowjetische Mars-Mission diskutiert wird. Obwohl über eine solche Mission bereits »gesprochen worden ist, ist es noch ein langer Weg bis zu einer Einigung darüber«, meinte Shultz.

»Wir müssen vorsichtig sein mit den Problemen des Technologie-Transfers«, fügte Shultz hinzu.

In einem Interview mit der »Washington Post« hatte Michail Gorbatschow eine gemeinsame amerikanisch-sowjetische Mission zum Mars gefordert. Das vierseitige Interview, das in der gleichen Woche erschien, als der Gipfel und die INF-Ratifizierungsdebatte in den USA stattfanden, wurde von der Besitzerin der »Washington Post«, Katharine Graham, selbst zusammen mit dem »Newsweek«-Herausgeber Richard Smith und anderen durchgeführt. □

Mexiko

Oligarchie diktiert Wirtschaftspolitik

Der führende Sprecher für Mexikos Elitekreis von Finanzspekulanten, der Banker Agustin Legorreta, gab in aller Öffentlichkeit zu, daß die Regierung von Präsident Miguel de la Madrid kaum mehr ist als ein Aushängeschild für die Finanzoligarchie des Landes.

In einer Rede vor Studenten, bei der er verlangte, daß Tonbandgeräte ausgeschaltet werden sollten, berichtete er darüber, wie er im November 1987 zur Regierung gegangen sei und ihnen gesagt habe, wenn sie die Kooperation seines Kreises beim Inflationsstopp wünschten, bis die PRI die Wahlen gewonnen hat, dann sollten sie lieber das tun, was der »Wirtschaftssektor« wünscht.

Und das haben sie getan, indem sie die größte Kupfermine des Landes verkauften, die nationale Fluglinie bankrott gehen ließen und größere Unternehmen des öffentlichen Sektors »privatisierten«. Unterdessen sind die Reallöhne weiter gefallen, die Investitionen der öffentlichen

Hand sind eingeschränkt worden und jetzt leidet man sehr stark unter der Dürre – und die mexikanische Regierung unternimmt immer noch nichts. □

Afrika

Nach dem Völkermord Ansturm auf die Mineralstoffe

Ein wahnsinniger Ansturm auf den Mineralstoffreichtum Afrikas wird nach der bevorstehenden Depopularisierung Afrikas durch die Aids-Pandemie beginnen. Das ist die Aussage eines Artikels in der französischen Zeitschrift »Revue Internationale de Défense«. Der Autor, A. J. Venter, schreibt darin:

»Ein Artikel, der im Mai 1987 in der ›Washington Times‹ veröffentlicht wurde, sagte das Verschwinden von nahezu 70 Prozent der Bewohner Schwarzafrikas bis zum Jahr 1995 voraus. Das angesehene Panos-Institut spricht von 50 Prozent. Informationen zufolge, die im Oktober 1987 aus Quellen zusammengetragen wurden, die der amerikanischen Botschaft in Nairobi (Kenia) nahestehen, zeigten auf Satellitenfotos im Osten Zaires wilde Vegetation in großem Ausmaß. Aids scheint die Ursache zu sein für das Verschwinden ganzer Kommunen in diesen Regionen, die zuvor dicht bevölkert waren.«

Nachdem die Ausbreitung von Aids durch Transportverbindungen – die Straßen, die kreuz und quer durch Afrika gehen – und möglicherweise Moskitos erklärt wird, heißt es in dem Artikel weiter:

»Die Regierungen verschiedener Länder, Südafrika, die USA, Frankreich, Indien und UdSSR beobachten die Entwicklung der Depopularisierung sorgfältig, um die ›Lücke zu füllen‹, die sich aus dem Verschwinden von 80 bis 150 Millionen Schwarzer im nächsten Jahrzehnt ergeben wird.«

In dem Artikel ist auch von »endemischer, zerebraler Malaria in Uganda und Zaire sowie der Schlafkrankheit in Uganda die Rede, wo alle Patienten wegen fehlender ärztlicher Behandlung sterben. In Nigeria und Ghana tritt zudem das Gelbfieber wieder verstärkt auf.

Die letztendliche Entvölkerung des größeren Teils von Schwarzafrika hätte nicht abzuschätzende Konsequenzen auf internationaler Ebene. Der Kontinent verfügt tatsächlich über das größte Weltreservoir an Bodenschätzen, Mineralstoffen (Uran, Kupfer, Gold) und pflanzlichen Produkten (Edelhölzern, Getreide, Tropenerzeugnissen).

Einige Südafrikaner sind der Meinung, die politische Bedrohung gegen sie würde sich erheblich verringern, wenn Aids die Bevölkerung von Mozambique, Zambia und Zimbabwe auslöschen würde. Castro könnte seine Truppen wegen der Epidemie aus Angola abziehen.«

Venters Schlußfolgerung: »Niemand kann bisher sagen, in welcher Phase des Entvölkerungsprozesses ein neuer Ansturm der Industrieländer auf die ungeheueren Rohstoffreserven erfolgen wird.« □

Philippinen

Kommunisten und der militärische Parteigeist

Der militärische Parteigeist wird den Zusammenbruch der Regierung von Präsidentin Cory Aquino auf den Philippinen hervorrufen, das ist die Ansicht des Gründers und Kopfes der Kommunistischen Partei auf den Philippinen. José Maria Sison machte die Voraussage in einem Interview in Belgien.

Sison, der viele Verbindungen zum Westen hat, meinte: »Wir haben versucht, Mrs. Aquino eine Chance zu geben, sich auf die Seite der Bevölkerung zu stellen, doch sie hat die Erwartungen des Volkes nicht erfüllt.«

Eine Regierung unter der National-Demokratischen Front, dem politischen Arm der New People's Army Guerillas, ist auf dem Land stärker geworden. Die NDF hat Sison zufolge jetzt rund zehn Millionen Mitglieder.

Sison bestätigte frühere Berichte des Militärs, daß es etwa 12 Frontorganisationen für die Guerillas gäbe, die legal im Land operieren. Die People's Party, die an den letzten Wahlen teilgenommen hat, war der Wählerarm der Bewegung.

Andere Massenorganisationen, die als legale Frontorganisationen der Bewegung genannt werden, sind die KMU-Bewegung 1. Mai, das Bayan-New-Nationalist-Bündnis, die KMP-Bauernbewegung der Philippinen, das Bündnis betroffener Lehrer, die Gabriela und die Liga philippinischer Studenten. □

Angola

Wird Savimbi den Handel der Supermächte überleben?

Französische Experten haben sich einem Chor von Warnungen aus der Geheimdienstgemeinde angeschlossen, daß Jonas Savimbi, der Führer der angolanischen Rebellenorganisation UNITA, eines der ersten Opfer eines Handels der Supermächte im Hinblick auf das südliche Afrika sein könnte. Dieser Handel spiegelt sich in den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen Südafrika und Angola über den Rückzug kubanischer Truppen wider.

Die Experten sind der Meinung, Washington bemühe sich intensiv, den Sowjets in Afrika die gleiche Art von Gefallen zu tun, den sie ihnen in Afghanistan getan haben, nämlich es ihnen zu ermöglichen, aus dieser verzwickten Lage so billig wie möglich herauszukommen. Sie sagten, die Supermächte hätten es darauf abgesehen, Savimbi loszuwerden und werden, wenn nötig, seine Ermordnung betreiben.

Im Mai fand eine weitere Runde direkter Verhandlungen zwischen Südafrika und Angola in Brazzaville statt, nachdem ein Versuch, sich in Abidjan (Elfenbeinküste) zu treffen, gescheitert war. Angola lehnte den Treffpunkt ab, weil die Elfenbeinküste zu enge Handelsbeziehungen sowohl zu Israel als auch zu Südafrika unterhalte. Direkt beteiligt an diesen Verhandlungen auf höchster Ebene ist Vernon Walters, der amerikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen. □

USA

Vereinbarungen mit Moskau beunruhigen das Pentagon

»Ein wissenschaftlicher Vereinbarungsentwurf, der am 13. Mai von einem durch das amerikanische Außenministerium angeführten Verhandlungsteam gebilligt wurde, könnte von der Sowjetunion dazu benutzt werden, von amerikanischen High-Tech-Firmen direkt Daten zu erhalten«, berichtete die »Washington Times« und zitierte dabei »besorgte Vertreter der Reagan-Regierung«.

Vertreter des US-Verteidigungsministeriums hofften, die gefährliche Bestimmung streichen zu können, bevor die Vereinbarung auf dem Moskauer Gipfel unterzeichnet wurde. Der umstrittene Artikel läßt den direkten Kontakt zwischen den beiden Regierungen und Einzelpersonen zu, die für Firmen arbeiten, die mit wissenschaftlicher Forschung zu tun haben.

Unterdessen erzählte der US-Senator Chic Hecht der »Washington Times«, er habe ein Schreiben von Dr. Edward Teller an Michail Gorbatschow weitergeleitet, in dem letzterer gebeten wird, Dr. Andreij Sacharow die Teilnahme an einer bevorstehenden Konferenz über Atomreaktorsicherheit zu erlauben, die an der George Washington Universität in Washington stattfinden soll.

»Es war Dr. Tellers Meinung, daß, wenn beide zusammenkommen könnten, ihr großes Wissen über die Atomphysik zu friedlichen Lösungen beitragen würde«, sagte Hecht. Hecht traf bei seinem Aufenthalt in Moskau auch mit Sacharow zusammen,

der zu einem Empfang in die amerikanische Botschaft in Moskau eingeladen worden war.

»Dr. Sacharow erzählte mir, daß Dr. Teller einer der brillantesten Männer auf der Welt sei, und wir sprachen 25 Minuten lang über die Einladung«, sagte Hecht. »Er schätzte Dr. Tellers persönliche Einladung sehr und meinte, er hoffe, daß er kommen könne.« □

CIA

Hilfe von der Astrologie

In einem Artikel in der Londoner Zeitung »The Times« veröffentlichte der ehemalige CIA-Beamte Miles Copeland einen Beitrag unter dem Titel »Wie der CIA sich Hilfe von den Sternen holte«.

Copeland schreibt: »Es mag die Leser vielleicht interessieren zu erfahren, daß sich der CIA über ein paar Jahre hinweg ab und zu mit Astrologie beschäftigt hat. Zu meiner Zeit gab es spezielle Kurse über ›moderne Astrologietechniken‹, die wir Agenten erteilten, die dann anschließend auf verschiedene führende Politiker angesetzt wurden, unter anderem Nkrumah, Sukarno und Mehmet Shehu von Albanien.

Es war tatsächlich die vom CIA rasch improvisierte Anordnung der Sterne, die Nkrumah davon überzeugte, eine Einladung zum Besuch Chinas anzunehmen, so daß er aus dem Weg sein würde, wenn die Zeit für General ›Onkel Dan‹ Ankrah kam, die Regierung in Ghana zu übernehmen, und viele von Sukarnos Entscheidungen, die uns in die Hände spielten, basierten auf Computerberechnungen, die wir ihm gaben und die den gegenwärtigen kosmischen Standort verschiedener Sterne genau anzeigten. Er hatte sich schon zuvor auf die Berechnungen einheimischer Astrologen verlassen, deren Feststellungen darauf basierten, wo die Sterne Milliarden von Lichtjahren zuvor gestanden hatten.

Die ›Abteilung kosmische Operationen‹, die ich im letzten Jahr ihrer Existenz leitete, wurde von Mr. Allen Dulles aufgelöst, als er erfuhr, daß wir einigen unserer eigenen Leute im Weißen Haus Tabellen zuschmuggelten. Er änderte seine Meinung nicht durch unsere Argumentation, die Tabellen, die so ausgedacht waren, daß die Themen dort behandelt wurden, wie wir sie verstanden, mehr Sinn ergeben würden als der Unsinn, den das Weiße Haus über reguläre Kanäle bekam.« □

USA

Ist die Wall Street pleite?

Bei etwa zwei Drittel des Effektenhandels an der Wall Street geht es nicht um »wirklichen An- und Verkauf durch Investoren, sondern nur um Verschiebungen auf dem Papier (meist aus steuerlichen Gründen) unter den Händlern selbst«. Als solches werden wenig oder keine Provisionen eingenommen. Der Londoner »Economist« fragt dann auch in einem Artikel: »Ist die Wall Street pleite?« Es heißt darin, daß die Wall-Street-Firmen aufgrund dieser Situation verängstigt seien.

»Von einer wirtschaftlichen Rezession zu reden, käme Kassandrarufen gleich, doch es stimmt, daß Amerika einer drohenden Rezession nicht leicht begegnen könnte, indem es versucht, die Nachfrage durch ein noch größeres Haushaltsdefizit zu erhöhen.«

Der Artikel warnt davor, daß steigende Zinssätze die Krise der Banken in Texas in eine nationale Krise verwandeln könnten und kommt zu dem Schluß, daß bei jeder neuen US-Krise zwei Hauptprobleme unbeantwortet bleiben: wieviele Milliarden Dollar wird es den amerikanischen Kongreß kosten, Amerikas insolvente Kreditinstitute zu retten, und ob der Kongreß überhaupt bereit wäre, die Milliarden aufzubringen, um den Banken zu helfen, wo die Banker doch gar nicht so beliebt sind.

Der Artikel endet: »Obwohl die Konjunktur in Amerika steigt, macht das Bankensystem einen entsetzlich geschwächten Eindruck. Und mehr und mehr Leute behaupten, die Schuld für den Zusammenbruch im Oktober 1987 liege bei jenem unverbesserlichen Bösewicht, der Wahrheit.« □

Argentinien

Peronisten verlangen Schuldenmoratorium

Der argentinische Präsidentschaftskandidat Carlos Menem, der peronistische Gouverneur der Provinz La Rioje, hat gesagt, wenn er gewählt wird, wird er »ein Moratorium auf die Außenschuld an den Internationalen Währungsfonds (IWF)« erklären.

Unter dem gegenwärtigen Präsideten Rául Alfonsin ist die Wirtschaft Argentiniens infolge der vom IWF diktierten Politik der Sparmaßnahmen stark geschädigt worden.

Menem verkündete auch, er werde auf eine Strafgesetzreform drängen, um für die Drogenhändler die Todesstrafe durchzusetzen und über die britischen Vermögenswerte in Argentinien ein Embargo verhängen, bis die Briten aufhörten, ihre Marine für die Ausraubung von Fischreserven im Südatlantik einzusetzen.

Im Gegensatz dazu erklärte der Gouverneur von Cordoba, Eduardo Angeloz, der Nachfolger Alfonsins als möglicher Präsidentschaftskandidat der Radical Party des Präsidenten, wenn er gewählt würde, wird er definitiv »kein einseitiges Moratorium« erklären und noch nicht einmal mit einer »solchen Möglichkeit drohen«. Er sagte, er würde die Exporte ankurbeln und versuchen, die Zinssätze nach und nach zu reduzieren. □

Japan

Hilfspaket für Indonesien

Der japanische Botschafter in Indonesien hat ein 2,3-Milliarden-Dollar-Hilfspaket für dieses Land angekündigt. Es umfaßt 1,7 Milliarden Dollar an Beihilfen und uneingeschränkten Krediten.

Japan begründete das Paket, um Indonesien zu helfen, mit den unsicheren Ölpreisen und der wachsenden Außenschuld in Höhe von 50 Milliarden Dollar fertigzuwerden, die von 32,1 Milliarden im Jahr 1985 auf diesen Betrag angestiegen ist. Der Schuldenanstieg ist größtenteils auf den Zusammenbruch des Dollar zurückzuführen, der die in Yen benannten Schulden in die Höhe getrieben hat.

Das 1,7-Milliarden-Dollar-Paket, das in diesem Jahr zur Verfügung gestellt wird, stellt einen Bruch in der traditionellen Kreditvergabe dar, bei der Hilfen an Importe aus dem Geberland gebunden sind.

Die japanische Regierung wird 1,4 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen und der Rest wird von Japans Export-Import-Bank kommen, die zur Finanzierung der lokalen Kosten von Entwicklungsprojekten verwendet wird, die von der Weltbank und Asien Development Bank finanziert werden. □

Japan

Ausbau der Verteidigung

General Masao Ishii, der Chef des Generalstabsrats der japanischen Selbstverteidigungs-Streitkräfte, sagte in einer Rede, Japan müsse seine Verteidigung weiterhin aufbauen, um der wachsenden sowjetischen Militärpräsenz in Fernost zu begegnen.

Die nördlichste Insel Japans, Hokkaido, sagte er, »die sowohl dem japanischen Meer als auch dem Meer von Okhotsk gegenüberliegt, ist ein sehr wichtiges Gebiet«, und Japan kann eine wichtige Rolle dabei spielen, dem Westen zu helfen, die Wasserwege zu sichern.

Die Sowjets wollen das japanische Meer kontrollieren und das Meer von Okhotsk als »Zufluchtsort« aufrechterhalten, warnte der General. Folglich sieht Japan keine Notwendigkeit, seine Militärstreitkräfte ins Ausland zu schicken, um seinen Beitrag zum westlichen Lager zu stärken.

Der General sagte weiter, die Verteidigungsbehörde diskutie-

re jetzt, welche Schritte sie nach dem Abschluß des mittelfristigen Militäraufbau-Programms der Jahre 1986 bis 1990 unternehmen werde, das weitgehend darauf abzielt, den sowjetischen Streitkräften in der Region zu begegnen.

Die Sowjetunion hat ihre Bodenstreitkräfte in Fernost von 31 Divisionen, die vor zehn Jahren stationiert wurden, auf 43 Divisionen erhöht, sagte der General. Zwei der Flugzeugträger der sowjetischen Kiew-Klasse sind für die Region vorgesehen.

Ishii meinte auch, Japan müsse damit rechnen, einen großen Teil der eigenen Verteidigungslast verstärkt selbst zu tragen, jetzt, wo die USA das größte Schuldnerland der Welt sind und Japan das größte Kreditgeberland. □

Brasilien

Militärische Beziehungen zu den Sowjets

Zum ersten Mal in der Geschichte werden Brasilien und die Sowjetunion Militärattachés austauschen. Seit die brasilianischen Expeditionsstreitkräfte sich im Zweiten Weltkrieg in Monte Cassino und in anderen Kämpfen in Italien auf heroische Weise engagiert haben, hat das brasilianische Militär die Vereinigten Staaten als seine Verbündeten angesehen. Sie waren das Bollwerk des Antikommunismus auf dem südamerikanischen Kontinent.

Bis jetzt hat es das brasilianische Militär prinzipiell abgelehnt, Attachés in irgendwelche Länder des Sowjetblocks zu schicken. Es hat auch viele Initiativen des Außenministeriums im Hinblick auf eine engere Kooperation mit den Sowjets und deren Satellitenstaaten vereitelt.

Die geopolitische Wende Brasiliens von der unverkennbar antisowjetischen Haltung, wie sie in dem Rio-Vertrag für gegenseitige Verteidigung in der Hemisphäre des Jahres 1947 verankert ist, könnte sehr gut das Ergebnis geheimer »regionaler« Abkommen zwischen den beiden Supermächten sein, die bei dem jüngsten Reagan-Gorbatschow-Gipfel getroffen wurden.

Bei der italienischen Kampagne war das Bindeglied zwischen den brasilianischen Streitkräften und US-General Mark Clark Vernon Walters, der danach stellvertretender Direktor des CIA wurde und jetzt US-Botschafter bei den Vereinten Nationen ist. Walters sponsorte Brasiliens Coup im Jahr 1964 und brachte die Brasilianer dazu, formell die Verantwortung für die Invasion Santo Domingos im Jahr 1965 zu übernehmen.

Walters besuchte Brasilien im Mai. Er betonte offenbar, daß die Vereinigten Staaten von jetzt an ihre »Sicherheits«-Ziele »in der Hemisphäre« – wie die Niederwerfung Panamas – in Rücksprache mit Moskau definieren würden. Brasiliens militärische Antikommunisten blieben dabei außen vor. □

Kuba

Überfällt Castro Namibia?

Fidel Castro hat bekanntgegeben, daß er eventuell die Invasion Namibias (Südwestafrika), des südafrikanischen Protektorats südlich von Angola, plane, wo der kubanische Diktator 30 000 Truppen stationiert hat. Diplomaten, die an einem Treffen hinter geschlossenen Türen teilnahmen, das unter nicht alliierten Außenministern in Havanna Ende Mai stattfand, haben Castros Drohung in der Öffentlichkeit bekanntgemacht.

Die »Washington Times« berichtete, Südafrika habe von den Kubanern im Verlauf von Regionaldiskussionen in Lissabon zwischen Angola, Südafrika, Kuba und als Vermittler oder Beobachter den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eine Garantie der Nicht-Intervention in Namibia verlangt.

Doch die Diplomaten in Havanna berichteten, Castro habe gesagt, Südafrika »ist nicht in der Position, irgendetwas zu verlangen«. Castro wiederholte seinen Plan zum Abzug seiner Truppen aus Angola innerhalb von vier Jahren. Dann sagte er, kubanische Truppen würden nur 30 Meilen von der namibischen Grenze stehen, was ihnen die Kontrolle über Wasserreservoirs für den Norden Namibias gäbe. Ein Geschwader von MiG-23-Kampfjägern befindet sich ebenfalls in der Region und eine neue Landebahn wird in Xagongo, Südangola, 36 Meilen von der Grenze zu Namibia entfernt, gebaut.

Reuter-Berichte aus Lusaka, Zambia, berichten, daß Angolas Botschafter dort sagte, UNITA-Rebellen seien dabei, ihre Hauptstützpunkte nach Zaire zu verlegen, um sich auf einen Schlag gegen Angolas Wirtschaftszentrum im Norden vorzubereiten. Er sagte weiter, amerikanische Flugzeuge würden UNITA-Ausrüstung befördern. Wenn das stimmt, wäre ein Angriff der Kubaner auf den Süden tollkühn und eröffnete eine zweite Front, wenn man die kubanischen und angolanischen Truppen zusammennimmt, denn alle ihre sowjetischen Berater waren nicht in der Lage, mit der derzeitigen einen Front mit der UNITA fertigzuwerden. □

Kolumbien

Das Land den Drogenhändlern ausliefern

Die Londoner Zeitung »Observer« hat Kolumbien als ein »wildes, gesetzloses Land, ein Land von Dieben, Gangstern, Drogenhändlern und Mördern« angegriffen. Der Artikel trägt die Überschrift »Einem wilden Staat die Behandlung von Entrechteten zukommen lassen« und basiert auf dem soeben veröffentlichten Bericht über Kolumbien durch Amnesty International.

Der Bericht gibt dem kolumbianischen Militär die Schuld an jedem Mord und Akt der Gewalt und verurteilt die Rolle des gewalttätigen Medellin Drogenkartells. Die ungenannte Politik hinter dem Artikel wie auch der Bericht von Amnsty International ist die gleiche, die auch die heftigen Angriffe der USA auf Panama motivieren, dabei geht es, die nationalen, militärischen und wirtschaftlichen Einrichtungen Lateinamerikas zu zerstören und diese Volkswirtschaften nach dem Hongkonger Modell den Drogenhändlern auszuliefern.

Die diesbezügliche Absicht wird in dem Bericht des »Observer« kaum verhüllt. Nachdem die kolumbianische Armee beschuldigt wird, Todeskommandos einzusetzen und das Land als Ganzes beschuldigt wird, für den gesamten Drogenhandel in Südamerika verantwortlich zu sein, greift die Zeitung Kolumbien an, weil es die Drogen nicht legalisiert: »Alle aufeinanderfolgenden Regierungen in Kolumbien haben nichts Effektives gegen den Drogenhandel getan. Während es entscheidende Argumente für die Legalisierung von Drogen gibt, haben die Regierungen Kolumbiens diese nie übernommen.« □

Supermächte

Arafat, Savimbi und Mobutu auf der Todesliste

Informierte Quellen haben mitgeteilt, daß als Ergebnis der Diskussionen über »regionale Angelegenheiten« zwischen dem amerikanischen Außenministerium und dem Kreml, die bei dem Reagan-Gorbatschow-Gipfel in Moskau Ende Mai ihren Höhepunkt erreichten, der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) Yassir Arafat und der Präsident von Zaire, Mobutu Sese Sekou, auf einer Todesliste stünden.

Weiter wurde bekannt, daß die Ermordung des pro-westlichen Leiters der angolanischen Widerstandskämpfer UNITA, Dr. Jonas Savimbi, geplant sei, weil er wie Arafat und Mobutu ein Hindernis darstellt für die Abkommen der Supermächte in ihren jeweiligen Regionen.

Wie im Fall Savimbis berichten Informanten, daß das Tiny-Rowland-Lon-Rho-Netzwerk eine der Organisationen sei, die mit den Ermordungen beauftragt sei. Rowland ist eine Stütze der britischen Krone und kommt gleich an zweiter Stelle hinter dem Bindeglied zwischen östlichen und westlichen Geheimdiensten, dem »Trust«. □

Briefe

Betr.: Bundesrepublik »Die tägliche Schizophrenie«, Nr. 8/88

Die Weltpresse vergoß Krokodilstränen. In einem südafrikanischen Gefängnis wurde ein Mann siebzig Jahre alt: Nelson Mandela. Er sitzt dort nicht von ungefähr, auch wenn die veröffentlichte Meinung das nicht wahrhaben will. In Telegrammen haben die sogenannten Staatsmänner seine Freilassung gefordert. Winnie Mandela, die Gattin des Herrn Mandela, empfiehlt zur Lösung des südafrikanischen Problems nach wie vor die Halskrause.

Das ist eine Todesart, der bisher schon Hunderte von Schwarzen, die anderer Meinung als Nelson Mandela sind, zum Opfer gefallen sind. Diesen bemitleidenswerten Menschen werden Autoreifen über den Kopf gestülpt, mit Benzin oder Öl gefüllt und angesteckt. Zuvor aber hat man den Opfern die Arme entweder gebrochen oder abgehackt. Sie sterben einen langsamen, furchtbaren Tod. Darüber berichten unsere Medien nichts!

Von Herrn Willy Brandt erhielt Winnie Mandela einen VW-Transporter; sie hohnlachte: »Gut für Reifen!« Die Dame lebt übrigens in einer Super-Villa!

Der zur Freisetzung von Mandela aufrufende sogenannte Bischof Tutu ist ein ausgesprochener Marxist. Dieser saubere Seelenhirt heißt den Halskrausentod seiner Brüder gut! Dieser »ehrenwerte Gottesmann« wagt es in einer Predigt in Transvaal zu sagen, daß es noch nicht heraus wäre, ob Jesus Christus nicht der Sohn einer Hure sei.

Solche Ganoven werden auf die Menschheit losgelassen und in einem Londoner Stadion jubeln ihm Zehntausende von völlig unaufgeklärten Jugendlichen zu. Natürlich wagt auch keiner unserer so ausgezeichneten Politiker den Mund aufzumachen und unsere Herren Bischöfe huldigen dem »Bruder in Christo«.

Jetzt jährt sich der Todestag eines anderen Menschen zum ersten Male, den man nicht nur 25 Jahre, sondern 46 Jahre, davon über 20 Jahre lang in Einzelhaft-Isolationsfolter gesperrt hatte: Rudolf Heß. Er hatte sich 1941 mit seinem Flug nach Schottland in einmaliger Weise für den Frieden eingesetzt. Er stieß auf taube Ohren. Er geriet an einen Winston Churchill, den unser Herr Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl als sein Vorbild sieht.

Sir Winston Churchill am 3. September 1939: »Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands!« Wie gesagt: Das Vorbild des Herrn Kohl!

Zurück aber zu Rudolf Heß, dem der Friedens-Nobelpreis wahrhaft gebührt hätte! Wo sind denn da die Herren Staatsmänner gewesen, die seine Freilassung gefordert hätten? Wo Riesenaufmärsche und Stafettenläufe wie jetzt für Mandela?

Nach 46 Jahren Kerkerhaft wurde der 93jährige am 17. August 1987 ermordet, wie es nicht nur der englische Arzt Dr. Hugh Thomas (ehemals Spandau) behauptet. Wo war das der Aufschrei der Welt über diese einmalige Kerkerhaft und Mördertat?

Ernst Otto Cohrs, Rotenburg

Betr.: Israel »Sturm braut sich zusammen«, Nr. 7/88

Bei der Beurteilung der Lage und Entwicklung in Palästina wird die geopolitische Komponente außer acht gelassen.

Die Juden haben den Staat Israel in einem Gebiet etabliert, das seit Jahrtausenden umstritten und eines der explosivsten Gebiete auf der Erde ist, aufgrund seiner Lage zwischen Afrika und Asien.

Die jüdische Führung mußte sich darüber klar sein, daß sie mit der Gründung des Staates Israel sozusagen die Büchse der Pandora öffnete. Die Situation Israels in Palästina gleicht der Deutschlands in Europa: Umgeben von Völkern und Staaten, die zwar unter sich uneins, aber darin absolut einig sind, das Zustandekommen einer starken Zentralmacht in Europa beziehungsweise Palästina mit allen Mitteln zu verhindern.
Man wollte kein »Groß-Deutschland«, man will auch kein »Eretz-Israel«. Was für eine Ironie des jüdischen und deutschen Schicksals. Difficile est satiram non scribers!

Ganz gleich, wer oder was für ein System in Deutschland herrschte, ob Wilhelm II., Stresemann oder Hitler, ob Monarchie, Demokratie oder Diktatur, die Devise in Europa war, ist und bleibt: Germaniam esse delendam! Genau dasselbe gilt auch für Israel und die Devise der umgebenden Völker und Staaten.

Wenn man bedenkt, daß der dominierende politische, wirtschaftliche und kulturelle Einfluß der Juden seit Olims Zeiten gerade auf ihrer weltweiten Zerstreuung beruht, und die Gründung des Staates Israel auf Verheißungen des Alten Testaments, also auf einer fixen Idee, muß man sich fragen, ob die Gründung des Staates Israel nicht eine Fehlgründung war, die von einigen Phantasten initiiert wurde und die Juden in das Scheinwerferlicht der Welt stellte, was ihren Geschäften bestimmt nicht zuträglich ist.

Und hoffentlich machen die Juden dafür nicht die deutschen Juden beziehungsweise die Deutschen verantwortlich, weil der Gründer des Staates Israel Herzl hieß, also einen deutschen Namen hatte.

Jedenfalls scheint mir die merkwürdige Übereinstimmung der Lage Deutschlands in Europa und der Israels in Palästina bemerkenswert, auch die Parallele im Schicksal beider Völker.

Helmut Golz, Köln

Betr.: Bibel »El Schaddai und sein Gesetz«, Nr. 1/88

Jahrhunderte lang stellte sich die Frage, ob Jesus als Galiläer ein Jude war oder nicht. Es muß zuerst abgeklärt werden, ob damit das Ritual (Bekenntnis) oder die Stammesangehörigkeit gemeint ist. Zur Zeit des Perserkönigs Cyrus wurde Galiläa von Iraniern besiedelt, die anfänglich ihrem zarathustrischen Glauben treu blieben. Später, im Jahre 150 v. Chr., wurde ihnen die jüdische Religionsform vom jüdischen König Aristobulos aufgezwungen.

Auch in Europa zur Zeit der Reformation, und sogar noch später wurden gesamte Bevölkerungen von regierenden Fürsten gezwungen, protestantisch oder wieder katholisch zu werden.

In Freundenkreisen aber pflegten die Galiläer die zarathustrische Lehre weiter, die sie mehr befriedigte als das jüdische Ritual. Sie hofften, daß einer unter ihnen erscheinen würde, der sie von der Herrschaft der Priesterschaft befreien würde.

Jesus übernahm diese Aufgabe. Er wußte aber, daß eine allgemeine Erlösung nicht durch Aufstand und Gewalt zu erreichen wäre, sondern nur durch eine individuelle Arbeit jedes einzelnen an sich selbst. Obschon die Römer die politische Macht innehatten, war die jüdische Priesterschaft eine Art Macht hinter dem Throne im gesamten Reich. Sollte es gelingen, diese für Fortschritt und Freiheit zu bekehren, wäre für die gesamte Menschheit viel gewonnen. Dies mag der Grund gewesen sein, warum sich Jesus entschloß, innerhalb seines Landes und unter Juden zu wirken, obwohl er in anderen Ländern mehr Erfolg gehabt hätte.

Seine Lehre aber war den Juden wesensfremd und wurde deshalb von ihnen abgelehnt. Die meisten seiner Jünger waren aber Griechen, Neoplatoniker, wie schon ihre Namen verraten. Einige von ihnen hatten an der Universität Alexandrien studiert, die ein Mittelpunkt des Neoplatonismus war und in deren Bibliothek das einzige bekannte Exemplar des ursprünglichen Zend-Avesta in 21 Büchern lag und als Quelle unerschöpflicher Weisheit galt. Jesus selber gehörte auch zu den »Männern in weißen Kleidern« oder Naziräern, einem zarathustrischen Geheimorden.

Paulus dagegen – oder Saulus, wie er ursprünglich hieß – war Jude nicht nur dem Bekenntnis nach. Er hatte den Auftrag vom Sanhedrin, das sich von den Fortschritten der unchristlichen Bewegung in seiner Machtstellung bedroht fühlte, erhalten, die Christen gewaltsam zu verfolgen. Als er einsah, daß Märtyrertum die Bewegung nur stärkte, »bekehrte« er sich und trat in die Reihen der Christen ein. Seine »Bekehrung« war eine Änderung der Taktik, nicht aber der Zielsetzung. Er sah ein, daß er bei den Massen mehr Erfolg durch Zugeständnisse bei wichigen Prinzipien erreichen würde. Damit versetzte er der urchristlichen Befreiungsbewegung einen beinahe tödlichen Schlag, von dem sie sich bis heute noch nicht ganz erholt hat.

In den ersten Jahrzehnten der christlichen Ära gab es im römischen Reiche mehrere vom zarathustrischen Gedankengut inspirierte Bewegungen, die unter Namen wie Neoplatonismus, Synkretismus, Gnosis, Mithratismus, Arianismus bekannt waren, und auch das echte Urchristentum, das mehr Evangelien und Urkunden besaß als die vier, die in unserem Neuen Testament enthalten sind. Manche dieser Aufzeichnungen, die zum Teil von der koptischen Kirche und dem Johanniter-Orden aufbewahrt werden, sind weniger verschlüsselt und berichten auch sachlich über das Leben Jesu.

Im Jahre 325 bekehrte sich Kaiser Konstantin zum paulinischen Christentum. Er rief ein Konzil in Nizäa ein, um den »richtigen« Glauben festzulegen. Lange stritten sich die Kirchenväter. Da eine Übereinstimmung der vertretenen Standpunkte aussichtlos erschien, ließ Konstantin den Saal räumen und, als die Teilnehmer zurückkamen, lagen auf dem Altar nur die 27 Bücher unseres heutigen neuen Testaments; die meisten von denen sind Briefe des Paulus. »Gott« hatte gewählt. Das Paulinische Christentum wurde zur Staatsreligion erklärt und alles andere als ketzerisch rücksichtslos verfolgt und schließlich ausgerottet. Es war der Anfang der dunklen Zeiten des Mittelalters in Europa, das über tausend Jahre dauerte.

In den Briefen des Paulus gibt es zwar einige richtige schöne Aussprüche über Hoffnung und Liebe, aber in wesentlichen wichtigen Dingen steht er im Widerspruch zu den Lehren des Heilands:

1. Der Heiland lehrte die Erlösung des Menschen durch Entwicklung des Einzelnen, durch den Einsatz seiner Gaben und Talente im Alltag. Das »Himmelreich inwendig in Euch« ist hier und jetzt zu verwirklichen. Wenn der Mensch seine irdische Aufgabe erfüllt, ist er glücklich und erfolgreich und es ist selbstverständlich, daß er sich dadurch auch eine glücklichere Zukunft in späteren Daseinsformen bereitet. Paulus dagegen errichtete das Dogma der Erlösung nach dem Tode durch den Glauben an die Richtigkeit der Geschichte der Kreuzigung und Auferstehung.

2. Der Heiland stand für die gleiche Berechtigung von Mann und Frau ein, da beide dieselbe Offenbarung Gottes darstellen. Er kannte den Ausspruch früherer Weisen, daß kein Volk sich über den Stand seiner Frauen erheben kann. Paulus dagegen sagte, die Frau schulde dem Manne Gehorsam und werde selig nur durch dessen Vermittlung. Er wußte oder ahnte, daß dadurch nur Generationen unselbständig denkender Menschen gezeugt und geboren werden, die sich leicht versklaven lassen. Die Naturgesetze gelten einfach und können weder von Parlamenten noch von Obergerichten, die meist nur aus Männern bestehen, aufgehoben werden.

Pierre H. Matthey, Neuchâtel

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.

